



4. April 1932

CARL MIERENDORFF · DER HINDENBURGSIEG 1932



UM ertnema ist, durch das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl, der politische Himmel wieder etwas aufgehellt. Zwar erhielt am 13. März der Kandidat der Republik, Paul von Hindenburg, noch nicht formell die absolute Mehrheit (es fehlt noch $\frac{1}{2} \%$ daran), aber er hat mit 18,6 Millionen Stimmen eine so überwältigend große Stimmenzahl erreicht, daß mit Recht gesagt werden kann: Adolf Hitler, der einzig ernsthafte Gegenkandidat, ist geschlagen worden. Am Morgen des 14. März, an dem die nationalsozialistischen Parteigänger ihren "Führer" mit absoluter Sicherheit als Reichspräsidenten zu begrüßen gedachten, erwartete sie statt dessen eine Niederlage. Man muß die fanatische Überzeugtheit kennen, mit der von den Anhängern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei der Glaube gehegt wurde: Adolf Hitler *wird* Reichspräsident, um die tiefe Lähmung verstehen zu können, die aus der Enttäuschung heraus bei der ersten Entscheidung seine Gefolgschaft befiel.

Die Sozialdemokratie ging in den Wahlkampf, um Hitler zu schlagen. Sie hat ihn geschlagen, gründlicher als selbst die größten Optimisten gehofft hatten. Wie sich statistisch nachweisen läßt, müßten die sozialdemokratischen Wähler vom 14. September 1930 der Parteiparole »Schlagt Hitler, darum wählt Hindenburg!« geschlossen gefolgt sein. Sie haben dadurch allen politischen Menschen, einerlei, in welchem Lager sie stehen, den Beweis absoluter Disziplin und politischer Einigkeit gegeben. Denn das Eindrucksvollste an einer Armee ist ja nicht ihre Größe, sondern ihre Manövrierfähigkeit. Selbst den Gegnern der Sozialdemokratie blieb darum nichts anderes übrig als der Ausdruck des Respekts. Die Deutsche Allgemeine Zeitung sprach von dem »gewiß großartigen Anteil der unerfütterlichen Disziplin der sozialdemokratischen Arbeitermassen an dem Siege Hindenburgs«, und die noch reaktionärere Berliner Börsenzeitung schrieb: »Die Disziplin, besonders der Zentrumswählerschaft und der Sozialdemokratie, hat sich wiederum als bewunderungswürdig erwiesen. Es zeigt sich an zahlreichen Beispielen, wie zum Beispiel in Leipzig, daß es der Sozialdemokratie unter dem Schlagwort »Gegen den Faschismus!« gelungen ist fast in allen Wahlkreisen den letzten Wähler ihrer Partei an die Wahlurne für die Parteiparole zu bringen, und man kann sagen, daß... mindestens $8\frac{1}{2}$ Millionen Stimmen von der Sozialdemokratischen Partei für Hindenburg aufgebracht worden sind.«

Die sozialdemokratischen Wähler hatten begriffen, daß der Kampf gegen Hitler ein Kampf um die Freiheit war, um die persönliche Freiheit eines jeden einzelnen von ihnen als Staatsbürger wie um die politische und geistige Freiheit der ganzen Arbeiterklasse. Sie wollten kein Boxheimer System. Sie trafen ihre Entscheidung mit gesundem Menschenverstand, nach der Formel eines rheinischen sozialdemokratischen Arbeiters, die also lautete:

»Der Duefterberg, Thälmann und der Regierungsrat Hitler,
Das sind die modernen Sklavenvermittler,
Ich aber wähle am Sonntag den Alten,
Der hat der Republik die Treue gehalten.«

Damit erteilten sie zugleich der Kommunistischen Partei und ihrer Politik eine kategorische Abfage. Sie befolgten die Kommunistische Parole nicht: dem »Arbeiter« Ernst Thälmann, nicht dem »General«, die Stimmen des Proletariats zu geben. Das Anwachsen der Stimmziffer der Kommunistischen Partei gegenüber der Reichstagswahl vom 14. September 1930 um nicht ganz 8 % (bei gleichzeitig wesentlich verstärkter Wahlbeteiligung und dem Zuzug, den sie aus der von der Sozialdemokratie abgesplitterten Sozialistischen Arbeiterpartei erhielten) ist also eine deutliche Antwort auf die frevelhafte Taktik, die von dieser Partei gegenüber der Arbeiterklasse getrieben wird. Nachdrücklicher konnte wohl kaum ihren Führern demonstriert werden, daß die sozialdemokratische Wählerschaft die Gleichstellung ablehnt, mit der die Kommunistische Partei operierte, indem sie sagte, Brüning sei gleich Hitler, und Hindenburg bereits der "Faschismus". Sie sieht eben mit Recht in einer Präsidentschaft Hindenburgs nicht etwa das "kleinere Übel" sondern den größern Vorteil für sich und die Zukunft der Arbeiterklasse. Nach dem Scheitern des preußischen Volksentscheids, bei dem die Haltung der Kommunistischen Partei ganz unverhohlen ihren Verrat an der deutschen Arbeiterbewegung zur Schau stellte, ist dies wieder die Niederlage jener skrupellosen Taktik, die wir von der Kommunistischen Partei Deutschlands gewöhnt sind.

Alle Schätzungen sind über den Haufen geworfen worden. Am fallcheften waren die der Nationalsozialisten. Ihre beispiellose Selbstsicherheit kommt am drastischsten in den Ziffern zum Ausdruck, die der Abgeordnete Paul Joseph Goebbels im Berliner Angriff vor der Wahl niedergelegt hat. Er rechnete mit einer Stimmabgabe von 36 bis 37 Millionen. Davon gab er Duefterberg 2 Millionen, Thälmann 5 bis 6 Millionen, Hindenburg 11 Millionen und Hitler 18 Millionen. Genau umgekehrt ist es gekommen. Auch bei den Schätzungen Alfred Hugenbergs war der Wunsch der Vater des Gedankens. Seine Zeitschrift Das Freie Deutschland rechnete bei insgesamt 36 Millionen abgegebener gültiger Stimmen mit 3 Millionen für Duefterberg, 5,5 Millionen für Thälmann, 14 Millionen für Hindenburg, 13,5 Millionen für Hitler. Eine durchsichtige Rechnung: Hugenberg hoffte, daß Hitlers Stimmziffer so nahe an die Hindenburgs heranreichte, daß die Duefterbergstimmen in jedem Fall den Ausschlag geben würden. Auf dieses Geschäft spekulierte der "Silberfuchs", wie ihn seine Anhänger nennen. Er gedachte sich so teuer wie möglich zu verkaufen und seine Stimmen nur dann an Hindenburg abzutreten, wenn dieser ihm den Kopf des Reichskanzlers Heinrich Brüning als Preis zu geben bereit war. Deshalb die Bemerkung, die er bei der Verkündigung der Kandidatur Theodor Duefterbergs im Berliner Sportpalast schlaulächelnd hinzufügte:

»Was dann weiter [im 2. Wahlgang] zu geschehen hat, bitte ich freundlichst mir zu überlassen.«

Hugenberg und Goebbels haben sich als schlechte Kenner auch der ihnen nahestehenden Kreise des Bürgertums erwiesen. Hindenburg erhielt in 17 von 35 Wahlkreisen die absolute Mehrheit, Hitler in keinem einzigen. Das Rheinland, Süddeutschland, Hamburg, Sachsen (mit Ausnahme von Chemnitz-Zwickau) und Oberschlesien brachten absolute Mehrheiten für Hindenburg. Fast restlos ist die Mehrheit für Hindenburg in den Großstädten, während das flache Land sich als die Domäne Hitlers erwies. Ostpreußen hat die Schlacht bei Tannenberg anscheinend vergessen, es wandte sich Hitler zu. Und so entstand das Bild, daß das evangelische Norddeutschland Hitler, dem Katholiken, die Stimme gab, während der katholische Westen und Süden des Reichs dem Protestanten Hindenburg Gefolgschaft leistete.



AN kann nur an solcher Gegenüberstellung des tatsächlichen Wahlergebnisses mit den Erwartungen der Gegner die Größe des moralischen Schocks ermessen, von dem man im Hitler-Hugenberg-Lager am Tag nach der Wahl erfaßt wurde. Um so größer war die Freude im Lager der Republikaner, wo mit einem so großen Vorsprung Hindenburgs vor Hitler kaum gerechnet worden war.

Trotzdem wird man sich vor allzu optimistischen Schlußfolgerungen hüten müssen. Die Frankfurter Zeitung schrieb in einer Wahlbetrachtung:

»Jedermann muß jetzt begreifen, daß die Welle der Hitlerbewegung mit der Heffenwahl im November 1931 ihren Höhepunkt erreichte, und daß sie ihn jetzt rückflutend überschritten hat.«

Ähnlich lauten andere Kommentare. Das genaue Studium des Wahlergebnisses rechtfertigt aber solche Schlüsse noch nicht. Wenn die Nationalsozialisten gegenüber der Kandidatur Hindenburgs auch mit mehr als 7 Millionen Stimmen zurückgeblieben sind, so ist doch zu beachten, daß es ihnen gelungen ist aus der Zahl der Neuwähler wiederum etwa 1,5 bis 2,5 Millionen für sich zu mobilisieren. Seit dem 14. September 1930, dem Tag der überwältigenden Einbrüche der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in das Reservoir der Nichtwähler, ist die Frage nach dem Verhalten der Nichtwähler die wichtigste bei der Durchprüfung der Wahlziffern. Wird es den Nationalsozialisten gelingen, so fragten wir hier wenige Tage vor dem 1. Wahlgang, neue Millionen von den restlichen 7 Millionen Nichtwählern zur Nachfolge Hitlers zu oringen? Der 13. März bestätigte die Vermutung, daß die Mobilisierung früherer Nichtwählerchichten durch die Nationalsozialisten in erstaunlichem Umfang fortchreitet. Die Zahlen beweisen es:

Partei	Stimmenzahl		Stimmengewinn (+) respektive -verlust (-)
	14. September 1930	13. März 1932	
Republikanische Parteien (Hindenburg)	20 600 000	18 600 000	- 2 000 000
Nationalsozialisten (Hitler)	6 400 000	11 300 000	+ 4 900 000
Kommunistische Partei und Anhang (Thälmann)	4 600 000	5 000 000	+ 400 000
Deutschnationale einschließlich Landvolk (Duesterberg)	3 400 000	2 500 000	- 900 000

Da das Landvolk der offiziell für Hindenburg ausgegebenen Parole nicht folgte, dürfte der größte Teil der Landvolkstimmen Duesterberg zugefallen sein; die

weitgehende Personalunion zwischen Stahlhelm und Landvolkorganisation hat wohl die Brücke gebildet. Die republikanischen Parteien verloren 2 Millionen Stimmen. Nimmt man an, daß diese 2 Millionen sämtlich zu den Nationalsozialisten gegangen sind, so wäre Hitler erst auf 8,4 Millionen Stimmen gekommen (6,4 Millionen vom 14. September 1930 und 2 Millionen ehemaliger republikanischer Stimmen vom 13. März 1932). Da Hitler aber 11,3 Millionen Stimmen erhielt, bleibt ein Rest von 2,9 Millionen. Diese Stimmen dürften zum größeren Teil (zirka 2 Millionen) aus den diesmal mobilisierten Nichtwählern stammen, die sich auf $2\frac{1}{2}$ Millionen belaufen. Der kleinere Teil des Hitlerzuwachses (0,9 Millionen) dürfte aus den Verlorenen des Landvolks und der Deutschnationalen stammen. Zweifellos ist eine solche Rechnung sehr grob und unzureichend, denn sicherlich ist anzunehmen, daß auch ein Teil der früheren Nichtwähler respektive des Hugenbergschen Landvolks durch die persönliche Anziehungskraft Hindenburgs zu diesem hinübergezogen wurde¹. Dann wären mehr als die 2 Millionen *früherer* Wähler des Hindenburgblocks zu Hitler gegangen. Berücksichtigt man aber, daß auch die Kommunistische Partei noch etwa 400 000 Stimmen gewonnen hat (entweder aus den Nichtwählern oder durch Heranziehung eines Teils früherer Wähler der republikanischen Parteien, so zeigt sich, daß Hitler, im Durchschnitt gerechnet, etwa 2 Millionen Neuwähler für sich mobilisiert haben dürfte.

Es muß auch vor dem Trugschluß gewarnt werden (speziell das Wahlergebnis im 33. Wahlkreis (Hessen-Darmstadt) als Beweis dafür heranzuziehen, daß die Hitlerbewegung bei der hessischen Landtagswahl im November 1931 bereits ihren Höhepunkt überschritten hätte und jetzt zurückflute. Dieser Trugschluß geht auf Fehler zurück, die schon bei den Prognosen vor der Wahl, zum Beispiel in der Kölnischen Zeitung, zu finden waren. Weil in Hessen die Nationalsozialisten sich im November 1931 gegenüber der Reichstagswahl um mehr als 100 % vermehrt hatten, wurde jetzt mit einer Verdopplung der Nationalsozialisten im Reich gerechnet. Diese Kalkulation überfah, daß im Wahlkreis Hessen-Darmstadt bei der Reichstagswahl 1930 die Nationalsozialisten außerordentlich schlecht abgeschnitten hatten. Sie blieben dort beträchtlich hinter dem Reichsdurchschnitt zurück und hatten infolgedessen noch eine starke Stimmenreserve, die sie erwartungsgemäß ein Jahr später bei der Landtagswahl dann mobilisierten. Ihr außerordentlich starkes Anwachsen von über 100 % bei der Landtagswahl in Hessen war also zum Teil nur ein Nachholen des Erfolgs, der in anderen Wahlkreisen bereits im September 1930 vorausgegangen war. Ein durchschnittliches Anwachsen der Nationalsozialisten um 100 % im ganzen Reich mußte deshalb für den 13. März von vornherein als unwahrscheinlich gelten, weil sie in anderen Wahlkreisen des Reichs ihre Reserven schon sehr viel stärker mobilisiert hatten als in Hessen; so hatten sie im Wahlkreis Magdeburg 1930 bereits 32 % der republikanischen Stimmen, in Liegnitz ebenfalls 32 %, während sie in Hessen noch auf 27 % stehen geblieben waren. Ähnlich wie in Hessen liegt der Fall auch in Württemberg, wo ebenfalls bei der Reichstagswahl 1930 die Nationalsozialisten außerordentlich schlecht abgeschnitten hatten, mit dem Ergebnis, daß sie diesmal ihre Stimmenzahl verdreifachen konnten. Es kann also von Hessen aus nicht ohne weiteres auf einen Stillstand oder gar ein Rückfluten der nationalsozialistischen Bewegung im Reich geschlossen werden, wenn sie

¹) Darunter werden besonders viele Frauen gewesen sein, wie die Kölner Abstimmung zeigt. Hier wurden 67,5% Frauentimmen und 53,9% Männerstimmen für Hindenburg gezählt.

im Reichsdurchschnitt (statt der erwarteten 100 %) diesmal "nur" eine Zunahme von 80 % aufzuweisen haben. Ein Stimmenzuwachs von 100 % auf Grund des heftigen Wahlergebnisses war von vornherein fragwürdig. Diese Feststellung wiegt um so mehr, als nicht übersehen werden darf, daß, relativ gerechnet, die Nationalsozialisten ihre Stimmenzahl verdoppelt haben. Sie hatten, um die Größenverhältnisse zu zeigen, am 14. September 1930 rund 30 % der republikanischen Stimmen im Reich. Sie haben heute 60 %.



WARUM diese Erwägungen angestellt werden? Nicht, um die Stimmung zu drücken oder den Sieg zu verkleinern. Er bleibt noch immer groß genug. Wenn das Zahlenbild so sorgfältig durchleuchtet wird, so geschieht es nur, um zu zeigen, welche starke potentielle Energie nach wie vor in der nationalsozialistischen Bewegung steckt. Die eigentliche Entscheidung wird also erst im 2. Wahlgang und bei den danach folgenden Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Hamburg fallen. Es wäre verhängnisvoll, wenn das Gefühl, des Gegners Kraft sei bereits gebrochen, uns zur Lässigkeit verleitete. Deshalb sei hier ein Zahlenvergleich gebracht, der seinen Anstieg anschaulich zeigt. Im Verhältnis zu den Stimmen der republikanischen Parteien betrug der Anteil der nationalsozialistischen Stimmen, prozentual gerechnet:

Wahlkreis	1930	1932
1. Ostpreußen	50	80
2. Berlin	31	44
3. Potsdam II	35	56
4. Potsdam I	40	74
5. Frankfurt an der Oder	40	80
6. Pommern	58	108
7. Breslau	42	74
8. Liegnitz	32	75
9. Oppeln	17	50
10. Magdeburg	32	82
11. Merseburg	46	95
12. Thüringen	34	88
13. Schleswig-Holstein	48	106
14. Weser-Ems	31	58
15. Osthannover	32	95
16. Südhannover-Braunschweig	37	76
17. Westfalen Nord	15	36
18. Westfalen Süd	21	46
19. Hessen-Nassau	31	70
20. Köln-Aachen	21	26
21. Koblenz-Trier	20	36
22. Düsseldorf Ost	32	57
23. Düsseldorf West	28	46
24. Oberbayern-Schwaben	21	38
25. Niederbayern	14	31
26. Franken	28	68
27. Pfalz	34	69
28. Dresden-Bautzen	24	55
29. Leipzig	21	52
30. Chemnitz-Zwickau	45	119
31. Württemberg	14	43
32. Baden	28	53
33. Hessen-Darmstadt	27	60
34. Hamburg	32	44
35. Mecklenburg	34	75

Demgegenüber kann es nur wenig befallen, daß die Nationalsozialisten in Hessen tatsächlich von 83 % im Jahr 1931 auf 60 % zurückgegangen sind, weil dieser Rückgang vor allem auf ein starkes Anwachsen der republikanischen Parteien in Hessen gegenüber dem November zurückzuführen ist (zirka 20 %). Es wäre gefährlich bei diesem Kräfteverhältnis in den anderen Wahlkreisen sich in der Vorstellung zu wiegen, daß in der Tat der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung bereits hinter uns liege. Wir müssen vielmehr die ganze Größe der Gefahr, die der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands noch droht, uns ständig vor Augen halten.

Unbestreitbar aber hat die nationalsozialistische Bewegung zum erstenmal eine starke moralische Einbuße erlitten. Was das bei einer Bewegung heißt, deren Erfolge zu einem großen Teil auf die bis zur Virtuosität gesteigerte Fähigkeit zur Massenuggestion zurückzuführen sind, braucht nicht besonders betont zu werden. Auch kamen am 13. März zahllose Stimmen den Nationalsozialisten von solchen Wählern, die, ungewiß über den Ausgang der Sache und eingeschüchtert durch den moralischen, teilweise auch physischen Terror der Nationalsozialisten oder gefangen von der Suggestion, Hitler werde tatsächlich Reichspräsident, ihm und seiner Partei die Stimme gaben. Jetzt sieht jeder, daß die nationalsozialistischen Aussichten von sich und anderen doch überschätzt worden sind. Das bedeutet eine moralische Erschütterung.

Von derartigen Imponderabilien wird in den kommenden Wochen sehr viel abhängen. Auch auf der Seite der republikanischen Parteien bestehen sie. Zum Beispiel können bei dem Übergang von der Personen- zur Parteiwahl am 24. April sogar starke Gefahren für einen Stimmenverlust entstehen. Haben doch 3 Gruppen von Hindenburgwählern die natürliche Neigung zum Abspringen beim Übergang von der Präsidentschaftswahl zu der Landtagswahl: 1. diejenigen früheren sozialdemokratischen Wähler, die diesmal noch "sozialdemokratisch" gewählt haben, um Hitler zu schlagen, bei der Parteiwahl aber sich auch der Kommunistischen Partei zuwenden können, aus Protest gegen Notverordnungen, Tolerierungspolitik und so weiter, 2. diejenigen Wähler, die aus einer Art persönlichen Gefolgschaft von Hindenburg in ihre politische Indifferenz zurückfallen, 3. diejenigen Wähler, die eigentlich parteimäßig zu Hitler tendieren, im Konflikt zwischen Hindenburg und Hitler sich aber für Hindenburg entschieden (ältere Jahrgänge). Unsere Aufgabe ist es diese Neigung zum Abspringen durch die moralische Niederlage der Hitlerbewegung auszugleichen, so daß nicht nur Hitler ein großer Verlust beigebracht wird, sondern auch bestimmte Gruppen (Ziffer 2 und 3) von dem Rückfluten zu Hitler oder in die Indifferenz abgehalten werden. Hindenburg darf am 10. April keine Stimme verlieren, Hitler keine neue dazu gewinnen. Die Aussichten stehen nicht schlecht. Stecken doch in den 11,3 Millionen Hitlerstimmen viele, die nur unter dem Druck des nationalsozialistischen Terrors ihre Stimme Hitler gaben, im Glauben, Hitler werde Reichspräsident. Sie fürchteten die ihnen angedrohte Vergeltung. Der große Vorsprung Hindenburgs wird viele nun ermutigen am 10. April wieder die eigene Meinung geltend zu machen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß Hitler infolge der hemmungslosen, bis aufs äußerste gesteigerten Agitation seine letzten Reserven vielleicht schon mobilisiert hat, während aus den Nichtwählern, sofern sie überhaupt heranzuziehen sind, am ehesten noch Stimmen für Hindenburg herausgeholt werden können.



SELTEN hat eine Wahl das Ausland so in Spannung gehalten wie diese 3. Reichspräsidentenwahl. Es kam darin deutlich zum Ausdruck, daß der Ausgang dieser Wahl auch für Europa und für die ganze Welt von schicksalhafter Bedeutung war. Einige Stimmen der Auslandspresse mögen Zeugnis davon geben.

Der Temps schrieb zu dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl:

»Durch sein Votum hat das deutsche Volk das Schlimmste verhindert. Aber das Volk scheint doch von tiefer Unruhe und moralischer Verwirrung ergriffen zu sein, die sicherlich nicht ohne Gefahr für die Lage Europas ist. Für den Augenblick wenigstens scheint Hitler und seinen Anhängern der Weg zur Macht versperrt zu sein. Wird aber Hindenburg am 10. April wiedergewählt, so wird man feststellen müssen, daß in Deutschland nichts geändert ist, und daß die Reichspolitik sich auf den Grundrätzen weiterentwickeln wird, die Brüning ihr gegeben hat. Das wird keine Garantie für die Konsolidierung der internationalen Lage, doch viel im Vergleich zu dem sein, was man nach dem Sieg Hitlers zu befürchten berechtigt gewesen wäre.«

Der Populaire wies speziell auf den starken Anteil der Sozialdemokratischen Partei an diesem Hindenburgsieg hin. Der Berliner Sonderberichterstatter des Oeuvre, Jacques Kayser, faßt seine Meinung in die Worte zusammen:

»Wenn Hitler sehr nahe an Hindenburg herangekommen wäre, hätte das bedeutet, daß Deutschland sich auf einen für es und Europa gefährlichen Weg begeben hat. Diese Gefahr ist vorerst beseitigt.«

Die République äußerte sich wie folgt:

»Die Wage hat sich zugunsten der Anhänger der Ordnung gelenkt. Hitler verliert zum erstenmal eine Schlacht, aber ihm stand der gefährlichste Konkurrent gegenüber. Jede Voraussage über die Zukunft und namentlich über die Orientierung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei muß zurückgestellt werden. Man konnte befürchten, daß Deutschland bereits heute in das Chaos und den Bürgerkrieg geraten würde. Man hat Zeit gewonnen, und das ist höchst wichtig.«

Von den englischen Blättern sprach das liberale News Chronicle von einem »Ergebnis des gesunden Menschenverstands und des Ordnungsinns«, der über die »doppelte Unvernunft des Nationalismus und des Kommunismus« geliegt habe. Der Daily Telegraph schrieb, die historische Entscheidung des deutschen Volkes sei richtig gefallen. Eine Wahl Hitlers hätte die schwersten Verwirrungen in der internationalen Lage gebracht. Mit der Wahl Hindenburgs, die als sicher gelte, habe sich das deutsche Volk für den Kampf gegen Deutschlands Schwierigkeiten durch stetigen Fortschritt entschieden.

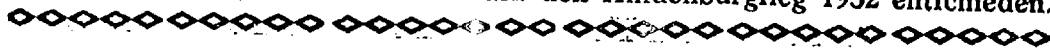
Kommt schon in diesen Stimmen, namentlich in den französischen, Zurückhaltung über die Bedeutung der Wahl für die künftige Entwicklung der Nationalsozialisten zum Ausdruck, so hat die Presse anderer Länder, zum Beispiel der Schweiz, sehr nüchtern grade auf diesen Punkt noch stärker hingewiesen. Man beachte die immer sehr sachlich und ruhig urteilende Neue Zürcher Zeitung. Der New York Herald betonte, daß Hitler seine Stimmen seit dem Jahr 1930 verdoppeln konnte; es sei durchaus möglich, daß die Preuwahlen ohne Hindenburgs Namen eine Überraschung brächten. Und die New York Times führten aus, der Sieg Hindenburgs sei nicht erwartungsgemäß ausgefallen und bedeute nicht das Ende Hitlers.

So wird denn dieser Monat April zum Schicksalsmonat für die Deutsche Republik. Möge der Auftakt vom 13. März sich am 10. April fortsetzen, dem nunmehr die ganze Bedeutung der Vorentscheidung für die am 24. April stattfindenden Wahlen zu den Landtagen zukommt. Es muß gelingen den Nationalsozialismus zurückzuweisen. Es ist auf lange hinaus die letzte Chance für ihn legal zur Macht zu kommen. Es wäre ein Verhängnis sondergleichen.

wenn ihm das im letzten Augenblick glücken sollte. Der 10. April wird aber auch eine wichtige Vorentscheidung für die unmittelbar darauffolgenden französischen Kammerwahlen sein, an denen wir wesentlich als Republikaner und Sozialisten interessiert sind. Die französische Rechte verflucht in ihrem Parteikampf gegen die Linke in ihren Wahlveranstaltungen Hitler aufmarschieren zu lassen. Es wird der französischen Linken den Kampf erleichtern, wenn sie darauf hinweisen kann, daß der Wille einer überwältigenden deutschen Mehrheit jedes nationalsozialistische Experiment ablehnt.

Pflicht aller in der Führung stehenden deutschen Politiker ist es die selben Schlußfolgerungen aus dem Ergebnis des 1. Wahlgangs zu ziehen. Die 8½ Millionen Sozialdemokraten, die Hindenburg ihre Stimme gaben, haben es nicht aus Sympathie zu irgendwelchen nationalistischen Experimenten getan. Sie wollen Frieden, sie wollen Arbeit, sie wollen endlich eine Erlösung von dem furchtbaren Druck, der nun seit Monaten und Jahren auf ihnen lagert. Sie haben ein Recht auf eine klare *politische Führung*. Sie würden es empört zurückweisen, wenn man heute versuchen wollte ihre loyale Bereitwilligkeit zu einer nationalistischen Alles-oder-nichts-Politik zu mißbrauchen. Mehr denn je steht es fest, daß nur der Verständigungsfriede im Youngkonflikt um die Reparationen die dringend erforderliche Entspannung bringen kann. Um so energischer muß er nun angestrebt werden. Wenn den Massen nur politische Ziele gezeigt werden; sie sind zur Gefolgschaft bereit. Das ist die durchschlagende Lehre des 1. Wahlgangs der Präsidentschaftswahl. Und sicher ist das eine: daß das verständigungspolitische Ziel von den Millionen sozialdemokratischer Arbeiter noch viel leichter verstanden werden dürfte als die Forderung zur Verteidigung der Republik ihren frühern Gegner, den Generalfeldmarschall von Hindenburg, zum Präsidenten zu wählen.

Sie werden dieses Ziel im Auge behalten, auch wenn David Lloyd George noch so verführerische Bücher schreibt, in denen er verkündet, daß es nun mit den Reparationen endgültig ein Ende haben müßte. Das ist Musik in des deutschen Spießbürgers Ohr. Lloyd George kann leicht reden. Aber hat er ein Recht so zu reden? Vergessen wir doch nicht, daß England reparationspolitisch längst saturiert ist. Einen schlechtern Rat kann man für wahr Deutschland heute nicht geben als es Lloyd George tut, wenn er es ermutigt sich in einer so gefährlichen Lage in dieser Frage negierend zu verhalten. Vor 9 Jahren hat uns solche englische Ermunterung zur Katastrophe an der Ruhr geführt. 1932 darf kein 1923 werden. Wir möchten das deutsche Volk vor neuen Enttäuschungen bewahren und können deshalb nur immer wieder sein Augenmerk auf die Realitäten richten, die uns auf eine Verständigung mit Frankreich hinweisen, bei der Großbritannien (mögen die Bücher des David Lloyd George noch so stark von Moral und Entrüstung trüben) sein ganzes Handeln wie stets lediglich bis auf das Haar genau nach dem Maß seines politischen Interesses und der ihm gegebenen Möglichkeiten zum Eingreifen, nicht aber nach dem Wohlergehen Deutschlands richten wird. Dieses zu erreichen ist allein Deutschlands Sache. Nicht prometheische Gebärden werden es aus der Schlucht herausführen, in die es der Weltkrieg gestürzt hat, sondern nur nüchtern wägender politischer Verstand, so wie ihn die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, Männer und Frauen, bewiesen, als sie am 13. März den Hindenburgsieg 1932 entschieden.



MAX COHEN · DIE DEUTSCHE POLITIK BEIM FRANZÖSISCHEN DONAUPLAN



FÜR den in Deutschland zurzeit herrschenden Geist ist es kein gutes Zeichen, daß 11,3 Millionen wahlberechtigter deutscher Männer und Frauen am 13. März dem Kandidaten derjenigen Partei ihre Stimme gaben, die programmatifch einen Teil des deutschen Volks entrechteten will, ohne aber einen positiven Gedanken zu haben oder gar verwirklichen zu können, durch den der Gesamtheit des deutschen Volks oder auch nur wesentlichen Teilen seiner schaffenden Schichten die Möglichkeit einer Aufwärtsentwicklung geboten wird. Die Wahlen bringen wohl die Entscheidung darüber, *wer* regiert, aber nicht, *wie* regiert wird. Kein wie auch immer gearteter Wahlausgang, weder bei der Stichwahl für die Reichspräsidentenschaft noch bei den bevorstehenden Landtagswahlen in den verschiedenen deutschen Ländern, wird uns von der Notwendigkeit befreien die unerläßlichen außenpolitischen Schritte zu tun, die allein einen innenwirtschaftlichen wie innenpolitischen Aufschwung bewirken können.

In den letzten Monaten sind viele Pläne zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, zur Überwindung des wirtschaftlichen Tiefs in Deutschland erörtert worden. Man weiß, daß die gegenwärtige, sich durch eine Jahr um Jahr zunehmende Zahl von Arbeitslosen charakterisierende Lage auf die Dauer nicht so bleiben kann, daß, wenn man sie nicht von Grund auf ändert, eines Tages eine Explosion erfolgen muß. Aber sobald man daran geht Projekte zu erörtern, die Arbeitslose wieder in Tätigkeit bringen sollen, kommt man immer wieder an den selben Punkt: Alles ist mehr oder minder gut ausgedacht, läßt sich aber nicht verwirklichen. Es scheitert an der Finanzierung. Dieses Schlagwort ist nur das zutage liegende Kennzeichen einer sehr tief und den meisten verborgen liegenden Tatsache. Und diese ist: Für jeden wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Deutschland ist, wie in Europa überhaupt, die Rückkehr des allgemeinen Vertrauens zur Möglichkeit neuen Schaffens Voraussetzung. Solches Vertrauen kann aber nicht kommen, bevor die politischen Spannungen auf unfrem Kontinent beseitigt sind. Das (durchaus vorhandene) Kapital der Wirtschaft wird sich keiner produktiven Arbeit zur Verfügung stellen, wenn nicht die Sicherheit geschaffen wird, daß diese Arbeit ungefährdet vor sich gehen kann. Zu einer grundlegenden Änderung des kapitalistischen Systems wiederum fehlt grade in der Periode tiefster wirtschaftlicher Depression der Arbeiterklasse die Macht. Zudem hat die Krise im Sozialismus ihr auch zurzeit die geistigen Voraussetzungen einer solchen bewußten Strukturänderung genommen. Die Initiative zum Aufbau des neuen Sozialismus, wie er hier in Jahrzehnten gezeichnet wurde, ist in der sozialistischen Bewegung heute nicht zu erblicken. Das Bewußtsein, daß ohne den Weltsozialismus auch der Klassensozialismus nicht wirksam werden kann, ist nicht vorhanden. Also gilt es jetzt die Wirtschaft mit den Mitteln in Gang zu setzen, die sich bei richtiger politischer Zielsetzung heute ergeben, die dann freilich, einmal angewandt, von selbst auf jenes weitere Ziel hindrängen. Erst Sicherheit, dann Wiederaufbau: Über die Tatsache, daß dieses Postulat erfüllt werden muß, sollte man sich in Deutschland nicht täuschen. Nur von der Seite der Außenpolitik her kann jetzt die deutsche Lage geändert werden. Alle anderen Mittel haben heute nicht einmal die Wirkung von Palliativen.

Welche Richtung der neue außenpolitische Kurs nehmen muß, der Deutschland allein die Rettung bringen kann, ist in den Sozialistischen Monatsheften immer wieder gezeigt worden; und daran kann sich auch gar nichts ändern, mögen gewisse Interessentenkreise und aufgeputzte öffentliche Stimmungen noch so sehr dagegen sein. Der Kurs heißt Berlin-Paris. Der Reichskanzler Heinrich Brüning verfluchte im vorigen Jahr diesen Kurs zu nehmen. Aber es blieb bei dem Versuch. Seine Rundfunkrede vom 23. Juni 1931 zeigte klar den richtigen Weg. Aber noch am selben Tag wurde der Sinn seiner Ausführungen verdunkelt. Der Reichskanzler sagte, er wolle nach Paris gehen. Offiziös wurde dann diese Ankündigung dahin interpretiert, er werde über Paris nach London gehen. Der große Elan wurde abgebogen, Deutschland blieb im ersten Anlauf stecken. Und es kam so, wie hier am 9. November 1931 ausgeführt wurde: »Jeder klaren Entscheidung des Regierungschefs folgte bis jetzt eine Abirrung der Regierung.« So war es, so blieb es, und es ist in der Sache selbst nicht von allzu großer Bedeutung, ob die Scheu vor jenem öffentlich mehr als einmal verkündeten außenpolitischen Kurs auf die Unsicherheit des leitenden Staatsmanns selbst, auf ein Entgegenkommen gegen die antifranzösischen Tendenzen bestimmter Kreise, auf ein nur psychologisch zu erklärendes politisches Ressentiment oder auf eine kalkulatorische Wahlpropaganda zurückzuführen ist. Eine richtige Außenpolitik, die das Lebensinteresse der deutschen Wirtschaft bedeutet, muß der Leiter der deutschen Politik eben auf jeden Fall durchführen, mag wer oder was auch immer ihm im Weg stehen. Es nützt ihm auch innenpolitisch nichts, wenn er bestimmte Gruppen durch falsche Außenpolitik gutzufimmen hofft; mildernde Umstände werden ihm diese Außenpolitiker der Phrase doch in keinem Fall gewähren.

Die Haltung der gegenwärtigen deutschen Regierung hat bereits die sehr begreifliche, aber darum erst recht schlimme Folge gehabt, daß die französischen Politiker und Wirtschaftler, die seit langem auf eine deutsch-französische Kooperation hinarbeiten und dies auch durch Akte des Entgegenkommens bewiesen haben, jetzt öfter die Auffassung vertreten (besonders bei gemeinsamen Wirtschaftsbefprechungen ist dergleichen schon geäußert worden), man müsse auch einer verständigungsbereiten deutschen Regierung gegenüber vorsichtig sein, denn man könne ja nicht wissen, ob sie sich auf die Dauer gegen den in Deutschland vorherrschenden Nationalismus, der blind die eigene Nation ebenso schädigt wie die europäische Gemeinschaft, behaupten werde. Die französischen Rechtskreise, die ohnehin Deutschland nie getraut haben, stehen natürlich erst recht auf diesem Standpunkt. Und daher kommt es zu jenem Phänomen der »französischen Hitlerpropaganda«, von der zum Beispiel die Vossische Zeitung am 24. März zu berichten wußte. Der sehr bekannte außenpolitische Mitarbeiter des Echo de Paris, Pertinax, der sich stets zugespitzt, aber nie sinnleer äußert, beurteilte die nationalsozialistischen Aussichten beim 2. Wahlgang für die Reichspräsidentenschaft wie auch bei den verschiedenen Landtagswahlen ziemlich ungünstig, aber nur um darzulegen, daß es darauf auch gar nicht ankomme, da der Einfluß der Nationalsozialisten sich in der offiziellen deutschen Politik ohnehin bereits durchgesetzt habe. Er belegt diese seine Ansicht mit der von Brüning am 10. Januar abgegebenen Erklärung gegen den Neuen Plan, aber auch mit dem deutschen Widerstand gegen das jetzt vorgelegte Donauprojekt der französischen Regierung. Ist an dieser Auffassung Pertinax', so übertrieben ihre Formulierung auch ist, gar nichts Wah-

res? Die Haltung des deutschen Reichskanzlers zum Youngplan folgt freilich direkt aus der deutschen Wirtschaftslage. Die über Jahrzehnte verteilten Younglasten sind in der Tat nicht zu tragen. Immerhin hätte der Reichskanzler zwischen den wirklichen Tributen und den richtigen Reparationen, das heißt den Wiederaufbaukosten, unterscheiden müssen. Versteht man aber auch diese Negierung der Younglasten aus der deutschen Not heraus, so ist die Haltung gegenüber dem französischen Donauprojekt, wie sie sich der französischen Öffentlichkeit darstellt, überhaupt nicht zu begreifen. Denn dieses Projekt ist ja grade geeignet die Not, wie für Österreich so auch für Deutschland, zum mindesten zu mildern. Wie sollte man es also durch die deutsche Not erklären können, daß man, wenn nicht Gegnerschaft, so doch Widerstreben oder mindestens Unlust ihm gegenüber zeigte?

Will man den Sinn und die Wirkung des von dem französischen Ministerpräsidenten der europäischen Öffentlichkeit vorgelegten Donauprojekts richtig verstehen, so darf man es nicht als eine isolierte, sich nur auf den Südosten Europas erstreckende Angelegenheit betrachten. Man muß es vielmehr als den ersten Anfang einer kontinentaleuropäischen Gemeinschaftspolitik ansehen, als deren wichtigste Träger immer wieder Frankreich und Deutschland fungieren müssen. Es scheint aber, als ob die deutsche Öffentlichkeit, mindestens zu einem sehr großen Teil, diesen Zusammenhang nicht kennt oder aus innenpolitischen Gründen nicht kennen will. Vielfach ist in deutschen Zeitungen davon die Rede gewesen, daß Frankreich in dieser Sache Deutschland habe übergehen wollen. Davon kann indessen keine Rede sein. Am 3. März war zum erstenmal von jenem Projekt in Genf gesprochen worden, und bereits am 5. März wurde durch Wolffs Telegraphenbureau mitgeteilt, daß der französische Botschafter in Berlin dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts eine Denkschrift über die geplanten Hilfsmaßnahmen für die Donauländer überreicht und dabei die Hoffnung seiner Regierung ausgedrückt hätte, Deutschland werde sich an den Arbeiten zur Herbeiführung einer bessern wirtschaftlichen Organisation für den Südosten Europas beteiligen. Auch der Inhalt der französischen Note, die am 2. März, nach Besprechungen mit England, an Italien gerichtet und dann einige Tage später der deutschen Regierung mitgeteilt wurde, gibt keinen Anlaß anzunehmen, daß das Donauprojekt ohne deutsche Beteiligung ausgeführt werden sollte oder überhaupt nur könnte. Der entscheidende Teil des Wortlauts jener Note lautet, in der Übersetzung, in der sie die Deutsche Allgemeine Zeitung am 13. März wiedergab, folgendermaßen: »Es ist angebracht es den 5 in Frage kommenden Ländern zu überlassen Unterhaltungen vorzunehmen. Es ist selbstverständlich, daß das Regime, das aus diesen Unterhaltungen hervorgeht, ebenfalls, um lebensfähig zu sein, in vollem Maß des Möglichen den legitimen Interessen dritter Staaten Rechnung tragen muß. Die französische Regierung würde es jedoch für bedauerlich halten, wenn von vornherein Bedingungen oder Grenzen für die von ihr befürworteten Unterhaltungen festgesetzt würden. Erst wenn die 5 betreffenden Staaten sich unter einander verständigt haben, wird es notwendig sein zum Zweck der endgültigen Regelung und der Aufstellung von ergänzenden Vereinbarungen, die notwendig sein können, die zuständigen Organe des Völkerbunds damit zu befragen.« Man wird es nicht wörtlich zu nehmen brauchen, daß die französische Regierung als Instanz für ergänzende Vereinbarungen und für die endgültige Regelung den Völkerbund vorzuschlug.

Praktisch würden dabei ja nur diejenigen Mächte des Völkerbunds in Aktion treten, die an der Regelung der Donauverhältnisse wirtschaftliches und politisches Interesse haben. Und zu ihnen gehört, das versteht sich von selbst, in allererster Linie auch Deutschland. Gegen diesen Tatbestand kann man auch nicht das Bedenken erheben, daß die Note in ihrem Schlußsatz nur von ihrem Wunsch mit der britischen und der italienischen Regierung zu beraten spricht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man darin nur ein Kompliment an die frühere Bundesgenossenschaft dieser 3 Mächte sieht, nicht die Absicht Deutschland auszuschließen; sie kann ja schon, abgesehen von ihrer sachlichen Unmöglichkeit, deshalb nicht bestanden haben, weil sonst der französische Botschafter nicht mit dem deutschen Staatssekretär über das Projekt gesprochen hätte.

Die Substanz der französischen Vorschläge ist die, daß die Donaustaaten (von denen man übrigens auch Bulgarien nicht ausnehmen darf) unter einander die Grundpunkte festsetzen sollen, von denen man ausgehen muß. Wenn sich die Donaustaaten in diesen Besprechungen nicht zum Prinzip der Präferenz bekennen, wäre das Ziel einer gemeinsamen Hilfe durch Kooperation unerreichbar; denn auf den Erlatz der allgemeinen Meistbegünstigung durch die Praxis der Sonderbegünstigung kooperierender Staaten kommt es vor allem an. Aber es versteht sich von selbst, daß es bei einer Präferenz der Donaustaaten unter einander allein nicht bleiben kann. Dadurch wäre ihnen auch gar nicht geholfen. Denn diese Staaten brauchen Abnehmer für ihre überschüssigen Agrarprodukte, und diese müssen sie eben an anderen Stellen des Kontinents suchen. Es mag industrielle Kreise in der Tschechoslowakei geben, denen es erwünscht wäre, wenn ihre Industrieprodukte mit Vorzugszöllen in die anderen Donauländer gingen, Deutschland aber und auch Italien ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse abnehmen. So etwas ist aber in Wirklichkeit gar nicht möglich. Denn es ist klar, daß Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien nur mit solchen Staaten Präferenzabkommen schließen können, die, sei es direkt sei es auf dem Weg der Umschichtung und des Weitergebens, auch ihre Produkte abnehmen. Dieses Nehmen und Geben in voller Gegenseitigkeit auf Grund einer arbeitsteiligen Wirtschaftsergänzung ist Sinn und Inhalt der Präferenz. Frankreich als das Land, das schon bisher große Summen in das Donaugebiet hineingetan hat und noch weitere zur Verfügung stellen wird, hat kein Interesse an solcher Investierung, wenn nicht zugleich die Wirtschaft dieser Agrarländer in Ordnung gebracht wird, das heißt, wenn nicht sichere Absatzmöglichkeiten auf Grund der geplanten Neuordnung für ihre Erzeugnisse geschaffen werden. Ohne solche Organisation wäre jeder neue Kredit so gut wie in die Donau geworfen.

Nach der von dem tschechoslowakischen Außenminister Eduard Benesch in Prag am 22. März im Parlament abgegebenen Erklärung ist nicht daran zu zweifeln, daß die Donauregelung nur mit Deutschland, nicht gegen und auch nicht ohne Deutschland vor sich gehen soll. Deutschland, führte Benesch aus, dürfe in diesem mitteleuropäischen Gebiet kein Kolonisations-, auch kein politisch- oder wirtschaftsexpansives Milieu erblicken, das von Deutschland beherrscht werden solle (man sieht die Spitze gegen die verspäteten Mitteleuropäer, deren politische und geistige Bedeutung Benesch vielleicht etwas überschätzt), es könne vielmehr nur ein Gebiet wirtschaftlicher Zusammenarbeit, kultureller Ergänzung und Förderung und gegenseitiger freundschaftlicher Hilfe geschaffen werden. Des weitern sagte er aber (und diese Äußerung gab grade die Köl-

nische Zeitung, die sich im übrigen recht abwartend verhält, am 23. März wieder), es handle sich für die ganze mitteleuropäische Wirtschaftsgruppe darum sofort nach einer Einigung unter einander mit Deutschland wie auch mit Italien und den übrigen Staaten einen richtigen Modus vivendi zu finden, weil ohne ihn keine mitteleuropäische Wirtschaftskooperation möglich wäre. Und am 31. März stellten im Auswärtigen Ausschuß des Parlaments alle Koalitionsredner fest, daß ohne Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich an eine solche mitteleuropäische Gemeinschaft nicht zu denken sei.

Hält man diese überaus deutlichen und in sich konsequenten Darlegungen mit den Folgerungen zusammen, die sich aus dem Sinn von Präferenzverträgen ergeben, und der Möglichkeit solche auf die Donaufstaaten anzuwenden, so muß man zugeben, daß Deutschland, weit entfernt sich dem französischen Plan in den Weg stellen zu sollen, allen Anlaß hat ihn aufs tatkräftigste zu fördern. Geschieht das, so kann man sicher sein, daß die Idee der Präferenz in der Praxis weiterwirken und sich nach und nach auch auf den ganzen übrigen Kontinent ausdehnen wird. In unserer Zeit mit ihrer großen Not können Dinge versucht werden, die in normalen Zeiten allzu phantastisch erscheinen, und vor denen man darum zurückschrickt. Das System der Meistbegünstigung ist bereits so viel durchbrochen worden, daß auch das natürliche Beharrungsvermögen der Länder, so stark es sein mag, nicht genügt sie in den alten gewohnten handelspolitischen Bahnen festzuhalten. Dazu kommt ein weiterer und besonders wesentlicher Umstand: Großbritannien, der stärkste Verfechter des Meistbegünstigungsgedankens, hat diesen selbst für die anderen Staaten dadurch entwertet, daß es jetzt hohe Zölle einführt, um so das Unternehmen der präferentialen Zusammenfassung des British Empire zu fördern. Natürlich lähe England es nach wie vor nicht gern, daß andere Länder ihm die Meistbegünstigung fortan verweigern sollen. Aber es kann sich nicht mehr mit zwingender Schärfe dagegen wenden, daß dieses Prinzip verlassen wird. Denn seine eignen Handlungen haben das grade herausgefordert. Man kann schließlich nicht gut für sich und die einem selbst nahestehenden Länder Präferenzverträge schließen und den Staaten, die wirtschaftlich zu einander ebenso eng oder noch enger gehören, die Anwendung der selben Methode unterlagen. Indes, mag man über die wirtschaftspolitische Moral noch so skeptisch denken, so ist doch eine Änderung der Lage nicht zu verkennen: Seitdem England nach einem Vierteljahrhundert schlimmster Katastrophen endlich den Weg gefunden hat, der ihm zu Beginn des Jahrhunderts von Joseph Chamberlain gewiesen wurde, hat es nicht mehr so nötig wie früher das Meistbegünstigungsprinzip unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Es ist ihm entbehrlich, sobald ihm die Zusammenfassung seines eignen Imperiums gelungen ist. Genau so wie es dann in der Lage sein wird von der Balance-of-power-Doktrin abzulassen. Noch ist es natürlich nicht so weit. Und England wird schon widersprechen oder doch Schwierigkeiten machen. Aber dieser Widerstand wird nicht mehr die alte Kraft haben. Und auch bei den in allen Dingen England folgenden Deutschen werden in dieser Frage vielleicht einige Zweifel an der englischen Führung auftauchen und sie der Idee kontinental-europäischer Selbsthilfe zugänglich machen, sobald sie (widerwillig) erkannt haben, daß der britische Lordprotektor für sein Gebiet das Analoge tut.

Bei der deutschen Anglomanie wird man freilich noch auf manches gefaßt sein müssen. Wenn man jetzt wieder am 27. März feststellen mußte, mit welcher

Genugtuung deutsche Zeitungen die Absicht James Ramsay MacDonalds eine Donaukonferenz der Großmächte nach London einzuberufen als Osterbotschaft begrüßten, und zwar nicht etwa wegen des vorausichtlichen sachlichen Inhalts der Besprechungen sondern nur deshalb, weil sie in der Wahl des Tagungsorts einen Gegenstoß gegen die französische Initiative erblickten, fühlt man sich in die Zeit der Pariser und Londoner Besprechungen des schicksalsschweren Jahres 1931 zurückverletzt. Wieder wie damals will man Paris nur als Zwischenstation auf der Fahrt nach London ausgeben. Damals gelang das. Aber wahrhaftig nicht zu unseren Gunsten. Die deutsch-französische Annäherung, deren Möglichkeit sich in Paris ergeben hatte, war in London wieder verschwunden. Soll es jetzt wieder so gehen? An sich ist gegen eine Londoner Tagung der 4 Großmächte nichts einzuwenden. Verhängnisvoll wäre es nur, wenn Deutschland ihre Tendenz falsch auffaßte.

Es wird Zeit, daß man in Deutschland die Wirklichkeit erkennt. Der französische Ministerpräsident sagte am 3. April, nach seiner Besprechung mit dem britischen Ministerpräsidenten in London, den Pressevertretern, durchaus richtig, es handle sich hier um gesamteuropäische Fragen. Er wird den Donauplan nicht aufgeben. Wir haben in Deutschland also nur die Wahl (unter gewissen sachlichen Voraussetzungen, gegen die Frankreich nichts einwenden kann und wird) an ihm mitzuarbeiten, und dann wird Deutschland ein wesentliches Glied der kommenden Gemeinschaft sein; oder aber beiseite zu bleiben, und dann wird sich in Frankreich auch in den extrem verständigungsbereiten Kreisen die Überzeugung durchsetzen, daß Deutschland sich grundsätzlich allem widersetzt, was von Frankreich kommt, mag es noch so sehr im eignen deutschen Interesse liegen. Es handelt sich beim Donauplan um den in die unmittelbare Praxis übersetzten Briandschen Europaplan: natürlich nur in der ersten Etappe der Verwirklichung. Als geistiger Initiator dieses Plans ist der französische Botschafter in Berlin André François-Poncet angesprochen worden. Sicher ist, daß er zu ihm steht. Und da er offenbar ein gutes Verhältnis zwischen den Nachbarstaaten herbeiführen will (hat er doch zu diesem Zweck die parlamentarische Tätigkeit in Paris zugunsten der diplomatischen Tätigkeit in Berlin zurückgestellt), wird er sich schwerlich für Pläne erwärmen, die das Gegenteil dessen bedeuten, was er erstrebt.

In all den Jahren der Nachkriegszeit hat es für die deutsche Politik immer wieder Gelegenheiten gegeben begangene Fehler wiedergutzumachen. Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die Tardieuschen Vorschläge ansehen. Ihre richtige Behandlung gibt der deutschen Politik vielleicht die Möglichkeit zugleich auch den Reparationsstreit zu einem guten Ende zu führen. Grade aus den Ausführungen, die der Ministerpräsident André Tardieu wie der Finanzminister Pierre Etienne Flandin am 24. März bei der Beratung des Budgetsvoranschlags im Senat machten, wird man diesen Schluß ziehen dürfen. Wenn wir den Weg einschlagen, der in den Sozialistischen Monatsheften seit 1918 gezeigt worden ist¹⁾, wird man endlich auch die Reparationsmauer zwischen Deutschland und Frankreich niederlegen können. Die Konferenz von Lausanne muß zu einer Einigung Deutschlands mit Frankreich führen. Eine richtige Behandlung der Donaupläne wäre eine gute Vorbereitung für sie.

1) Siehe im letzten Vierteljahr *Cohen Reparationslösung und deutsche Politik, Schwarz Wiederaufbau: ja, Tribute: nein, Mierendorff Bedrohtes Deutschland*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 14, 103, 217.

PAUL KAMPFFMEYER · DIE KRISE IM SOZIALISMUS



KEIN Zweifel: Der Sozialismus befindet sich in einer geistigen Krise. Schon äußerlich bietet er das Bild starker Zerklüftung dar. Man schaue nur auf den heftigen grundsätzlichen Kampf der Sozialdemokratischen Partei mit der Kommunistischen Partei; man denke an die sektiererischen Splitter, die neben diesen beiden großen Parteien noch in Deutschland bestehen. Zunächst sei der geistige Hintergrund dieser Krise gewürdigt, bevor die realen Faktoren bewertet werden, die fühlbar auf diese Krise eingewirkt haben.

In den Jubiläumsartikeln zum 100. Todestag Hegels sind die Fäden, die fest und unzerreißbar die Lehre Marxens mit der Philosophie Hegels verknüpfen, offengelegt worden. In diesen Artikeln wurde vielfach auf die Schrift Friedrich Engels' Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie hingedeutet, weil sie die Beziehungen zwischen Hegel und Marx besonders lichtvoll erörtert. Hier stellt sich Engels auf den Standpunkt der Identitätsphilosophie, zu deren Bekennern er auch Hegel zählt. Er schreibt:

»Die Frage nach dem Verhältnis von Denken und Sein hat aber noch eine andere Seite: Wie verhalten sich unsere Gedanken über die uns umgebende Welt zu dieser Welt selbst? Ist unser Denken imstande die wirkliche Welt zu erkennen, vermögen wir in unseren Vorstellungen und Begriffen von der wirklichen Welt ein richtiges Spiegelbild der Wirklichkeit zu erzeugen? Diese Frage heißt in der philosophischen Sprache die Frage nach der Identität von Denken und Sein und wird von der weitaus größten Zahl der Philosophen bejaht. Bei Hegel zum Beispiel versteht sich ihre Bejahung von selbst.«

Engels sah das menschliche Bewußtsein als eine Art photographischer Platte an, die naturgetreu, objektiv die von außen eindringenden Lichtstrahlen aufnimmt. Die Ideen sind nur Spiegelbilder des wirklichen Seins. Das Bewußtsein ist gleichsam von dem Menschen mit seinen vielseitigen geistigen Anlagen und moralischen Kräften losgelöst; es reflektiert nur die wirklichen Dinge in den Ideen. Die Ideen sind nach dem Kommunistischen Manifest nur Reflexe gesellschaftlicher Lebensverhältnisse, und mit der Auflösung der alten Lebensverhältnisse hält die Auflösung der alten Ideen Schritt, obwohl dieser Schritt auch zeitlich nachklappen kann, ja nachklappen muß. Denn das gesellschaftliche Sein bestimmt nach Marx das Bewußtsein der Menschen, und der juristische und politische Überbau mit den ihm eignen Bewußtseinsformen ändert sich erst mit der materiellen, ökonomischen Grundlage, auf der er emporstrebt. Spricht man von den eine ganze Welt revolutionierenden Ideen, so spricht man nach Marx nur die Tatfläche aus, daß sich innerhalb der alten Gesellschaft die Elemente einer neuen gebildet haben. Stellt sich die Menschheit neue Aufgaben, so beweist das nur, daß in der materiellen, ökonomischen Welt bereits die Bedingungen für die Lösung dieser Aufgaben gegeben sind. Keine vorstoßende Macht liegt also in den Ideen. Die sozialistische Idee ist nur im Bewußtsein der Menschen, weil sich im Sein, in den Lebensverhältnissen der Menschen bereits der Sozialismus vorbereitet, weil er dort im Werden ist. Der Mensch mit seinem Denken und sittlichen Empfinden hängt von der materiellen Produktionsweise der Zeit ab. Verdammt er diese als ungerecht, verwirft er die Art, wie sie die Güter verteilt, so ist das nur ein lebendiges Zeugnis von der zur Neige gehenden Produktionsweise. In diesem Sinn sagt Engels in seinem Antidühring:

»Erst wenn die fragliche Produktionsweise ein gut Stück ihres absteigenden Alts hinter sich, wenn sie sich halb überlebt hat, wenn die Bedingungen ihres Daseins größtenteils verschwunden sind, und ihr Nachfolger bereits an die Tür klopft: erst dann erscheint die immer ungleicher werdende Verteilung als ungerecht, erst dann wird von den überlebten Tatfachen an die sogenannte ewige Gerechtigkeit appelliert. Dieser Appell an die Moral und das Recht hilft uns wissenschaftlich keinen Finger breit weiter; die ökonomische Wissenschaft kann in der sittlichen Entrüstung, und wäre sie noch so gerechtfertigt, keinen Beweisgrund sehen sondern nur ein Symptom. Ihre Aufgabe ist vielmehr die neu hervortretenden gesellschaftlichen Mißstände als notwendige Folgen der bestehenden Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen und innerhalb der sich auflösenden ökonomischen Bewegungsform die Elemente der zukünftigen, jene Mißstände beseitigenden, neuen Organisation der Produktion und des Austausch aufzudecken.«

Die ökonomische Wissenschaft kann nach Engels naturwissenschaftlich trennen untergehenden Kapitalismus mit dem aufsteigenden Sozialismus aus dem Stand der Produktionsweise feststellen. Wenn Engels hier von der ökonomischen Wissenschaft sprach, so meinte er selbstverständlich die sozialistische Wissenschaft der Marx und Engels, denn die kapitalistische Wissenschaft gelangte zu ganz anderen Schlüssen über die Lebensfähigkeit des Kapitalismus als beide sozialistische Denker. Für Marx und Engels waren schon vor der Februarrevolution die Produktivkräfte auf eine Höhe gelangt, daß sie die kapitalistischen Produktions- oder, juristisch ausgedrückt, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sprengen mußten. Die Vorherlage von der unmittelbar bevorstehenden, durch den Reifegrad der Produktivkräfte bedingten Revolution erneuerte Engels noch mehrmals. Nach seiner Beurteilung der kapitalistischen Wirtschaft, nach seiner Einschätzung der Bildungselemente der neuen Gesellschaft, der werdenden sozialistischen Organisation der Produktion, mußte spätestens noch im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft erfolgen. Aber mehr als 8 Jahrzehnte nach der ersten Verkündigung der revolutionären Sprengung der Kapitalsform durch die Produktivkräfte bescheinigen selbst sozialistische Theoretiker noch die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft.

Das Marx'sche Bewußtsein von der Wirklichkeit, vom Sein war naturgemäß von der ganzen geistigen Verfassung dieses Denkers, von den Strömungen seiner Zeit und so weiter bedingt. Marx fußte, wie wir gesehen haben, auf Hegel, und er war überzeugt, daß sich im Bewußtsein der Menschen das wirkliche Wesen, das Sein, spiegelt, und daß dieses Sein den sichern Sieg des Sozialismus kündigt. Wie die Idee Hegels durch das Spiel der Gegensätze hindurch notwendig zu immer höheren Gestaltungsformen aufsteigt, so schreibt nach Marx das Sein, die Wirklichkeit durch das Ringen wirtschaftlicher Widersprüche und durch harte Klassenkämpfe zu höheren Entwicklungsformen fort. Engels, der treueste und sachverständigste Dolmetscher und Ausleger des Marx'schen Denkens, spricht von der Geschichte als von einem Entwicklungsprozeß der Menschheit, »dessen allmählichen Stufengang durch alle Irrwege zu verfolgen und dessen innere Gelezmäßigkeit durch alle scheinbaren Zufälligkeiten hindurch nachzuweisen jetzt die Aufgabe des Denkens wurde«. Indem sich Engels mit voller Überzeugung der Ansicht Hegels von einem stufenweise aufsteigenden Weltentwicklungsprozeß anschloß, spöttelte er über eine historische Auffassung, die in der Geschichte der Menschheit nur ein »wüßtes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten« sieht, »die vor dem Richterstuhl der jetzt gereiften Philosophenvernunft alle gleich verwerflich sind, und die man am besten so rasch wie möglich vergißt«.

Geistesgemäßlich ist die innere Verknüpfung Marx' und Engels' mit Hegel fast mit Händen greifbar, und beide Denker sind nicht zuletzt durch Hegel zu Sozialisten geworden. Als Marx und Engels in ihrer jugendlichen Kampfschrift Die Heilige Familie oder Kritik der Kritischen Kritik an die ökonomischen, politischen und sozialen Institutionen ihrer Zeit herantraten, waren sie bereits ausgesprochene, von der Notwendigkeit des katastrophalen Untergangs der bürgerlichen Gesellschaft überzeugte Sozialisten. Im Proletariat war nach Marx die menschliche Natur völlig entmenscht, und alle unmenschlichen Lebensbedingungen waren in der Situation des Proletariats zusammengefaßt. Das waren sehr scharfe Werturteile über die Lage dieser Klasse, über eine Lage, die mit dem Maßstab einer idealen Grundvorstellung vom Menschlichen gemessen war. Marx als Sozialist begehrte gegen die ganze Lebenshaltung des Proletariats auf, und er legte nun in das proletarische Sein die grundsätzliche Empörung gegen die unmenschliche proletarische Existenz.

In Wahrheit bäumten sich nur relativ dünne Schichten des Proletariats gegen das sie bedrückende Elend auf, und zwar auch nur meist gegen einzelne Seiten dieses Elends und nicht gegen das proletarische Elend überhaupt. Die proletarische Revolution stellte nach Marx die Menschlichkeit auf neuer Basis her. Das Privateigentum zerstörte sich durch seinen Gegensatz selbst, durch die Erzeugung des Proletariats. Dieser ganze soziale Entwicklungsprozeß war hegelisch-dialektisch gesehen. In der Heiligen Familie heißt es: »Das Privateigentum treibt allerdings sich selbst in seiner nationalökonomischen Bewegung zu seiner eigenen Auflösung fort, aber nur durch eine von ihm unabhängige, bewußtlose, wider seinen Willen stattfindende, durch die Natur der Sache bedingte Entwicklung, nur indem es das Proletariat als Proletariat erzeugt, das seines geistigen und physischen Elends bewußte Elend, die ihrer Entmenschung bewußte und darum sich selbst aufhebende Entmenschung.«

Der ganze ökonomische und soziale Prozeß steuert nach Marx auf den Sozialismus los. Diese Grundvorstellung bildet den Ausgangspunkt des Marxschen Sozialismus. Marxens Zukunftsideal von der Befreiung des Menschen, sein Ideal einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung legte er in die sich fortentwickelnde Wirklichkeit hinein.

Im Kommunistischen Manifest strebt Marx eine Assoziation an, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Das ist sicher zunächst ein Ideal, das nach seiner Ansicht nur durch große Umwälzungen der Wirtschaft und durch heftige, von den Kommunisten geführte Klassenkämpfe erreicht werden kann. In diesem Manifest legt Marx nicht objektiv wissenschaftlich seine Theorie vom Untergang der bürgerlichen Gesellschaft dar, sondern er ruft mit der Leidenschaft eines revolutionären Barrikadenkämpfers zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft selbst auf. Wir staunen über die geradezu aufreizende Kraft der Marxschen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Marx will eben die Welt verändern und nicht nur kommentieren. Im Kommunistischen Manifest ist sich Marx völlig bewußt, was revolutionäre, den Kapitalismus in Grund und Boden verwünschende Gelinnung, und was revolutionärer, die Sklavenketten zerfprengender Wille für eine sich befreiende Klasse bedeuten. Das Sein hat sich immer in Marxens revolutionärem Temperament gespiegelt. Jeder Mensch bringt der Außenwelt eine individuelle Innenwelt entgegen. Die Außenwelt wird also von den verschiedenen Menschen verschieden aufgenommen. Die Welt wird von Menschen erlebt, und nur als Erlebnis geht von ihr eine gestaltende

Kraft aus. Die Wirkung der bewegten Natur und des handelnden Menschen ist bei den einzelnen Menschen höchst differenziert. Vorgänge der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Welt stürmen auf die Angehörigen der besitzenden Klassen anders ein als auf die der besitzlosen. Grade auf die Eigenart der Reaktion der proletarischen Klasse auf die soziale Welt stellt sich Marx' und Engels' Sozialismus ein. Er pflegt bestimmte, sich gegen das Bürgertum erhebende Anschauungen als proletarisch-sozialistische Anschauungen. In diesen vermeintlich bloßen Anschauungen schwingt ein kräftiger ethischer Ton, der Ton der Verurteilung der bürgerlichen Gesellschaft. Der Sozialismus eines Marx und eines Engels sucht die proletarische Gesellschaftsklasse gegen die bürgerliche Welt zu entflammen. Die proletarische Weltbetrachtung ist alles andere als eine ruhig objektive Spiegelung der Welt, sie ist in Wahrheit eine ethische Wertung der Welt.

JENE marxistische Vorstellung, daß sich aus dem Sein, aus einer bestimmten Existenzform der kapitalistischen Wirtschaft, mit Naturnotwendigkeit ein sozialistisches Bewußtsein ergibt, läßt sich nicht aufrechterhalten. Die Ausbreitung der sozialistischen Idee hängt von einer ganzen Reihe geistig-ethischer Bedingungen ab. Welche Hemmnisse warf zum Beispiel die katholische Weltanschauung dem sonst so liegreich vordringenden Sozialismus in den Rheinlanden und Westfalen entgegen! Seelische Erschütterungen, durch innere Erlebnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit bedingt, versperrten den Zugang zum Sozialismus vielen, die ihrer ganzen proletarischen Lebenslage nach eigentlich zu ihm gelangen mußten. In das Proletariat herabgeschleudert, wollten sie diese brutale Tatfache einfach nicht anerkennen. Sie leugneten sie durch ihr ganzes Verhalten gegenüber dem Proletariat. Den letzten Rest einer fiktiven sozialen Selbständigkeit glaubten sie aufrechterhalten zu können, indem sie sich gegen proletarisch-sozialistische Gedanken krampfhaft auflehnten.

Die Marx'sche Theorie wollte naturgetreu das Sein, die Wirklichkeit widerspiegeln. Diese Wirklichkeit war für Marx vor allem durch die Produktion gegeben. Die Produktion zentralisierte und internationalisierte sich in wachsendem Maß; immer größere, auf kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit beruhende Betriebe entstanden und verflochten sich im Rahmen der Weltwirtschaft mit einander. Diese Großbetriebe vernichteten die kleinen und mittleren Betriebe und hoben eine beständig abnehmende Zahl von Kapitalmagnaten aus einem die ganze Wirtschaft und Gesellschaft umwälzenden Expropriationsprozeß heraus. Marx rechnete im Kapital nur mit 2 aktiven Klassen: der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die Bauernklasse galt für ihn gar nicht mehr als kämpfende Klasse. Nach seiner Ansicht wirkte die große Industrie grade in der Sphäre der Agrikultur am revolutionärsten, da sie dort den »Bauern, das Bollwerk der alten Gesellschaft,« vernichtete und ihm den Lohnarbeiter unterfob. In dem Wirtschaftsprozeß, den Marx glaubte photographisch genau aufgenommen zu haben, war der Untergang der Bauernklasse, die schirmend und schützend vor der ganzen bürgerlichen Gesellschaft stand, von entscheidender Bedeutung. In England durfte man wohl von dem Ruin einer selbständigen Bauernklasse sprechen, nicht aber in Frankreich und Deutschland. Das von Marx entworfene Bild der Wirtschaftsentwicklung wurde hier korrigiert. Aber die Konsequenz hieraus wurde erst in dem Heidelberger und im Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie gezogen.

Die revolutionäre Marx'sche Entwicklungstheorie, die den Prozeß der Vernichtung der kleinen und mittleren Betriebe, die Empörung des geknechteten Proletariats, die Sprengung der kapitalistischen Hülle und die »Expropriation der Expropriateurs« so dramatisch-legendarisch schilderte, ging in ihrem wesentlichen Inhalt in die Programme der Sozialdemokratischen Partei über. Einzelne Gruppen der Sozialdemokratie gaben sich der von Marx und Engels genährten Erwartung hin, daß die soziale Revolution schnell hereinbrechen werde, und zwar so schnell, daß eigentlich von einer bewußten Umgestaltungsarbeit sozialistischer organisierter Massen an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kaum ernstlich die Rede sein konnte. Der Sozialismus war somit vor allem das Werk unbewußt arbeitender wirtschaftlicher und sozialer Tendenzen. Die Reformtätigkeit der deutschen Sozialdemokratie verfiel daher häufig Marx' und Engels' beißendem Spott. Namentlich war es Engels, der in der Vorrede zu seiner Wohnungsfrage 1887 die reformerischen Sozialdemokraten als kleinbürgerliche Sozialisten abtat, weil sie nicht von dem nahen Zusammenbruch des Kapitalismus überzeugt waren und sich deshalb mit allerlei Reformwerk abgaben. Bei dem Vorherrschen einer kapitalistischen Fin-de-siècle-Stimmung mußte selbstverständlich der reformerische Aktivismus in der Sozialdemokratie stark zurücktreten. Wetterleuchtete bereits der Untergang des Kapitalismus, nun, so mußte man dessen Zusammenbruch laut predigen und revolutionär sozialistische Propaganda treiben. Das Erfurter Programm vom Jahr 1891 verleihte sich die Theorie von der sozialen Revolution ein. Das Heidelberger Programm von 1925 hielt sich davon fern.

Die Ausmerzung jener Revolutionstheorie aus dem sozialdemokratischen Programm ist auf die revisionistische Bewegung zurückzuführen, die um die Jahrhundertwende die Gemüter in der Partei erhitzte und fortan alle Parteitage beherrschte. Faktisch bestand diese revisionistische oder reformistische Bewegung von jeher in der Sozialdemokratie. Sie hob sich aber erst schärfer heraus, als der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsgedanke die Massen zu ergreifen begannen. Nun sprang sichtbar ein reformerischer Aktivismus ein. Das marxistische Bild von der revolutionären Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft hatte sich sowohl durch den Fortbestand der Bauernklasse als auch durch die reformerische Haltung großer organisierter Arbeitermassen zum Staat nicht unwesentlich verschoben. Da begann nun mit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts die Elektrifizierung der Industrie und mit ihr, allerdings nicht ganz gleichzeitig, die sprunghafte Zunahme der Angestellten. Es ist das Verdienst Paul Krißches in einem Aufsatz der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie die Bedeutung der »Umschichtung des Proletariats im elektrischen Zeitalter« scharf hervorgehoben zu haben. Er stellt folgendes fest:

»Eine elektrische Kraftzentrale mit Millionen von Kilowatt Jahresleistung versorgt Hunderttausende von Betrieben, beschäftigt ein Heer von Technikern, Beamten und Angestellten (Kontrollen, Buchungskräfte und so weiter) und bedarf nur weniger handarbeitlicher Hilfskräfte.«

Das handarbeitende Industrieproletariat wird durch das jetzt sich anbahnende Elektrizitätszeitalter »erbarmungslos« dezimiert. Nach Untersuchungen des Allgemeinen Freien Angestelltenbunds kamen in 10 elektrotechnischen Betrieben auf 100 Mann Belegschaft schon 1913 31,8 Angestellte. Die nachstehende Zusammenstellung zeigt, wie viele Angestellte auf je 100 Mann der Belegschaft in den hier angeführten Betrieben kamen:

Jahr	27 Werftbetriebe	3 Autofabriken	45 Maschinenfabriken	11 Waggonfabriken	Elektrotechnische Betriebe
1913	7,5	9,9	12,5	7,7	31,8
1926	16,9	18,5	20,1	12,9	32,1

Im allgemeinen ergab ein Überblick über die soziale Gliederung der deutschen Erwerbstätigen 1882 bis 1925, daß die Arbeiter und Hausangestellten von zirka 60 % auf 50 % der Erwerbstätigen herabgingen, die Selbständigen nebst mithelfenden Familienangehörigen von 38 % auf zirka 33 %, während Angestellte und Beamte dagegen um 5 % auf 16 % hinauffchnellten. Obwohl viele Beamte und Angestellte kein höheres Einkommen haben als gewöhnliche Lohnarbeiter, sind sie doch nicht dem Proletariat beizuzählen. So betont Ludwig Heyde in seinem Artikel über Angestellte und Angestelltenbewegung im Internationalen Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, daß es für die Angestellten normaltypisch eine Idee des »Standesgemäßen« gibt, und zwar in den Lebensgewohnheiten und Lebensansprüchen, in den Wohnsitzen, im geselligen Verkehr (keine Tischgemeinschaft mit den Arbeitern) und bei dem Abschluß von Ehen (möglichst keine Einheirat in Arbeiterfamilien). Die Beamtschaft in ihren dauernden pensionsfähigen Berufsverhältnissen gliedert sich mitunter noch strenger von der Arbeiterschaft ab als die Angestelltenchaft. Krische weist auf die Tatsache hin, daß von 2,5 Millionen der organisierten Angestellten und Beamten nicht mehr als 450 000, also nur 18 %, freigewerkschaftlich organisiert waren.

Die Struktur der Gesellschaft ist in Deutschland wesentlich anders beschaffen als sie nach den von Marx aufgestellten Entwicklungstendenzen sein müßte. Wladimir Woytinsky gelangt bei seinen sozialstatistischen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß keineswegs eine erdrückende Majorität von Proletariern einer verschwindend kleinen Gruppe von Kapitalmagnaten gegenübersteht. Die sozialen Schichten der Beamten und Angestellten sind verhältnismäßig umfangreich. Die mittlere und kleinere Bauernschaft schickt sich keineswegs an sich als Klasse aus der Gesellschaft ausschalten zu lassen. Neben dem Wachstum der Angestellten und Beamten sieht man eine erhebliche Zunahme der mithelfenden Familienangehörigen der Selbständigen. Nach einem Enquetebericht hat sich, wie Paul Krische ausführt, das Handwerk »gut erhalten«:

»Die Selbständigen spielen eine beachtliche Rolle in der Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe (Bäcker, Fleischer, Gastwirte), in denen die genossenschaftliche Bewegung eine stark aufsteigende Tendenz zur Erhaltung von Klein- und Mittelbetrieben gegenüber der konzentrierenden und akkumulierenden Tendenz in der Industrie zeigt.«



FESTSTELLUNGEN über die Struktur der Gesellschaft und die Haltung der Angestellten- und Beamtenklassen zur sozialistischerfreigewerkschaftlichen Frage, wie sie hier angeführt wurden, sind durchaus notwendig, damit wir uns vollständig aus dem Bann der unbewiesenen und unbeweisbaren Hypothese von der gleichsam automatisch erfolgenden Vergesellschaftung der kapitalistischen Wirtschaft befreien. Das »ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft«, das Marx gefunden zu haben glaubte, und das uns die allseitige Zentralisierung und Kollektivierung der kapitalistischen Wirtschaft und zugleich ein stets anschwellendes, revolutionär gesinntes, organisiertes Proletariat verhieß, hat seine frühere Allgemeingültigkeit verloren. Das kann aber nur *den* wirklich entmutigen, der heute noch an die Heilandsrolle der

alles lösenden ökonomischen Entwicklung glaubt. Wir wissen aus persönlicher Erfahrung, welche falschzierende Kraft von diesem Glauben ausging: Der Sozialismus mußte naturnotwendig kommen, er war ja in der ganzen, schon heute mit Händen greifbaren, revolutionären "Entwicklung" beschlossen, und das Proletariat konnte ja gar nicht fehlgehen, denn sein Klassenbewußtsein trieb es schon auf den rechten Weg. Wir hatten nur den Kopf offenzuhalten, dann strömte schon der Sozialismus aus der Wirklichkeit, aus dem Sein in unser Bewußtsein hinein. Diese marxistische Entwicklungstheorie, die so eindrucksvoll die Sprengung der kapitalistischen Eigentumsform, dieser Fessel der Produktion, darstellt, hat eine reiche theoretische Kampfliteratur geboren. Es wurde oben schon auf die revisionistische Bewegung hingewiesen. Die unbedingte Anerkennung, partielle Einschränkung oder vollständige Verneinung der marxistischen Entwicklungstheorie riefen nun Spaltungen in der Arbeiterklasse hervor. Und in ihnen kam eben das zum Ausdruck, was wir als die Krise im Sozialismus heute bezeichnen.

Die Sozialdemokratie gesteht heute eine sehr wesentliche Modifikation der marxistischen Entwicklungstheorie durch den Fortbestand einer leistungsfähigen Bauernklasse und durch die Neuentstehung einer sich selbst organisierenden Angestellten- und Beamenschaft zu. Aus den Machtverhältnissen der sozialen Klassen in Deutschland ergibt sich für sie die zeitweilige Notwendigkeit einer Zusammenarbeit sozialer Klassen. Diese Notwendigkeit einer Koalitionspolitik gab auch Karl Kautsky zu, als er sagte:

»Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den andern. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird.«

Aus der richtigen Analyse der Struktur unserer Gesellschaft muß sich der Sozialdemokratie diese zwiefache Einsicht erschließen:

1. Bei den heutigen sozialen und politischen Machtverhältnissen ist der Aufbau der dem Sozialismus zustrebenden Institutionen an das Zusammenarbeiten verwandter sozialer Klassen gebunden; denn keine Klasse wird in der nächsten und nähern Zukunft über eine arbeitsfähige Mehrheit verfügen.

2. Jeder Aufbau ist in viel höherem Maß als vor dem Krieg an die bewußte Tat politischer Parteien gebunden; denn in unseren Tagen sind die wirtschaftlichen und sozialen Probleme vorwiegend politische Probleme geworden.

Die Verwirklichung des Sozialismus kann nicht allein das Werk der Arbeiterklasse sein; man müßte denn unter dem Begriff der Arbeiterklasse ganz allgemein die Werktätigen, die selbstarbeitenden Bauern, die Handwerker und Angestellten und Beamten verstehen. Die Arbeiterklasse hat nähere Berührungen mit den Klassen der Angestellten und Beamten, deren Gruppen allerdings sehr differenziert sind. Immerhin zeigen die 395 259 Mitglieder des Allgemeinen Freien Angestelltenbunds und die 166 610 Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbunds, daß große Gruppen der Angestellten- und Beamenschaft für eine freigewerkschaftlich-sozialistische Politik gewonnen werden können. Die dauernde Eroberung großer Schichten beider Klassen hat aber ein intensives Eingehen auf deren berufliche und soziale Interessen zur Voraussetzung. Im allgemeinen stellt sich das sozialistische Problem als ein großes Menschheitsproblem dar. Denn der Sozialismus geht darauf aus überhaupt neue, den ganzen, nicht nur den wirtschaftenden Menschen erfassende Gemeinschaftsformen zu schaffen.

Es war eine irrige Vorstellung, daß der Mensch schlechtweg ein homo oeconomicus, ein wirtschaftender Mensch sei. Der Mensch ist immer mehr als ein nur Lebensmittel herstellendes Geschöpf gewesen. Selbst in primitiven Kulturen betätigte er sich schon künstlerisch, malte auf Steinwänden Tiere, dichtete, tanzte und sang. Wenn wir heute für den Sozialismus erfolgreich werben wollen, müssen wir mehr als bisher die seelische Verfassung und die seelischen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen. Wir müssen ein tieferes Verständnis für die Bedeutung des seelischen Gemeinschaftslebens bekunden, für die »Wirverbundenheit«, wie Kriſche jenes Phänomen nennt, der dann feststellt, daß sich weder Partei noch Gewerkschaften bemüht haben »grundlegende theoretische Arbeit auf diesem Gebiet zu unterstützen und anzuregen«.

Die von Paul Kriſche angeregte größere Beachtung und Pflege der »das Leben überall durchpulsenden«, ihm »Glanz und Tiefe« verleihenden Gemeinschaftswerte ist seit Jahren auch von den Sozialistischen Monatsheften verlangt worden. Aber erst die anhaltende, jedes früher gekannte Maß übersteigende Wirtschaftskrise der letzten Jahre, die in ihren politischen Folgeerscheinungen die seelische Struktur aller Volksklassen bloßlegte, zeigte auch den Parteifunktionären die Krise im Sozialismus. Jetzt werden sich die Praktiker der Bewegung der Einsicht und ihren Postulaten nicht mehr entziehen können.

KONRAD SEIFFERT · DER GLAUBE AN DAS IMPERIUM



ALS Mohandas Karamtschand Gandhi sich den Engländern das erstemal entgegenstellte, in Südafrika, horchte man im Britischen Imperium auf. Denn der kleine braune Mann und die von ihm gepredigte Gewaltlosigkeit waren etwas Neues. Beim Cricket und während der Hochflut der Seasonattraktionen sogar sprach man von Gandhi und von seiner Lehre. Ein unbekannter Inder stand da und hatte etwas zu sagen. Man muß hinhören, wenn jemand da ist, der etwas zu sagen hat. Aber dann, als es sich herausstellte, daß Gandhi nichts weiter wollte als den wahren Ruin Englands, verurteilte ihn der englische Richter zu 8 Jahren Zuchthaus. Weil es verbrecherisch ist den Ruin Englands zu wollen, deshalb mußte Gandhi verurteilt werden.

Dieser kleine Inder wollte den Kampf. Schön. Kampf ist eine gute Sache. Man muß Gegner haben. England hat Gegner. Aber kein Engländer kann daran zweifeln, daß Gott den Sieg Englands will. Wo England mit seinem Gegner zusammenstößt, da scheidet es. Es ist dabei gleichgültig, ob England ein konservatives, ein liberales oder ein sozialistisches England ist. Wo England mit unenglischen Völkern zusammenstößt, da scheidet es sich in sie hinein. Der Zusammenstoß ist oft wenig schmerzlich. Mitunter ist es gar kein Zusammenstoß. Mitunter ist es nur das Dazukommen des Überlegenen, das Dasein des Überlegenen. Immer ist England der Überlegene, auch dann noch, wenn der Pfundkurs sinkt. Heute hält England Indien fester als je. Gandhi ist ein Heiliger geworden. Aber das hat England nicht gehindert ihn wieder einzulassen. Die Zwischenfälle, die sich vor und nach der letzten Verhaftung Gandhis in Indien ereigneten, bezeichnete der englische Premierminister als »sehr bedauerlich«. Und damit hat er eigentlich schon viel gesagt.

Die britische Regierung erklärt, England habe abgerüstet, vom Landheer, von der Luftflotte und von der Kriegsmarine seien nur noch klägliche Reste übriggeblieben, und man habe kaum genügend Soldaten für die wichtigen Garnisonen in Übersee. Das mit den Garnisonen in Übersee stimmt sicher; sie sind in der Regel lächerlich klein, wenn man vielleicht von Aden, Malta und Gibraltar (und noch von einigen anderen Plätzen) abliest. Aber diese Punkte sind ja für den Engländer noch nicht so richtig Übersee. Wo andere Nationen Fahnen, Standarten und Kasernen aufbauen, da heften die Engländer einem schwarzen oder braunen Boy eine Blechmarke mit dem britischen Löwen auf die nur unvollkommen bekleidete Brust, sie geben ihm einen weißen Stab in die Hand, und die britische Herrschaft ist, vorerst einmal, gesichert. Was dann kommt, sind Verträge, Verhandlungen, Konferenzen, Abkommen.

Der Engländer Radclyffe Dugmore hat, um Filmaufnahmen zu machen, Ostafrika bereist. In einem schlecht und lässig ins Deutsche übertragenen Buch *Im Großwildparadies* (das noch dazu verteufelt ist, in dem zum Beispiel das Wort Filmkamera an die 300mal als Bildkammer erscheint) berichtet Dugmore über seine Reisen. Er überschreitet, von der Kenyakolonie aus, die Grenze des ehemaligen Deutsch Ostafrikas, des jetzigen britischen Mandatsgebiets Tanganyikateritorium, und dabei vergleicht er so nebenbei das frühere deutsche Gebiet mit der britischen Kolonie. 3 kurze Stellen verdienen es festgehalten zu werden. Sie zeigen neben dem Unterschied zwischen den englischen und den deutschen Kolonisierungsmethoden, was wichtiger ist: den britischen Glauben an das Britische Imperium. Dugmore schreibt über den Platz Arusha im Kilimandscharogebiet unter anderm: »Wie in den meisten deutschen Niederlassungen spielten die Festung und die Kaserne die Hauptrolle. Sie waren untadelig gebaut, aber nach englischen Begriffen etwas unangebracht.« Von den Angehörigen zweier Mallaistämme sagt er: »Die Wirkung des deutschen Einflusses zeigte sich in der Achtung, die sie den Weißen bezeugten. Sie standen immer stramm, und oft grüßten sie auch würdevoll, was sie angenehm von den Kenyaleuten unterschied. Ob die äußerliche Ehrenbezeugung einen Wert hat, ist schwer zu sagen. Jedenfalls muß man zugeben, daß das lottrige Benehmen im Kenyaland, zumal seit dem Kriege, sehr unvorteilhaft dagegen absticht. Doch wer weiß, ob sich die vielleicht etwas übertriebene Gerechtigkeit und Freundlichkeit der Engländer nicht im Lauf der Zeit besser bewährt.« Und Umbulu, einen Ort am Westrand des ostafrikanischen Grabens, beschreibt Dugmore: »Umbulu erwies sich als eine echt deutsche Anlage mit zinnengekrönter Festung, die wie eine Spielzeugschachtel ausah. Sonderbarerweise wird sie von nahen Hügeln beherrscht, was wohl kaum als günstige Abwehrstellung bezeichnet werden kann. Überall in Afrika fallen einem die Unterschiede zwischen dem deutschen und dem englischen Brauch auf. An eine Festung denken wir ganz zuletzt, während sie bei den Deutschen allem andern vorangeht. Sie scheinen stets auf Unruhen gefaßt zu sein. Wir dagegen sind unverbesserliche Zuversichtler, die das Beste hoffen und das Zurschauftragen der Macht möglichst vermeiden.«

Jeder Engländer ist ein »Zuversichtler«. Er ist von der Gerechtigkeit des Angelfachsentums überzeugt. Für ihn ist diese Gerechtigkeit etwas, was nicht in Zweifel gezogen werden kann. Er ist geneigt zu glauben, daß diese Gerechtigkeit manchem schwarzen und braunen Boy gegenüber »vielleicht etwas übertrieben« wird. Viele Engländer sind ehrlich ungehalten, beispielsweise.

über die »übertriebene« Gerechtigkeit, mit der der kleine braune Inder Gandhi behandelt wurde und noch heute behandelt wird. Der Glaube des Engländers an seine Überlegenheit hat das Britische Imperium gegründet. Seine Zusammenstöße mit foreigners waren jedesmal Siege. Oder sie wurden Siege, weil eben der englische Gott den Sieg Englands wollte.

Wichtig war, neben dem Glauben, die Tat. Der Gedanke an die Sicherung, an die Konfolidierung, an die Organifierung, an planmäßigen Auf- und Ausbau waren etwas Zweitrangiges. Wichtig war das Abenteuer, der Abenteuergeist, der Freibeutergeist. Abenteurer und Amateure haben ein Weltreich geschaffen, nicht die berufenen Politiker und die beamteten Diplomaten. In allen Teilen der Erde war es der Abenteurer, der Englands Macht mehrte und sein Mutterland oft in Gefahren stürzte, die es dann jedesmal überwand, und aus denen es jedesmal gestärkt und bereichert hervorging. Der Fachmann stand, war er überhaupt vorhanden, nicht hoch im Kurs. Der an sich und an das Imperium glaubende erfolgreiche Abenteurer wurde Ministerpräsident, Vizekönig halber Erdteile, Gouverneur wertvoller Länder, Beherrscher großer Völker oder Leiter des größten Bankinstituts der Erde.

DIE Erziehung der Jugend in Harrow, Eton, Oxford und Cambridge war eine Erziehung zum Glauben an das Imperium und eine Erziehung für das Leben. Sie vermittelte im ganzen nur wenig Fachwissen. Sie machte aus dem Empire einen Spielplatz für jeden, der spielen wollte. Die großen Gründer des Britischen Weltreichs waren große Spieler. Waren sie bei Cricket erfolgreich, dann galt es als so gut wie sicher, daß sie auch Erfolg im Leben und auf dem Spielplatz des Empires haben mußten. Sie hatten Erfolg.

George Bernard Shaw hat einmal in einem Vorwort zum Katalog einer Londoner Bildergalerie, die die Zeichnungen zum Araberbuch des Obersten Lawrence ausstellte, ungefähr so geschrieben: Die Deutschen haben während des Krieges Pech gehabt; wäre ein Lawrence unter ihnen gewesen, dann hätten sie mit Erfolg in Algier den Aufstand gegen die Franzosen organisieren können, wie Lawrence den Araberaufstand gegen die Türken organisiert hat. Von den ersten englischen Freibeutern führt ein (vielleicht nicht ganz grader) Weg über jenen desertierten Hauptmann James Brooke, der sich zum Sultan von Sarawak machte und das Empire um ein wertvolles Protektorat vergrößerte, über Leander Starr Jameson und Cecil Rhodes, die dem Mutterland mit ihrer Rücksichtslosigkeit, mit ihrem Glauben an das Imperium und mit einer Handvoll Abenteurer ein wichtiges und umfangreiches Stück eines Erdteils eroberten, über Dutzende ähnlicher Männer führt ein Weg zu diesem Thomas Edward Lawrence, der, so gut wie auf eigne Faust, für das Imperium im Orient auf beinahe unvorstellbare Art erfolgreich tätig war. Dieser Abenteurer Lawrence, der nie Soldat war und dann gleich Oberst wird, der in Oxford Archäologie studiert, bei Ausbruch des Kriegs in den Orient geht, Revolutionen und Aufstände organisiert und Reiche gründet, spurlos nach Kriegschluß untertaucht, in England unter falschem Namen und als gemeiner Soldat in die Armee eintritt, ein Buch schreibt, das Manuskript in der Bahn verliert, berühmt wird und bankrott geht, dessen Buch später in alle Sprachen der Erde übersetzt wird, der dann als Autor in einem Jahr 30 000 Pfund Sterling verdient, der, noch einmal unter falschem Namen, nach Indien geht,

die heiÙe Nordwestgrenze überschreitet, in Afghanistan eine Revolution "macht" und dafür sorgt, daß der nicht englandfreundliche König Amanullah seinen Thron, sein Land und seine Heimat verliert, und der darauf als "Militärflieger Shaw" nach England zurücktransportiert wird: dieser gläubige Brite ist keine einmalige Erscheinung. Daß sein Name über die Erde flog, verdankt er nicht in erster Linie seinen Taten sondern der Reklame seines Verlegers.

Neben ihm stehen Männer, auch heute noch, die für das Empire Ähnliches und vielleicht sogar Bedeutenderes geleistet haben und noch leisten. Auch heute noch verlassen Söhne Englands ihre Insel, um über Simon Arzt, bei dem sie Helm und Zigaretten einkaufen, in ihr Reich zu fahren. Man mache sich einmal die Mühe die Lebensläufe der Unter- und Oberhausmitglieder durchzulesen, man gehe einmal dem Leben der hohen Verwaltungsbeamten nach, und man fühlt sich in eine scheinbar längst verlunkene Zeit zurückverletzt.

Lord Delamere, der Beherrscher Kenyas, der kommende Ministerpräsident des kommenden Dominions Ostafrika (dem Kenya, Uganda, Tanganyika, Nyassa und sicher auch Nord- und Südrhodesia angehören werden), landet auf seiner, mit einer Großwildjagd verbundenen Hochzeitsreise an der ostafrikanischen Küste, erwirbt dort Landkonzessionen von der Größe großer Fürstentümer, steht plötzlich vor dem finanziellen Zusammenbruch, fängt noch einmal von vorn an, züchtet Schafe, Rindvieh, baut Kaffee, macht unfruchtbares Urland fruchtbar, verkauft seinen Landbesitz in England, macht Schulden in Afrika, muß auch dort alles verkaufen und verdient Millionen, wird als Schieber angeklagt, freigesprochen und als Retter und Held gefeiert, wird einer der reichsten Männer ganz Ostafrikas; und heute wird in Kenya und in Tanganyika keine politische oder wirtschaftliche Entscheidung ohne seinen Willen und ohne seine Zustimmung getroffen.

Lord Burghley, der Marquess of Exeter, studiert in Eton und Cambridge. Weil er die internationale Meisterschaft im Hürdenlaufen gewinnt, wird er von seiner Vaterstadt zum Friedensrichter gewählt. Im Alter von 22 Jahren. Womit wird er das Empire noch überraschen und beglücken?

Rufus Isaacs verschwindet auf abenteuerliche Weise von der Schule, wird Schiffsjunge, landet auf seinen Reisen gelegentlich in Vorderindien, wird Lord Reading, Vizekönig von Indien und Beherrscher von 320 Millionen Menschen.

Der berufslose George Lloyd durchquert, nach seinem Studium in Cambridge, Asien und Nordafrika, bleibt eine Zeitlang in irgendeiner Eigenschaft bei der Botschaft seines Landes in Konstantinopel, wird, 29 Jahre alt, Regierungskommissar für den Handel im Orient, wird Mitglied des Unterhauses, wird, durch eine Heirat, Vetter des englischen Königshauses, ist Begleiter des Obersten Lawrence, wird Gouverneur in Bombay, verhaftet, zur Abwechslung einmal, in einer außerordentlich kritischen Situation Gandhi, kommt nach London und ins Parlament zurück, wird kurz darauf Beherrscher Ägyptens, läßt Kabinette und Parlamente verschwinden, bildet neue, bereitet einen Krieg vor, beeinflußt den Kurs der britischen Regierung Ägypten gegenüber.

Abenteurer haben das Britische Imperium geschaffen. Hat es Zweck heute hier Namen und Taten von Abenteurern aufzuzählen? Lohnt es sich heute, bei einer Betrachtung über den Glauben an das Imperium, Abenteurer zu erwähnen, die England groß machten?



IST diese Periode der Abenteuer und der Abenteuer nicht abgeschlossen, auch wenn diese Abenteuer noch leben und herrschen? Bedeutet der Krieg nicht auch für England den Schlußstrich unter ein Zeitalter der Expansion? Verlinkt das England der gläubigen Abenteuer nicht vor uns? Bleibt noch Platz für Abenteuer? Ist die Welt nicht schon aufgeteilt? Hat der junge Engländer noch an einer Stelle der Erde Auslicht die Macht und den Reichtum seines Imperiums zu mehren? Hat nicht das »Right or wrong; my country!« seinen eigentlichen Sinn verloren? Beginnt nicht die Erziehung der englischen Jugend sich heute in ganz neuen Bahnen zu bewegen? Machen sich heute nicht bisher ungekannte Einflüsse, amerikanische und kontinentale, bemerkbar? Stirbt der Geist des englischen Abenteurers nicht ab? Tritt nicht der Fachmann, der Beamte an die Stelle des improvisierenden Gläubigen?

Die Periode der Gründung und der Expansion ist für das Britische Imperium abgeschlossen. Der Krieg hat ihm eine letzte Abrundung gegeben. Es ist kaum denkbar, daß bedeutende territoriale Änderungen und Erwerbungen eintreten und hinzukommen. Der Periode der Abenteuer muß zwangsläufig eine Zeit der Konsolidierung folgen. Jetzt beginnt die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets, zu dem alle Teile des Imperiums gehören.

Es ist erstaunlich und erschütternd zugleich zu sehen, wie die deutsche Presse die Entwicklung vom Abenteuer und von der Expansion zur Konsolidierung und vom Freihandel zum Schutzzoll betrachtet und bespricht. Neville Chamberlain wird als blutloser Sohn seines großen Vaters Joseph hingestellt. Sein Weg sei ein verkehrter Weg. Englands Übergang zum Schutzzoll wird als Gegenteil einer Lösung angesehen. Besprechungen der Entwicklung des Imperiums zur Reichseinheit und zur Wirtschaftsunion werden mit Sentiments behängt oder mit Schimpfereien gewürzt, weil Englands Übergang zum Schutzzoll der liberalen Freihandelsideologie widerspricht, und weil er zurzeit den deutschen Handel schädigt. Aber Wege aus dem Niedergang werden nicht gezeigt. Man kann keinen Weg zeigen. Denn im Westen steht der "Erbfeind", und im Osten droht sein "bezahlter" Verbündeter. Alles schwankt. Niemand glaubt. Niemand hat die Kraft zum Glauben.

Und drüben, auf der andern Seite des Kanals? Arbeitslosigkeit herrscht seit einem Jahrzehnt. Die Industrie ist rückständig. Kohle und Eisen werden nach veralteten Methoden abgebaut und gewonnen. Die Stahl- und Maschinenherzeugung hat ihren Ruf verloren. Die Baumwollverarbeitung stockt, sie ist durch die Kunstseidefabrikation geschlagen. Das Blaue Band des Ozeans ging verloren. Luftschiffe verbrannten. Flugzeuge stürzten ab. Unterseeboote versanken spurlos. Sportniederlagen auf allen Gebieten und in allen Teilen der Welt wirkten lähmend. Erfindungen, große Erfindungen sind seit fast einem Jahrhundert nicht mehr gemacht worden. Der Pfundkurs sank. Das »Energy first!« des Abenteurers Cecil Rhodes ist durch das »Safety first!« des Politikers Stanley Baldwin ersetzt worden.

Der Gedanke an die Notwendigkeit der Sicherung, der Sicherheit, der Konsolidierung und der Konservierung verdrängt den Abenteuergeist, den Abenteurer und den Amateur. Er züchtet den Fachmann. Er bedroht die Expansionskraft Englands. »Safety first!« schafft ein neues Lebensgefühl. »Safety first!« beseitigt vielleicht einen Teil der Unternehmungslust. Aber »Safety first!«

vernichtet nicht den Glauben an das British Empire. »Safety first!« gibt, im Gegenteil, dem Empiregedanken einen neuen Auftrieb: So groß und so stark ist England. Ein eigener Weltteil ist England. Aber damit England groß und stark bleibt, muß es das Band, das alle Gliedstaaten umschlingt, noch fester knüpfen. Die Reichskonferenz in Ottawa wird das tun. Der Wirtschaftsverband wird das tun. Der Geist der Abenteurer, der das Imperium geschaffen hat, stirbt ab. Er beginnt in einer Zeit abzusterben, in der das Imperium auf das Abenteuer und auf den Abenteurer verzichten kann.

Reichseinheit und Wirtschaftsverband werden von Fachleuten und von beamteten Diplomaten geschaffen werden, von Menschen, die genau so felt an das Imperium glauben wie die Abenteurer, von Menschen, die den Heiligen Gandhi verurteilen und in den Kerker sperren, weil er den Ruin Englands will, die zur Sicherung der englischen Macht einem braunen oder einem schwarzen Boy eine Blechmarke mit dem britischen Löwen auf die nur unvollkommen bekleidete Brust heften, ohne dabei an den Bau von Festungen und Kasernen zu denken, weil sie, auch heute noch, an die Überlegenheit des Engländerturns allen foreigners gegenüber glauben.

ALFRED GOLD · DER FRANZÖSISCHE EUROPÄER ARISTIDE BRIAND

STRÖME von Nachrufen sind über ihn hingeflossen. Ein Ozean von rauchenden Worten bedeckt seinen Namen. Er ist gefeiert, besungen, "begraben". Am gründlichsten von denen, die in ihm den genialen Vertreter einer nun abgeschlossenen Epoche sehen wollen, einen Schwärmer, mit dessen Tod zugleich sein Werk dahinsank. Die ihn so sehen, steinigen sein Andenken, nachdem sie ihm in seiner Macht geschmeichelt haben. Sie verleugnen, verneinen ihn. Briand selbst hätte nichts Schärfer und erbitterter abgelehnt als ein "Genie" der Art zu sein, die einen gewissen persönlichen Glanz, aber keine dauernde Tat hinterläßt. Er, der Mensch der lebendigsten Reaktionen auf alle Einwände und Widerstände seiner Zeit, der stärkste Logiker, stärkste Debatter, soll, kaum ins Grab gesunken, schon überwunden sein? Ich halte dagegen das einfache und starke Wort Emile Vanderveldes über den toten Freund: »Ich glaube, daß er mehr als eine bloße Erinnerung hinterlassen wird: eine wirkliche Aktion, einen Einfluß von Dauer.« Und: »Sein Tod wird sein Werk nicht vernichten, er wird ihm im Gegenteil noch mehr Leben verleihen.«

Nur wer Briand so ansieht und ihm das zuerkennt, läßt ihn seinem wirklichen Wesen nach, läßt überhaupt sein politisches Wirken gelten. Genie zu sein (man muß diesen Streit um ein Wort einen Augenblick fortsetzen) war weder seine Absicht noch Aufgabe. Einen Führer von eignen Gnaden, von unkontrollierbaren Gaben, würde das französische Volk heute nicht mehr dulden. Einen Boulanger hat man zum Teufel gejagt, einen Hitlerkarneval ertrüge die Französische Republik auch nicht eine Stunde. Hier ist, allen gegenteiligen Legenden zum Trotz, die Demokratie ein unendlich eifersüchtig gehütetes Gut. Hier heißt Macht haben immer nur: sachlichen Erfolg haben, und neue Einfälle gelten nur, wenn man sie auf den Nenner einer dem Volk verständlichen und mit Worten erklärbaren Logik, des bon sens, bringen kann. In diesem Sinn war Briand, selber aus der bescheidensten Schicht des Volks

hervorgegangen, echter, gelchulter Franzose. Als er einmal in einer für das Land gefährlichen innern Situation als Regierender zu einem Gewaltmittel griff, wurde das Parlament im selben Augenblick aufrührerisch und schalt ihn Diktator. Briand verließ entsetzt die Tribüne und fand für diesen Vorwurf nur eine ironische Antwort: »Ich Diktator? Ja, ich werde reiten lernen müssen, ein Diktator muß reiten können.«

So ist also Frankreich, und so war Briand: Nicht der persönliche Einfall, nicht das Individuum, das Herrschfucht zeigt oder eines paradoxen Entschlusses fähig erscheint, hat zu herrschen, sondern der, der überzeugt, der das Minimum an Macht braucht, um zu regieren, weil er das Maximum an politischer Vernunft dafür mitbringt. Grade das hatte Briand. Darin lag der ständig wiederkehrende Erfolg seines Lebens, darum konnte er 11mal Ministerpräsident und 25mal Minister werden, darum führte die Neigung des Volks und das Ergebnis der Wahlen immer wieder zu ihm hin. Briand war etwas wie eine Verkörperung des besten geistigen Guts in Frankreich: seiner Demokratie, und das ist etwas, was nicht mit ihm selber ins Grab gesunken ist; als reines Symbol dieser hart erkämpften geistigen Demokratie bleibt er sicher unsterblich. Und da möchte ich noch mit einem Wort klar machen, was ich erst nur andeutungsweise von dem Mann sagte, der gar kein Genie sein wollte: Auch darin nämlich berührten sich Frankreich und Briand. Nicht Herrschernaturen heißt es heute zur Geltung bringen sondern Lösungen, die Dauer versprechen. Das Experiment soll durch logisches Prüfen erletzt werden, durch gerechtes Denken, durch Verständigung, durch Diskussion. Das wollte Briand, und das, wollte er, soll ihn überleben.

In gewissem Grad war Briand nichts anderes, konnte er und wollte er auch nichts anderes sein als Exponent des Parlamentarismus in seinem Land, dieses unerbittlichen und strengsten Parlamentarismus aller Länder. Hier schleifen sich persönliche Ehrgeize an einander ab, bis zu raffiniertem Kampf oder ebenso raffinierter äußerlicher Duldung. Der Parlamentarier, der hier seine Rolle behaupten will, muß eine fast spartanische Selbstzucht erworben haben, und wenn er Führer sein will, nützen ihm Arbeit, Klugheit, Mut, Charakter auch noch nicht viel, er muß zu alledem noch große Geschicklichkeit und unendliche Geduld in der Behandlung der Parteien mitbringen. Kein Notparagraph hilft ihm, wie in der jungen Deutschen Republik, das "ungebärdige" Parlament ausschalten. Und von England unterscheidet ihn die ganz andere geistige Haltung des französischen Volks, die himmelweit entfernt ist von dem fast kindlichen und sogar theaterhaften Heldenkult der Engländer. Kein französischer Führer, und sei er der größte, kann auch nur mit einem Teil des persönlichen Kredits rechnen, den die Briten einem von ihnen zu einem großen Mann ernannten Landsmann gewähren. Kein Adelsprädikat, keine Reichtümer, nicht einmal eine bescheidene Pension lohnen ihm hier seine Dienste am Volk. Wenn er geltürzt wird, tritt er, unbefolgt und gehetzt, stirbt er, wie Briand, meistens in sehr bescheidenen Verhältnissen. Und selbst auf der Höhe seiner Macht, wie gering sind da im Grunde die politischen Möglichkeiten seiner Initiative! Die französischen Probleme, deren Lösung ihr überlassen bleibt, sind aufs engste mit dem nationalen Grundproblem Frankreichs verbunden: mit der Frage seiner Sicherheit. Über diese (im Ausland manchmal bespöttelte) Sicherheitsfrage, die für das

bevölkerungsarme und geistig vorstrebende Frankreich wirklich eine Sorge bedeutet, sind sich, wie über manches andere Problem, die Parteien in Frankreich viel einiger als man in der Ferne wohl denkt, und der einzelne, der grade regiert, hat darin im Grunde gar nicht viel zu sagen.

Trotzdem, um auf Briand zurückzukommen, ein persönlicher Einsatz des Führers, zumal des geistig hervorragenden, wird selbstverständlich wirksam. Man fragt nun: Was war der Einsatz Briands? Zunächst kann man leicht in Verlegenheit kommen diesen Einsatz zu umschreiben, und man möchte sich fast begnügen von der "verföhnlichen Note" zu sprechen, die der Volks- und Menschenfreund Briand in die Politik seines Landes gebracht hat. Aber harmoniert das mit den Anfängen dieses Mannes, der als *socialiste militant*, als kämpfender Syndikalist den Generalstreik als politische Waffe, und zwar als erster in seinem Land, empfahl? Ist Verföhnlichkeit nicht ein zu flaches Wort für ihn? Briand war eine komplexere und tiefere Natur als er mit seiner leichten Redegabe und leichtverständlichen Form der Rede zu sein schien. Er gab sich leicht verständlich, weil er zu allen sprechen, von allen verstanden werden wollte. In Wirklichkeit ruhten sein Wesen und sein Wirken auf einem hohen Gedanken, und dieser Gedanke kann vielleicht so ausgedrückt werden: Das primitivste, aber auch wichtigste, positivste Gut der Menschheit ist der Friede. Für jedes Menschheitsproblem gibt es bei gutem Willen eine friedliche gerechte Lösung. Zum guten Willen muß nur noch eines treten: richtiges Denken. Mit gutem Willen und richtigem Denken *muß* man jeder Schwierigkeit zwischen den Menschen, ebenso wie im Leben des bürgerlichen Rechts auch im politischen Leben, Herr werden können. Ein Gedanke, den man geneigt sein könnte echt französisch zu nennen, weil er auf reine Vernunft gebaut ist, und der doch mindestens ebenso stark mit den Gedankengängen eines deutschen Philosophen, Immanuel Kants, verwachsen ist. (Auch hier enthüllt sich wieder die Sinnlosigkeit der bei uns so beliebten nationalen Antithesen zum höhern Ruhm der eignen Nation.) In diesem Gedanken steckt der ganze Briand, von seinen Anfängen an. Höchste Forderung bleibt, daß der Kampf, der an sich etwas Unvermeidliches im Nebeneinander der Menschen und Völker ist, unblutig sei. Nur dann, wenn das gelingt, ist das für die Lösung oder die Führung des Kampfs aufgewendete Denken "richtig". Der Generalstreik ist eine erlaubte Waffe, weil er eine unblutige Waffe ist, ja sogar eine Waffe, die in dem für den Syndikalisten jener Zeit unvermeidlichen sozialen Kampf dem Blutvergießen vorbeugt. Andererseits gibt es Situationen, in denen eine Regierung einen Streik brechen muß, um das Chaos, also auch wieder Blutgefahr, zu vermeiden. Briand kommt selbst in diese Lage. Was tut man da? Man zwingt die Arbeiter durch eine administrativ-juristische Ausflucht, indem man sie militärisch mobilisiert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wieder bleibt man vor rohen Gewaltakten bewahrt. Auch der Trick kann in den Dienst friedlichen Denkens treten.

Das also ist Briands persönliches Gut, das er in die Politik seines Landes einbringt. Es mag dem Nichts-als-Politiker bescheiden, ja simpel erscheinen und ist in dem Augenblick, wo es zur Anwendung gelangt, sehr groß: Es führt zur Humanisierung und Vergeistigung des politischen Kampfs, es führt dazu, daß der Geist, unbewaffnet, über den bewaffneten Gegner liegt. Mehr als ein Jahrzehnt wirkt Briand für diese Humanisierung innerhalb seines Landes und Parlaments: nicht etwa ein energielocher Mensch der Be-

schwichtigungen, ein Kompromißler; im Gegenteil, ein Kämpfer, vor allem geistiger Kämpfer gegen stumpfen Rückschritt, stumpfen, bösen Willen. Im Kampf um die Entkirchlichung des Staats und der Schule oder um die Demokratifizierung der Finanzen steht er unerfchüttert seinen Mann, immer an erster Stelle. Da hat seine gerühmte Menschenfreundlichkeit ein Ende, wenn es gegen diejenigen geht, die er als Friedensstörer bezeichnet, und von niemandem wird er so angefeindet wie von Extremisten à la Léon Daudet. Inzwischen aber kam der Krieg. Briand, einige Jahre außer Gefecht gesetzt, begründet als erster das große Kabinett der Union sacrée der französischen Parteien, in das sich selbst Marcel Cachin, heute Führer der Kommunistischen Partei, aufnehmen läßt, gleichzeitig aber ist Briand der erste, der auf der Tribüne das für Deutschland bestimmte Wort von dem Frieden, »der eines Tages doch geschlossen werden muß«, auspricht. Das Wort verhallt zunächst wirkungslos. Die Ereignisse wollen es anders. Sie verlangen Entscheidung bis zum letzten und bittersten Ende. Da aber findet Briand, der große Friedensmensch Briand, selber die strategische Lösung. Er kommandiert zum Angriff auf der schwächsten Front, auf der Balkanfront, bei Saloniki. Dieser Angriff gelingt. Etwas nie Gehörtes ist eingetreten: Ein Zivilpolitiker hat einen Einfall gehabt und hat mit ihm geliegt. (In welchem andern Land als in Frankreich wäre das damals möglich gewesen?) Das "richtige Denken" des Mannes, der ein Leben lang die Kunst geübt hatte im Arbeitszimmer auf- und abzugehen und zu denken, Lösungen zu finden, hatte den für den Ausgang des Krieges erfolgreichsten Gedanken gefunden.

Über den Briand nach dem Krieg ist mit Recht am meisten geschrieben worden. Dieser Briand steht uns nicht nur am nächsten, in ihm verkörpert sich die Summe, die Krone dessen, was seine frühere Entwicklung versprach, aber noch nicht deutlich sehen ließ. Denn jetzt wächst der Mann, der niemals aufgehört hatte, ungeachtet der Parteititulatur, sich als Sozialisten anzusehen (Vandervelde zitierte jetzt darüber eine sehr charakteristische und überzeugende Äußerung von ihm), jetzt wächst er zu etwas empor, was man mit einem in den Sozialistischen Monatsheften geprägten und formulierten Wort als Weltsozialismus bezeichnen kann. Jetzt findet er sein Ideal erst in selten und deutlichen Umrissen vor sich: Organisation der Menschheit auf der Grundlage eines zwischen den sich zu großen Produktionskörpern zusammenschließenden Völkern gerecht verteilten Maßes von Lebensfähigkeit. Der Völkerbund wird ein unvergleichliches Forum für ihn, wie er selber ein unvergleichlicher Protagonist auf diesem Forum. Aber wer, wie der Verfasser dieses Artikels, jene Nachkriegsjahre Briands in Paris aus größerer Nähe verfolgen konnte, lernte auch einige ihrer intimeren Züge kennen. Und darüber möchte ich hier noch ein paar Worte anfügen.

Der "absolute" Idealismus existiert unter bürgerlichen Verhältnissen nicht. Es ist viel, wenn der Politiker von idealistischen Neigungen geleitet wird, ihnen zugänglich bleibt. Briand wollte nach dem Krieg den Frieden, wie ganz Frankreich ihn wollte: den Frieden als Besiegung des Kriegsendes. (Wie ihn auch Foch wollte: ich vergesse nie sein schönes Wort: »Au-dessus de la victoire est la paix.«) Briand wollte diese Stabilisierung des Friedens zunächst mit Hilfe der Amerikaner und Engländer. Die hatten sich ja zum Abschluß eines Garantievertrags zum Schutz Frankreichs verpflichtet, der Garantievertrag war sogar zu einem Korrelat des Versailler Vertrags und

feiner allgemeinen Entwaffnungsversprechungen gemacht worden, und es gehörte der ganze echt angelfächliche Mut zur Treulohigkeit dazu diesen Garantievertrag nicht abzuschließen. Für Deutschland war das kein Glück. Im Gegenteil. Die nervenaufreibenden Jahre des Alliiertenzwiflts um Friedensschutz und Sicherheit für Frankreich, ganz abgesehen davon, daß ihre Schwierigkeiten auch heute noch nicht beigelegt sind, mußten in jenen ersten Jahren nach dem Krieg Frankreich ungeheuerlich aufreizen. Briand hielt auch damals mit Geduld und Höflichkeit (dieser Höflichkeit, aus der er seine beste diplomatische Waffe machte, mit der er seine Gegner sogar erzog) der Schwierigkeit der Situationen stand. Trotzdem scheiterte er zunächst. Als er nach mehrjähriger Pause, 1925, nach Genf ging und bald darauf wieder zur Macht kam, war sein neues Friedensprogramm fertig: Nun mit Deutschland! Wir werden etwas Großes riskieren; wir werden im Bund mit dem "Feind" selbst den Frieden sicherstellen. Das wurde die Lofung von Locarno, von Thoiry, und Briand, der Friedensapostel, stand nun auf der Höhe eines ihm von seiner wahren Natur vorgezeichneten Geschicks, auf der Höhe seines Talents zugleich. Es wäre ein lächerliches Unrecht zu glauben, daß Briand damals nur Diplomat war, obwohl, ja, obwohl er es auch war. Eine unvergleichlich persönliche Mischung stellte sich in ihm ein, Mischung aus kluger Fürsorge für sein Land und ehrlichem Willen zum Frieden, zum Weltfrieden. Er hatte ein Recht seine Friedensbekenntnisse mit Pathos zu verkünden, die Welt hatte recht dieses Pathos mit höchstem Ernst aufzunehmen.

Ob die Welt, ob Deutschland vor allem aus dem, was Briand damals bot, die richtigen Folgerungen gezogen hat, das ist eine andere Frage. Worauf Locarno hinzielte, war ein Bündnis, und es gibt in der Tat, wie Felix Stöflinger sich ausdrückte, nur *eine* lohnende Art der Revision des Friedensvertrags mit Frankreich: eben dieses Bündnis, beginnend mit der französisch-deutschen Wirtschaftskooperation, die sich dann zur kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zum Vereinigten Europäischen Kontinent ausweitete. Aristide Briand ist tot, aber die Aufgabe, die sich der weitsehende französische Europäer stellte, wird nicht von der Tagesordnung verschwinden.

FEODOR RÖTTCHER · SOZIALISMUS UND DEUTSCHE TRADITION

BETRACHTUNGEN über das Heimatrecht des Sozialismus in der deutschen Geschichte dürften in einer Epoche, die uns ein anscheinend unaufhaltames Vordringen des Nationalismus zeigt, zweckmäßig sein. Das Schema der geschichtlichen Entwicklung des Sozialismus ist in großen Zügen dieses, daß seine Väter ihn aus Frankreich übernahmen, ihn in Deutschland der deutschen Tradition einverleibten, aber erst als Emigranten vom englischen Ausland aus zur weltgeschichtlichen Bewegung emporhoben, an der dann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Glied der Internationale teilnahm. Dieser Entwicklungsgang ist im weitern Sinne so sehr typisch für fast alle Verläufe des 19. Jahrhunderts, daß er zu seiner Beurteilung eine einheitliche Gesamtaufassung vom Sinn der deutschen Geschichte in diesem Zeitraum erfordert, die wir nicht haben. Statt einer geschlossenen Auffassung sehen wir ein Gewirr recht verschiedener Deutungen: kleindeutsche und großdeutsche, nationalistische und europäische, konfessionelle und liberalistische Geschichtsauf-

fassungen, die einander oft vollständig widersprechen. Diese Lage zeigt die Schwierigkeit für das deutsche Volk zu einem sichern Innehaben der eignen Tradition zu gelangen, ist aber noch kein Beweis für die zukünftige Unmöglichkeit eines solchen Unternehmens. Der Kampf um die Geschichtsauffassung ist ein Kampf der politischen Parteien um die Macht, eine Rückverlagerung der gegenwärtigen Gegenätze ins Historische. Auch auf diesem Gebiet darf man dem Kampf nicht ausweichen.

Die deutsche Kultur, die seit der Reformationszeit und dem Dreißigjährigen Krieg nicht recht aus der Stagnation herauskam, wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts von der aus dem Westen hereinbrechenden industriell-kapitalistischen Entwicklung in ihren Grundfesten erschüttert. Marx konstatiert später mit Genugtuung, daß Napoléon die morsche soziale Welt Deutschlands zertrümmerte, und die sogenannten Befreiungskriege Deutschland in das von England ausgehende System des Welthandels und der großen Industrie einbezogen. Man war aber diesem Geschehen nicht gewachsen. Auf wissenschaftlichem Gebiet wucherten die Einzelheiten dem nach den alten Gewohnheiten denkenden Bewußtsein über den Kopf und fanden nicht mehr ihren zugeordneten Platz in einer übergreifenden Gesamtanschauung des Individuums und der Gesellschaft. Halb aus Verzweiflung wendete sich die mit Marx gleichaltrige junge Generation, wie Ranke, Böckh, Liebig, von der Philosophie ab und der Spezialwissenschaft zu. Ja, die Philosophen und Theologen selbst führten die geschichtlich-politive Offenbarung in ihre Disziplin von neuem ein und erzeugten den halb empirischen Theismus dieser Periode. Sozial lösten sich die Reste der alten ständischen Ordnung auf zu einer "frei", das ist ohne gegenseitige Verantwortung und ohne Wissen von einander, konkurrierenden Menge von Sonderberufen und Produktionszweigen. Aus den zerfallenden Bestandteilen des alten Volkstums bildete sich jetzt erst in großem Ausmaß die neue Schicht der Proletarier, der Enterbten. Auch die eng mit der sozialen Ordnung verknüpfte Idee des Reichs entchwand in jener Zeit dem öffentlichen Bewußtsein.

Es fehlte in Deutschland nicht an Versuchen die vom Westen hereinbrechende neue Bewegung mit deutschen Mitteln zu verarbeiten und dem eignen Entwicklungsgang organisch einzugliedern. Am intensivsten suchten diese Assimilation die literarische Bewegung des Jungen Deutschlands und die philosophische Schule der Hegelschen Linken herzustellen, der Marx zunächst selber angehörte. Beide bemühten sich die universalistischen deutschen Traditionen und die moderne Spezialistische Entwicklung mit einander zu versöhnen und sich gegenseitig befruchten zu lassen. Am großartigsten diente Ludwig Feuerbach dieser Tendenz. Seine Auslegung, daß die Religion, ebenso die religiöse Philosophie Anthropologie sei, ihrer selbst unbewußt gewordene Anschauung der Menschheit von ihrem eignen Wesen, hätte, wenn sie durchgedrungen wäre, in der Tat die höchste damals mögliche Anerkennung der religiösen und philosophischen deutschen Tradition bedeutet. Die verfluchte Synthese scheiterte indes auf der einen Seite an der Rückständigkeit der deutschen Führung, auf der andern Seite wurde sie von dem beispiellos schnellen Aufschwung, den England, Frankreich und Nordamerika damals nahmen, überrannt. Beide Umstände arbeiteten sich in die Hände, um einen großen Verlust an wertvoller Volkssubstanz für Deutschland herbeizuführen. Die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit der deutschen Verhältnisse

zwang zahlreiche Volksgenossen zur Auswanderung, und diese verstanden es wegen ihrer sozialen Unmündigkeit in keiner Weise in ihrer neuen Heimat ihr Deutschtum gegenüber der überlegenen Kultur, die sie dort vorfanden, zu behaupten. Die revolutionäre Führerschaft der Heimat mußte entweder gleichfalls auswandern oder ihren Frieden mit dem bestehenden System schließen.

Nach dem Ende der revolutionären Bewegungen wurden die modernen Notwendigkeiten durch Deutschland nicht mehr aus dem Geist der eignen Tradition heraus übernommen sondern in Nachahmung fremder Vorbilder. So schied sich bald darauf in seiner Pariser Gefandtenzeit unter dem Eindruck der politischen Persönlichkeit Napoléons III Bismarck von seinen altpreussischen Freunden; er gab dann dem neugegründeten kleindeutschen Reich weitgehend zentralistisches Gepräge. Auch Marx zeigt in seiner Entwicklung eine zunehmende Orientierung an Westeuropa, unter stets zunehmender, nicht immer gerechter Enttäuschung über den deutschen Spießbürger. Dabei wahrte er doch im großen und ganzen den Charakter der deutschen Tradition viel reiner als es das sich mit den Fürsten, den alten Feinden der deutschen Einheit und Freiheit, verbindende Bürgertum von sich behaupten konnte. Ein biographischer Überblick über Marxens Entwicklung bis zur Veröffentlichung seines Kapitals soll dies verdeutlichen.

Seine Doktordissertation hatte der Atomenlehre des Demokrit gegolten. Dieser gemäßigt rationale Naturphilosoph hatte das Gesamtgeschehen der Welt als einen rein immanenten Prozeß der Zusammenlegung einfacher Teilchen zu immer umfassenderen Gebilden verstanden. In seiner Gefolgschaft stand Marx auf dem Boden einer universalen Seinslehre, die trotz ihrem areligiösen Charakter doch in ihrem weltanschaulichen Format den religiösen und philosophischen Traditionen in Deutschland entsprach. Mit seiner Übersiedlung nach Brüssel wird der ursprüngliche Standpunkt teilweise aufgegeben. In der Vorrede zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie kritisiert Marx die halbfeudalen und bürokratischen Zustände Deutschlands aufs heftigste, oder vielmehr, er bezeichnet sie als unter aller Kritik stehend. Zugleich sucht er ein geistiges deutsches Erbe festzuhalten, indem er erklärt, daß die von Hegel zusammengefaßte deutsche Theorie al pari mit der westlichen Wirklichkeit stehe. Er spricht in der selben Zeit von den großen Kinderschuhen des deutschen Proletariats, die sich in den Schriften Wilhelm Weitlings zeigten, und schreibt dem deutschen Arbeiter den europäischen Beruf zu Theoretiker der Arbeiterbewegung zu werden. Diese Theorie soll den Mutterboden einer gründlichen sozialen Revolution abgeben. Wichtiger noch als die Ablehnung der Hegelschen Staatsphilosophie ist aber die in der Polemik gegen Feuerbach vollzogene Preisgabe des Identitätsprinzips, des klassischen, heiß umstrittenen Grundsatzes des deutschen Idealismus. Feuerbach fußte insofern auf Hegel, als er dessen Identitätsprinzip, die Lehre von dem Inbegriffensein des Denkens im allgemeinen Sein, zu einer biologisch orientierten Anschauung von der Ideologie als dem Gattungsbewußtsein der Menschheit weiter ausbaute. Marx korrigiert nun diese Anschauung durch Einfügung der sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen in den abstrakten Materialismus Feuerbachs. Im Zusammenhang mit dieser ökonomischen Ergänzung rückt er das menschliche Bewußtsein von der zentralen Stelle, die es bisher innehatte, an die Peripherie der menschlichen Existenz, er macht es zur bloßen Folge der ökonomischen Bewegung.

Der deutsche Idealismus hatte bei allen metaphysischen Schnurpfeifereien doch immer die Geschichte als ein in sich identisches Kontinuum, ein Reich der Freiheit aufgefaßt, in dem die Menschheit zum Bewußtsein ihrer selbst, zum erlösenden Bei-sich-selbst-Sein gelangte. Marx setzt an die Stelle der Kontinuität den »Sprung« vom vorgeschichtlichen Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Der Dualismus von Sein und Bewußtsein macht den unter dem ökonomischen Gesetz der Klassenbildung stehenden Menschen wenigstens so lange das Weltgeschehen undurchschaubar, als ihnen noch nicht der Sozialismus ihre Abhängigkeit von diesem ökonomischen Gesetz zum Bewußtsein gebracht hat. Die ganze vorsozialistische Gesellschaft wird der Führung durch das Licht des vernünftigen Bewußtseins entzogen und der Herrschaft eines interessegebundenen blinden Lebenstriebes unterstellt. Die Anwendung der Theorie dieses sogenannten historischen Materialismus im sozialistischen Zustand bringt dann freilich eine völlige Umkehrung des Verhältnisses von Sein und Bewußtsein zuwege. Indem die Ideologie ihre Abhängigkeit vom ökonomischen Sein zu erkennen glaubt, gibt sie sich und der Ökonomie ihre Freiheit zurück. Die Menschen sehen ein, daß sie ihre Geschichte machen, und wie sie ihre Geschichte machen, und verwandeln die Produktion aus ihrem Herrn in ihren Diener. Man wird an das Wort Spinozas erinnert: »Die Wahrheit erleuchtet sich selbst und den Irrtum.« Auch die im Volksbewußtsein schlummernden mythologischen und religiösen Theorien gelangen hier zu ihrer Erfüllung. Im Märchen wird ja ebenfalls der böse Zauber gelöst, wenn man das rechte Wort weiß und ausspricht.

Die Gesamtabrechnung mit der Hegelschen Linken, hauptsächlich mit Bauer, Ruge und Stirner, die Marx in der Deutschen Ideologie vollzog, bleibt gewaltfam. Die ehemaligen Genossen werden als ökonomische Stümper abgetan, ohne daß der Versuch gemacht wird der von ihnen gepflegten religiösen und philosophischen Tradition wirklich Wichtiges zu entnehmen. Marx empfindet ihre Veröhnungsversuche zwischen Altem und Neuem als Don-Quixoterie, sie selbst als wunderliche mittelalterliche Heilige, die er daher mit der Bezeichnung Sankt belegt. Hand in Hand damit geht die oft stürmische Bejahung der westlichen Revolution, der politischen Gewaltanwendung, aus der die Lehre von der Diktatur des Proletariats entsteht. Das ursprüngliche Mißtrauen gegen den bloß politischen Kampf um die Beherrschung der zentralen Staatsgewalt tritt zurück, ohne ganz zu schwinden, indem der Gewalt eine Geburtshelferrolle bei der Entstehung der klassenlosen und gewaltlosen Gesellschaft zugeschrieben wird. Durch diese Lehre wird die Anerkennung der alten föderalistischen Reichspolitik endgültig ausgeschlossen, der Einheitsstaat wird gefordert, damit dessen Zentralgewalt mit einem einzigen revolutionären Akt von der Arbeiterklasse in Besitz genommen werden kann. Marx hat seine Revolutionstheorie in noch stärkerem Maß aus dem Westen übernommen als Bismarck die staatliche Form seines Kleindeutschlands. Man wird ihm die zeitgeschichtliche Berechtigung zu einer Anleihe nicht abstreifen dürfen, die man Bismarck stets bereitwillig zugestanden hat.

Die Lehre vom unentrinnbaren Zwang der Klassenbildung, der nur mit Gewalt durch die Diktatur des Proletariats gebrochen werden kann, war eine Notwendigkeit. Sie hat der deutschen Arbeiterklasse zunächst die Auseinandersetzung mit dem liberalen Bürgertum erpart und damit das kleinliche Elendserbe der deutschen Vergangenheit an Minderwertigkeits- und Untertanen-

gefühlen von ihr ferngehalten, das das Bürgertum mit sich herumschleppte. Aus der Schule des Westens ging seit Jahrhunderten zum erstenmal in Deutschland die Arbeiterklasse als kraftvolle und kampffähige politische und soziale Bewegung hervor. Das war die befreiende Tat des Sozialismus im 19. Jahrhundert, von ungleich tieferm Gehalt als die Bismarcksche Blut-und-Eisen-Politik. Es entsprang einer richtigen Belinnung auf das Wesen der deutschen Tradition, als 1918 die Rehabilitierung des bis dahin offiziell geächteten Sozialismus erfolgte. Aber wie lange hielt sie an?

Nun drängt sich die Frage nach der Weiterentwicklung des Sozialismus in der deutschen Gegenwart auf. Während die Debatte um die Neugliederung des Reichs eine Eingliederung des Bismarckschen zentralistischen Staats in die föderalistische Politik des mittelalterlichen Reichs erörtert, hält die gespaltene Arbeiterklasse ohne allzu viele neue Gedanken am alten Programm der proletarischen Diktatur und der parlamentarischen Demokratie fest. Das gibt den Gegnern Anlaß an eine politische Erschöpfung des Sozialismus zu glauben. Auch dürfte es nicht mehr länger möglich sein auf kulturellem Gebiet durch den Hinweis auf die selbsttätige Wirksamkeit der ökonomischen Grundlage der direkten Auseinandersetzung mit der kirchlichen und bürgerlichen Weltanschauung und Wissenschaft auszuweichen. Das Heimatrecht des Sozialismus im deutschen Geschehen der Gegenwart muß von den heute lebenden Sozialisten erneut behauptet und weiter erkämpft werden.

LISBETH STERN · VOM WAHRHEITSPRECHEN



UNSERE Wahrheit ist wie ein Lot, das man in die Welt eingelassen hat, und auf dem die Maße eingetragen sind zum Messen der vorbeifließenden Tatsachen. Ein Koordinatensystem, das eine gute Gemeinsamkeit in der Organisation unserer Welt zuwege bringen müßte. Die Vorteile dieser Übersichtlichkeit der Welt sind klar. Aber die Nachteile auch. Einmal sind die Tatsachen oft Itrittig, und dann fühlt man zu oft, wie ihre Klarstellung sich ins Unfruchtbare verläuft.

Die asiatischen Völker, glaube ich, kennen diese Koordinaten kaum. Ihr Maßstab wechselt, je nachdem, wann und wo und wie man ihn anlegt. Die Nachteile sind klar, indem man aus einer gewissen Verworrenheit kaum herauskommen mag. Aber auch die Vorteile. Denn wenn man auch Hemmungen hat nicht die "Wahrheit" zu sagen, so hat man sicher auch so und so oft Hemmungen sie zu sagen, wegen Sinnlosigkeit und Unfruchtbarkeit. Außerdem, und das entscheidet: So und so oft ist das Drum und Dran einer Tatsache wichtiger als die Tatsache selbst.

Also das Aussprechen jener Tatsache ist gar nicht die Wahrheit, mag auch jede Einzelheit stimmen. Es ist die Frage, ob man überhaupt einen Tatbestand reproduzieren kann, wenn man doch nicht seine ganze (räumliche und zeitliche) Umwelt, die Atmosphäre, in der er sich vollzog, mit reproduziert. Und wer kann das? Wie viele Beispiele könnte man anführen, wo die Verschiedenheit des Maßes auch bei uns mitpricht!

Bei Gerichtsurteilen zum Beispiel ist es einem doch ganz gegen die Natur die Wirkungen einer Tat auszuschalten.

ADOLF BEHNE · KÜNSTLER UND GESELLSCHAFT



IN Deutschland wie in Frankreich war das 19. Jahrhundert künstlerisch reich an Bewegung, an Vorstößen, Eroberungen, Revolutionen, und es war die Freiheit vom Zunftzwang, die diese Beweglichkeit, diese freien, persönlichen Leistungen erst ermöglichte. In beiden Ländern hatten die Avantgardisten die Kritik und die öffentliche Meinung zumeist gegen sich. Und doch ist zwischen Frankreich und Deutschland dabei ein gewaltiger Unterschied.

Hier wie dort war der Auftraggeber alter Art, der ein Bild sozusagen nach Maß bestellte, so gut wie verschwunden. An seine Stelle war der wählende, aus der angebotenen Stapelware auswachende Käufer getreten. Und doch kann man nicht sagen, daß die Figur des Auftraggebers als Gegenspielers des Künstlers ausgefallen sei. Wenigstens nicht in Frankreich. Hier bestand als eine für die Kunstentwicklung sehr wirksame Tatsache eine einflußreiche und kulturell bestimmende bürgerliche Schicht: die *Gesellschaft*. Allein die bloße Existenz dieser Gesellschaft genügte, um der Kunst einen Halt, eine gewisse Stetigkeit und einen Sinn zu geben. Die Frage nach dem Wofür des Schaffens war ideell geregelt. Denn auch dort, wo der Schaffende in Opposition zu dieser Gesellschaft stand oder durch ihre Ablehnung in die Opposition getrieben wurde, war die die Tradition sichernde, den geistigen Ort bestimmende Existenz dieser kulturell führenden Gesellschaft eine Wohltat. In Deutschland bestand eine solche Gesellschaft nicht. Es gab in Berlin, München, Dresden und so weiter den "Hof", und es gab den an Düsseldorfer Genrebildchen sich erquickenden Kleinbürger. Das bedeutete aber, daß der Künstler sich wirklich einen Nichts gegenüber befand, und dieser schwerwiegende psychische Faktor ist für ein Verständnis der deutschen Produktion sehr zu beachten. Die Lektüre von Anselm Feuerbachs Vermächtnis bleibt wichtig. Wie zum Beispiel ist es denn anders zu erklären, daß die tüchtigsten und wertvollsten Maler aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts: die Karl Blechen, Philipp Otto Runge, Friedrich Georg Kersting, Friedrich Wasmann, zu Beginn des 20. Jahrhunderts erst durch systematische Bemühungen aus verborgenen Schlupfwinkeln hervorgezogen werden mußten? Ja, daß sogar ihr Gedächtnis Jahrzehnte hindurch so gut wie untergegangen schien? Das war nur möglich, weil ihre Bilder von keiner führenden, von keiner an der Führung bleibenden Schicht aufgenommen worden waren sondern nur ganz zufällig hier und da von gesellschaftlichen Außenstehern.

Die Entwicklung Adolf Menzels ist da sehr charakteristisch. Er beginnt in den vierziger Jahren in Berlin mit wunderbaren, meisterlichen, glanzvollen Arbeiten; genannt sei nur das zauberhafte Balkonzimmer von 1845. Menzel steht da auf den Schultern des herrlichen Blechen, der am Widerstand des amorphen Berliner Publikums zerbrochen war. Jene kostbaren frühen Arbeiten Menzels bleiben ohne jedes Echo. Dem Kleinbürger fehlt in ihnen das Genrehafte, das Anekdotische und Literarische. Am Hof aber regiert unumschränkt Peter von Cornelius. Der große Wurf eines großen Malers bleibt also privat, das heißt umsonst. Mit Leidenschaft lehnt sich Menzel, der für Gefelligkeit von Kultur und Geist, der für "Gesellschaft" ein sehr lebendiges Gefühl hatte, nach einem Kreis, einer Schicht, die Malerei um der Malerei willen zu schätzen weiß, mit Leidenschaft sucht er Anschluß an die Gegenwart,

an das Leben der Epoche. Er ist zunächst gar nicht historisch gerichtet. Als er die Nachricht von den Berliner Märzkämpfen 1848 erhält, kündigt er, am 12. April, dem Kasseler Kunstverein die Weiterarbeit an dem Gustav-Adolf-Bild, hoffend, daß nun der Weg für eine gradlinige deutsche Kunst frei sei. Er schreibt: »Jetzt, wo unsere Gegenwart endlich selbst einen Inhalt hat und noch mehr bekommt, würde mir ein Stoff, der vorausichtlich eine solche Kunstanstrengung erforderte, ohne ein dieser entsprechendes auch für uns noch bezügliches inneres Gegengewicht zu besitzen, eine Last sein. Jetzt erst können wir in Deutschland wieder zu unserer Zeit und zur Kunst der Vergangenheit in eine gerade Stellung gelangen. Diese Forderung an sich muß jetzt jeder einzelne fühlen.« Als er 1861 den Auftrag zum Krönungsbild erhält, macht er den letzten Strich am großen Leuthen, das unvollendet bleibt. Und es liegt der ganze gesellschaftliche Zustand des damaligen Berlins in der Tatfache beschlossen, daß dieser Menzel, immer auf der Suche nach einem gesellschaftlichen "Ort seines Schaffens, mit 60 Jahren noch den Industriearbeiter entdeckt: im Eisenwalzwerk von 1875.

Zwischen dem Hof des alten Wilhelm und dem Proletariat gab es in Preußen-Berlin keine Schicht, die als idealer Auftraggeber für einen Menzel in Betracht gekommen wäre. 1856 war mit dem Théâtre Gymnase wieder so ein Glanzstück moderner Malerei, fast ein Jahrzehnt vor Edouard Manet, entstanden, aber wieder ohne Echo, ohne Folge. Die Friedrichsbilder lagen damals hinter ihm. Auch sie waren, abgesehen von dem zufälligen Auftrag an den Zeichner den Kugler zu illustrieren, nicht einseitig aus einem retrospektiven historischen Willen entstanden sondern auch sie aus diesem immer erneuten Suchen nach einer Gesellschaft, der er seine Arbeit anvertrauen konnte. Er fand sie in der Gegenwart nicht; und er schuf sich eine Gesellschaft nach seinem Herzen: in der Welt des Friedrich, den er nie als siegreichen Feldherrn gemalt hat. (Die Illustrationen sind eine Sache für sich.) Er malt ihn als kaum bevorrechtetes Glied einer internationalen Tischgesellschaft, als den Mitspieler in einer Gesellschaft von Musikern und als Soldaten in der Niederlage von Hochkirch, einem Schlachtenbild, auf dem es keinen "Feind" gibt; nur das brennende Dorf deutet seine Existenz an. Das Thema ist wieder echter Menzel: Schicksalsgemeinschaft in der Gefahr, Bewährung der Gesellschaft in einer tragischen Situation.

Es ist doch nicht so, daß die Kunst einfach wachse, blühe und gedeihe, ganz unabhängig von der Umwelt. Sie hängt vom Raum ab, in den hinein sie wächst, von dessen Spannungen und von dem Druck seiner Atmosphäre. Nicht in dem Sinn, daß diese Umwelt über den Grad des Talents, den Reichtum der Erfindung, den Glanz der Palette entscheiden könnte, gewiß nur in dem Sinn, daß sie Hemmungen, Barrieren aufrichtet. Deren können aber so viele sein, daß schließlich auch der größte Genius mürbe und müde wird.

Dabei war im Fall Menzel der Gegenspieler nicht einmal böseartig. Es fehlte ja Menzel durchaus nicht an Erfolg, Anerkennung, Ruhm, durchaus nicht. Aber es fehlte ihm viel Wichtigeres: die Möglichkeit als Maler groß und unverkümmert, getragen von einem wahren Verständnis, getragen von einer mindestens ideellen Nachfrage, getragen von einem echten Interesse sich frei zu entwickeln dort, wo er am Stärksten war.

Manet, 17 Jahre jünger als Menzel, stieß in Paris auf sehr viel mehr Feindschaft als Menzel in Berlin, ja, er stieß auf kalten Hohn, verletzte Wut,

Empörung, Gelächter. Und er hat als Mensch gewaltig gelitten. Aber nicht als Maler. Denn, ob sie ihn jetzt, solange er lebte, annahm oder nicht: die Schicht, für die er arbeitete, existierte doch, und diese bloße Existenz sicherte ihm die Gradlinigkeit der Entwicklung, die selbstverständliche Konstanz der Themen. Manet konnte an der Vernunft, an den Augen, selbst an der Loyalität seiner Zeitgenossen zweifeln. Nie hat er daran gezweifelt, daß seine Bilder den Sieg davontreiben, daß sie im Louvre hängen werden, daß diese Schicht, der er selbst angehörte, sie einmal begeistert aufnehmen wird.

Und so sehen wir den scheinbar paradoxen Fall, daß eine feindlich gesinnte Gesellschaft den Maler der bürgerlichen Ära unter Umständen stärker fördert als alles Lob der Zeitungen und der Offiziellen: wenn keine kulturell führende Schicht dahinter steht.

ERNST UNTERMANN · LEBEN DES ECHTEN AMERIKANISCHEN ARBEITERS

HENRY Dubb ist ein echter amerikanischer Arbeiter. Kein Geringerer als sein Arbeitgeber, Herr James Grabitall Boss, ist Zeuge dafür. Seine Meinung bekräftigt der neue Kandidat für den Bundeskongreß, Herr Gabby Bunkhead, der reichste Advokat der Mittelstadt Bosstown. »Henry, shake hands with Mister Bunkhead«, sagte der große Millionär, als er seinen Kandidaten in der Fabrik vorstellte. »Pleased to meet you, Henry«, behauptete der feiste Kandidat und schenkte Herrn Dubb eine große 5-Cents-Zigarre. »Solange wir 25 Millionen solcher echt amerikanischen Arbeiter haben wie Henry hier, brauchen wir uns um die amerikanische Freiheit und Gleichheit nicht zu sorgen«, erklärte Herr Boss feierlich. Henry war ganz stolz, als ihm Herr Bunkhead nochmals kräftig die Hand schüttelte und strahlend beteuerte: »That's good.« Die beiden Herren gingen weiter und lachten. Henry sah ihnen verklärt nach, denn er wußte, daß alles gut war, wenn der Gründer von Bosstown und sein reicher Advokat so gut gelaunt waren. Er wurde daher sehr borstig, als ihm sein Nachbar an der Drehbank, Hans Wacker, zuraunte: »Die lachen über ihren eignen Witz.« »Halt's Maul, du eingewanderter Dickkopf«, schnauzte ihn Henry an. »Was verstehst du von unserer Politik? Bist kaum 3 Jahre im Land und willst mich mit deinem komischen Englisch belehren.« Hans lachte still in sich hinein. Es hatte keinen Zweck für eine Kuliseele wie Henry Dubb seine Stellung zu riskieren. Es tat ihm schon leid, daß er so viel gelagt hatte. Es gab zu viele Spitzel in der Fabrik. »Ich lasse nichts auf Herrn Boss kommen«, fuhr Henry Dubb strafend fort. »Er ist ein guter Herr. Wenn er mir sagt, daß Herr Bunkhead ein guter Mann für den Kongreß ist, ist er gut genug für mich.« Hans Wacker zuckte die Achseln. »Meinetwegen«, sagte er kurz. Seine beiden Vertrauten, der Ire Tim Hogan und der russische Jude Leo Abrams, hatten ihm oft und mit fast den selben Worten gelagt: »Verschwende keine Worte an Henry Dubb. Der Esel wird bis an sein Ende fortfahren für die Kandidaten seines Herrn Boss zu stimmen, mögen sie nun Demokraten oder Republikaner sein. Herr Boss sucht die Kandidaten für ihn aus und erspart ihm die Mühe seinen Hundskopf darüber anzustrengen.« Übrigens gab es keine andere Partei in Bosstown. Die von Herrn Boss beherrschten Behörden ließen keine aufkommen und erklärten jeden derartigen

Verfuch für unamerikanifch. Hans Wacker hatte fchnell herausgefunden, warum es keine Arbeiterpartei in der Stadt gab. Einige Unzufriedene, Ausländer mit Bürgerrechten nannte fie Henry Dubb, hatten einen fozialiftifchen Verein gegründet. Da fie natürlich nicht lofort die gefetzlich vorgefchriebene Zahl von Unterfchriften aufbringen konnten, wurden fie nicht als anerkannte Partei in die Stimmzettel aufgenommen. Sie hatten den Mut, im Vertrauen auf die angeblichen Grundfätze der amerikanifchen Demokratie, die Namen der fozialiftifchen Kandidaten mit Bleiftift auf die demokratifchen und republikanifchen Stimmzettel zu fchreiben. Aber diefe waren numeriert, die Wählerliften ebenfalls. Binnen 24 Stunden nach diefer fogenannten geheimen Wahl wußte Herr Boss, wie feine Arbeiter geftimmt hatten. Wer feine Stimme gar nicht oder gegen die Bosskandidaten abgegeben hatte, wurde kurzerhand entlaffen, ohne daß man irgendeinen Grund angab. Für einen gelernten Handwerker gab es in und um Bosstown kaum einen andern Platz als in den Induftrien und Gefchäften des Herrn Boss. Zwar exiftierten einige andere Induftrien und Gefchäfte, aber auch diefe wollten keinen Freigewerkschafter oder Sozialiften anftellen. Alle hielten geheime Schwarze Liften mit den Namen der Miffetäter, alle unterhielten ihre eigne Company Union, einen von den Besitzern zur Abwehr gegen die Freien Gewerkschaften nur für ihre Arbeiter beftimmten Fabrikverband. Die Rebellen gegen diefe amerikanifche Freiheit und Gleichheit in Bosstown mußten allo weiter wandern, mit der Ausficht in anderen Städten die felben Zufände zu finden.

Henry Dubb fand das ganz in der Ordnung. »Amerika ift ein freies Land«, fagte er. »Wem es hier nicht paßt, kann ja hingehen, wo er hergekommen ift.« Das hatte er in The Bosstown News gefelesen, der führenden Tageszeitung, von Herrn Boss herausgegeben, »um die Ideale des amerikanifchen Volks gegen fremden Einfluß zu verteidigen«. Es gab noch 2 andere Zeitungen in der Stadt: The Independent und The American Guardian. Diefe nannten fich unabhängig und wurden von den Konkurrenten des Herrn Boss herausgegeben, hauptfächlich zu dem Zweck fich an feine Stelle zu fetzen. Diefe beiden Blätter ftellten ihre eignen Kandidaten gegen die Bossmaschine auf. Sie nannten fich Unparteiifche, kamen aber aus dem felben demokratifch-republikanifchen Lager wie die Politiker des Herrn Boss. Die ganze Wählerfchaft ging allo auf in dem für die meiften nutzlofen Spiel: Hault du meinen Kandidaten, haue ich deinen. Die Konkurrenten des Herrn Boss hatten aber bisher nicht einen einzigen Kandidaten durchgedrückt. Dafür forgte die gut gefchmierte Wahltruppe des Herrn Boss, deffen Staatsanwalt jede Anklage wegen korrupter Wahlmethoden niederschlug. Geld machen konnten die beiden Gegenzeitungen nicht. Sie konnten kaum halb fo viele Abonnenten zufammen aufbringen wie die News. Zudem fehlte es ihnen an genügend Annoncen, um die Kolten zu decken. Die meiften inferierenden Klein- und Mittelgefchäfte ftanden unter der Fuchtel der Bosstown First National Bank und der Bosstown Wholesale Supply Company, Filialen des Herrn Boss. Auch hatten die Besitzer des Independent und des Guardian fortwährend Häkeleien mit dem Postamt wegen des Verlands. Der Postmeister wurde von der Bundesregierung auf Empfehlung des von Herrn Boss ernannten und erwählten Bundesfenators Getaway eingefetzt. Bei der Verteilung der Zeitungen in der Stadt durch Jungen gab es häufig Keilereien, befonders zu Wahlzeiten. Ganze Pakete des Independent und des Guardian

wurden dabei zerrissen und in die Straßenrinne geworfen. Die Polizei sah nie einen einzigen Missetäter, sorgte aber sehr kräftig für den Schutz der Bosswähler, namentlich wenn diese den Wählern der Unparteiischen den Eintritt in die Wahllokale erschwerten. Die Bosstown News schrieb dazu immer Hetzartikel über »die Vandalen, die Gesetz und Ordnung stören, um unfern geschätzten Mitbürger und Wohltäter zu ruinieren«. Hans Wacker sah dieses Spiel zähneknirschend mit an, mußte aber an sich halten. Er konnte erst in 2 Jahren seine vollen Bürgerpapiere erhalten und mußte einstweilen einen nach den Regeln des Herrn Boss untadeligen Lebenswandel führen. Dann konnte er vielleicht hoffen auf die Verfallung schwören und ein freier amerikanischer Bürger wie Henry Dubb werden zu dürfen, vorausgesetzt, daß er sich nicht als Freigewerkschafter oder Sozialist lästig gemacht hatte. Henry Dubb dagegen fühlte sich als Verteidiger seiner Heimat und des echten Amerikanertums gegen die Ausländer. Damit meinte er nicht nur die aus fremden Ländern einwandernden sondern auch die aus anderen Landesteilen zuziehenden amerikanischen Konkurrenten seines Herrn Boss.

Henry Dubb las nie etwas anderes als The Bosstown News. Selbst in dieser Zeitung überfrang er die Artikel über nationale, erst recht die über internationale Politik. Soziale Fragen lagen ganz außerhalb seiner Intelligenz. Er hastete schnell über die Kopfzeilen hinweg, suchte sich die Sensationen über Morde, Scheidungskandale, Sturmchäden, Gangsters, Eisenbahn- und Luftkatastrophen aus. Mit besonderer Inbrunst vertiefte er sich in die Sportseiten, dann in die Karikaturen, schließlich in die Bilder und Berichte über die hohe Gesellschaft. Am Sonntagmorgen, wenn seine Frau in der Kirche war, und seine Kinder ihrem Vergnügen nachgingen, zog er die Schuhe aus, legte die Füße mit ihren schmutzigen Strümpfen auf den Tisch der Guten Stube, lehnte sich in den Schaukelstuhl zurück, zündete seine schmierige Pfeife an und steckte das abgebrannte Streichholz sorgfältig in seine Westentasche. Seine Frau duldete keine Streichhölzer oder Asche auf dem Fußboden. Dann verfenkte er sich mit Gusto in die welterfchütternde Frage, ob Jack Dempsey oder Gene Tunney der bessere Boxer wäre, und ob Max Schmeling das Zeug zu einem wirklichen Weltchampion hätte. Mit diesem Max war ein Tropfen Gift in den lebendigsten Teil seines Gehirns geflossen. Dempsey war fett und langsam geworden, Tunney hatte sich mit 2 Millionen Dollars zurückgezogen. Es wurmte Henry, daß dieser Dutchman Schmeling so bald nach dem Krieg herüber kam, sah, siegte und mit einem Sack voll guter amerikanischer Dollars nach Hause fuhr. Dieser Hans Wacker hatte noch dazu die Frechheit zu behaupten, es gebe gar keine echt amerikanischen Boxer im Sinn Henrys, die sich mit Schmeling messen könnten; die am meisten gegen ihn vorgeschlagenen Gegner wären von Geburt Iren, Franzosen, Finnen, Italiener, Spanier und Neger. Henry hatte barsch erwidert, Dempsey und Tunney wären echte Amerikaner, und Stribling wäre auch einer; der würde dem Max schon die Fresse eklig verhauen. Hans Wacker hatte dazu scherzhaft gemeint, Stribling klänge auch mehr deutsch als angelfächfisch, und auf jeden Fall würde Schmeling leichtes Spiel mit ihm haben. Als es wirklich so kam, hätte ihm Henry am liebsten eins hingehauen, weil er so verdammt naiv bedauerte, daß Henry seine Wette auf Stribling verloren hatte. Aber Hans war zu stämmig für ihn. Nun baute Henry seine Hoffnung auf einen neuen echt amerikanischen Boxerftern, der aber leider noch nicht

aufgegangen war. Zum Trost las er die nächsten Artikel über den großen lokalen Kometen am Boxerhimmel, Jack Tolliver, genannt der Bosstownzyklon, der nächstens seinen Titel als Champion von Boss County gegen Tom Mills aus dem benachbarten Jazzville verteidigen würde. Der nannte sich The Jazzville Tiger. Was konnte ein Tiger gegen einen Zyklon ausrichten? Aber plötzlich stockte Henry. Da stand ja schwarz auf weiß, daß Jack Tolliver eigentlich Giacomo Tagliaferro hieß und aus Bologna kam. Bologna: Wurf! Und Tom Mills hieß im Privatleben August Müller und war in Hamburg geboren. Hamburg bedeutete gehacktes Fleisch für Henry. Um das Maß voll zu machen, behauptete der Sportredakteur in der eignen Zeitung des Herrn Boss, daß der zurzeit größte Ringkämpfer in Amerika, Jim Londos, aus Griechenland wäre. Da stand sogar, daß Jim Thorpe, ein Vollblutindianer, einer der größten Fußballspieler im Land wäre, kaum je erreicht von späteren. Also auch kein echter Amerikaner. Der beliebteste heutige Fußballspieler hieß Frank Carideo. Der hatte es sogar fertig gebracht einen Team zu schlagen, an dem der große echt amerikanische Red Grange spielte. Was sollte aus dem Land werden? Henry Dubb hätte am liebsten sofort einen echt amerikanischen Champion mit seiner schottischen Frau gezeugt. Bisher hatte er damit kein Glück gehabt. Sein ältester Sohn George lag den ganzen Tag in der Poolhalle, rauchte 2 Pakete Zigaretten pro Tag, trank synthetischen Gin wie ein Schwamm und wettete auf Rennpferde, die er nie gesehen hatte. Man munkelte, daß er ein Bootlegger, ein Schnapschmuggler, wäre. Sein anderer Sohn, Malcolm, war zwar ein Boy-scout in der Bosstowner Truppe, die von dem einzigen Sohn des Herrn Boss kommandiert wurde, aber dieser junge Dubb war ein schwächtiges Kerlchen mit einer Anlage zur Schwindflucht, nicht zum Champion. Seine 16jährige Tochter Ellen machte verliebte Augen, wenn Bill Wacker, der Sohn des Hans, am Haus vorbei ging. Dieser junge Wacker war groß und breit, stark genug, um alle 3 Dubbs auf einmal zu erdrücken. Ingrimig schüttelte Henry diese quälenden Gedanken ab und suchte sich an den Karikaturen aufzuhellen. Aber hier waren die Hauptstücke die Katzenjammerkids, mit dem Kapitän, dem Schulmeister und der ewig kochenden und fetten Mama Katzenjammer, daneben Herr und Frau Jiggs. Die Katzenjammerkids kriegten immer Keile wegen ihrer dummen Streiche, Jiggs, der reich gewordene Shanty Irisher, verfluchte meist vergebens seiner hochnällig gewordenen Frau und ihren hochfeinen Freunden zu entschlüpfen, um in der plebejischen Kneipe seines alten Freundes Dinty Moore Pökelfleisch mit Sauerkraut zu essen und Poker zu spielen. Freilich war da noch Jimmy, der immer die Aufträge seines Vaters vergißt, weil er unterwegs einen interessanten Hund, Vogel, Fuchs oder so etwas trifft. Und da waren die Abenteuer des Nemo mit Feen, Hexen und Prinzessinnen. Diese Bilder waren doch zu jung und fad für Henry. Also blieb nur Tarzan, der im afrikanischen Dschungel geborene Sohn eines englischen Lords, der nach dem plötzlichen Tod seiner Eltern unter wilden Gorillas aufwuchs und ein riesenstarker Naturmensch wurde. Der erdroffelt Löwen mit seinen nackten Händen, pfeift sich Elefanten zu Hilfe, wenn er in die Klemme gerät, vexiert mit seinen Gorillas die Zaubermänner der Neger und sehnt sich nach einer weißen Gespielin, die er sich schließlich aus den Kreisen der amerikanischen Vierhundert holt. Ein echt amerikanischer Tarzan, der sich eine reiche Erbin aus London holt, wäre freilich mehr nach Henrys Geschmack. Er sinnt lange über dieses wichtige Problem nach.

Er weiß nicht, welche tragisch erbärmliche Figur er macht. Draußen braut die Welt nach einer großen Entscheidung hin, von der er nicht die geringste Ahnung hat. Er kennt nur sein Heute, will weiter nichts wissen. Tim Hogan beschrieb ihn ganz richtig, als er eines Tages zu Hans Wacker sagte: »Henry Dubbs Schädel ist so leer wie sein Leben, oder umgekehrt. Seit 20 Jahren steht er um 6 Uhr auf, schlabbert seinen Morgenkaffee mit gebratenem Speck, 2 Eiern und 6 von Syrup triefenden Mehlkuchen, läuft atemlos in die Fabrik und schuftet bis Mittag als Schrittmacher für uns andere. Dann giert er 3 Schinkenfüllen, 2 Apfelfinen und $\frac{1}{4}$ Torte, gießt ein Quart Milch hinterher und laugt an seiner kurzen stinkigen Pfeife bis $\frac{1}{2}$ 1. Denken kann er dabei nicht. Dann schuftet er weiter bis 6 Uhr, schlürft nach Hauße, wolft sein Abendbrot vom Braten bis zum Kuchen und Icecream und ist fertig für seine logenannte Erholung. Und worin besteht die? Wenn es nicht monatlicher Sitzungsabend in seinem Odd-Fellow-Verein oder in der drolligen Gewerkschaft seines Herrn Boss ist, sitzt er im Schaukelstuhl und liiert in die Sport- und Karikaturseiten der Bosstown News, bis er eindöft, und seine Alte ihn ins gemeinsame Bett zerrt. Am Samstagabend geht er mit seiner Alten ins Kino und klatscht, wenn George Washington, Abraham Lincoln oder Herbert Hoover mit dem Sternenbanner auftauchen. Am Sonntagmorgen klaut er in den Sport- und Karikaturseiten der News herum, bis seine Alte aus der Kirche kommt. Dann gibt es den üblichen Krach, weil er sich noch nicht rasiert hat. Nach dem Essen fährt er mit seinem rappligen Ford in der Gegend herum, wobei ihn seine Alte vom Hinterlitz aus dirigiert. Ist ihm aber sein bummlicher George trotz aller Vorlicht zuvor gekommen, so sitzen die beiden Alten und ekeln sich an bis zum aufgewärmten Abendessen und Schlafengehn. 2mal im Jahr geht er ins Picknick. Am 4. Juli mit dem Outing der Fabrikorganisation, und dann noch mal mit den Odd Fellows. Hail Columbia! Ich verschlinge eine ganze Meile Makkaroni, wenn mir einer beweisen kann, daß dieser Henry seit 20 Jahren einen einzigen selbständigen Gedanken gehabt hat, der einen halben Zoll von der Meinung seiner Alten, der Bosstown News oder seines Herrn Boss abwich.«

Henry brütet so lange über das Tarzanproblem, daß er beinahe einschläft. Er rafft sich grade noch rechtzeitig zusammen, um seine Pfeife zu packen, ehe sie ihm aus dem Mund rutscht. Gelangweilt blättert er in den News weiter. International Section. Japaner besetzen die Mandchurei. Hm, da reden wir auch noch ein Wort mit, wenn wir wollen. Hat aber keine Eile. Einstweilen mögen sich die gelben Affen die Köpfe zerdreschen. Arbeitslose demonstrieren in allen großen Städten. Ach, Quatsch, das sind nur Ausländer. Ein echter Amerikaner kann immer Arbeit finden, steht in den News. Richtig. Europa zahlt nicht mehr. So? Das wollen wir abwarten. Präsident Hoover wird das schon deichseln. Haben die Engländer 1776 vergessen? Henry denkt an Yorktown. Plötzlich fällt ihm ein Bild aus seinem alten Schulbuch ein. Die Stadt Washington in Brand, 1812. Oder war es 1815? Was war da los? Er hat's vergessen. Einerlei, dafür sind wir den Engländern noch was schuldig. Machen sich England und Frankreich mucklig, nehmen wir zunächst mal Canada und ihre westindischen Kolonien weg. Kleinigkeit. Herr Bunkhead hat am 4. Juli gesagt: »Wir sind die Erben der Weltherrschaft.« Henry ist dafür. Hoch das Sternenbanner! Wir können die ganze Welt verhauen. Herr Boss hat ihn erst neulich gelobt: »Hätten nur alle amerikanischen

Bürger den flammenden Idealismus des Henry Dubb, wir eroberten die ganze Welt für die Demokratie.« Henry bläht sich auf. Wollen Herr Boss, Senator Getaway und Kongreßmann Bunkhead etwas haben, so nehmen sie es. Denen entgeht nichts. Soll es auch nicht, sonst muß Henry längere Stunden für kürzern Lohn arbeiten. Freilich tät er's aus Bequemlichkeit, die er demokratische Freundschaft für Herrn Boss nennt, um so williger, weil die verdammten Ausländer darüber murren würden. Denn es ist nur recht, daß er als ein echter Amerikaner auch die Verluste des Herrn Boss teilt. Aber fatal wäre es doch, wenn es noch einmal passierte. Frau Dubbs scharfe Zunge würde ihn wieder peitschen, wie schon einmal: »Du Wurm, du läßt mir und deinen Kindern das Brot aus den Zähnen reißen. Wir leben schon knapp genug mit deinen 35 Dollars die Woche, wenn wir 20 Dollars pro Monat an Herrn Boss für 4 Stuben mit Küche bezahlen. Nun kann ich wieder wer weiß wie lang auf meinen neuen Hut warten. Soll Ellen mit ihren dünnen und 3mal umgearbeiteten Rücken Schulmeisterin werden? Du weißt, daß uns der George sehr selten einen Dollar ins Haus bringt. Der Malcolm braucht auch endlich neue Scoutshuhe, wenn er sich nicht vor den anderen Jungen schämen soll. Und die Abzahlung auf deine Lebensversicherung ist nächste Woche fällig und die Insurance Company und so weiter und so weiter.« Henry schüttelt sich und faugt gurgelnd an seiner Pfeife. Und dann diese seltsame Frauenlogik, auf die er lieber nicht erst antwortet, wenn er nicht den keifenden Wortschwall eine halbe Stunde verlängern will: »Teilt Herr Boss etwa seine Gewinne mit dir?« Was weiß die von den Gefühlen der Männer zu einander? »Ist deine Gewerkschaft nur dazu da zu tanzen, wenn Herr Boss pfeift? Du bist doch der Vorsitzende. Du könntest doch freundlich mit Herrn Boss reden.« Hat die eine Ahnung. »Wenn du ein Mann wärst —«

Henry duckt unwillkürlich seinen echt amerikanischen Kopf. Die Pfeife rutscht aus seiner Zahnücke. Eine Lawine schwarzer Asche und glühenden Tabaks raucht auf Frau Dubbs Kleinod, den angeblich perfischen Teppich, den sie für 4 Dollars 97 Cents auf einem Ramelch in dem großen Bosstown Department Store gekauft hat. Henry gleitet bestürzt auf die Knie und sucht die Spuren seines Verbrechens schnell zu entfernen. Da geht die Tür auf. Frau Dubb, erfrischt von einer prächtigen Predigt über die Menschenliebe, stampft wie ein Grenadier ins Zimmer. Auf einen Blick sieht sie, was Henry wieder angestellt hat. Ihre devote Sonntagsmiene wird im Nu spitz und giftig. »Henry Dubb«, zischt sie, »du hast wieder einen Tabaksfleck auf meinen schönen Teppich gemacht. Und rasierst dich auch wieder noch nicht. Du weißt doch, daß wir heut nachmittag ausfahren. Wisch' die Asche nicht. Mach', daß du raus kommst. Der George mit seinen Kumpanen ist schon auf dem Weg nach der Garage. Gleich gehst du und sagst ihm, daß er den Wagen heute nicht haben kann. Und dann kommst du und rasierst dich schnell vor dem Essen. Beeil dich.« Sie schiebt ihn zur Tür hinaus. Henry steht einen Augenblick mißmutig auf der Veranda. Hans Wacker kommt eben mit Leo Abrams und Tim Hogan vorbei, wie immer tief in eine Debatte verwickelt. Sie grüßen kurz, Henry erwidert mit einem Naturlaut. Er hört noch, wie Abrams sagt, als führe er in der Debatte fort: »Also darum klettern wir seit 150000 Jahren aus den Höhlen herauf, damit solch ein Robotkamel mit 25 Millionen seinesgleichen den sozialen Fortschritt hemmt und die kapitalistische Grundlage der politischen Demokratie auf amerikanischem Boden

in eine neue Feudalherrschaft verwandelt.« Henry hat aber nur ein halbes Ohr dafür. Diese Ausländer reden immer über Dinge, die ihm zu highbrow, zu gelehrt sind. Höhlen? Robotkamel? Sozialen Fortschritt? Feudalherrschaft? Worüber quatschen die wieder? Henry spuckt heftig aus und rennt nach der Garage, die George eben öffnet, um das Auto zu entführen. Er hört nicht mehr, wie Hans Wacker antwortet: »Trotzdem, wirtschaftet der Kapitalismus in Europa ab, so geht auch den amerikanischen Feudalherren der Atem aus.« Es ist gut, daß er nicht hört, wie Tim Hogan meint: »Auch dann werden die Henry Dubbs nicht die Zähne zeigen wie die Hinterwäldler von Kentucky und Tennessee, denen jetzt der eindringende Kapitalismus die Ketten anlegt.« Erst recht gut ist, daß er nicht weiß, was Leo Abrams zu wissen behauptet: »Henry wird nach dieser Wahl von seinem Herrn Boss rausgeschmissen. Er wird zu langsam. Wollen mal sehen, ob ihm seine Versicherungsgesellschaft Altersrente zahlt. Er soll mit 2 Raten im Rückstand sein. Lebensversicherung auch. Seine Alte wird ihn zu Tod ärgern. Dann können ihn seine Odd Fellows mit Musik begraben. Je eher, desto besser.« Henry kurbelt grunzend seinen wackligen Ford und schilt hinter seinem Ältesten her, der sich fluchend mit seinen Bummlern in die Poolhalle zurückzieht. Aus den offenen Fenstern der gegenüberliegenden Schule, wo der Bosstown Civic Club eine Feier veranstaltet, klingen plärrende Kinderstimmen herüber: »My country, 't is of thee, sweet land of liberty.«

OTTO NAGEL · DER FALL DES EMIL STRAUß



IN Gefuch an das preußische Justizministerium befürwortet die bedingte Begnadigung respektive Beurlaubung des ehemaligen Schwerverbrechers und jetzigen Zuchthausgefangenen Emil Strauß. Dieses Gefuch ist von bedeutenden Menschen unterzeichnet, so von Käthe Kollwitz, Hans Baluschek, Bruno Bürgel, Rudolf Belling, Lion Feuchtwanger, Karl Hofer, Erich Mendelsohn, Max Pechstein und anderen. Alle diese setzen sich hier für einen kriminellen Zuchthäusler ein. Ein einzigartiger Fall. Dieser Emil Strauß ist aber auch ein einzigartiger Mensch, von dem der Schriftsteller Karl Otten in seinem Buch über diesen Fall urteilt: »Es ist sicher, daß er in anderer, gesünderer Umgebung ein bedeutender, um nicht zu sagen, ein großer Mensch geworden wäre.«

45 Jahre ist Emil Strauß jetzt alt. Bisher hat er mehr als 25 Jahre hinter den Mauern von Gefängnissen und Zuchthäusern verbracht. Seit 1920 ist er ununterbrochen in Haft. Bis zum Jahr 1950 soll er im Zuchthaus verbringen. 63 Jahre alt würde er bei seiner Entlassung sein. Knapp 20 Jahre hätte er in seinem ganzen Leben in Freiheit verbracht.

Ein solches Leben erwürgt jeden Menschen. Grauensvolle Hoffnungslosigkeit treibt zum Irrsinn. Aber dieser Emil Strauß ist fest und unzerbrochen; »Man fühlt doch, daß die jahrzehntelange Haft nicht spurlos an einem vorübergeht, selbst wenn man noch so sehr darauf bedacht ist alles zu vermeiden, was den Körper schwächen und schädigen könnte. Es lebt in mir ein zäher, fast fanatischer Wille mich durch die Haft nicht unterkriegen zu lassen. Und wenn sich meine "guten Freunde" von der hohen Justiz je Hoffnungen gemacht haben, daß die Zeit mich zermürben und schließlich zerbrechen wird, ja, dann werden sie eine große Enttäuschung erleben. Dazu reichen 30 Jahre bei mir

nicht aus! Auch dazu nicht mich auf die Knie zu zwingen, daß ich um Gnade winfele.« Ein Unverbesserlicher, dieser Emil Strauß? Nein, er lehnt sich nur gegen eine Strafanwendung über die eigentliche Zweckerfüllung hinaus auf, gegen das Unnötige. Die Strafe soll ja nicht zerstören sondern aufbauen. Er will keine Gnade, will nichts, aber auch gar nichts geschenkt haben. Bitte schön, sagt er, ich habe alles getan, um zu beweisen, daß die Strafe bei mir ihren Zweck erfüllt hat; jetzt seid ihr daran daraus die notwendige Konsequenz zu ziehen: »Ich sage mir so: Wenn in Anbetracht aller Umstände und Verhältnisse, die mich auf den Weg des Verbrechens gedrängt haben, meine 30 Jahre lange Zuchthausstrafe eine wirklich gerechte ist, dann will ich sie ohne Murren bis zum letzten Tage verbüßen. Ist sie aber nicht gerecht, also ein durch die damaligen Zeitnöte bedingtes Tendenzurteil, dann haben meines Erachtens die maßgebenden, verantwortlichen Stellen die moralische Pflicht nach gründlicher Prüfung und objektiver Würdigung meiner inzwischen unbefreitbar erfolgten innern Wandlung das ungerechtfertigte Zuviel meiner Strafe von sich aus wieder hinwegzunehmen. Mein innerstes Sühnebedürfnis verbietet mir grundsätzlich auch nur einen Federstrich zu tun, um eine Milderung meiner Strafe herbeizuführen auf dem von Tausenden meiner Leidensgefährten (oft nur Scheinheilig) beschrittenen "Canossawege" der captatio benevolentiae. Darauf verzichte ich. Wem die Erkenntnis mangelt, daß wahre Sühne begangener Fehlritte nur in tiefstgehender innerer Umwandlung des Missetäters bestehen kann, nie aber in einer mehr oder minder langen Freiheitsberaubung an sich, dem bestreite ich die Kompetenz überhaupt über mich zu richten. Für mich würde die Strafe jeder innern Berechtigung beraubt werden, wenn ich sehen müßte, daß sie auf bloßer Willkür beruht.«

Elendeste proletarische Kindheit. Alkohol. Der Vater ertränkt darin seine Sorgen, läßt die ganze Familie darin erlaufen. Die Mutter greift zum Strick. Der Junge lebt weiter, zwischen Prostitution, Diebstahl und Kuppelei. Alles das erftickt nicht seine außergewöhnliche Intelligenz. Sie schießt empor, entwickelt sich zu einer farbigen, aber unangenehm duftenden Blüte. 18 Jahre ist er alt, da kommt die erste Strafe: 3 Jahre Gefängnis. Die Gesellschaft hat nur Strafe und nochmals Strafe. Ein gutes, führendes Wort, ein Buch hätte vielleicht dem ganzen Leben eine andere Richtung geben, die Begabung des Jungen für die Gesellschaft nutzbringend gestalten können. Was wußte er denn von Gut und Böse? Was konnte er denn dafür, daß dieses Bedürfnis nach der Leistung in ihm brannte und manchmal als offene verheerende Flamme herauschlug? Strafe folgte auf Strafe. In der Zelle beginnt sich die überschüssige geistige Kraft andersherum zu konzentrieren. Bücher werden verschlungen, Sprachen gelernt, Technisches wird bewältigt. Je mehr das Wissen sich anpeichert, um so mehr das Bedürfnis es in der Freiheit praktisch zu verwenden. In Ermanglung anderer Betätigung leistet er verbrecherischer Handlung Dienste. Seine Einbrüche sind ausgeklügelte Meisterwerke, die ihm bald eine Sonderstellung unter seinesgleichen einräumen. Die Polizei wertet ihn als einen besondern Gegner. Er verkehrt nicht in Kaschemmen und lebt nicht im dunkelsten Unterweltemilieu sondern liest Tolstoj und Anatole France, hat Achtung vor geistiger Leistung und Ehrfurcht vor der Kunst. Französisch, Englisch beherrscht er fließend. Als Proletarier ist er Sozialist. Er führt eben einen Kampf gegen die Gesellschaft auf eigne Faust. Ein Rebell. Sein Willen beginnt seine Handlungen zu verneinen. Er will heraus,

sucht den Ausweg: »Wer einmal so tief in den Sumpf hineingestoßen worden ist, der vermag es eben nicht wie Münchhausen sich an seinem eigenen Schopfe wieder herauszuziehen. Eine rettende, helfende, stützende Bruderhand ist mir bisher noch von keiner Seite gereicht worden, am allerwenigsten von jener Seite, auf der stets am lautesten über die Verderbtheit der Menschen geklagt wird.«

15 Jahre Zuchthaus erhält Emil Strauß als einmalige Strafe. Er hatte den Gegner in seinem eignen Haus, im Polizeipräsidium, aufgesucht und aus dem Kriminalmuseum Werkzeug geholt. Nach 2 Jahren bricht er aus. Eine Jagd setzt ein. Wird er gefaßt, so bedeutet dies: auf mehr als ein Jahrzehnt zurück ins Zuchthaus. Ein Innendienstbeamter ohne Erfahrungen im Außendienst will ihn verhaften. Durch dessen Ungeschicklichkeit kommt es zur Schießerei, fließt Blut. Strauß bedauert diese seine letzte Tat unendlich, er leidet darunter. Pech, daß dies geschehen mußte, wo er doch eigentlich geistig längst aus seinem bisherigen Leben herausgewachsen war. Vor Gericht hält er keine Verteidigungsrede, er erzählt nur die Geschichte seines Lebens. Die Menschen sind "verdattert". Sie bewundern die Art, in der er vorträgt, und lassen sich von dem Inhalt packen. Strauß geht auf ein Menschenleben ins Zuchthaus. Bücher werden über ihn geschrieben. Juristen legen Wert auf seine Äußerungen. Der Kriminalbeamte, der ihn verhaftete, reicht ein Gnadengesuch ein.

Emil Strauß hat mit seinem ehemaligen Leben vollständig Schluß gemacht. Er hat einen Kampf gegen sich selbst geführt und den Sieg errungen.

In seiner Zelle arbeitet er mit einem fanatischen Eifer an seiner geistigen Vollendung. Er lernt Lateinisch. Von seinen Kameraden läßt er sich die Streifen vom Klosettpapier, die an der Schnur hängen bleiben, geben. Darauf notiert er die Worte mit winzigen Buchstaben. Diese Streifen legt er bei der Arbeit neben sich, und er prägt sich die Vokabeln ein. Jahre hindurch überträgt er wissenschaftliche Werke in Blindenschrift. 5 Patente und einige Reichsgebrauchsmusterschutzmarken erwirbt er in den letzten Jahren. Was das bedeutet, kann der in Freiheit lebende Mensch kaum beurteilen.

Von der Besonderheit dieses Menschen möge auch die Rede zeugen, die er als Vorsitzender des Turn- und Sportvereins in der Anstalt bei der Gründungsfeier hielt. Er sagte da: »Meinen Kameraden aber möchte ich noch folgendes zu bedenken geben: Wir Gefangene sind Menschen, die vom Standpunkt staatsbürgerlicher Moral aus gesehen gefehlt haben, zum Teil wiederholt und schwer gefehlt haben, und die ihre Strafe dafür erleiden. Von einem andern Blickpunkt aus betrachtet, sind wir aber auch Menschen, denen, wie überhaupt jedem denkfähigen Wesen, der Drang zum Guten, das Streben nach Höherem, kurz: eine gewisse innere Menschenwürde, eingeboren ist. Des unveräußerlichen Besitzes dieser innern Menschenwürde wollen wir uns stets bewußt bleiben, und mit ganzem sittlichen Ernst wollen wir danach streben sie in unserem täglichen Tun und Lassen mehr und mehr zum Ausdruck zu bringen. Bei diesem Streben lehnen wir Augendienerei und Schweifwedelei im Hinblick auf unsere Vorgesetzten ebenso entschieden ab wie wir es ablehnen durch Kraftmeierei oder Rowdymanieren imponieren zu wollen. Nein. Als im tiefsten Kern unseres Wesens aufrechte, charaktervolle Menschen wollen wir uns im Umgang mit unseren Vorgesetzten und mit unferesgleichen eines Benehmens befleißigen, wie es unter wahrhaft gesitteten Menschen allgemein üblich, ja eigentlich selbstverständlich ist. Es klingt paradox, das

heißt in sich selbst widerspruchsvoll, ist aber trotzdem eine alte Binsenweisheit: Je größere Rücksichtnahme jeder einzelne im Zusammenleben mit den Menschen seiner Umwelt ausübt, desto größere Bewegungsfreiheit springt für alle, also auch für ihn selbst, heraus.« Strauß schafft sich auf Grund seiner Lebenserfahrungen die Lehre, »daß Unrecht tun (das heißt wider besseres Wissen von dem, was gut und böse ist, zu handeln) kein eigener Richter und Strafvollstreckter ist. Keiner, auch der Gerissenste nicht, entrinnt auf die Dauer dem universalen Gesetz der Vergeltung alles dessen, was mit unserer höchsten Erkenntnis vom Sinn und Zweck des wahren Lebens nicht im Einklang steht. Was soll der Staat respektive seine bevollmächtigte Vertretung nun tun, um dem Verbrechen zu steuern? Zunächst und vor allem: Selbst, und zwar mit unbedingter Entschiedenheit, unter allen Umständen im höchsten Sinne moralisch handeln, also vorbildlich sein in der Wertschätzung des eigenen wie des fremden Lebens und dessen Erfordernissen. Wenn das konsequent geschieht, ist schon ein ungeheurer Anreiz zur Begehung und scheinbaren Rechtfertigung "privater" Verbrechen aus der Welt geschafft. Wo dennoch solche verübt werden, den Ursachen bis zur Grenze des Möglichen nachgehen, um sie zu erkennen und zu beseitigen; nicht aber einfach den Missetäter beim Kragen nehmen, um ihn zeitweilig oder für immer auszumerzen aus der Gesellschaft, gegen deren Rechte er verstoßen hat. Nein. Unwissenheit kann nur durch wohlwollende, teilnahmevolle individuelle Belehrung, nie durch brutale Gewaltmaßnahmen beseitigt werden.«

Die Gesellschaft hat bei diesem Emil Strauß etwas gutzumachen. Sie hat zum mindesten die Pflicht zu verhindern, daß er zuguterletzt doch noch vom Zuchthaus erwürgt wird. Daß er bei seiner Entlassung aus der Strafanstalt straffällig werden könnte, ist nach menschlichem Ermessen nicht anzunehmen. Eine Fortdauer der Strafe wäre etwas Willkürliches und könnte nur eine negative Wirkung haben, den Absichten des Strafvollzugs entgegen.

HERBERT FRITSCHÉ · BLINDER HUND



LN dem Gestank der Straßen, der ihm auch den Spürsinn des Geruchs verwirrt,

Treibt Scheu der blinde Hund umher mit Augen aus Opal.

Die vielen Klapperschritte und das Rauschen eines Autoreifens,
der vorüberschwirrt,

Verstören seinen zögernden Spaziergang immer mehr in diesem schwarzen Saal,
Den nur ein ungewisses Durcheinander böser Hindernisse füllt.

Im Schreckgeprassel, das aus allen Ecken groben Fußes nach ihm stößt,

Das plötzlich flucht und aus dem Nichts als dumpfe Hupe brüllt,

Treibt Scheu der blinde Hund umher, den keine Rast erlöst.

Du siehst ihm nach. Wer weiß, wer diesem Tier das Gnadenfutter gibt?

Wenn du ihn kaufst, er kostet ganz bestimmt nicht viel.

Doch das Gedränge, das dich achtlos weiterschiebt,

Lenkt rasch dein Denken auf ein andres Ziel.

Der Schindertod steht sicherlich auch diesem Tier bevor,

Wenn es nicht noch zuvor ein Mensch, der tapfrier ist als du, im Dreck entdeckt

Doch morgen schon quält eine Stimme dich von innen aus dem Ohr

Mit so beleidigenden Worten, daß dir tagelang kein Essen schmeckt.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

Abrüstungs-
konferenz

Die Konferenz zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen wurde am

2. Februar von ihrem Präsidenten Arthur Henderson in Genf eröffnet. Sie bildete später eine Generalkommission und 5 Unterkommissionen für Heereswesen, Marine, Luftstreitkräfte, Budgetbeschränkungen, Politik. Der Vorsitzende dieser letztgenannten Kommission ist ebenfalls Henderson, während zum Berichterstatter Eduard Benesch gewählt wurde. Den Monat Februar erfüllte eine Generaldebatte, in der die Vertreter fast aller Länder ihre grundsätzliche Haltung zum Abrüstungsproblem bekanntgaben. Alle Vorschläge und die Angaben des Konventionentwurfs wurden von Benesch zu einer Tabelle zusammengestellt, die nun als Diskussionsgrundlage dienen soll. Am 17. März ging die Konferenz in die Osterferien. Es seien hier die Vorschläge einiger Länder angegeben. Alle 50 Reden zu analysieren erübrigt sich fürs erste. Am wichtigsten sind die französischen Vorschläge: 1. Zivilluftfahrt soll internationalisiert, Flugzeuge mit größerer Tragkraft sollen dem Völkerbund unterstellt werden, sie sind von den Einzelstaaten, denen sie gehören, nur im Fall eines flagranten Angriffs zu verwenden. Das selbe gilt von schwerer Artillerie, Kriegsschiffen über 1000 Tonnen, größeren Unterseebooten. 2. Eine internationale Polizeitruppe soll organisiert werden, als erstes Kontingent des Völkerbunds zur Hilfeleistung für angegriffene Staaten. 3. Allgemeine Schiedsgerichtsverträge sollen abgeschlossen, der Begriff des Angreifers soll definiert werden. 4. Giftgas soll nicht angewandt werden, die Beschießung und Bombenbelegung von Orten hinter der Front soll nicht erlaubt sein. Italien schlägt die allgemeine Gleichstellung und eine möglichst weitgehende Abrüstung vor. Abgeschafft sollen werden: Unterseeboote, Schlachtschiffe, schwere Artillerie, Tanks, Bombenflugzeuge, chemische sowie bakterielle Angriffswaffen. Außerdem soll das Kriegsrecht so geändert werden, daß die Zivilbevölkerung wirksam geschützt ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika binden sich nicht unbedingt an den Konventionentwurf, sie schlagen die Verlängerung des Washingtoner und des Londoner Flottenabkommens vor, diesem sollen Italien und

Frankreich beitreten, dann sollen die Seerüstungen weiter herabgesetzt werden. Sie verlangen Abschaffung der Unterseeboote, Giftgase. Die Zivilbevölkerung ist gegen Bombenwürfe zu schützen. Herabsetzung der Heeresstärken auf ein Maß, das der Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern und vernünftigem Grenzschutz genügt. Tanks und schwere Artillerie sollen beschränkt werden, desgleichen die Budgetausgaben für Kriegsmaterial. Japan will den Unterseebootkrieg humanisieren, Tonnage und Bestückung der Schlachtschiffe beschränken, desgleichen die Größe der Flugzeugmutterchiffe, Luftbombardement, Gas und Bakterien sind zu verbieten, die Rüstungen sollen bis auf ein Minimum, das die nationale Sicherheit noch gewährleistet, herabgesetzt werden. Deutschland schlägt die Anwendung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags auf alle Staaten vor, um »gleiche Sicherheit für alle« zu schaffen. Rußland setzt sich offiziell für Totalabrüstung ein; sollte dafür keine Mehrheit zu finden sein (tatsächlich stimmten am 25. Februar nur Rußland und die Türkei für sie), so macht Rußland Vorschläge, die stark den genannten italienischen ähneln. Polen unterstützt die französischen Vorschläge, will den Konventionentwurf als Verhandlungsgrundlage und tritt für budgetäre Beschränkung ein. Die Tschechoslowakei hat eine ähnliche Haltung, will aber die Herabsetzung der Dienstzeit, Abschaffung von Gas und Luftbombardements. Die Rüstungen und Waffenhandel sollen international kontrolliert werden. Großbritannien wünscht eine Permanente Abrüstungskommission. Unterseeboote und Gas sollen abgeschafft werden. Da die Frage der Abschaffung der Wehrpflicht umstritten ist, sollen die Heeresstärken auf andere Weise herabgesetzt werden. Man will an einem Abkommen zur Beschränkung der Tonnage und Bestückung von Schlachtschiffen, schwerer Artillerie und aller Angriffswaffen mitarbeiten und sucht weitere Anhänger für das Washingtoner und Londoner Flottenabkommen. »Die französischen Pläne verdienen größte Beachtung.« Belgien setzt sich für die französischen Pläne ein. Ebenso Dänemark. Die Vertreter verschiedener Länder verlangen die Abschaffung der Angriffswaffen. Der spanische Außenminister will die Sachverständigen zunächst mit der Beantwortung der Frage nach deren Kennzeichen beauftragt wissen. Zu den Vorschlägen Frankreichs meint er, es

lei ein vergebliches Unterfangen dem Völkerbund materielle Macht zu geben, solange er keine moralische besitze. Der Aga Chan erklärt für Indien, solange Rußland und Amerika dem Völkerbund nicht angehörten, seien die französischen Vorschläge praktisch nicht durchzuführen. Bedenken der selben Art äußert auch der Vertreter der Schweiz.

Die eigentliche Arbeit zur Herstellung eines allseitig annehmbaren Vorschlags wird wohl lange Zeit in Anspruch nehmen. Vorläufig steht eine Einigung der Konferenzteilnehmer noch in weitem Feld.

Abrüstungs- probleme

Die 7. Ausgabe 1930-1931 des *Annuaire Militaire* des Völkerbunds ist nach den

selben Grundfätzen eingerichtet, wie die in dieser Rundschau (1931 I Seite 160) angezeigte 6. Ausgabe. Trotz der bewunderungswürdigen Übersicht kommen Abweichungen von den Zahlen vor, die, als Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz, in den Antworten der Regierungen auf den Fragebogen des Sekretariats über den Rüstungsstand einlaufen.

Der schweizerische Oberstdivisionär Fritz Gertsch legte eine Arbeit vor, die er *Der Irrtum der heutigen Rüstungen* betitelt /Bern, A. Francke/. Er meint, der Krieg der Zukunft werde nicht so stark artilleristisch sein wie viele glauben. Sicher aber würde ein kleines Land wie die Schweiz in dieser Hinsicht nicht mit den Großmächten konkurrieren können. Ebenso wenig in der Fliegerwaffe. Man solle das Heer in Maschinengewehrgruppen auflösen. Das Maschinengewehr sei die einzige Waffe, mit der kleine Völker noch Grenzschutz ausüben können. Gegen stark verteilte Maschinengewehrgruppen würde man nicht mit Gas vorgehen.

Die furchtbarste Kriegsart wird der Gaskrieg sein. Daher nennt Josef Weisbart seine kleine Schrift *Die Forderung der Stunde: Den Giftkrieg verhindern!* /Wiesbaden, Verlag Friede durch Recht/. Es gibt danach keinen Gaschutz für die Zivilbevölkerung. Auf die kleine, das Hauptproblem behandelnde Schrift sei nachdrücklich hingewiesen. »Denn was hilft es die Erde wohnlich einzurichten, wenn alle durch Giftgas sterben?«

Die Interparlamentarische Union hat eine Reihe hervorragender Sachkenner aufgefordert ihre Meinung zu der Frage zu sagen: Wie würde ein neuer Krieg aussehen? /Zürich, Orell Füßli/. Darauf haben sie geantwortet: Generale, Techniker, Chemiker, Juristen, Wirtschaftler aus Frankreich, Deutschland, England, Schweden, Japan, der Schweiz, Däne-

mark, den Vereinigten Staaten von Amerika, Griechenland. Der Eindruck ist grauenerregend. Die Vervollkommnung der Methoden der Menschen- und Materialvernichtung, die Aufhebung des Unterschieds zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung, die wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Folgen lassen es als höchste Aufgabe jedes einzelnen erscheinen der Menschheit den Anschauungsunterricht zu diesem Thema zu ersparen. Es handelt sich hier nicht um übertriebene Phantasien, vielleicht überreizter Pazifisten, sondern um Männer, die in ihren Ländern für die Kriegsvorbereitungen in militärischer und technischer Hinsicht verantwortlich sind und politisch sehr verschiedene Standpunkte einnehmen. Sie sagen nur, was ist. Die Interparlamentarische Union ließ die Schrift deutsch, französisch und englisch erscheinen, um der öffentlichen Meinung die Wirklichkeit zu zeigen.

Im Zusammenhang hiermit sei auf die Broschüre William Martins *Die Abrüstung und die Interparlamentarische Union* /Genf, Payot & Cie./ hingewiesen, in der der Chefredakteur des *Journal de Genève* eine Darstellung der Tätigkeit der Interparlamentarischen Union für die Abrüstungsidee gibt. Schon vor dem Krieg arbeitete sie für eine Beschränkung der Rüstungen. Nach dem Krieg wirkte sie vielfach als Aufrüttlerin der öffentlichen Meinung. Der 2. Teil gibt dokumentarisch die einzelnen Beschlüsse der Interparlamentarischen Union wieder, während der 3. die wichtigsten Abschnitte der Vorläufigen Abrüstungskonvention bringt. Gerade dadurch ist die Schrift wertvoll, wenn auch die Bedeutung des Kommentars, den Martin geliefert hat, nicht herabgesetzt werden soll.

Reparations- probleme

Reparationen und Rüstungen übertrieb Benedikt Kautsky eine Studie /Wien,

Heß & Co./. Er bietet im wesentlichen eine Geschichte des Reparationsproblems. Besonders wichtig sind die hier, zum Teil erstmalig, gebotenen statistischen Vergleiche über die Schuldenbelastung der einzelnen Staatsbürger in den verschiedenen Ländern. Klar ist Amerika als Hauptnutznieser herausgestellt. Streichung der Kriegsschulden muß das Ziel aller sein. Amerika wird aber eher dazu geneigt sein, meint der Verfasser mit vielen Pazifisten, wenn Europa abrüstet. Daher darf vor allem Deutschland nicht aufrüsten. Eine Aufrüstung würde übrigens, wie der Verfasser klar hervorhebt, ein Mehrfaches der Reparationen kosten.

Das Problem der interalliierten Verschuldung und seine reparationspolitische Bedeutung behandelt Reinhold Koenning in einem Vortrag, den jetzt der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände in Berlin herausgab. Auch hier ergibt sich Amerika als Hauptnutznießer und daher als diejenige Macht, an die das Streichungsverlangen zu richten ist.

Nicht so klar kommt das in einer Broschüre Leo Horwitz' Endkampf um die Reparation /Leipzig, Historisch-Politischer Verlag/ zutage. Die Arbeit ist packend geschrieben, durch graphische Darstellungen gut illustriert, aber das Ganze stark übertrieben. Für die Weltwirtschaftskrise gibt es doch noch andere Gründe als die »einseitigen« Zahlungen. Die Hooveraktion wird stark überschätzt. Man kann aus der Broschüre aber manches lernen; dürfte sie doch als halb-offiziös gelten, wie ihre Verbreitung durch den Heimatdienst beweist.

Unter dem Titel Reparationsfibel /Hamburg, Broschek & Co./ erschien ein Bilderbuch, das durch Zeichnungen der Mitarbeiter des Simplicissimus Thomas Theodor Heine, Olaf Gulbranson und anderer das Reparationsproblem weiteren Kreisen des In- und Auslands (Unterschriften in Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch) nahebringen soll. Es ist ein Programm des deutschen "Revisionsismus", es behandelt nicht nur die Reparationen sondern auch Korridor, Abrüstung, Kolonien. Die Darstellung ist stark übertreibend, antispanisch und kaum dem Frieden dienend, was im Vorwort als Zweck des Bilderbuchs angegeben wird.

Deutsche Politik

Josef Halperin hat seine in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlichten Beiträge im

Sonderdruck zu einem Büchlein Deutschland und Polen vereinigt. Zum erstenmal hat hier ein Schriftsteller die Verhältnisse Ostpreußens, des Polnischen Korridors, der Grenzmark Posen-Westpreußen wirklich objektiv untersucht. Daran schließt sich eine Betrachtung des gesamten deutsch-polnischen Problems. Und siehe da, die Schweizer Zeitung sagt das, was der Bearbeiter dieser Rundschau in vielen Aufsätzen darzulegen sich bemühte: Nicht Revisionsgerede, sondern mutige Arbeit an der Findung eines Modus vivendi tut not.

Manchmal will ein Autor irgendetwas widerlegen, er vertieft sich in die Argumente der Gegner, und siehe da: die Gegenseite unterscheidet sich sachlich nur in homöopathischen Dosen und vielleicht in der Tonart von dem zu Be-

kämpfenden. Nach dem 14. September 1930, als der Nationalsozialismus sein Haupt erhob, fühlten sich viele Parteien verpflichtet nachzuweisen, daß auch sie die deutsche Freiheit wollten, daß »sie sich in der Vertretung der deutschen Belange von niemand übertreffen lassen«. In diesem Sinn schrieb Walter Hagemann, Redakteur an der Germania, Deutschland am Scheideweg (25. und 26. Heft der Schriften zur Deutschen Politik, herausgegeben von Georg Schreiber /Freiburg, Herder & Co./). Er steht im Bann einer Wunschbildaußenpolitik. Das Buch ist zur Information äußerst wichtig, aber eigentlich schon etwas antiquiert. Es scheint sehr schnell geschrieben zu sein, worauf eine Reihe sachlicher Fehler hindeutet: Luxemburg gehört zollpolitisch zu Belgien, nicht zu Frankreich. Österreich-Ungarn war kein Wirtschaftsgebiet von vielen Millionen Quadratmeilen; Afrika soll 11,6 Millionen Quadratmeilen haben (in deutschen Büchern soll man nach Quadratkilometer, nicht nach square miles rechnen). Auf Seite 127 muß es panamerikanische Konferenzen, nicht paneuropäische heißen.

Informationsmittel

Unter dem Titel 10 ans de coopération internationale legt das Sekretariat des Völkerbunds einen 630 Seiten starken Bericht vor, für den der Generalsekretär Sir Eric Drummond ein Vorwort schrieb. Fiimartig rollt die Geschichte des letzten Jahrzehnts vor unseren Augen ab: Liquidation des Kriegs, Oberschlesien, Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, Rheinlandräumung, Haag, Genfer Verhandlungen. Es wird von Erfolgen wie von Mißerfolgen (Genfer Protokoll, Weltwirtschaftskonferenz) berichtet, im allgemeinen objektiv und auf Tatsachen und Dokumente gestützt. Das ungeheure Stoffgebiet ist in 14 Kapitel geteilt: 1. Regelung von Streitfällen, 2. Organisation des Friedens und Abrüstung, 3. Internationale Justiz, 4. Kodifikation des Völkerrechts, 5. Ökonomische und finanzielle Organisation der internationalen Zusammenarbeit, 6. Internationale Verkehrsfragen, 7. Internationale Hygieneorganisation, 8. Soziale und humanitäre Tätigkeit, 9. Intellektuelle Kooperation, 10. Die Mandate, 11. Der Schutz der Minderheiten, 12. Danzig und das Saargebiet, 13. Die Finanzen des Völkerbunds, 14. Die Öffentliche Meinung und der Völkerbund. Beigegeben sind der Text der Völkerbundsakte, dazu noch eine recht gute Bibliographie und ein Sachregister.

Eine gute Einführung in die Arbeit des Völkerbunds: Entstehung, Satzung des Bunds, Geschäftsordnungen, wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrags über Völkerbund und Internationales Arbeitsamt, finden wir in der Schrift Johann Strunz' *Der Völkerbund*, in Reclams Universalbibliothek /Leipzig, Philipp Reclam/. Außerdem sehen wir Tabellen der Mitglieder, der wesentlichen Aktionen des Bundes sowie die Beziehungen zwischen Völkerbund und Locarnovertrag und Kelloggspakt. Klar, objektiv und interessant geschrieben.

Ein treffliches Informationsmittel über das *Baltikum* ist die Arbeit E. W. Polson *Newmans Britain and the Baltic* /London, Methuen & Co./, Newman ist erstaunlich gut über Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Deutschland orientiert und gibt in den ersten 8 Kapiteln sehr instruktive Berichte über diese Länder, ihre Geschichte, Sozialstruktur, Politik. Bei dem Titel hätte man freilich etwas mehr von der großbritannischen Penetrationspolitik in den baltischen Staaten zu hören gewünscht. Der Verfasser sagt da nur Altbekanntes. Er fordert die Engländer auf sich mit diesen Ländern mehr zu befassen; englische Kaufleute sollten ihre Sprachen lernen, man sollte junge Leute von hier an englische Universitäten zu ziehen suchen, um Deutschland als Konkurrenten zu schwächen. Auf der andern Seite soll man Deutschland gut behandeln, um die »Gefahr einer deutsch-russischen Kombination« zu vermeiden. Der Verfasser ist Major der britischen Armee und bisher bekannt durch Bücher über den Nahen Orient (siehe die Rundschau Geschichte, 1931 II Seite 696). Er ist jedenfalls ein scharfer Beobachter.

Kurze Chronik Nachdem Rußland schon am 29. August 1931 einen *Nichtangriffsvertrag* mit Frankreich geschlossen hatte, ist es nun dazu übergegangen auch mit seinen direkten westlichen Nachbarn derartige Verträge abzuschließen. Der Vertrag mit Finnland wurde am 21. Januar 1932, der mit Polen am 24. Januar und der mit Lettland am 5. Februar unterzeichnet; dagegen mußten die Verhandlungen mit Rumänien abgebrochen werden, da man über Besarabien keine gemeinsame Formel finden konnte. ◊ Ein gegenseitiger *Minderheitenschutzvertrag* wurde zwischen Albanien und Bulgarien am 7. Januar unterzeichnet. ◊ Die Türkei schloß mit Persien am 23. Januar einen *Grenzberichtigungsvertrag* ab, was eine Liqui-

dierung des Kurdenproblems bedeutet. ◊ Am 18. Februar wurde die *Mandchurei* als unabhängiger Staat ausgerufen, und Henry Pu Ji, der frühere Kaiser von China, zum Präsidenten auf Lebenszeit bestimmt. ◊ In der Stadt Guatemala begannen Verhandlungen zwischen den Vertretern von Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica und San Salvador mit dem Ziel eine *Mittelamerikanische Republik* zu schaffen. ◊ Als eine Folge der Danzig-polnischen Spannungen legte *Henryk Strasburger*, seit 1920 Generalkommissar der Polnischen Republik in Danzig, sein Amt am 11. Februar nieder. ◊ Sein Nachfolger wurde *Kazimierz Pappée*, bisher Generalkonsul in Königsberg. ◊ Als Nachfolger des Generals Charles Dawes kam *Andrew Mellon* als amerikanischer Botschafter nach London. Er ist 78 Jahre alt, war bisher Schatzsekretär, wozu ihn Harding 1921 machte. Vorher war er Bankier; er besitzt etwa 800 Millionen Dollars. ◊ Die Spanische Republik sandte als neuen Botschafter nach Berlin (der erste war der Professor der Romanistik Americo Castro) den sozialistischen Abgeordneten *Luis Araguistain y Quevedo*, bisher Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium und Vertreter Spaniens beim Internationalen Arbeitsamt. ◊ Der neue Gesandte Persiens *Anajatullah Chan Samiy* überreichte dem Reichspräsidenten am 10. März sein Beglaubigungsschreiben. ◊ Als Nachfolger Tsiang Tso Pings wurde *Liu Won Tao* Gesandter Chinas in Berlin. Er ist 37 Jahre alt, war früher Oberbürgermeister von Hankau und Mitglied der Regierung seiner Heimatprovinz Hopeh.

Literatur Den meisten Deutschen ist noch in Dunkel gehüllt, was 1919 geschah. Ihnen sei empfohlen das Buch des Generals *Jacques Mordacq* *Le ministère Clemenceau* /Paris, Plon/ zu lesen. Der Untertitel ist *Je fais la paix*. Dieser nahe Mitarbeiter Georges Clemenceaus schildert uns Tag für Tag die Geschichte der Entstehung des Versailler Vertrags. Die Situation hat sich seitdem sehr geändert. Übrigens geht auch aus diesem Buch hervor, daß Clemenceau gegen eine Annexion des Rheinlands war. Über den deutschen Entschluß den Friedensvertrag anzunehmen diese Stelle: »On peut dire, qu'au point de vue allemand Ebert et Erzberger en conseillant au ministère au cours de ces journées mémorables de juin 1919 d'accepter les conditions des Alliés, ont rendu à leur patrie un immense service.« ◊ Edgar von Schmidt-

Pauli schrieb ein Buch über *Stefan Graf Bethlen* /Berlin, Reimar Hobbing/. Eine Hymne auf den ungarischen Staatsmann. Was er tat, war richtig. Wirtschaftspolitisch, innenpolitisch, außenpolitisch, alles steht zum besten. Numerus clausus ist berechtigt, weißer Schrecken übertriebene Gerüchte, »daß man Rache nahm, ist selbstverständlich«. Das berühmteste Wahlgesetz ist durchaus richtig. Und so weiter. Interessant ist, daß der deutsche Verfasser die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts im Burgenland, den Anschluß an Österreich, für falsch hält, weil er in Ungarn böses Blut gemacht hätte. Wie ja ihm politisch Nahestehende die Deutschen in Südtirol vergessen, um Mussolinis willen. Immerhin betont Schmidt-Pauli, daß das alte Ungarn keine Minderheiten unterdrückte, und daß auch im neuen es ihnen schlecht geht. Allerdings findet er auch hierfür Entschuldigungsgründe. Die Zahlen über das ungarische Schulwesen in der Tschechoslowakei und Rumänien täuschen. Daß Deutsche und Ungarn politisch ähnliche Schicksale, daher zum Teil ähnliche Aufgaben haben, ist richtig, aber kaum im Sinn des Autors, der die ungarische Revolutionspropaganda »ungemein geschickt« findet.

◊ In der Reihe seiner Erinnerungsbücher hat *Winston Churchill* auch seine Jugend beschrieben. Das Werk erschien deutsch unter dem Titel *Weltabenteuer im Dienst* /Leipzig, Paul List/. Wir sehen den Sproß der englischen Aristokratie als Leutnant und Berichterstatter in Cuba, Indien, Sudan, Südafrika, hören von seinem Glück, seinen weltweiten Beziehungen, erleben seine Wahl ins Unterhaus mit. Man lernt allerlei über das victorianische England und wundert sich nur zuweilen über die burleskos-nonchalante Schreibart, wenn der Krieg als Sport beschrieben, oder die Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß die Spanier ihrem Kolonialreich gegenüber Empfindungen zu haben wagen wie die Engländer gegenüber dem britischen. ◊ Erlebnisse als Nachrichtenoffizier an der deutschen Ostfront schildert *Max Wild* unter dem Titel *Im geheimen Auftrag an der Ostfront* /Berlin, Ullstein/. Spannende Kapitel über Spionage und Gegenspionage, Gefangennahme, Todesurteil durch ein Kriegsgericht, Flucht aus Sibirien. Was wirklich geschah, ist schwer zu ermitteln. Einiges ist sicher wahr (zum Beispiel der Bericht über den ersten Gasangriff), einiges ist sicher falsch (im April 1917 gab es, zum Beispiel, keine Urteile mehr im Namen des Zaren); also Wahrheit und Dichtung.

Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

England Das außerordentlichste Ereignis des letzten Halbjahrs für die sozialistische Bewegung ist zweifellos die Umbildung der britischen Arbeiterregierung zu einem Kabinett der Nationalen Sammlung, die Trennung James Ramsay MacDonalds und Philip Snowdens von der Labour Party und der Zusammenbruch dieser Partei bei den Wahlen vom 27. Oktober 1931 (siehe hier den Artikel Weingartz' und die Rundschau Innenpolitik, 1931 II Seite 1057 und 1206).

Die steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zeigen ihre Spuren im Budget. Am 10. September kündigt Snowden in seinem Nachtragsbudget ein Defizit für das laufende Jahr von 74,4 Millionen Pfund an. MacDonald sieht, daß er um die Belastung der Arbeiterklasse nicht herumkommt, aber die Gewerkschaften geben nicht nach. MacDonald wirft den Gedanken auf in der Zeit der nationalen Not eine Regierung zu bilden, in der alle Parteien vertreten sind. Der Gedanke findet bei seinen Genossen keinen Anklang, die Regierung tritt zurück. MacDonald bildet eine neue Regierung mit 2 Genossen, die ihm treu bleiben, und mit Vertretern der Konservativen und Liberalen. Die Partei brandmarkt ihn, Snowden und Thomas als Verräter. Sie schließt sie aus ihren Reihen aus. Aber MacDonald gibt nicht nach. Am 24. September erfolgt der Regierungswechsel. Die Arbeiterpartei steht zum neuen Kabinett in schärfster Opposition. Henderson tritt als Führer der Opposition MacDonald scharf entgegen, die Regierung aber erhält gegen die Labourleute eine beträchtliche Mehrheit.

Vom 5. bis zum 8. Oktober findet in Scarborough der jährliche Parteitag der Labour Party statt. Er ist eine Ovation für Henderson. Man arbeitet ein Wahlprogramm aus, das an die Wirtschaftsresolution des Wiener Kongresses in seinen Forderungen erinnert, und das nach alter Gewohnheit für den Freihandel eintritt. (Die Gewerkschaftskongresse hatten sich vorher ganz anders ausgesprochen; siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, 1930 III Seite 1263, 1931 II Seite 1115.)

Das Wahlergebnis war ebenso sensationell wie MacDonalds Trennung von seiner Partei, wie die Loslösung von der Goldwährung; Die Arbeiterpartei wurde fast aufgerieben. Sie zählt nur mehr 54 Abgeordnete, und außer Lansbury ist keiner der bekannteren Labourleute wie-

dergewählt worden, auch nicht Henderson. Die MacDonalGruppe erhielt 13, die Konservativen erhielten 472, Lloyd George 4 Mandate, die beiden anderen liberalen Gruppen 70 Mandate. Das Stimmenverhältnis entspricht bei dem englischen Wahlsystem nicht den Mandatzahlen. Die Labourstimmen sanken von 8,2 auf 6,6 Millionen. Von den 30¼ Millionen Stimmberechtigten stimmten 21½ Millionen ab, davon für die Regierung 14¼, gegen sie 7½ Millionen. Es ergibt sich also, daß die Labour Party nur ihre schwankenden Wähler verloren hat. Wie in Deutschland bleiben der zuverlässige Stamm die Mitglieder der Gewerkschaften und deren Angehörige. Es ergeben sich noch andere Parallelen mit Deutschland. Die letzte Regierung Müller stürzte 1930, weil die Gewerkschaften keine Konzessionen in Bezug auf die Arbeitslosenversicherungsleistungen machen wollten. Die folgende Regierung ergreift Budgetsanierungsmaßnahmen, zu denen die Sozialisten in Opposition stehen. Es kommen Wahlen, die die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse schwächen, und infolgedessen müssen jetzt Konzessionen gemacht werden, werden größere Lasten auferlegt als jene, die man früher abgelehnt hatte. In England wird sich die Parteienzersplitterung wieder zurückbilden, der Gegensatz zwischen MacDonal und Henderson verringern. Im Kampf um die Art, wie die Nöte der Zeit in England zu lösen sind, hat sich MacDonal als der weiterblickende gegenüber Henderson erwiesen. Die Niederlage der Labour Party bei den Parlamentswahlen hat sich bei den Kommunalwahlen am 1. November in gleichem Ausmaß wiederholt. Auf Geist und Organisation der Partei mag sich die Wahlniederlage nicht ungünstig auswirken. Die nicht Wiedergewählten werden sich der Arbeit der innern Feltigung der Partei eingehender widmen können. Die in der Nachkriegszeit sich vollziehende Umbildung aus einem Organismus kollektiver Mitgliedschaft (durch die Gewerkschaft) zu einem solchen individueller Zugehörigkeit setzt sich verstärkt fort. Die Partei hat eine das ganze Land überziehende Propaganda begonnen. Was sie erreichen will, ist: 1 Million neuer Mitglieder zu gewinnen. Im März 1932 waren es 2 Jahre, daß der Daily Herald als zentrale Parteizeitung reorganisiert wurde. Mit Genugtuung wird jetzt festgestellt, daß er auf eine Abonnentenzahl von 1,5 Millionen gestiegen ist: in der Tat ein gewaltiger Erfolg in so kurzer Zeit. Ein Schluß auf

die sozialistische Gefinnung der Leser kann daraus freilich nicht gezogen werden. Sehr viele fanden sich wohl in der Zeit der Labourregierung ein, als der Daily Herald Regierungsblatt war.

Irland

Die Wahlen im Freistaat Irland am 16. Februar brachten ein Ergebnis, dessen Folgen die Schwierigkeiten Englands in recht empfindlicher Weise zu erhöhen imstande sind. Die seit 1921 bestehende Regierung der Freistaatspartei unter William Cosgrave wurde durch die Minderheitsregierung der Republikaner unter Eamon De Valera ersetzt, bereits beginnen die Auseinandersetzungen mit England, die praktisch den Dominionstatus zu beseitigen und den Freistaat von England in jeder Hinsicht unabhängig zu machen zum Ziel haben. Dabei kann sich De Valera auch auf die Arbeiterpartei stützen, für die die nationale Emanzipation von England eine Voraussetzung der sozialen Hebung der Arbeiterschaft bedeutete. Der langjährige Gründer und Leiter der größten Gewerkschaft Irlands, des Verbands der Transportarbeiter, James Conolly, der zugleich der Initiator der sozialistischen Bewegung in Irland und wohl auch ihre bedeutendste Persönlichkeit war, gehörte zu den glühendsten Vorkämpfern irischer Selbständigkeit. Er wurde im Jahr 1916 nach der mißglückten Ausrufung der Irischen Republik und erbittertem Kampf von den Engländern als Hochverräter hingerichtet. Die in dem agrarischen Freistaat mit seinen knapp 3 Millionen Bewohnern (die 6 nördlichen Grafschaften, Ulster mit der Hauptstadt Belfast, gehören nicht zum Freistaat, was der irische Nationalismus nie verwunden kann) naturgemäß schwache Arbeiterpartei steht in engster Verbindung mit den Gewerkschaften, ähnlich wie in England. Beide geben zusammen die einzige Arbeiterzeitung des Landes in Dublin heraus. Nachdem der Krieg zwischen Irland und England, eine Art Guerilla mit vielen heimtückischen Überfällen und Meuchelmorden, durch den Vertrag vom 6. Dezember 1921 zwischen England und Irland abgeschlossen worden war, entbrannte ein erbitterter Bürgerkrieg zwischen den Anhängern des Vertrags und den Extremisten, unter der Führung De Valeras. Noch heute sieht man die Spuren an den Gebäuden und Ruinen der irischen Städte. Cosgrave übernahm die Regierung und mußte strengste Maßnahmen, selbst eine Reihe von Todesurteilen, gegen die Rebellen durchführen. Auch De Valera

wurde gefangen und zum Tod verurteilt, entkam aber. Unter Cosgraves Regiment hat sich das Land seitdem entwickelt (Bau des Shannonwerks mit zentraler Elektrizitätsverförgung des ganzen Landes). Seitdem errang die Freiltaatpartei 2mal die Mehrheit, und die Regierung Cosgrave ihre Bestätigung. Aber auch De Valera zog in den Dail Eirean ein. Die Wahl vom 16. Februar 1932 brachte seiner Partei der Republikaner den großen Erfolg. Dazu mögen außer der wirtschaftlichen Depression auch die scharfen Ausnahmegeetze, die Cosgrave gegen die hemmungslose Agitationsmethode der Republikaner erlassen mußte, beigetragen haben. Die Forderungen De Valeras gingen auf Abschaffung des Eids, den die Abgeordneten dem englischen König ablegen müssen, auf Streichung der Zahlungen, die der Freiltaat in der Höhe von 3 Millionen Pfund jährlich als Kompensation für agrarreformerische Maßnahmen Englands in Irland vor der Zeit des Freiltaats zu leisten hat, und auf Vereinigung Ulsters mit dem Freiltaat. Gewählt wurden 72 Anhänger De Valeras, 56 Cosgraves, 15 Unabhängige und Landbündler. Die Arbeiterpartei bekam 9 Sitze. Sie stellt sich vor allem hinter die wirtschaftlichen Forderungen De Valeras.

Holland

Seit dem 1. November 1931 erscheinen in Holland auf einmal 5 neue sozialistische Zeitungen in der Provinz mehr: Ergebnis einer zielbewußt geföhrten einheitlichen Aktion, die schon seit langem im Gang ist. Bis jetzt befaß die Partei je 1 Organ in Amsterdarn und Rotterdam. Im Jahr 1929 gründete sie mit dem Gewerkschaftsbund eine Aktiengesellschaft Die Arbeiterpresse, deren Aufgabe Ausbau und Konzentration des sozialistischen Pressewesens sein sollte. Das Kapital betrug 200 000 Gulden; Aktionäre waren Parteivorstand und Gewerkschaftsbund. Die Gesellschaft konnte unter den Mitgliedern 2 Obligationen anleihen von zusammen 3 Millionen Gulden unterbringen. Für das Zentralorgan Het Volk in Amsterdarn wurde ein moderner Neubau errichtet, der am 31. Oktober eingeweiht wurde. Er enthält die größte und modernste Druckerei des Landes. Het Volk wird vergrößert und bleibt Zentralorgan. Die 5 neuen Blätter für den Haag, Leeuwarden, Groningen, Enschede, Arnheim werden mit Het Volk und dem Voorwards von Rotterdam von der Aktiengesellschaft De Arbeiderspers gemeinsam betrieben. Das erinnert an die Konzentration der deutschen Partei. Die Zusammenfassung in Holland geht jedoch

viel weiter. Die Befetzung der Redaktionen erfolgt von Partei und Gewerkschaftsbund gemeinsam, die Ernennung des politischen Chefredakteurs aber bleibt Sache der Partei.

Die linke Opposition innerhalb der Partei befaß ein Wochenorgan De Socialist. Entsprechend einem Beschluß des Arnheimer Parteitags erscheint seit dem 1. Oktober eine Wochenchrift De Socialdemokraat, und zwar als Diskussionsorgan, dessen Redakteur jährlich vom Parteitag neu gewählt werden soll, ebenso die Preßkommission. Auf Grund freundschaftlicher Vereinbarung mit dem Parteivorstand ließ die Opposition ihr Organ eingehen; von den Herausgebern wurden Jacques de Kadt und Petrus Johannes Schmidt in die Kommission des Socialdemokraat aufgenommen. Bald aber geriet Schmidt mit dem Parteivorstand wieder in Konflikt, und zwar wegen seiner Kritik an der deutschen Sozialdemokratie. Er trat aus der Redaktion aus, und die Opposition gab ein neues Blatt heraus.

Am 26. März 1932 fand dann in Haarlem der 37. Parteitag der holländischen Sozialdemokratie statt, und er setzte sich mit der Opposition gründlich auseinander. Nach einer sehr ausgedehnten und hitzigen Diskussion wurde mit 1599 gegen 460 Stimmen eine Resolution angenommen, die sich gegen die Opposition wandte. Daraufhin konstituierte sich diese am 28. März als Unabhängige Sozialdemokratische Arbeiterpartei. In ihren Vorstand wurden außer Schmidt und anderen auch der Generalsekretär der Transportarbeiterinternationale Edo Fimmen und Rolf Stenhuis gewählt.

Belgien

Am 8. und 9. November 1931 hielt die Belgische Arbeiterpartei ihren 44. Jahreskongreß ab. Er war ausschließlich der Behandlung der Frage gewidmet, wie die Wirtschaftskrise zu überwinden sei. Es lag ein Plan zur Krisenbekämpfung vor, der, von dem Generalrat der Partei und der Gewerkschaftskommission ausgearbeitet, den Abgeordneten als Direktive am 13. Oktober übermittelt und dem Land bekanntgegeben worden war. Zur Ausarbeitung der Einzelheiten des Plans waren Kommissionen eingesetzt worden, deren Berichterstatter nach einem eingehenden Referat Emile Vanderveldes über die politische Situation dem Kongreß die Ergebnisse ihrer Arbeiten darlegten. In der Diskussion war überwiegend die Meinung vertreten, die jetzige Krise sei eine solche des Systems. Als Léon Delsinne, der Leiter der Arbeiter-

hochschule von Uccle, der sich bemüht in der belgischen Partei die Behandlung wirtschaftlicher Fragen theoretisch zu vertiefen, diese Auffassung betritt und an dem Plan, den er nicht bestimmt genug fand, einige Ausstellungen machte, bekam er die Meinung des »Proletariats, das noch an der Werkbank steht«, zu hören (Delsinne war einmal Metallarbeiter). In der Diskussion kam auch ein gewisses Malaise über die Abgeordneten zum Ausdruck, denen man zum Teil inkonsequente Haltung vorwarf. Die Steigerung der Krise hat auch in der belgischen Partei die Meinungsverschiedenheit vergrößert und den radikalen Flügel verstärkt. Zum Schluß wurde einstimmig der Plan gutgeheißen, der unter anderem folgendes verlangt: Minimallohn, Verteilung der vorhandenen Arbeitsmenge auf die Anzahl der Arbeitenden, 40-Stunden-Woche, Durchführung öffentlicher Arbeiten, finanzielle Hilfe für die Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen, Krisenfonds für die Landwirte, Bankkontrolle, Abrüstung, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rußland. Ein neuer Gedanke politischen Schaffens kam auf dem belgischen Parteitag ebenso wenig zutage wie auf dem österreichischen (siehe über ihn diese Rundschau, in diesem Band Seite 71). Von der organischen Gestaltung des kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgebiets war hier wie dort nicht die Rede.

Schweiz Die Sozialdemokratie der Schweiz hielt am 12. und 13. September 1931 ihren diesjährigen Parteitag im Volkshaus in Bern ab. Es kam ihm besondere Bedeutung zu, da er als Auftakt für die Nationalratswahl am 24. und 25. Oktober zu gelten hatte, für die er die Parole formulieren mußte. Robert Grimm referierte über die Wirtschaftskrise, die das Vergehen der Führer von Wirtschaft und Finanz beweise. Ernst Reinhard sprach über Kartellfragen und zeigte die Konzentrationsbewegung in der Schweiz auf. Der Parteitag forderte die Durchführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung und die volle Abrüstung der Schweiz. Die Wahlparole verlangte Planwirtschaft angelichts des Vergehens der Privatwirtschaft und stellte dazu Übergangsforderungen auf. Die Schweiz beginnt die Wirtschaftskrise allmählich empfindlicher zu spüren. Dennoch verlief der Wahlkampf nicht grade sehr leidenschaftlich. Die Anzahl der Mandate war von 198 auf 187 gekürzt worden, wohl mit der Absicht die Sozialdemokraten dadurch zu beeinträchtigen.

Wie fast überall, wendeten sich auch in der Schweiz alle anderen Parteien mit ganzer Wucht gegen die Sozialdemokratie. Das Ergebnis war, daß diese noch Stimmen gewann; ihre Mandatszahl sank jedoch von 50 auf 49. Die stärkste Partei, die Freisinnigen, gingen von 58 auf 52 zurück. Die Kommunistische Partei stieg von 2 auf 3 Mandate.

Spanien Während in Mittel- und Osteuropa die Welle der Diktaturanhänger ansteigt, errang in Spanien die Demokratie einen entscheidenden Sieg. Das spanische Volk stürzte das Regiment des Diktators, legte die Monarchie hinweg, machte seine Revolution, konstituierte die Spanische Republik (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1931 I Seite 464, 1931 II Seite 1207). Dem ersten Revolutionskabinett Zamora gehörten einige Sozialisten an; Caballero als Arbeitsminister, de los Rios als Justizminister, Prieto, der grade aus dem Exil zurückgekehrt war, als Finanzminister. Vor der Wahl zur Konstituante gab es innerhalb der Sozialisten Meinungsverschiedenheiten darüber, ob man sich an ihr beteiligen solle. Die eine Richtung, zu der der seit Pablo Iglesias' Tod 1925 an der Spitze der Partei stehende Julian Besteiro und der Sekretär der Partei Andrés Saborit gehört, wies darauf hin, daß die Parteiorganisation sehr klein ist (heute höchstens 20 000 Mitglieder), infolgedessen die Beteiligung an der Wahl ihre Schwäche offenbaren würde. Die andere Auffassung setzte sich jedoch durch. Im Februar hatten Besteiro und Saborit ihre Ämter niedergelegt, im April wurden diese nunmehr freien Stellen durch Wahl in den Ortsgruppen neu besetzt. Der Vorstand wird also heute gebildet aus Remigio Cabello, Francisco Largo Caballero als 1. und 2. Vorsitzenden, Manuel Albor und Antonio Fernandez Quer als Sekretären, Wenceslas Carrillo als Schriftführer. Beisitzer sind Fernando de los Rios, Anastasio de Gracia, Manuel Cordero, Antonio Fabra Ribas, Manuel Vigil, Francisco Azorin. Trotz ihrer Kleinheit ist die Sozialistische Partei in Spanien dennoch die einzig durchorganisierte Partei. Mit ihr gehen die Freien Gewerkschaften (Union de los Trabajadores) zusammen, die mit ihren im Jahr 1931 von 300 000 auf 1 Million vermehrten Mitgliedern die größte spanische Organisation darstellen. Die Sozialisten hatten so in den Städten, mit Ausnahme von Catalonien, wo die Syndikalisten dominieren, im Verhältnis zu den anderen in der Umbildung begriffe-

nen Parteien einen für Spanien hervorragenden Wahl- und Propagandaapparat. Sie waren die ersten, die mit ihrem Kandidaten und einem Wahlprogramm vor die Öffentlichkeit traten, während in sehr vielen Orten erst wenige Tage vor jeder Wahl die anderen Parteien ihre Kandidaten nominieren konnten. In einer Reihe von Orten wie in Madrid gingen die Sozialisten Wahlbündnisse durch Aufstellung gemeinsamer Listen mit den linken bürgerlichen Republikanern ein. Am 28. Juni 1931 erfolgte der 1., am 5. Juli der 2. Wahlgang. Am 4. Oktober schließlich fanden die Ersatzwahlen für diejenigen statt, die in mehreren Wahlkreisen gewählt worden waren. Das Wahlergebnis erwies die Sozialistische Partei als die Stärkste; sie errang 114 Mandate. Im ganzen brachte die Wahl, bei einer Beteiligung zwischen 70 und 80% (es besteht Wahlpflicht), einen ebenso überwältigenden Sieg der Republikaner. Noch vor dem Zusammentritt des Parlaments hielten die Sozialisten am 10. Juli einen außerordentlichen Parteitag ab, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Besteiro vertrat die Meinung, die große Zahl der Abgeordneten entspreche nicht der tatsächlichen Stärke der Partei: Die Revolution sei eine bürgerliche, könne also die Hoffnungen der Massen nicht erfüllen, die noch nicht reif, politisch noch nicht genügend geschult seien, um zu begreifen, daß ihnen die Republik nicht mehr geben werde. Weitere Regierungsverantwortung lasse sie von der Republik zu viel erwarten mit der unvermeidlichen Folge der Enttäuschung und des Rückfalls. Die Auffassung Caballeros aber gewann wieder die Mehrheit.

Im Dezember 1931 wurde die Verfassung fertiggestellt. Niceto Alcalá Zamora (der inzwischen als Ministerpräsident von Manuel Azana abgelöst worden war) wählte man zum Präsidenten der Republik; am 11. Dezember trat er feierlich sein Amt an. Das Kabinett Azana trat formell zurück und konstituierte sich unter Beteiligung der Sozialisten aufs neue.

Ungarn

In Ungarn schreit man unablässig gegen die Vergewaltigung des Landes durch den Friedensvertrag, die herrschenden Schichten schrecken aber vor der Entrechtung ihrer eignen Volksangehörigen nicht im mindesten zurück. Wenn man früher das preußische Dreiklassenwahlrecht als eine Absonderlichkeit anführen konnte, so heute das ungarische Wahlsystem. Nur etwa in $\frac{1}{3}$ der Wahlbezirke wird geheim

gewählt. Als Kandidat wird in Budapest nur zugelassen, wer 5000 Empfehlungen aufbringt, in der Provinz, wer mindestens 10% der Stimmberechtigten dazu bringt sich auf seiner Empfehlungsliste einzuzichnen. Daß blutiger Terror in ungezählten Fällen von der Regierungspartei und den Behörden gegen die Sozialdemokraten geübt wurde, ist keine Übertreibung. Dennoch hielt sich die Partei in den Parlamentswahlen ausgezeichnet. Am 28. und 29. Juni 1931 fanden die Wahlen in den Bezirken mit offener, am 30. Juni in den Bezirken mit geheimer Wahl statt; die Stichwahlen am 5. und 6. Juli. Wo geheim gestimmt wurde, gewann die Sozialdemokratie großen Zuwachs. In Budapest ist sie die stärkste Partei. Es gelang ihr auch in die Bauernschaft einzudringen. Sie konnte ihre alte Mandatszahl 14 behaupten.

Vom 6. bis zum 8. Dezember hielt dann die Partei in Budapest ihren 28. Parteitag unter dem Vorsitz Karl Peyers ab. Franz Szeder referierte über die Agrarfrage. Das Schickal der Sozialdemokratie ist in Ungarn mit dem des Landproletariats und der Kleinbauernschaft verbunden. Die Partei fordert deshalb wirkliche Bodenreform, Beseitigung der Fideikomnisse, die immer noch 25% des ungarischen Bodens ausmachen, eine Sozialgesetzgebung, die sich auch auf die Landbevölkerung erstreckt. Voraussetzung für alles andere aber ist die Erringung des freien Wahlrechts. Der Parteitag lehnte einen Antrag ab, der den Boykott des Parlaments verlangte.

Die Frauensekretärin der Partei Anna Knur wurde auf einer Verammlung in der Provinz im Dezember verhaftet, weil sie »Nie wieder Krieg!« gerufen hatte.

Totenliste

Am 2. November 1931 starb in London *James Arthur Cook* (siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band Seite 162). Er war einer der besten Volksredner Englands. Bei seinen Reden ging das Temperament mit ihm häufig durch. Das hat ihm bei den Bergarbeitern nicht geschadet, die wußten, mit welcher Hingabe er ihnen diente. Er war ein hinreißender Agitator, aber kein einflussreicher, überlegter Führer. Eine Verletzung während des großen Streiks führte zur Amputation eines Beins, die nie richtig verheilte. Schonung kannte Cook nicht. Er war kaum vom Wiener Kongreß heimgekehrt, als er sich wegen einer Verschlimmerung seines Leidens ins Krankenhaus begeben mußte. Dort erlag er der Blutvergiftung.

Durch den Tod *Fritz Kunerts* verlor die deutsche sozialistische Bewegung am 26. November in Berlin einen ihrer Veteranen. Er wurde am 15. September 1850 geboren. Zuerst war er Volksschullehrer und als solcher von 1871 bis 1886 in Berlin tätig. Seit 1887 lebte er als sozialistischer Schriftsteller, er redigierte Parteiblätter in Schlefien und wurde 1894 Redaktionssekretär im Vorwärts. Seit 1890 war er Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Halle; 1924 kandidierte er nicht mehr. Während seiner publizistischen Tätigkeit hat dieser unermüdlche und gewissenhafte Mitarbeiter in der sozialistischen Bewegung eine Reihe von Prozessen durchmachen und fast 2 Jahre Gefängnis abtützen müssen. In seinem letzten Lebensjahr erschienen in den Sozialistischen Monatsheften (1930 III Seite 1244) ein Briefwechsel Kunerts mit *Cofima Wagner*; der idealistische Grundzug seines Wesens tritt dort klar zutage.

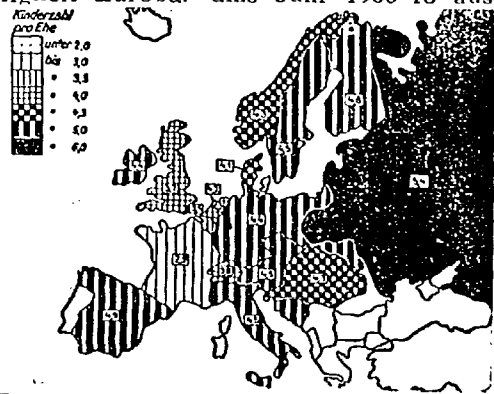
Kurze Chronik Zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund entfaltete die *Sozialistische Internationale* in allen ihren Ländern in den letzten Monaten eine ausgedehnte Abrüstungspropaganda. Sie wird aber noch den Schritt vom Abrüstungsformalismus zu einer aktiven Politik der Organisation des Friedens machen müssen. \diamond Die Sozialistische Partei Frankreichs legte auf einem außerordentlichen Kongreß in Paris am 30. und 31. Januar ihr Programm und ihre Taktik für die kommenden Kammerwahlen fest. Sie verlangt internationale Zusammenarbeit, Einführung der 40-Stunden-Woche, Betriebsvertretung, Arbeitslosenversicherung, Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft, Schutz der Sparer, Verteidigung der weltlichen Schule, Proportionalwahl und Frauenstimmrecht. Im 1. Wahlgang ist in jedem Kreis ein eigener Kandidat aufzustellen, im 2. Wahlgang soll er für den linken Kandidaten zurücktreten, der die meisten Stimmen erhalten und die Aussicht hat den Kandidaten der Rechtsparteien zu schlagen. \diamond Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Französischen Sozialistischen Partei, die aber schon lange über Fragen der aktuellen Politik, insbesondere der militärischen Sicherheit des Landes anders dachte als die Mehrheit, *Joseph Paul-Boncour*, schied im November 1931 aus ihr aus. Er trat von der Kammer in den Senat über, ohne sich der sozialistischen Senatsfraktion oder einer andern der bestehenden Gruppen anzuschließen.

WISSENSCHAFT

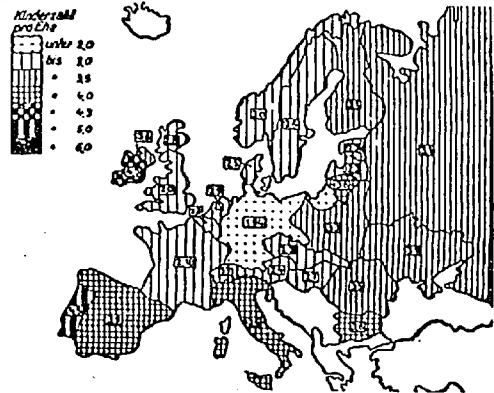
Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Bevölkerungs- Der gegenwärtige Gebur-
theorie tenüberschuß Deutschlands

wird nahezu allgemein, weil durch einen anormalen Altersklassenaufbau bedingt, als vorübergehend angesehen; man rechnet von 1940 ab mit einem Sinken der Natalitäts- und mit einem Steigen der Mortalitätsziffer. Von dieser Prämisse ausgehend zeichnet *Ernst Kahn* in seinem Buch *Der internationale Geburtenstreik* /Frankfurt, Sozietätsverlag/ die Zukunftsperspektive für Deutschland und die weiße Rasse überhaupt in bevölkerungspolitischer wie allgemein ökonomischer Beziehung. Das Ergebnis seiner Forschung ist: Die germanischen und romanischen Völker gehen auf dem Weg der Geburtenbeschränkung voran, die slawischen folgen ziemlich unmittelbar. Das Buch enthält 2 aufschlußreiche Kartogramme, die nachstehend wiedergegeben seien. Danach sah die Geburtenhäufigkeit Europas ums Jahr 1900 so aus:



Dagegen nun die Geburtenhäufigkeit Europas im Jahr 1929:



Frankreich stand am Anfang der Entwicklung; doch ist seit 1927 die Kinderzahl pro Ehe dort höher als in Deutschland, auch ist der Altersklassenaufbau günstiger. Erstaunlich liegen die Dinge

Inspeziell in Berlin, das unter allen Weltstädten die niedrigste Geburtenziffer aufweist (worüber übrigens bereits Georg Wolff in einer Spezialuntersuchung in der Medizinischen Welt 1930 ausführlich referierte). Italien macht, ungeachtet aller gesetzgeberischen Gegenmaßnahmen des Faschismus, keine Ausnahme in der Tendenz der Geburtenbeschränkung. Deutschland wird nach Kahn 1975 nur noch 49 610 000 Einwohner haben; im Gegensatz zur Berechnung des Statistischen Reichsamts, das für dieses Jahr eine Einwohnerzahl von 60 Millionen errechnet. Hand in Hand damit geht eine grundsätzliche Umgestaltung des Altersklassenaufbaus. Die älteren Jahrgänge, etwa von den 25-jährigen aufwärts, werden zahlenmäßig erheblich stärker vertreten sein als die darunter befindlichen (ohne daß Kahn damit dem Schlagwort der "Vergreifung" folgen will); ein Schaubild, die »umgekehrte Pyramide«, veranschaulicht dies zur Evidenz. Als allgemeinerwirtschaftliche Folgen nennt Kahn: Entlastung des Arbeits- und Kapitalmarkts, Strukturänderungen auf dem Gebiet der Produktion und des Konsums zuungunsten der Landwirtschaft, Beruhigung des Wohnungs- und Baumarkts, ja Preisrückgänge auf dem Grundstücksmarkt, günstige Staatsfinanzen, Beruhigung auch in der Außenpolitik.

Die Ursachen dieses Phänomens der Geburtenbeschränkung erblickt Ernst Kahn nicht so sehr in der derzeitigen wirtschaftlichen Notlage breiterer Schichten als vielmehr in dem Vordringen des Rationalismus und der Frauenemanzipation sowie in der Anwendung von antikonzeptionellen Mitteln und Aborten.

Vor der Frage nach dem zweckmäßigsten Verhalten steht die: Ist der Geburtenrückgang normal oder anormal, überwiegend günstig oder überwiegend bedenklich, ein Glück oder Unglück für Staat, Rasse und Erdteil? Es ist klar, daß dieser Frage gegenüber kaum jemand über Weltanschauung, parteipolitische Haltung, über das Denken und Fühlen seines Milieus hinauskommt. Und so ist denn die Schaar derer, die das Phänomen ohne weiteres als Unglück für Nation und Rasse ansehen, recht stattlich. Von ihr zumeist kommen die zahlreichen Vorschläge zur Hebung der Geburtenziffer: Elternversicherung, steuerliche Begünstigung der Kinderreichen, Behebung der Wohnungsnot, Bekämpfung der Landflucht. Kahn verpflichtet sich von keiner dieser Maßnahmen etwas Besonderes. Auf der Gegenseite stehen die Propagandisten der Geburtenkontrolle, die rastlosen

Kämpfer gegen den § 218 des Reichsstrafgesetzbuchs. Ihnen ist das Phänomen etwas Normales, das sich vorwiegend wirtschaftsgeschichtlich erklärt, und gegen das anzukämpfen sinn- und zwecklos wäre. Zwischen beiden stehen die Sozialhygieniker; sie fordern, daß alles Geborene bestmöglich erhalten und entwickelt werden muß. Endlich die Eugeniker mit dem Verlangen, daß nur gesund erscheinende, voraussichtlich lebensstüchtige Leibesfrüchte zur Geburt gelangen, daß offensichtlich minderwertige ungeboren bleiben müssen. Davor steht noch die Forderung die zeugungsfähigen Individuen möglichst lebensstüchtig zu machen.

Leider scheint auch die Kahnsche Arbeit in der Anweisung des dem Phänomen gegenüber künftig einzunehmenden Standpunkts nicht stark genug. Es ist nicht viel getan, wenn empfohlen wird »die Menschenzahl eines Staats auf eine gewisse Höhe zu bringen oder auf dieser zu halten«. (Was übrigens in Frankreich schon geschieht.) Die »gewisse Höhe«, offenbar das, was Henriette Fürth in ihrem Buch Die Regelung der Nachkommenschaft als eugenisches Problem (Stuttgart, Julius Püttmann) das *Optimum* der Bevölkerungsziffer nennt, konkret festzustellen und die Wege zu ihrer Stabilisierung zu finden, das ist die Aufgabe. Kein Zweifel, sie ist außerordentlich schwierig, wegen der immensen Fülle von Faktoren, die zu berücksichtigen und gegen einander abzuwägen sind. Jedoch, das ist kein Grund ihre Lösung hinauszuschieben. Insbesondere wird auch, was Kuno Waltemath schon 1923 in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft hervorhob, zu beachten sein, daß nämlich die Wurzeln des Geburtenrückgangs nicht nur psychisch sondern auch geographisch wie soziologisch milieubedingt sind. Waltemath räumt zum Beispiel mit dem weitverbreiteten Irrtum auf, der Geburtenrückgang sei eine spezifisch städtische Angelegenheit, und Julian Marcuse unterstreicht weiterhin mit Recht in seiner äußerst klaren, noch heute lebenswerten Darstellung Geburtenregelung, die Forderung der Zeit (Stuttgart, Julius Püttmann) der physischen Verheerungen des Volkskörpers durch übermäßige Frauenarbeit in Fabrik, Geschäft und Kontor. Hierin ist eine der Hauptursachen für die ungelunde Verschiebung des soziologischen, vor allem aber arbeitsmarktpolitischen Gleichgewichts in den Industrieländern zu erblicken, ungünstig namentlich im Hinblick auf die Wohlfahrt der Werktätigen und damit auf die nationale Produktionskraft überhaupt. Daß darum

der § 218 auf die Dauer unhaltbar ist, wird immer mehr eingesehen; wo man die Lösung zu suchen hat, ist hier vor 12 Jahren in dem Artikel Ludwig Quessels Die Strafflosigkeit der Abtreibung (1920 II Seite 655) dargelegt worden.

Vereinigte Staaten von Amerika Zur Völkerpsychologie der Vereinigten Staaten liegen

4 zum Teil tiefer eindringende, zum Teil nur wenig unter die Oberfläche hinabgehende Arbeiten vor. An literarischer Qualität allen voran steht *Georges Duhamels Spiegel der Zukunft* (übersetzt von Käthe Rosenbergs/Berlin, S. Fischer/). Duhamel sieht die Auswirkungen der Prohibition und die Filme am laufenden Band. Er sieht die Freiheitsstatue in einem Land, in dem die innere Freiheit des Individuums zu erstickten droht; er erlebt die Masse der rasenden Motorfahrzeuge als Gefahr für Fahrer wie Fußgänger, die Landschaft verändert durch maß- und sinnlose Reklame. Der berühmte Schlachthof von Chicago wird ihm zur grandios-gräßlichen Vision. Er braucht kaum noch genauer zu forschen, um zu erkennen, daß hinter der "gaiety" Stumpfheit und Verzweiflung hocken, hinter der Prüderie Schamlosigkeit, hinter dem Klubleben der Bruch zwischen den Geschlechtern und Generationen, hinter dem Antinigrismus das Rassenvorurteil, hinter dem Sportfieber die Geisteslosigkeit. Er räumt auf mit der Auffassung, daß das Volk der Vereinigten Staaten, und dieses allein, jung und zukunftssträchtig sei. Mit feinen Nerven erfühlt er, was alles fehlt, und mit romanischer Klarheit lehnt er als Europäer von Kultur die amerikanische Zivilisation ab. Gleichwohl fürchtet er, sie werde den Siegeszug über die Welt antreten. Nur um zu wissen und zu zeigen, wohin die Reise geht, tat er diese Fahrt, wurde dies Buch geschrieben.

Zu anderen Ergebnissen gelangt *Hermann Graf Keyserling* (Amerika, der Aufgang einer neuen Welt /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/); Wir leben zwar schicksalhaft in einer nordamerikanischen Geschichtsperiode, so wie es einmal eine hellenische oder französische gab, aber gleichwohl wird Deutschland, wird Europa nie amerikanisch werden. Grund: Was man amerikanische Zivilisation nennt, wurzelt so sehr in der nordamerikanischen Landschaft, daß die Verpflanzung nach dem ganz heterogenen Europa nicht denkbar ist. Die Seele des Landes dominiert noch immer über die des Menschen, mit Ausnahme der des Negers, die allein einen eignen und doch typisch amerika-

nischen Kulturstil entwickelt hat. Pioniergeist oder Nomadismus, Puritanismus und Unternehmergeist werden als die bereits vor der Okkupation vorhandenen Komponenten der Völkerpsychologie der Vereinigten Staaten herausgearbeitet. Keyserling will den Amerikanern den Weg zur echten Selbstverwirklichung zeigen. Deshalb sucht er zur letzten Ursache der Phänomene vorzustoßen und bemüht die Geologie für den Behaviorismus, Institutionalismus und Pädagogismus Amerikas. Er ist jetzt, mit dem technischen Menschen, sagt er, ist jene geologische Epoche angebrochen, in der der Saurier, das Leitfossil, das dem geologischen Zeitalter das Gepräge gibt, der Mensch ist. Es ist eine animalische Epoche, in der Tieridealen zugestrebte wird. Mit Heiterkeit muß hierbei die Feststellung erfüllen, daß die Bürger der Vereinigten Staaten die einzigen Sozialisten im wahren Sinn des Wortes seien. Dem steht jedoch ein anderes Phänomen entgegen, das Keyserling Privatismus nennt, das heißt die Meinung, daß Staat und Bürger einander möglichst wenig behelligen sollen. Keyserling erklärt diese Antagonismen aus der dem Psychologen von Neurotikern (und dazu gehört nach Keyserling ein großer Teil der Bürger der Vereinigten Staaten) wohlbekannten Assoziation des Kontrakts, das heißt dem pendelgleichen Fallen von einem Extrem ins andere. Diese Kontrasttheorie muß überhaupt zur Erklärung zahlreicher, innerhalb der amerikanischen Völkerpsychologie von Keyserling festgestellter Unvereinbarkeiten herhalten. Keyserling sucht seinen Kritikern, wie es jetzt Usus bei vielen Autoren ist, die Waffe a priori aus der Hand zu nehmen, indem er naiv erklärt: »Ob alle von mir angeführten Tatsachen richtig sind, ist mir grundsätzlich einerlei. Sehr wahrscheinlich sind sie's in vielen Fällen nicht. Und dies nicht allein, weil meine Sachkenntnis begrenzt ist, sondern vor allem deshalb, weil ich, um schöpferisch zu wirken, je nach den Umständen vereinfachen, übertreiben, ja karikieren mußte; was vielen als mangelnde Sachkenntnis erscheint, ist oft gewollte künstlerische Schau.« Es ist aber Pflicht des Forschers das Ergebnis der künstlerischen Intuition mit nüchterner Methodik zu überprüfen. Keineswegs zulässig ist es Feststellungen zu verkünden, von deren Richtigkeit man nicht wenigstens selbst überzeugt ist. Inhaltlich ist gegen die Keyserling'schen Thesen ebenfalls manches einzuwenden. Als Analoga hätte er nicht Rußland, die Schweiz und Altchina sondern vor allem das den Vereinigten Staaten in vieler

Hinſicht ähnliche Auftralien heranziehen müſſen. Daß die Bürger der Vereinigten Staaten denen Großbritanniens in jeder Beziehung unähnlich ſein, iſt kaum glaubhaft; ſie reden die ſelbe Sprache, und daß dieſe, einmal Form geworden, auf Art und Formen des Denkens zurückwirkt, wiſſen wir nicht erſt ſeit Ernſt Callirer. Grundſätzlich ſcheint Keyſerling vollſtändig zu überſehen, daß man alles, was am amerikaniſchen Leben dem Europäer abſtrus erſcheint, ſchließlich auf das Streben nach höchſtmöglichem materiellen Wohlſtand zurückführen kann. Und weil der Yankee überzeugt iſt, daß dieſer auf dem Weg der Maſſenhebung am leichteften erreichbar ſei, läßt er ſich alle ihm ſonſt höchſt unbequemen ſogenannten Kollektivideale (normalcy, like-mindedness und ſo weiter) gefallen, während im Wirtschaftsleben das Individuum den ſchlimmſten Kampf aller gegen alle führt. Aus dieſem Vorbeſehen am materiellen Motiv dürfte auch die falſche Meinung Keyſerlings vom Amerikaner als dem eigentlichen Sozialiſten zu erklären ſein. Ebenſo wie es zurückzuweiſen iſt, daß der Sozialismus »in keiner Weiſe mit dem realen Vorhandenſein urſprünglich ſozialer Impulſe« rechne, daß das »Ideal des deutſchen Sozialiſten« recht eigentlich der »Staat als Uhrwerk« iſt, in dem jeder ſeine ihm zugewieſene Stellung innehatte, die »keinerlei ſelbſtändiges Denken« erforderte, und wo »keine Unfähigkeit Entlaſſung nach ſich ziehen« könnte, endlich, daß der Sozialismus »kein für die Völker Europas mögliches Ideal« darſtelle, da dieſe »zu individualiſtiſch orientiert« ſein. Es gab bereits verſchiedene Perioden europäiſcher Geſchichte von ausgeſprochen kollektiv-iſtiſchem, durchaus anti-individualiſtiſchem Charakter; zum Beiſpiel das Zeitalter der Gilden und Zünfte in Deutſchland und anderswo. Dem zahlreichen Un- und Halbrichtigen und den inneren Widerſprüchen ſteht in dem Buch Keyſerlings eine Menge zweifellos richtiger Feſtſtellungen und Analyſen gegenüber, für die zum Teil ausgezeichnete Formulierungen gefunden wurden; der Hauptwert des Buchs liegt in der Fülle von Anregungen, die es dem Leſer gibt. Eine abwegige Meinung von Welen des Sozialismus äußert auch *Ernſt Proſſinag* in der Arbeit *Das Antlitz Amerikas* /Wien, Amaltheaverlag/. Er ſpricht von dem Hedoniſmus der Amerikaner, einem Hedoniſmus der Starken, während Sozialismus der »Hedoniſmus der Schwachen« ſei, weſhalb auch die Plyche des Amerikaners dem Sozialismus nahezu diameſtral entgegengeſetzt ſei: vergleiche damit

Keyſerling. Solche Verkennung deſſen, was Sozialismus bedeutet, iſt erſtaunlich. Es ſoll indes nicht beſtritten werden, daß dieſer wenig mit Philoſophie beſtete Autor, der die Republik Öſterreich 3 Jahre in Washington vor einem auftro-amerikaniſchen Schiedsgericht zur Regulierung der zwiſchen den beiden Staaten aus der Vorkriegszeit anhängigen privatrechtlichen Schuldverhältniſſe vertrat, manches nüchterner und richtiger ſah als der Philoſoph Keyſerling. Er gibt eine gute Darſtellung der äußern Lebensführung des durchſchnittlichen Bürgers der Vereinigten Staaten, ſeiner Art zu wohnen, zu reifen, zu eſſen, ſich zu kleiden und ſo weiter. Auch verdienen hier die Stadtmonographien Hervorhebung. Noch weit mehr an den Äußerlichkeiten haſtend, doch mit prächtiger Diktion geſchrieben iſt das Buch *Heinrich Hauſers Feldwege nach Chicago* /Berlin, S. Fiſcher/. Der Verfaſſer durchfuhr die Süd-, Südweſt- und Zentralſtaaten bis Chicago und von dort bis New York allein mit einem alten Fordwagen. Die von ihm entworfenen Bilder vom Leben in den Staaten ſind äußerſt platiſch. Wer eine Reiſe in die Staaten nicht unternehmen kann, dem hilft die Lektüre dieſes Buchs darüber einigermaßen hinweg. Ebenfalls die Frucht einer Reiſe iſt endlich *Wilhelm Menchings* Buch *Im 4. Erdteil* /Wernigerode, Hans Harder/, das bereits vor 2 Jahren in dieſer Rundſchau (1929 II Seite 1154) angezeigt wurde. Menching ſpricht zur Neger-, Chinen- und Inderfrage, wobei er als empfindender Menſch das Raffenurteil verwirft; wenn er allerdings das deutſche Beſtreben nach kolonialer Betätigung in Afrika durch den Mund amerikaniſcher Neger tadeln läßt, ſo muß ihm erwidert werden, daß europäiſche und afrikanische Interellen nicht nach den Geſichtspunkten amerikaniſcher Neger entſchieden werden können. Er betont mit Recht den latenten, jedoch überaus ſtarken Einfluß der religiöſen Konfeſſionen auf das Öffentliche Leben. Doch iſt er etwas einſeitig. Er hat auf ſeiner Reiſe vorwiegend die Bekanntschaft kirchlicher Kreiſe geſucht und beurteilt von hier aus das amerikaniſche Leben. Für vieles Abzulehnende dort findet er Entſchuldigungen, wobei oft die zweifelhafte Tatſache des »noch jungen Volks« herhalten muß. Es liegt über die Vereinigten Staaten noch eine kürzere wirtsſchaftsgeographiſche Arbeit *Adolf Reichweins*, des frühern Bearbeiters dieſer Rundſchau, vor; Blitzlicht über Amerika /Jena, Uraniaverlag/. Die Arbeit iſt in »Tatſachen« und »Er-

lebnisse« gegliedert. Reichwein teilt das Gesamtgebiet in 4 Produktionsareale auf. Diese sind: 1. Neuengland und der nördliche Mittelwesten (extreme Temperaturen, Bodenkultur mit Weizenbau und Viehzucht), 2. Südoftstaaten (Subtropisch, Tabak, Baumwolle, Mais, Südrüchte, Phosphate), 3. Nordwestliches Tafelland (arid, Mineralien, Viehzucht), 4. Pazifisches Küstenland (fast tropisch, Weizen, Südrüchte, Trauben). Was dieses kleine Buch aus vielen feinesgleichen heraushebt: In ihm findet sich der erste wissenschaftlich exakte Entwurf einer Soziologie der Vereinigten Staaten. Die soziologische Struktur wird aufgezeigt, ihre Ursachen werden bloßgelegt. Die Einwandererschaft der Vereinigten Staaten gliederte sich zunächst in die Klassen der Landlords und die der besitzlosen Produktionsträger, meist mittelöflicher Einwanderer oder importierter Neger. Die zweitgenannte Klasse gab die ständig nach Westen vordringenden Pioniere ab, die dort auch leßhaft wurden. Was später, etwa ab 1820, einwanderte, gab den Kern ab für die ersten Gewerkschaften. Sie haben jedoch mit Ausnahme der einsprachigen Eisenbahnbruderschaft nicht die Bedeutung ihrer Kampfgenossenchaften in der Alten Welt. Das fortgesetzte, seit 1924 freilich Itark gedroßelte Nachströmen neuer Kräfte, verbunden mit einer falschen, jetzt in einer Krise befindlichen Ideologie, die an einen Höchttwohlstand auch der Massen bei richtigem Funktionieren des kapitalistischen Systems glaubt, ist die Hauptursache ihrer Schwäche. Neben diesen vertikalen Bewegungen laufen horizontale Bevölkerungsbewegungen großen Umlangs, so eine solche aus dem Süden nach dem noch immer schwach besiedelten Westen. Reichwein macht in diesem Zusammenhang noch folgende wichtige Feststellung: Nicht die Knappheit an Arbeitskräften, sondern der Umstand, daß infolge von ständigem Nachströmen von Einwanderern zu Beginn der Maschinisierung eine ständige Arbeiterreserve mit niedrigster Lohnrate und freilich sehr geringer Leistung vorhanden war, ist die Ursache der gewaltigen maschinellen Leistungen der Vereinigten Staaten. Höchtt beachtlich sind auch Reichweins Untersuchungen des Agrarsystems, wobei die egoistische Haltung der Eisenbahnmagnaten, die den Weizenfarmer schwer schädigt, mit Recht gegeißelt wird. Man kann diesen exakten Herausarbeitungen wohl zustimmen. Die Statistiken sind sprechend, die Lichtbilder zum großen Teil sehr gut; nur bei einigen ist das Format doch etwas zu klein.

Lateinamerika Überragt wird die eben behandelte Monographie *Adolf Reichweins* noch durch eine andere des selben Verfassers über ein zentralamerikanisches Gebiet: Mexico erwacht /Leipzig, Bibliographisches Institut/. Mit ihr ist zweifellos ein Fortschritt in der landeskundlichen Darstellung erzielt. Nicht nur, insofern das Objekt geopolitisch gesehen wird (Mexico als Spannungsfeld innerhalb des sich kristallisierenden Wirtschaftsimperiums Panamerika, als Brücke, auf der die verschiedensten imperialistischen Tendenzen aufeinanderprallen, nämlich der Wirtschaftsimperialismus der Vereinigten Staaten und der Englands in der Ölquellenfrage, des Panhispanismus und -latinismus, letztgenannter von Frankreich und Italien genährt, endlich die Kirche als größte Grundbesitzerin), sondern auch deshalb, weil der Autor eine systematische Soziologie Mexicos am historischen Ablauf bietet. Reichwein kennt den neuesten Stand der ethnologisch-prähistorischen Forschungen, weiß um die außeramerikanischen Einflüsse auf die indianische Welt, schildert das Umschlagen des Rassenbewußtseins in das Klassenbewußtsein (43% der Mexicaner sind Mestizen, die ganz überwiegend indianisch leben, 38% reine Indianer). Die sozialen Gegenätze: Besitzende kontra Besitzlose, Kollektiveigentum kontra Privateigentum, Konservatismus (Juarez) kontra Liberalismus (Diaz), Agrarpolitik kontra Industriepolitik, werden klar herausgestellt. Die physikalische Gliederung nach 3 Klimazonen und 10 Naturlandschaften ist sehr anschaulich; allerdings hätten hier auch die von Otto Quelle bereits herausgearbeiteten Wirtschaftszonen (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 700) berücksichtigt werden können. Das beigegebene Informationsmaterial besteht aus 48 Lichtbildern, 15 Karten und einem Statistischen Anhang, in dem besonders die Abschnitte Fremde Investitionen, Landverteilungen, Soziale Gliederung der Bevölkerung, Staatsfinanzen interessieren. Über ein weiteres zentralamerikanisches Gebiet handelt die ethnologische Arbeit des Nichtethnologen *William Seabrook* Geheimnisvolles Haiti, Rätsel und Symbolik des Wodukults (übersetzt von Alfons Matthias Nuele /Berlin, Rudolf Mofse/), für die der Ethnologe dem Verfasser, der vor kurzem durch eine Expedition ins westafrikanische Hinterland von sich reden machte, dankbar sein muß. Die heutigen Bewohner der westlichen Hälfte der Insel Haiti, die zur Gruppe der Großen Antillen gerechnet wird, der Republik

gleichen Namens, sind Nachkommen von Negern, die einst aus der französischen westafrikanischen Kolonie Dahome dorthin geschafft wurden und sich zur Zeit Napoléons I mittels eines erfolgreichen Aufstands ein eignes Staatswesen schufen, das heute allerdings wieder unter der Vormundschaft der Vereinigten Staaten steht. Ihre Sprache ist ein Gemisch von Ewhe, ihrem westafrikanischen Mutteridiom, und dem Französischen um 1800. Sie bekennen sich zum Katholizismus, huldigen aber im Grunde noch ihren animistischen Vorstellungen und Kulturen, namentlich dem Ahnenkult. Seabrook erlebte eine erhebliche Anzahl Kulthandlungen, war sogar Mittelpunkt einer solchen (Schließung einer Blutsbrüderschaft). Seine äußerst exakten Berichte sind sehr wertvoll, seine Deutungen freilich nicht immer erschöpfend. Eine Abbildung zeigt eine Frau in einem weißen europäischen Frauenkleid im Empirestil; darüber trägt sie einen schwarzen Cutaway. Sie stellt eine Gottheit oder zumindest die Schamanin einer solchen dar. Seabrook spricht hier von Hermaphroditismus. Welchem Ethnologen fällt aber bei diesem Bild nicht die Winthuische Zweigeschlechterwefentheorie ein (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 389)? Es ist überhaupt für den Ethnologen von eigenem Reiz hier uralte Geräte, zum Teil Kultgegenstände, in inniger Verbindung mit europäischen Dingen (Tischen, Häulern und so weiter) zu sehen.

Über Südamerika handeln die Lieferungen 3, 4, 6, 8, 11, 18 bis 21 und 25 des Standardwerks Handbuch der geographischen Wissenschaft, herausgegeben von Fritz Klute /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/ (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 86).

Der Gesamtüberblick über den südamerikanischen Kontinent wird von *Otto Maull* gegeben. Man kann gegen die eine Seite der geopolitischen Betrachtungsweise, nämlich die Länder und ganze Kontinente gewissermaßen als Lebewesen anzusprechen, manches einwenden, kann ihr aber die Fruchtbarkeit kaum absprechen. So zeigt Maull, wie die ursprünglich vertikale anthropogeographische Achse Südamerikas sich zur Zeit der Conquista und später zu einer mehr horizontalen wandelte, neuerdings aber, etwa seit der Monroedoktrin, in ihre ursprüngliche Vertikallage zurückschwingt, wodurch naturgemäß der nach Maull passive Südkomplex in die Abhängigkeit des aktiven Nordkomplexes gerät. Derartige Erkenntnis ist offenbar eine gute wissenschaftliche Grundlage für die heute einzig mögliche

wirtschaftsimperiale Betrachtungsweise, die jedoch dann in den über die Wirtschaft handelnden Abschnitten nicht genügend nachdrücklich angewandt wird. In der Mitteilung von Tafeln bewegt sich die Darstellung ganz auf der Höhe unserer gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnis, und sie bereichert diese noch vielfach in den Einzelheiten.

Die spezielle Landeskunde Südamerikas wird in ihrem Beginn von *Franz Kühn* bearbeitet. Es ist zu begrüßen, daß hier entsprechend den physischen und wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten mehrere in dieser Hinsicht zusammengehörige Territorien, und zwar zunächst die Laplatäländer Argentinien, Uruguay und Paraguay, zusammengefaßt dargestellt werden. Gliederung und Analyse ist die selbe wie im Allgemeinen Teil *Otto Maulls*. Erforschungs- und Entdeckungsgeschichte, Natur- und Kulturlandschaft werden eingehend dargestellt; besonders gilt dies von den Berichten über die Wirtschaft der behandelten Staaten. Diese Abschnitte sind offenbar das Ergebnis sehr sorgfältiger Untersuchungen an Ort und Stelle. Die Abhandlung über Uruguay erscheint allerdings, selbst angesichts der geringen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Republik, etwas zu summarisch.

Nach einer kurzen, aber durchaus zureichenden Monographie der Falklandinseln nimmt *Otto Maull* wieder das Wort zur Landeskunde Brasiliens. Hier bilden die Abschnitte über das Stromgebiet des Amazonas, Amazonien, sowie den wirtschaftlich bedeutendsten Staat Sao Paulo Spitzenleistungen der Kunst geographischer Darstellung. Den Abschluß dieser Brasilienmonographie bildet eine sorgfältige politisch-geographische Zusammenfassung, bei der auch die Völkerpsychologie Brasiliens berücksichtigt wird. Man hätte freilich hier noch den Entwurf einer Soziologie Brasiliens erwartet.

Das gleiche Manko weist *Walter Knoches* Monographie Chiles auf. Im übrigen zerfällt sie in eine Gesamtübersicht (Geschichte, Tektonik, Flora, Fauna, Bevölkerung, insbesondere deren Geistesleben, Verkehr) und eine regionale Landeskunde. Die Aufteilung des Staatsgebiets nach 5 Großlandschaften (Großer und Kleiner Norden, Mittel- und Südschile, Patagonien) ist ein Fortschritt in der physischgeographischen Erkenntnis. Ausgezeichnet ist der Abschnitt über die Araukaner. Auch die pazifisch zu Chile gehörenden Inseln, darunter auch die Osterinsel mit den noch immer mythenhaften Megalithen, sind in der Arbeit genügend ausführlich behandelt.

Das statistische Bild- und Kartenmaterial ist in sämtlichen Lieferungen zum großen Teil vorzüglich und ergänzt den Text wirksam. Franz Kühn, dessen Wirtschaftskarte von Argentinien hier (1930 II Seite 699) vor einiger Zeit gewürdigt wurde, hat zu den Lieferungen 6, 8 und 11 zahlreiche gediegene Entwürfe selbst beigeleuert. Das Bildmaterial ist, nur mit Ausnahme des Lichtbilds Seite 131, das sein Hauptobjekt, die venezolanischen Eisenbahntrecken, kaum erkennen läßt, von seltener Anschaulichkeit. Auch die farbigen Reproduktionen von Landschaftsgemälden sowie die Vegetationsbilder von Karsten und Schenck sind vorzüglich gelungen. Zu fordern ist noch, daß innerhalb der Anthropogeographie stets die Sprachenverhältnisse, insbesondere die Sprachenverbreitung, gründlicher behandelt werden.

Totenliste Der Privatdozent der Urgeschichte in Wien *Josef Bayer*, der Direktor der Prähistorischen Abteilung des Naturwissenschaftlichen Museums, starb im August 1931, im Alter von 49 Jahren. Einem Herzschlag erlag am 21. September der Berliner Ordinarius der Klassischen Archäologie *Ferdinand Noack*, im Alter von 66 Jahren. Sein besonderes Forschungsgebiet war die antike Architektur. Zuletzt beschäftigte er sich mit Pompeji und den Funden in der Cyrenaika (*Leptis Magna*). Seine Laufbahn hatte ihn über die Universitäten Jena, Kiel und Tübingen nach Berlin geführt. Sein Werk ist auch das Museum der antiken Abgüsse im neuen Westflügel der Berliner Universität. Nirgends wird einem in größerer Anschaulichkeit die Entwicklung der gesamten antiken Kunst von der frühesten bis zur spätesten Zeit nahe gebracht als in diesem, zirka 3000 Stücke umfassenden Institut. Noack war mit einer Schwester Otto Erich Hartlebens verheiratet. Einen schweren Verlust erlitt die Klassische Philologie durch den Tod *Ulrich von Wilamowitz-Möllendorffs*, der am 24. September in seinem 83. Lebensjahr in Berlin starb. Er war zunächst Professor in Greifswald und Göttingen. In Berlin lehrte er seit 1897. Seine Gattin ist eine Tochter Theodor Mommsens. Er veröffentlichte Homerische Untersuchungen /1884/, Einleitung in die griechische Tragödie /1910/, Geschichte der griechischen Literatur /1913/ sowie neben zahlreichen anderen größeren und kleineren Arbeiten ein Übersetzungswerk Griechische Tragödien 1901 bis 1911, das zeigte, daß

Wilamowitz nicht nur Sprachforscher sondern auch Sprachkünstler war. Er war nahezu ausschließlich Hellenist, und dies mehr im französischen als im deutschen Sinn, das heißt, er betrieb nicht nur Sprach- und Literaturforschung, sondern er bezog das gesamte antike, vornehmlich griechische Leben in den Kreis seiner Forschungen ein. Noch im hohen Alter lernte er die skandinavischen Sprachen, um Ibsen und Strindberg im Urtext lesen zu können.

In Mauer bei Wien starb am 11. Oktober *Hans Hörbiger*, 71 Jahre alt. Er hat die Welteislehre aufgestellt, derzufolge Erde und Wasser in den Aggregatzuständen Glut und Eis ständig aufeinanderprallen, wodurch das Weltgeschehen in Gang gehalten wird. Die geistvoll durchdachte Lehre vermochte nicht die Anerkennung der Zunftwillenshaft zu erringen (womit noch nicht das letzte Wort über sie gesprochen ist).

Kurze Chronik Es gibt heute 34 Millionenstädte auf der Erde, und zwar in Europa 12, in Asien 9, in Afrika 1, in Amerika 10, in Australien 2. Die 10 größten Städte sind London (7,8 Millionen), New York (6,1), Paris (5,8), Berlin (4,2), Chicago (3,2), Osaka (2,2), Moskau (2,1), Buenos Aires (2,1), Philadelphia (2,1), Wien (1,8). ◊ Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung hat Polen eine Bevölkerung von 34 Millionen. ◊ Die Volkszählung in Palästina ergab 1 035 154 Einwohner, gegen 750 000 im Jahr 1922. Damit hat das Land die Millionengrenze überschritten, hinter der es seit den biblischen Zeiten zurückgeblieben war. ◊ Im Romanischen Seminar der Berliner Universität wird Kurt Lewent Übungen über Altfranzösisch und Provenzalisch veranstalten. ◊ Von der Münchener Philosophischen Fakultät wurde Eva Fiesel beauftragt im Sprachwissenschaftlichen Seminar der Universität Lehrkurse über Etruskologie abzuhalten. ◊ Für Germanistik habilitierte sich an der Universität Göttingen Gerhard Fricke mit einer Schrift über das Bild in der Dichtung des Andreas Gryphius. Mit einer Antrittsvorlesung über den Schild der Athene Parthenos habilitierte sich Franz Messerschmidt an der Universität Breslau für Archäologie. ◊ Das 50jährige Doktorjubiläum feierte der deutsch-amerikanische Ethnologe Franz Boas, der um das Aufblühen der Ethnologie an den wissenschaftlichen Instituten Nordamerikas sowie um die Indianerforschung große Verdienste hat. Boas lehrt an der Columbiauniversität.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff**Politische
Rechtspre-
chung**

Es handelt sich um eine Presseverbotfache auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931.

In der Königsberger Preußischen Zeitung erschien Anfang März ein Artikel, über dem stand: »Ohne Hitler die Heimat in Gefahr! Außenpolitisches Verlagen in Memel gefährdet Ostpreußen!« In diesem Artikel wurde ausgeführt, daß die Provinz Ostpreußen verloren sei, wenn Hitler am 13. März nicht gewählt würde. Das Beispiel des Memellands werde von den Polen in Danzig wiederholt werden, und dann würden die Polen auch Hunger auf Ostpreußen bekommen. Nach diesen Erfahrungen mit dem Memelland hätten die Nationalsozialisten nicht mehr das Vertrauen, daß das heutige System uns vor diesem polnischen Überfall wirkungsvoll schützen könne. Die Wahl Hitlers sei daher nationale Notwehr der Provinz. Es ginge um die Heimat.

Der Oberpräsident Ostpreußens hatte daraufhin ein Verbot der Zeitung für die Dauer von 3 Wochen gemäß § 2 Ziffer 2 der genannten Verordnung ausgesprochen, mit der Begründung, daß durch den Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Provinz gefährdet werde. Der Artikel war in einer Zeit erschienen, in der ein von einem gewissen Hans Nitram geschriebenes Buch Achtung! Ostmarkenrundfunk! Die Polen haben die Grenze überschritten! bereits eine starke Aufregung in die Provinz, besonders in die südlichen Grenzkreise, hineingetragen hatte. Diese Aufregung, die überdies noch durch Nachrichten von Übungen und Bewegungen großer polnischer Truppenverbände in nächster Nähe der Grenze sowie durch gewisse polnische Äußerungen in Danzig gesteigert war, hatte sich hier und da bereits in konkreten Handlungen, wie Abheben von Sparkassenguthaben und ähnlichem, geäußert. Dadurch, daß in einem solchen Zeitpunkt eine Zeitung sagt: »Wir haben nicht mehr das Vertrauen, daß das heutige System uns vor einem polnischen Überfall wirkungsvoll schützen kann«, und darüber schreibt: »Ohne Hitler die Heimat in Gefahr!«, wird die vorhandene starke Spannung in einer Weise gesteigert, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet ist. Daß eine solche Äußerung überdies an Landesverrat grenzt, sei hier nur am Rand gestreift. Der Beschwerde der Preußischen Zeitung wurde vom Oberpräsidenten nicht abge-

holfen, dessen Auffassung auch der preußische Minister des Innern beirat, ebenso der Reichsinnenminister, der die Beschwerde an den gemäß § 13 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 alsdann zur Entscheidung zuständigen Senat des Reichsgerichts weiterleitete. Dieser Senat hob das Verbot mit der summarischen Begründung auf, der beanstandete Artikel enthielte lediglich Darlegungen, wie sie bei jeder Wahlpropaganda üblich seien, er bringe zum Ausdruck, daß nach der Auffassung der Nationalsozialisten nur ihr Parteiführer Hitler imstande sei als Reichspräsident den sichern Schutz für die gefährdete Heimat zu verbürgen. Auch in dem Schlußablatz des Artikels, wonach die nationalsozialistischen Kreise dem heutigen System nicht mehr das Vertrauen entgegenbrächten die ostpreußische Heimat vor einem polnischen Überfall wirksam schützen zu können, sei ebenso wie in der reklameartig hervorgehobenen Überschrift nur eine Wahlpropaganda zu erblicken. Hinreichende Anhaltspunkte für die Wahrscheinlichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit seien nicht gegeben, daher sei das Verbot aufzuheben gewesen.

Auf den Leser wird es nach dieser bloßen Darstellung des Sachverhalts einigermaßen grotesk wirken, wenn er sieht, daß in einer ausschließlich politischen Ermessensfrage, wie sie das Vorliegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt, ein Senat des Reichsgerichts, also ein richterliches Kollegium, den eingehend begründeten politischen Entschluß dreier politischer Instanzen umwerfen kann. Aber das ist eine Frage der Gesetzgebung, die zu ändern allerhöchste Zeit wird. Es ist hier schon mehrfach dargelegt worden, daß man dem Reichsgericht, unabhängig davon, ob man zu seiner politischen Rechtsprechung Vertrauen hat oder nicht, Entscheidungen nicht übertragen sollte, die einen rein politischen Akt betreffen, beispielsweise auch die Feststellung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 793). Wenn aber schon die Gesetzgebung dem Reichsgericht, wie in vorliegendem Fall, eine solche Entscheidung übertragen hat, so darf doch wohl verlangt werden, daß das Reichsgericht vor der Beschlußfassung sorgfältigere und tiefergehende Erwägungen über das Vorliegen einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anstellt als nach der summarischen und inhaltlosen Begründung

des Beschlusses zu vermuten ist; dies um so mehr, als nicht nur der Chef der obersten provinziellen Instanz, der die örtlichen Verhältnisse und damit die Wirkung dieser Nachricht auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung am besten übersehen kann, sondern auch 2 weitere Chefs der jeweils berufenen höheren politischen Instanzen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründetermaßen für vorliegend erachtet haben. Wenn den zur Entscheidung berufenen Reichsgerichtsräten die im Augenblick des Erscheinens des Artikels vorhandene Lage in der Provinz Ostpreußen, insbesondere in den Grenzbezirken dieser Provinz, wie wahrheitsgemäß, nicht bekannt ist, und sie somit außerstande sind die Wirkung des beanstandeten Artikels mit dem nötigen politischen Fingerspitzengefühl auch nur einigermaßen zu ermessen, so hätte von ihnen verlangt werden müssen, daß sie sich informieren. Denn es soll zugegeben werden, daß der fragliche Artikel vielleicht nicht geeignet ist vom stillen Sitzungssaal des Reichsgerichts aus betrachtet und unter dem Gesichtswinkel wirklichkeitsferner Gedankenwelt die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden; wohl aber war dies in Ostpreußen und insbesondere in den Grenzbezirken der Fall. Nachdem man diesen Beschluß des Reichsgerichts zur Kenntnis genommen hat, wundert man sich nicht mehr über die Klagen gegen die Rechtsprechung in politischen Angelegenheiten. Man wundert sich nur noch über die Geduld, mit der man einen solchen der Staatsautorität in jedem Sinn aufs äußerste abträglichen Zustand gesetzlich bestehen läßt. Der geschilderte Fall ist überdies ein klassisches Beispiel dafür, daß richterliche Fehlentscheidungen in politischen Sachen keineswegs immer auf Mangel an gutem Willen zurückzuführen sind. Man soll niemand eine Aufgabe zumuten, der er nicht gewachsen ist. Die Rechtsprechung bleibe den Gerichten, aber die Politik den Politikern.

Informationsmittel

Ein recht brauchbares Repetitionswerk über das *Bürgerliche Recht* lieferte Hans Füllster in seinem 5 Bände umfassenden Buch *Das Bürgerliche Recht in Frage und Antwort* /Gießen, Emil Roth/. Das Repetitorium ist klar und anschaulich geschrieben und eignet sich für angehende Juristen zur Auffrischung des Gedächtnisses. Natürlich kann es nicht ein wissenschaftliches Lehrbuch ersetzen, was es ja auch gar nicht soll.

Die Stellung der deutschen Sozialisten zum *Strafvollzug* von 1870 bis zur Gegenwart behandelt Alfred Behrle im 1. Heft der Freiburger Beiträge zur Strafvollzugskunde /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. Die Beiträge sollen eine umfassende Erkenntnis des Strafvollzugs als Ganzen vorbereiten helfen. Das 1. Heft behandelt die geschichtliche Entwicklung der deutschen Sozialisten unter Benutzung offensichtlich jedes erreichbaren Materials in klarem Aufbau und knapper Darstellung. Deutsche Urteile über die amerikanische *Prohibition* werden im 2. Heft der Serie *Die Alkoholfrage in der Gesetzgebung* /Berlin, Neulandverlag/ unter dem Titel *Amerika trocken? mitgeteilt*. In der Schriftenreihe *Arbeit und Beruf* /Bernau, Grüner Verlag/ stellte Ernst Herrnsdorf ein *Hardwörterbuch zur Rechtsprechung der Arbeitslosenhilfe* zusammen. Das Buch hat den Vorzug großer Übersichtlichkeit und erschöpfender Behandlung des Themas.

Totenliste

Am 7. Mai 1931 starb in Frankfurt *Paul Kent*, im Alter von 73 Jahren. Er war dort seit beinahe einem halben Jahrhundert als Rechtsanwalt tätig. Sein Spezialgebiet war das Gewerberecht; er erwarb darin internationalen Ruf, wurde oft von ausländischen Gerichten als Gutachter gehört. Seine Arbeiten über das Patentrecht werden viel zitiert.

In Warschau starb Mitte Mai der Rechtsphilosoph und Soziologe *Leon Petrazycki*, im Alter von 64 Jahren.

Am 9. Juni starb der frühere Ordinarius für Bürgerliches Recht an der Universität Bonn *Carl Crome*, im Alter von 72 Jahren. Von 1899 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1924 lehrte er in Bonn. Er war eine Autorität auf dem Gebiet des französischen Rechts; er schrieb über das französische Privatrecht /1892/, über das französische Obligationenrecht /1894/ und ein Handbuch des französischen Zivilrechts /1894-1895/.

Am 11. Juni starb in Bonn *Hans Schreuer*, der dort an der Universität über Geschichte des Deutschen Rechts, Privat-, Bürgerliches und Handelsrecht las, im Alter von 65 Jahren.

Ende Juni starb in Wien, 74 Jahre alt, eine Autorität im österreichischen Militärstrafrecht, *Ernst Franz von Weisl*. Er kämpfte Jahrzehnte lang für die Modernisierung des Militärstrafrechts in Österreich, bis ihn 1912 endlich das Kriegsministerium mit der Ausarbeitung der neuen Militärstrafprozessordnung betraute.

Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten über Internationales Recht, Militärstrafrecht und Überseeauswanderung liegen von ihm vor. Er war Präsident der Österreichisch - Ungarischen Kolonialgesellschaft. Seine Tochter, die Gattin des Religionsforschers Karl Beth, war die erste Frau, die in Österreich zur Advokatur zugelassen wurde.

Am 12. Juli starb der Rektor der Deutschen Universität in Prag, der Ordinarius für Bürgerliches Recht *Bruno Alexander Kafka*, in seinem 50. Lebensjahr. Kafka war einer der Führer der Sudetendeutschen, Abgeordneter der Deutschdemokratischen Partei und ein vorzüglicher Redner. Er trat besonders für eine Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen ein. Sein wissenschaftliches Hauptwerk ist ein Lehrbuch des Allgemeinen Österreichischen Privatrechts.

In Tübingen starb am 22. Juli der Ordinarius für Römisches und Bürgerliches Recht *Max von Rümelin*, im Alter von 70 Jahren. Seine Arbeiten galten den verschiedenen Gebieten des Zivilrechts, vor allem dem Recht der Schuldverhältnisse. Er verfaßte unter anderen Monographien über Rudolf von Jhering, Max Huber und Wilhelm von Blume.

Der Soziologe und Anthropologe *Rudolf Bußmann*, der, in seinem 39. Lebensjahr, Mitte September in Berlin starb, ist durch seine Bücher zur Strafrechtsreform Das Verbrechen am Verbrecher /1917/, Ersatz der Strafe durch Erziehung /1925/ sowie durch seinen Roman Das Gesetz geht morden /1922/ bekannt geworden.

Am 3. Dezember starb in Breslau *Siegfried Brie*, fast 94 Jahre alt. Er lehrte seit 1878 an der Breslauer Universität Staats- und Verwaltungsrecht, Rechtsgeschichte, Völker- und Kirchenrecht. Von seinen Werken seien genannt: Geschichte der Lehre vom Bundesstaat /1874/, Theorie der Staatenverbindungen /1886/, Lehre vom Gewohnheitsrecht /1899/.

Am 21. Dezember starb in Dessau der ehemalige Landgerichtspräsident *Karl Pannier*, in seinem 77. Lebensjahr. Er war ein hervorragender Jurist und mehr noch ein Schriftsteller von seltener Fruchtbarkeit. Allein für Reclams Universalbibliothek schrieb er ungefähr 230 Bände. Er gab eine Unzahl Gesetze nebst Kommentaren heraus. Auch übersetzte er mittelhochdeutsche Dichter, so Walther von der Vogelweide.

Am 31. Dezember starb in Berlin, an den Folgen einer Operation, der Gerichtsarzt *Curt Strauch*, im Alter von 63 Jahren. Länger als ein Vierteljahrhundert gehörte er zum Kriminalärztlichen Wochen-

dienst, sein Wirken ist aufs engste mit der Berliner Kriminalgeschichte verknüpft. Seit 1903 hielt er auch an der Berliner Universität kriminalanthropologische Vorlesungen. Die Gerichtliche Medizin hat er durch eine Reihe von Abhandlungen bereichert.

Kurze Chronik Dem polnischen Sejm ist der Entwurf einer neuen *Rechtsanwaltsordnung* vorgelegt. Danach kann sich in die Liste der Anwälte erst eintragen lassen, wer nach dem 1. Examen eine 5jährige Applikantenzeit abgelegt hat. Es ist also eine besondere Anwaltsausbildung im Gegensatz zur Richterausbildung vorgelesen. Aufficht über die Rechtsanwälte soll ein Appellationsgericht führen. Auch soll ein Anwalt nicht mehr zugleich eine leitende Stellung in Industrie oder Handel bekleiden dürfen. ◊ Bei der fortgesetzten Beratung des Strafrechtsausschusses des Reichstags nahm der Abgeordnete Wilhelm Kahl seinen früher gestellten Antrag auf Abschaffung der *Todesstrafe* nicht wieder auf. Er begründete das mit der gegenüber 1926 veränderten Volksstimmung. Da für ihn das Problem der Todesstrafe stets eine Zweckmäßigkeitsfrage gewesen sei, müsse sie nach Zeitlage auch ganz verschieden beantwortet werden. Es sei nur erwähnt, daß das österreichische Gesetz die Todesstrafe nicht mehr kennt. Allerdings sind Bestrebungen im Gang sie durch Volksabstimmung wieder einzuführen. ◊ Den Lehrstuhl für Römisches und Bürgerliches Recht an der Universität Berlin, der durch den Tod Theodor Kipps frei wurde, erhielt *Fritz Schulz*, bisher Professor in Bonn. ◊ Das Kieler Ordinariat für Strafrecht, Strafprozeß und Kriminalwissenschaft, das früher Erik Wolf innehatte, soll jetzt an den Privatdozenten *Hans von Hentig* übergehen. Hentig hat sich bereits auf den verschiedensten Gebieten des Kriminalrechts durch Arbeiten hervorgetan. Er schrieb über Strafrecht und Auslese, über den Cäsairenwahnsinn, über den Inzest (zusammen mit Vierstein), über die psychologische Strategie des Großen Krieges und anderes. Er ist auch Mitherausgeber der Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform und der Giustizia Penale. ◊ Der Kieler Lehrstuhl für Deutsches und Bürgerliches Recht wurde dem ordentlichen Professor an der Universität Jena *Karl Rauch* übertragen. Rauch hat viel über die neue Verfassung gearbeitet. ◊ Außerdem wurde in Kiel ein neuer Lehrstuhl

für das gleiche Fach errichtet, den *Hans Erich Feine* aus Rostock erhielt; Feine hat über Deutsche Verfallungsgeschichte und Kirchenrecht gearbeitet. ◊ Auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Göttingen wurde *Gerhard Leibholz* aus Greifswald berufen, der dort seit 1929 als Nachfolger *Günther Hollsteins* das Ordinariat innehatte. Er hat vor allem auf dem Gebiet der Staatstheorie, des Staats- und Völkerrechts gearbeitet. ◊ Den neuerrichteten Göttinger Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht erhielt *Helmut Rühl* von der Handelshochschule Mannheim. ◊ Auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Kiel, der durch den Tod *Günther Hollsteins* frei geworden ist, wurde der Ministerialdirektor *Friedrich Poetzsch-Helfter* aus Berlin berufen. Er war Dozent an der Berliner Verwaltungsakademie und der Hochschule für Politik in Berlin, auch Bevollmächtigter Sachsens zum Reichsrat, und er gab eine Reihe verfallungsrechtlicher Schriften heraus.

Literatur Ein Vortrag über Beispiel, Exempel, Fall und das Verhältnis des Rechtsfalles zum Gesetz von *Hans Lipps* wurde im Verlag Julius Springer in Berlin gedruckt. Die begrifflich sehr fein verzweigten Ausführungen des Verfassers versuchen mit Erfolg eine Klärung der genannten Begriffe herbeizuführen. So groß aber auch die gedankliche Schärfe ist, und so wertvoll für die formale Denkschulung, so hat doch im übrigen die Untersuchung nur geringe praktische Bedeutung. ◊ Einen Beitrag zur juristischen Wertung hettitischer Staatsverträge liefert *Viktor Korolec* in den Leipziger Rechtswissenschaftlichen Studien /Leipzig, Theodor Weicher/. Das Werk beschäftigt sich in anregender Form mit Untersuchungen auf dem Gebiet altorientalischen Rechts. ◊ In der Serie *Werdendes Recht* /Berlin, Otto Liebmann/ stellte *Friedrich Poetzsch-Helfter* Grundgedanken der Reichsreform dar. Er hat das Problem der Reichsreform in seinen Kernpunkten klar herausgeschält. Die Lösungsversuche selbst wird der Leser freilich verschieden bewerten. Immer aber wird er aus den flüchtig geschriebenen Ausführungen Anregungen erhalten, die ihm für die eigne Stellungnahme äußerst wertvoll sein werden. ◊ Das Problem der Vermögensauseinandersetzungen mit den ehemaligen Fürstentümern wird im 1. Band der Beiträge zur Finanzkunde /Leipzig, Akademische

Verlags-gesellschaft/ unter dem Titel *Die Fürstentumschädigung von Theodor Günther* behandelt. Unabhängig von der Aktualität behalten die ungemein tief-schürfenden Betrachtungen des Verfassers ihren Wert in sich. Das Buch kann jedem an der Materie Interessierten nur warm empfohlen werden. ◊ In den Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig /Berlin, Reimar Hobbing/ erörtert *Otto Kahn-Freund* den Umfang der normativen Wirkung des Tarifvertrags und der Wiedereinstellungsklausel. Die Schrift dient in besonderem Maß dem Verständnis wichtiger arbeitsrechtlicher Fragen. ◊ Die irrationalen Kräfte der zivilrichterlichen Urteilstätigkeit auf Grund des 110. Bandes der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen betitelt *Ludwig Bendix* sein neues Buch /Breslau, Schletterische Buchhandlung/. Es ist der großzügig angelegte Versuch zu beweisen, daß die vielen Gründe einer Entscheidung überflüssig seien, da die Entscheidung doch immer irrational getroffen werde. Im besten Fall seien sie eine entschuldigende Verteidigung gegen die erwarteten Angriffe derjenigen, die eine andere irrationale Auffassung haben, also nicht zu überzeugen sind. Der Verfasser hat die Probleme mit unerbittlicher Klarheit herausgearbeitet; auch wer seiner Beweisführung nicht immer folgen will, wird jedenfalls Anregungen von ihr empfangen, die dem Juristen nur äußerst willkommen sein sollten. ◊ Das Verbrechen als Krankheit /München, Ernst Reinhardt/ betitelt sich ein Buch *Georg Bonnes*, das vom Standpunkt des Arztes die Verbrechen auf krankhafte Erscheinungen zurückzuführen versucht und auf dieser Grundlage interessant durchdachte Vorschläge für ihre Heilung und Verhütung macht. Man wird sie sorgfältig zu prüfen haben, auch wenn man nicht der Meinung ist, daß das Phänomen des Verbrechens zur Pathologie und nur zu ihr gehört. ◊ In der Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform /Heidelberg, Carl Winter/ erschien unter dem Titel *Das Verbrechen in der Darstellung des Verbrechens ein Beitrag Walter Luz'* zur Naturgeschichte des kriminellen Menschen. Es ist, soweit übersehbar, der erste ernsthafte Versuch an Stelle der objektiven Kriminalpsychologie die subjektive Analyse durch die Kriminellen selbst treten zu lassen. Die Arbeit ist eine wertvolle Anregung für die Wissenschaft, die auf diesem Weg zweifellos zu erheblichen Resultaten kommt.

Hygiene / Lisbeth Berndt

Lübecker Prozeß Der Prozeß, der sich mit dem furchtbaren Lübecker Kindersterben des Jahres 1930 beschäftigte (siehe hier den Artikel Das Calmetteverfahren, 1930 II Seite 654), wurde am 6. Februar beendet. Die formaljuristische Sühne für den Tod der 68 und die mehr oder weniger schwere tuberkulöse Erkrankung von 131 Kindern war die Verurteilung der beiden Hauptangeklagten Georg Deycke und Ernst Alttaedt wegen des Vergehens einer fahrlässigen Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung. Entscheidend für das Urteil des Gerichts war das Resultat der Prüfung und Begutachtung der beiden Hauptfragen durch die 12 hinzugezogenen Sachverständigen: 1. Ist der Stamm BCG im Lübecker Laboratorium mit einer echten, für den Menschen virulenten Tuberkulosekultur verwechselfelt oder mit ihr verunreinigt worden? 2. Besteht die Möglichkeit, daß der BCG wieder virulent geworden ist, und daß speziell das Lübecker Unglück auf solche Umchlagen zurückzuführen ist? Die letzte Teilfrage wurde von der Mehrzahl der Sachverständigen als im höchsten Grad unwahrscheinlich verneint. Dagegen lag über die Frage nach der Möglichkeit des Wiedervirulentwerdens des BCG kein einheitliches wissenschaftliches Urteil vor. Manche Sachverständige hielten, Petroff, Seiffert, Hormaeche, Dreyer und Vollum, Sasano und Medlar folgend, die Möglichkeit des Virulentwerdens unter bisher noch unbekanntem Bedingungen für gegeben; der schärfste Verfechter dieser Theorie war Ernst Friedberger (der inzwischen gestorben ist). Eine andere Autorität, der Direktor des Instituts für Experimentelle Therapie in Frankfurt Wilhelm Kolle, äußert sich, dem entgegengesetzt, in seinen Betrachtungen über das Lübecker Kindersterben im Anschluß an die Tuberkuloseimmunisierung und den Lübecker Prozeß in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 19. und 26. Februar 1932 folgendermaßen: »Auf Grund aller Erfahrungen, die mit dem sogenannten Virus fixe, das heißt den aus virulenten Krankheits-erregern erhaltenen avirulenten, aber immunisierenden Dauermodifikationen gewonnen sind, erweist sich die Annahme der Möglichkeit, daß solche dauernd apathogen gewordenen Virusarten oder Bakterien wieder virulent werden, als abwegig . . . Ich behaupte nun, daß die positiven Behauptungen von Calmette, daß der BCG avirulent ist, was an Hand

von vielen Tausenden an Menschen ausgeführten Fütterungen und in vielen Tierversuchen bestätigt ist, nicht durch die spärlichen negativen Ergebnisse, in diesen Fällen also durch die Behauptung, daß der BCG wieder virulent geworden sei, widerlegt werden können. Die positiven Versuche von Calmette sind 100-fach bestätigt, und die wenigen negativen Versuche, negativ in dem Sinne, daß der BCG keine Dauermodifikation sei, fallen demgegenüber nicht ins Gewicht . . . Die spärlichen Versuche von Petroff, Seiffert und anderen, mit denen die Behauptung über die Avirulenz des BCG negiert wird, müßten erst viele Male bestätigt werden, ehe sie gegen die 100fachen positiven Ergebnisse, daß der BCG avirulent ist, ins Feld geführt werden können. Wenn im Reichsgesundheitsamt, im Institut Pasteur, im Institut Robert Koch, in meinem Institut und in vielen ausländischen Instituten, in denen mit strenger wissenschaftlicher Kritik und auf breiter Basis gearbeitet wird, solche Abspaltungen virulenter Kulturen aus dem BCG nicht gelingen und nicht gelungen sind, so fallen Einzelversuche, bevor sie nicht vielfach bestätigt sind, nicht ins Gewicht.«

Von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Prozesses war die fast restlose Klärung der Frage der Verwechslung oder Verunreinigung der BCG-Kulturen im Lübecker Laboratorium. In dem Laboratorium befanden sich neben den BCG-Kulturen noch Kulturen des sogenannten Kieler Stamms, einer humanen und hochvirulenten Tuberkelbazillenart. Die Theorie der fast an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, daß der den Kindern zugeführte Impfstoff durch Bakterien des Kieler Stamms verunreinigt war, stützt sich in der Hauptache auf 3 Untersuchungsergebnisse der Sachverständigen. Einmal wurde eine von Bruno Lange gefundene spezielle Eigenschaft des Kieler Stamms, nämlich die wechselnde Virulenz, auch in den Lübecker Impfstoffen und in den aus Organpräparaten der gestorbenen Kinder reingezüchteten Kulturen festgestellt. Ferner zeigte sich bei einigen aus Lübecker virulentem Material gezüchteten Kulturen auch noch eine andere Eigentümlichkeit des Kieler Stamms, auf die Ludwig Lange und seine Mitarbeiterin Hildegard Pescatore besonders hingewiesen haben: ein verklumpendes und in die Tiefe gehendes Wachstum und dabei eine bestimmte Farbstoffbildung, nämlich eine gelbgrünliche Fluoreszenz. Schließlich kam auch als ein wichtiges Argument ein Unterfu-

chungsbefund aus dem unter der Leitung Martin Hahns stehenden Hygienischen Institut der Universität Berlin hinzu, und zwar die von Erwin Chargaff festgestellte Übereinstimmung eines ganz bestimmten Lipoidgehalts von aus Lübecker virulentem Material gezüchteten Kulturen mit dem des Kieler Stamms. »Die Annahme, daß die Kieler Kultur an Stelle der BCG-Kultur verfüttert wurde«, sagt Kolle, »hat nicht bloß die Wahrscheinlichkeit für sich. Kant hat gesagt, daß dasjenige wahrscheinlich sei, was die Hälfte der Gewißheit übersteigt. In unserm Falle aber geben die tatsächlichen Befunde in ihrer zahlenmäßigen Mächtigkeit nach meiner Auffassung schon den Charakter der Gewißheit. Das Gericht hat sich mit seinem Urteil dieser Auffassung angeschlossen.« Ebenso folgte das Gericht in seiner Beurteilung des Falls der von den Sachverständigen geäußerten Ansicht, daß die Bedingungen, unter denen das Lübecker Laboratorium gearbeitet hatte, für die Vornahme der Impfstoffzubereitung nicht ausreichten. Erschwerend kam noch hinzu, daß die Vorsichtsmaßnahme der Tierversuche sowohl vor Ausgabe des Fütterungsstoffs als auch als dauernde Kontrolle während der Fütterung gänzlich außer acht gelassen worden war, ganz abgesehen davon, daß die von Calmette geforderten Vorsichtsmaßnahmen besonders bei der Zubereitung des Impfstoffs in keiner Weise erfüllt waren. Das Urteil des Gerichts hat nur das bestätigt, was Calmette selbst, unter möglichster kollegialer Schonung der Lübecker Ärzte, aber unter Wahrung seiner unanfechtbaren Stellung als erprobter Tuberkuloseforscher und unter Bezugnahme auf ein außerordentlich großes, langjährig geprüftes und kontrolliertes wissenschaftliches Material, immer wieder behauptet hat: daß nur ein Versehen im Lübecker Laboratorium die einzige Ursache des so bedauernswerten Unglücks gewesen sein konnte. Endlich mußten nun auch diejenigen Stimmen verstummen, die oft in gehässiger Weise Calmette als Forscher verunglimpft hatten: aus nationalitätlicher Verblendung, die alles, was aus Frankreich kommt, schlecht sieht. Leider haben die Tageszeitungen die dem Ernst des Verhandlungsgegenstands gebührende Zurückhaltung weder in der Zeit vor dem Prozeß noch während seines Verlaufs bewahrt sondern durch Alarmnachrichten das Verständnis der Öffentlichkeit vom Wesentlichen abgelenkt, um einer vermeintlich populären Stimmung zu folgen.

Auf eine prinzipielle Frage des Verhandlungsablaufs sei hier nur noch kurz hingewiesen. Es hat sich wieder gezeigt, daß bei dieser Art von Prozessen, in denen die Juristen wegen der ausgesprochenen Sonderart dieser Verhandlungsmaterie die Beurteilung des ganzen Falls von den Gutachten der Sachverständigen abhängig machen müssen, viel Zeit, viel Arbeits- und Nervenkraft und auch viele Kosten hätten gespart werden können, und viele Mißverständnisse und Zusammenstöße vermieden worden wären, hätte man die Gutachten der Sachverständigen frühzeitig und nicht erst nach langwierigen juristischen Auseinandersetzungen gehört.

Gesundheitsbehörden

Der Lübecker Prozeß hat auch noch an einen andern, von dem eigentlichen Prozeßgegenstand anscheinend urfänglich entfernt liegenden Problemerkomples gerührt, nämlich an die Neuorganisation des deutschen Gesundheitswesens. Als eine logische Unmöglichkeit hat sich schon der Zustand erwiesen, daß der Vorsitzende des Gesundheitsrats in Lübeck (aber nicht nur hier), der die letzte Genehmigung zu der Durchführung des Impfverfahrens geben mußte, ein Nichtmediziner war, dem der verantwortliche Obermedizinalrat erst unterstellt ist. Als außerordentlich schwerwiegender Faktor hat sich aber das Fehlen einer obersten Reichsbehörde bemerkbar gemacht, unter deren gesetzlicher Verantwortung jedes für das Reich noch neue durchgreifende Verfahren durchgeführt wird, und unter dessen oberster Kontrolle in hierzu konzessionierten Laboratorien die Zubereitung des Impfstoffs steht (siehe hierzu diese Rundschau, 1930 III Seite 1043). Während zum Beispiel in England, Frankreich, Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei Gesundheitsministerien bestehen, sind in Deutschland das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium und das Reichswirtschaftsministerium die zuständigen Stellen für die verschiedenen Ressorts des Gesundheitswesens; Ärzte sind diesen Ministerien nur als Referenten zugeteilt. Dem Reichsministerium des Innern ist das Reichsgesundheitsamt eingefügt, aber nur als eine technisch-beratende Behörde, die von sich aus nicht berechtigt ist endgültige Entscheidungen zu treffen. Auch der Gesundheitsrat, der aus 132 Mitgliedern der verschiedensten Berufsklassen: Verwaltungsbeamten, Medizinern, Veterinärmedizinern, Chemikern, Apothekern, Vertretern der Landwirt-

tschaft und anderen, besteht, hat weder legislative noch exekutive Gewalt. Die praktische Durchführung der Gesundheitsgesetze und -vorschriften ist in Deutschland dem eignen Ermessen jedes einzelnen Landes freigegeben; sogar Gesetze können von den Ländern selbst herausgebracht werden. Eine solche Zersplitterung gerade auf dem Gebiet des Heil- und Gesundheitswesens, das mehr noch als jede andere Disziplin eine einheitliche Behandlung erfordert, wirkt sich, wie man es jetzt wieder in Lübeck gesehen hat, schließlich zum Nachteil für die Allgemeinheit aus.

Deshalb ist der Gedanke eines zentralen Reichsgesundheitsministeriums immer wieder erörtert worden. Vor 2 Jahren hat Georg Wolff, der frühere Bearbeiter dieser Rundschau, in seiner Arbeit über die Notwendigkeit eines Reichsgesundheitsministeriums, in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 11. und 18. April 1930, einen Plan aufgestellt, wie ungefähr solch ein Gesundheitsministerium aufgebaut sein könnte. Sein Entwurf sieht 5 Hauptabteilungen vor, die neben einander arbeiten und sich wieder in eine Reihe von Unterabteilungen auflösen, und zwar die Sektionen 1. Öffentliches Gesundheitswesen, 2. Gesundheitsfürsorge und Anfallswesen, 3. Bevölkerungswesen und Medizinalstatistik, 4. Ausbildungswesen, 5. Arbeitsmedizin und Sozialversicherung. Die Basis für den Aufbau eines solchen Gesundheitsministeriums könnten das Reichsgesundheitsamt und die entsprechenden Abteilungen im Reichsinnen-, Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium bilden. Durch die Ungunst der Zeitverhältnisse, durch die vielen dringenden Aufgaben der Innen- und Außenpolitik ist die notwendige Lösung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens immer wieder in den Hintergrund gestellt worden. Es ist zu wünschen, daß man in ruhigeren Zeiten auch dieser Aufgabe gerecht werde.

Gesundheitsstatistik Aus einer am 4. November 1931 dem Reichstag vorgelegten, im Reichsgesundheitsamt ausgearbeiteten Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des Deutschen Volks seien hier einige allgemein interessierende Daten angeführt. Die Anzahl der Lebendgeborenen betrug im Jahr 1930 rund 1 126 800 oder 17,5 auf 1000 Lebende gegen 1900 35,6, 1913 27,5, 1925 20,7. Die auf 1000 Lebende berechnete Sterbeziffer sank auf 11,1 im Jahr 1930, gegen 1913 15,0 und 1929 (Grippejahr) 12,6. Eine besonders ab-

gleitende Tendenz zeigt die Säuglingssterblichkeit von 15,1 im Jahr 1913 bis auf 8,4 im Jahr 1930. Der Geburtenüberschuß ist trotz der verminderten Zahl der Lebendgeborenen infolge der verhältnismäßig günstigen Sterblichkeitsziffer erst auf rund 416 000 oder 6,5 auf 1000 Lebende gesunken, wird aber voraussichtlich in der Folgezeit rasch abgleiten, da grade jetzt das mittlere fortpflanzungsfähige Alter mit sehr geringer Sterblichkeit den Überschuß stellt. Zu beachten ist, daß in der Sterblichkeitsstatistik die Kinderinfektionskrankheiten im Jahr 1929 bei 12 299 Sterbefällen nur 1,5% aller Sterbefälle ausmachten, gegen 13% vor 40 Jahren, und daß auch das Kindbettfieber allmählich abnimmt.

Die Reichsgebrechlichenzählung 1925-1926 ergab auf 10 000 Lebende 5,3 Blinde, 7,3 Taubstumme und Ertaubte, 68,8 körperlich und 36,9 geistig Gebrechliche. Der Alkoholkonsum geht langsam zurück. Vor dem Krieg wurden jährlich pro Kopf der Bevölkerung 102,1 Liter Bier und 2,80 Liter auf 100prozentigen Weingeist umgerechneten Trinkbranntweins verbraucht. 1928-1929 waren es 85,6 und 1,38, 1929-1930 90,0 und 0,76 Liter; 1930-1931 74,4 Liter für Bier. Der Zigarettenverbrauch ist im letzten Jahr von 32,8 auf 29,4 Milliarden Stück zurückgegangen. Die Ermittlungen über Opiatsüchtige mit einer durchschnittlichen Tagesdosis über 0,1 Gramm ergaben im 1. Halbjahr 1928 etwa 3500 Personen, darunter 523 Ärzte.

Gemeinverständliche Schriften Die in Berlin erscheinende Zeitschrift *Gesundheit* bleibt auch weiterhin ihrem Grundsatz getreu in Wort und Bild Anweisungen für die gesundheitliche *Lebensführung* des berufstätigen Volks zu geben. Besonders zu begrüßen ist es, daß sie ihren Aufgabenkreis sehr weit ausdehnt, kaum ein Gebiet der volkstümlichen Hygiene und Medizin vernachlässigt. Es fehlen ebensowenig Belehrungen über die zweckgemäße Ausübung des Sports wie auch Erörterungen über schwererwiegende Probleme, wie Krebsbekämpfung, Alkoholismus, Frauenarbeit und ihre Gefahren und auch aufklärende Worte über Fragen aus der Sozialversicherung. Besonders einprägsam sind die in fast keinem Heft fehlenden kurzen Beiträge von Curt Thomalla über die kleinen Gefahren des täglichen Lebens, im Beruf und in der Häuslichkeit, und deren sachgemäße Bekämpfung, und die Ratschläge, die Erich Seligmann gibt, um grade solche kleinen Gefahren zu vermeiden.

Zur *Hygiene des Auges* veröffentlicht Werner Bab eine kurze Schrift *Wie erhalte ich mein Auge schön und gesund?* /München, Verlag der Ärztlichen Rundschau Otto Gmelin/. Lediglich nach rein ärztlichen und allgemeinnützlichen Grundätzen bespricht er dieses bisher ziemlich vernachlässigte Thema, er weist auf die vielfachen Schädigungen hin, denen grade das Auge ausgesetzt ist, sowie auf deren Verhütung und falsche und richtige Behandlung. Er gibt Richtlinien für die natürliche »Augentoilette« des gefunden Auges und betont mit Recht, wie wichtig die Erholungspausen, der Aufenthalt in freier Luft auch für die Augen sind, und wie wenig Bedeutung daneben alles hat, was die Industrie zu deren Nervenstärkung und Tonisierung empfohlen hat. Eine kurze Übersicht über die wichtigsten Augenkrankheiten ergänzt das gute Büchlein.

Kurze Chronik An deutschen Hochschulen betrug die Anzahl der *Studierenden* im Sommersemester 1931 für Allgemeine Medizin 18 088 (weibliche 4078), für Zahnheilkunde 5417 (1253), für Tierheilkunde 1349 (25), für Pharmazie 1162 (323). ◊ Ende 1931 wurde in Wien das neue Radiumkrankenhaus eröffnet. Die Gemeinde Wien erwarb für 2 Millionen Schilling 5 Gramm Radium, so daß jetzt nur noch Paris und Stockholm größere Mengen als Wien besitzen. 2 Gramm sind auf Röhrchen und Nadeln verteilt, um die verschiedenen Arten der lokalen Behandlung anwenden zu können, 3 Gramm finden sich bleigelchützt in der sogenannten Radiumkanone. ◊ Maurice Bunau Varilla, Besitzer des *Matin* und Befürworter deutsch-französischer Zusammenarbeit, stiftete 20 000 Francs zur Förderung der Arbeiten des Instituts für *Krebsforschung* in Berlin. ◊ Das belgische Unterrichtsministerium beschloß in allen offiziellen oder vom Staat unterstützten Schulen eine regelmäßige *alkoholgegnerische Unterweisung* mit 10- bis 12stündigen jährlichen Lektionen einzuführen. ◊ Die Mandatskommission des Völkerbunds wies die Mandatarmächte darauf hin der ausreichenden Verfolgung der Mandatsländer mit *Ärzten* die notwendige Beachtung zu schenken. Für freie Amtsstellen und zur Seuchenbekämpfung sollen Ärzte gleichviel welcher Staatsangehörigkeit herangezogen werden, falls das Angebot des eignen Landes nicht genügt. ◊ Es *habilitierten* sich in Berlin für Innere Medizin Alexander von Domarus, dessen spezielles Forschungsgebiet die Blut-

krankheiten sind, und Siegfried Seelig, dieser mit einer Schrift *Experimentell-klinische Untersuchungen an Leberkrankheiten* als Beitrag zur funktionellen Pathologie der Leber, für Chirurgie Hans Hadenfeld; in Köln Karl Hinsberg für Klinische Chemie, Hans Fischer für Urologie und Chirurgie; in Heidelberg Otto Dittmar für Orthopädie, in Greifswald Paul von Gara für Hygiene und Bakteriologie; in Freiburg Anton Waldeyer für Anatomie; in München Bernhard de Rudder für Kinderheilkunde. ◊ Am 20. Mai 1931 feierte *Alfred Goldscheider* sein Goldenes Doktorjubiläum. Vor 50 Jahren hatte er mit der Arbeit *Die Lehre von der Ipeizifischen Energie der Sinnesorgane* promoviert. ◊ Am 5. Juni wurde *Heinrich Möller* 90 Jahre alt. Im Jahr 1876 hatte er die Leitung der Klinik für kleine Haustiere an der Berliner Tierärztlichen Hochschule übernommen, 1895 wurde er dann Leiter der Chirurgischen Abteilung dort. Durch ihn sind Asepsis und Antiseptis auch in die Veterinärchirurgie eingeführt worden. Bekannt sind sein Lehrbuch über Hufkrankheiten und seine Augenkunde für Tierärzte. ◊ Am 30. August wurde *Emilie Lehms* 90 Jahre alt. Seit 1876 wirkte sie viele Jahre gemeinsam mit Franziska Tiburtius als Frauenärztin in Berlin. ◊ Am 24. November wurde *August Bier*, Ordinarius für Chirurgie in Berlin, 70 Jahre alt. Nicht nur als akademischer Lehrer und als praktischer Chirurg genießt er Weltruhm; seine geistvollen und vorwärtsweisenden Arbeiten (die oft lehrten die Chirurgie zugunsten konservativer Methoden zurücktreten zu lassen) haben die wissenschaftliche Medizin außerordentlich bereichert und gefördert. Von ihm stammt die Einführung der Stauungstherapie als Methode der Wahl bei chirurgischen, besonders gonorrhöischen Infektionen, er hat die Lumbalanästhesie in die Chirurgie eingeführt; bahnbrechend sind seine Arbeiten über Hyperämie als Grundlage der Lehre vom Heillieber und der Heilentzündung, weiter seine Arbeiten über Kapillarfunktion, über Regeneration, über Reiz und Reizverzug. Auch die Probleme der Homöopathie beschäftigten ihn, besonders in den letzten Jahren. In Berlin gründete er die Freiluftbehandlungsstelle für Kinder mit Knochen- und Gelenktuberkulose in der Eberswalder Straße, die Cäcilienheilstätten in Hohenlychen stehen unter seiner Oberleitung, auch der Hochschule für Leibesübungen, an deren Spitze er seit ihrer Gründung steht, hat er stets sein größtes Interesse zugewandt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Zeitdokumente Im Internationalen Arbeiterverlag in Berlin erscheint der Rote 1-Mark-Roman.

Der Verfasser des Romans Maschinenfabrik N. & K., *Willi Bredel*, schreibt zur Einleitung seines Werks: »Ich bin ein Proletenjunge von der Wasserkante, wurde im Weltkrieg aus der Schule entlassen und kam sofort in eine Metallfabrik . . . wegen Vorbereitung zum "Hoch- und Landesverrat" . . . wurde ich zu 2 Jahren Festung verurteilt. Im 1. Monat meiner Festungshaft, die ich augenblicklich noch verbüße, schrieb ich die Maschinenfabrik N. & K.« Die Tendenz des proletarischen Verfassers ist sofort fixiert. Das Buch endet mit der Festigung der gewerkschaftlichen Rotfront, die er gegen die anderen Gewerkschaften behauptet. Dies ist ein Mangel an Erkenntnis. Aber dokumentarisch ist das eigne Erlebnis, das Bredel mit glühendem Fanatismus interpretiert. Ein episches Lehrstück, das zeigt, daß selbst die Sozialpolitik liberaler Arbeitgeber immer noch eine gegen den Proletarier gerichtete Feindespolitik ist. Die künstlerischen Mittel sind der Herzenston des Klassenkämpfers und die unbedingte Fanfare zum Aufruhr.

Das soziale Bild, das *Herbert Brandt* in seinem Roman Achtung: Das neue Jahrtausend! (Berlin, Horenverlag) gibt, ist aus ruhigerem Gemüt geschrieben. Trotzdem wurde Brandt ebenso heftig von den sozialen Kräften und den politischen Energien der deutschen Wirtschaft- und Moralkrise angepackt. Die ersten Spartakistenunruhen nach dem Novemberumsturz von 1918 sind das Thema. Wir besitzen außer zahlreichen polemischen und agitatorischen Schriften wenig, was einen Versuch bedeutet die horrende Seelenwüsten dieser Bürgerkriegszerrüttung, die besonders stark die Arbeiter von Berlin erfaßte, durch Romane zu bewältigen. Es scheint, daß die Erinnerung den Schriftsteller noch immer so heiß brennt, daß er diese entsetzlichen Fakta nicht anders als reportermäßig gruppieren kann. Brandt hat Seelenruhe genug gefunden, um das Aneinanderreihen der Ereignisse in eine künstlerische Gliederung zu verwandeln. Aber noch wurde der Einschmelzungsprozeß nicht vollständig vollzogen. Unberührt von dieser Feststellung muß die Dankbarkeit für den Schriftsteller bleiben, der sich anstrengt zu einer Durchleuchtung der Dinge zu gelangen.

Bringt hier der Dichter mehr Chronik als Kunst, mehr erschütternde Sachlichkeit als Phantasie, so gelingt es dem Erzähler *Hermann Kesten* sich von solcher Bindung des Gewissens zu lösen. Er braucht deswegen nicht gewissenlos zu sein. Denn der Versuch eines großen selbsterlebten und tragischen Zeitabschnitts Herr zu werden und einige aus ihm geborene Menschen zu beschreiben kann ebenso großer Innigkeit entspringen wie das Herumtasten an der archaischen Wahrheit. Kesten phantasiert also schon mit jener Krise unserer Zeit, die ökonomische Zerrüttung von ungewöhnlichem Umfang bringt, und die grade den Dichter deshalb bedrückt, weil er auch den Zerfall des Gefühls wahrnimmt. Kesten möchte lächeln, mit jener bitteren Miene, die aus dem Leid und der Verzweiflung stammt. Daß alles Ringen der heutigen Menschen das Verlangen ist ein bescheidenes verlorenes Glück wiederzufinden, faßt sein ironischer Titel Glückliche Menschen (Berlin, Gustav Kiepenheuer) vorzüglich. Diese Kestenschen Menschen stellen sich unter Glück etwas sehr Banales, kaum die Philisterei des Nichtbettelnmüßens, nur die dürftige Annehmlichkeit des Arbeitendürfens vor. Und da sie selbst dieser kargen Glücksmöglichkeit nicht mächtig werden, geraten sie in unbändige Niedrigkeit und Phantastik. Der Roman dieser Glücksucher spielt in Berlin; doch er liest sich wie ein Buch von teuflischen Dschungelabenteuern. Er neigt dabei zum Grotesken und Verzerrten. Übergroß ist der Jammer, übergroß ist auch gelegentlich die Ausschweifung und der kriminalistische Hang der Kestenschen Kreaturen. Ohne die Zufallsromantik des Films, das heißt ohne die ins Regellose erweiterte Kolportage, wäre der Kestensche Roman nicht möglich gewesen. Er ist ein Stück epischer Literatur von der Gattung des französischen Cinéromans, ein Produkt, zu dessen Nobilitierung viel Originalität notwendig ist. Und Kesten ist bestrebt das Genre zu heben.

Ganz anders entwickelt von vornherein *Leonhard Frank* seine Erzählung. Sie liefert das Beispiel für soziale Mißstände, die in der Wirklichkeit bleiben, obwohl sie die Wirklichkeit unendlich steigern und auch ins Gespenstliche hineinreißen. Frank ist eben das größere Talent, obwohl er nicht so auffallend sein möchte wie der durchaus talentierte Kesten. Frank würde sich genieren ganz deutlich auspekulierte Groteskzenen von filmischer Art in seine Erzählung einzubauen. Dabei ist Franks Sozialgeschichte Von

3 Millionen 3 /Berlin, S. Fischer/ viel mehr ein Märchen als der oft geflissentlich zum Märchen aufgebauhte Roman Kestens. Heute müßte das Buch heißen Von 6 Millionen einige Splitter der Arbeitslosen. Also erzählt Frank von 3 Männern aus der Riesenarmee der unwilligen Pflastertreter, Almosenempfänger und Sozialrentner. Der Roman beginnt, man weiß nicht, beginnt so ein Märchen oder beginnt so ein strenges Wirklichkeitsbuch? »3 Männer gingen aus der Stadt hinaus, ein Schreiber, ein Schneider und ein Fabrikarbeiter.« Und dann folgen die Schicksale. Sie haben nichts mehr. Sie suchen alles. Sie gelangen durch einen Märchenzufall des Lebens zu dem Geld, das ihnen die Reise in ein vermeintliches Paradies, nach Südamerika, gestattet. Aber die Welt, besonders die Arbeitslosenwelt, ist ganz klein geworden, trotz ihrer unendlich scheinenden Größe. Und es ist nicht viel anders drüben als es hüben war. Das war vielleicht ein kurzes Aufatmen in der Hoffnung. Desto ärger ist das neue Zusammengedrücktwerden durch die Verzweiflung. Die Arbeitslosen als Globetrotter. Zurück aus der exotischen Paradieshölle in die heimische Hölle. Eine Weile in Deutschland, auf Berliner Boden oder vielmehr schon halb unter dem Boden, unter den Brücken und in den Sandkästen der Straßenreinigung, wo ein Unterschlupf gegen Nachtwind noch vorhanden ist. Einer von den dreien ist drüben gestorben. Die beiden, die noch übrigbleiben, betteln in Bürgervierteln und Proletariervierteln. Als auch hier keine Kupferstücke und keine heilen Schuhe und nicht einmal altgewordene Butterstullen hervorzuzaubern sind, entschließen sich die beiden in den Heimatskrähwinkel zurückzukehren. Von dort ging ihre elende Weltreise aus. Das dauert nur ein Jahr, und schon sind sie selbst in dem winzigen Flecken ihres Zuhause Unbekannte, um die sich weder Herz noch Herzlosigkeit kümmert. Die Reise ist zu Ende. Erst einer von den dreien ist tot. Vielleicht beginnt die Reise wieder einmal. Ob sie hinaufgeht, ob sie hinabgeht, ungewiß ist das allerdings. Ist das nun ein Märchen? Ist das nun Wirklichkeit? Sicher ist, daß mit seinem humanen Talent Frank tiefbewegende Wirkungen erzielt. Er vermag jenes Entsetzen zu erwecken, das er wünscht, und auch jenes Gefühl der Barmherzigkeit, das ihn beherrscht. Robuster, filmischer, kein Feinmünzer für Worte sondern ein Klischeegefelle der Erzählung, aber schon ein sehr routinier-

ter ist *Frank Arnau*, der Erzähler des sozialen Romans *Stahl und Blut* /Baden-Baden, Merlinverlag/. Das ist ein Plakatroman, gut gemeint. Der Mann, der ihn schrieb, ist durchaus nicht gelonnen von den Proletariern schlecht zu sprechen. Er stellt sich zu ihnen, gegen die Fabrikherren, in denen er sowohl sexuelle wie soziale Monstra sieht. Der Ausbeuter findet ein teuflisches Ende, indem er in den Feuerkessel fällt, dessen Herstellung einmal Blut und Leben der wehrlosen Arbeiter kostete. So wären Schuld und Strafe richtig verteilt. Aber die Arbeiternot ist kein geeigneter Stoff, damit sich eine schwelgerische Kolportagephantasie belächelt, auch bei noch so anständiger Gefinnung des Autors.

Milder, weniger auf den Großeffekt verfaßt, ist *Ernst Johannsen*, dessen Roman *Station 3* /Berlin, Volksverband der Bücherfreunde/ auch ein sozialer Roman ist. Da lebt auch der böse Meister, auch er ist ein schlechter Mann, und er bringt seine Leute in höchste Lebensgefahr, indem er ihnen am laufenden Band nur tierische Übermüdung zumutet. Das Rechenexempel mit der Arbeiterenergie wird auch derart gelöst, daß auf einen Mann eine doppelte, sogar mehrfache Pflicht und Last gewälzt werden. Aber die Kontraste regeln sich nach der begreifbaren Wirklichkeit, nicht nach dem Bedürfnis des Erzählers. Sie sind deswegen schon mächtig und tragisch genug.

Psychologischer Roman Der fruchtbare Boden der Wirklichkeit wird von *Ludwig Winder*, dem Verfasser

des psychologischen Romans *Doktor Muff* /Berlin, Bruno Cassirer/, verlassen. Zwar, die Menschen sollen reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Aber da hapert es schon. Es ist eine ungebildete Realität, die sich breitmacht. Es wird ein psychologischer Sonderfall analysiert, der so sonderlich ist, daß er selbst in irgendeiner Zeitungsnotiz oder in medizinischen Annalen vorkommen, als literarischer Stoff doch unproduktiv erscheint. Thema ist das Abenteuer des tüchtigen modernen Intellektuellen, der in die Klauen des Nuregwinflüchtigen gerät. Der bessere Mensch ist der Mann des Geistes. Der Geschäftsmann, ein Typus wie ein Schuh- oder Füllfederkönig, hat eine Schwester mit Prostituiertenvergangenheit, die durch das Attentat eines verrückten Liebhabers körperlich entstellt wurde. Eine Wange ist von Säure zerfressen. Sonst ist sie schön, begehrt, eine entzückende Freudenspenderin. Nun will Doktor Muff,

der plötzlich seine Lebensaufgabe entdeckt, sie kurieren, zu einem glücklichen Menschen machen. Es gelingt ihm nur halb. Die Frau, die sich eben gerettet glaubte und dankbar war, verliert sich wieder, und sie wird undankbar.

Der Roman *Robert Budzinskis Kehr' um /Berlin, Der Bücherkreis/* stammt von einem Doppelkünstler. Budzinski ist zeichnerisch sehr phantasievoll, er führt einen spielerisch flitzenden Bleistift. Er erzählt, spröder, die Geschichte von dem verwöhnten Maler, der, überfüllt von dem trivialen Gesellschaftsleben, beglückt ist durch einen verrückten Zufall; seine Persönlichkeit abzuwerfen und ein sogenannter Deklassierter sein zu dürfen. Kehr' um: der Titel hat also nach dem Willen des Verfassers moralische und symbolische Bedeutung. Die Idee frappiert. Es frapieren auch einige Kapitel von besonderer Gefühlschönheit. Aber das ganze Werk ist mehr erlitten als durch Vision gelichtet.

Auf subtile Psychologie ist *Erich Ebermayer* in seinem Roman *Die große Kluft /Wien, Paul Zsolnay/* verfallen. Nicht scheu, wenn es sich darum handelt in einen psychischen Abgrund hineinzuspringen, schildert er die Tragik eines männlichen Homosexuellen, der einen Kameraden körperlich und seelisch verwüftet. Der Krüppel ist natürlich der innerlichere, der hitzigere, der untergehende. Der andere wird die tragische Episode schnell überwinden. Eine Novelle, im Wort und in der Umzirkung der Geschehnisse sparsamer, wäre besser gewesen als dieser weitmaschige, deshalb oft flache Roman. Ebermayer ist das Kulturelle näher als das Instinkthafte. Er schreibt aus zivilisatorischem Ehrgeiz, nicht aus Unerföpflichkeit.

Eine gewaltige Ergiebigkeit ist aber wieder bei dem irischen Erzähler *Liam O'Flaherty* festzustellen. Sein Roman *Herr Gilhooley* (deutsch von Joseph Sternemann /Berlin, S. Fischer/) ist voll von der psychologischen Spitzfindigkeit, auf deren Grund zu gelangen die Schriftsteller sich mühen. Aber der Ire besitzt den gnadenvollen Blick und die begnadete Feder und die Hellfichtigkeit für das Detail, das sofort wichtig ist, wenn es von dem Schriftsteller solcher Art geschildert wird. Der alternde Mann verfällt dem verwahrlosten Mädchen, das sich ihm einmal gab, weil sie Frost und Hunger nicht mehr ertrug. Aber das Mädchen kann den Mann nicht vergessen, der sie in Frost und Hunger hinaustrieb. Der Retter läßt sich schinden und sogar betrügen, solange seine Kräfte

reichen. Dann erwürgt er die Frau, die ihn seelisch entsetzlich entwürdigte. Kolportage? Jede Zeile. Aber die Kolportage, die nicht aussterben darf, die glücklicherweise in allen Jahrhunderten vorhanden war, angefangen von der homerischen Zeit bis in unsere Tage.

Ein Zeitgemälde aus der Berliner Presse- und Theaterwelt will *Gabriele Tergit* in ihrem Roman *Käsebieber* erobern den Kurfürstendamms /Berlin, Ernst Rowohlt/ bringen. Sie klammert sich so emsig an die naheliegende Realität, daß darüber die Phantasie, wenn man will: das eigentliche Weltbild, ganz vergessen wird. Sie kennt ganz ausgezeichnet das, was sie darstellen möchte, und sie ist mit dem treuesten Photographensinn begabt. Inhalt ihres Romans ist der Bericht vom Aufstieg und Absturz des Volksschauspielers Käsebieber, der nach einem sehr beliebten Berliner Volksschauspieler modelliert wurde. Und eines Tages haben die Snobs schon eine andere Sensation im Sinn, und Käsebieber ist ein toter Mann. Gradezu gespenstlich echt sind oft die Gespräche in diesem Roman, als hätte die Verfasserin eine Aufnahmeplatte in ihrem Wirklichkeitsinn verborgen. Darum ist es beinahe interessant neben dieser phonetischen Vorzüglichkeit, neben dieser gesprochenen Milieuechtheit die Unfähigkeit der Verfasserin festzustellen aus hundert meißelichen Miniaturen ein geistig zureichendes Gesellschaftsbild zu formen.

Gedenktage

Die Feste, mit denen jetzt *Goethe* an seinem 100. Todestag gefeiert wurde, fanden in der ganzen Welt statt. Frankreich war besonders daran beteiligt. Es erwies sich, daß die Franzosen das Goethische Genie klarer erkannten als jene Deutschen, die sich gerade in den Erinnerungstagen so viele Mühe gaben den unverfälschten Geist für die Zwecke einer verengenden Anschauung auszubeuten. Einer der gebannten Betrachter des Goethischen Genies war jener französische Schweizer *Frédéric Soret*, den Goethe besonders gern bei sich sah, weil der Bürger einer kosmopolitischen Republik und der Liebhaber und fleißige Bibliograph der Naturwissenschaften ihm reiche Erkenntnis und Erheiterungsmöglichkeiten zutrug. Soret, der 10 Jahre lang, bis kurz vor dem Tod Goethes, im Haus am Weimarer Frauenplan aus- und einging, schrieb mit der Gewissenhaftigkeit und dem guten Gedächtnis, die ihn auszeichneten, alles auf, was er mit Goethe besprach. Seine *Conversations avec*

Goethe /Paris, Editions Montaigne/ sind nicht weniger wichtig als die Ecker-manngespräche. Und eins besonders muß kurz festgehalten werden: Wenige Wochen vor seinem Verschiden hielt Goethe es für gut dem treuen Schweizerischen, an französischer Kultur hängenden Gast einen ganz unverhüllten Seeleneinblick zu gestatten. Plötzlich sagte Goethe ungefähr: Er lähe die 70 Jahre seiner geistigen Bewußtseinsexistenz nicht als die langsame und systematische Ausreifung einer individuellen Entwicklung an, er betrachte sich nur als dankbaren Empfänger dessen, was ihm im Lauf der Jahrzehnte die ganze Welt zutrug, er betrachte sich in diesem Sinn als ein Kollektivum. Es ist besser dieses Wort, aus Goethes Mund gesprochen, der geistigen Ahnung zu überlassen als Auslegungen oder gar Unterlegungen vorzunehmen.

Die Zeitbilder, die illustrierte Sonntagsbeilage der Volkschen Zeitung, brachten am 27. März eine Abbildung des vom französischen Münzamt geprägten, von Raoul Bénard nach David d'Angers entworfenen Goethemedillons, und daneben eine Aufnahme, die Léon Daudet, das Haupt der extrem nationalistischen Action Française, bei seinem Goethevortrag in Paris zeigt. Auch die französischen Franzosen sind noch Europäer. (Kann man sich Paul Joseph Goebbels bei einem Vortrag über einen großen Geist des französischen Volks denken?)

Unter den zahlreichen Büchern alter und neuer Verfasser, die das Leben Goethes fassen wollen, sei die für den billigen Volksverlag Th. Knauer Nachfolger in Berlin von Georg Witkowski geschriebene Biographie genannt. Der selbe, kühn voranschreitende Verlag brachte auch eine sorgfältig betreute, von Gerhart Hauptmann eingeleitete, gut ausgestattete 2bändige Ausgabe von Goethes Werken heraus; sie wird allen willkommen sein, die nur wenig Geld haben und doch Goethe lesen wollen.

In Frankreich feierten die Pfleger der Revolutionsidee das Andenken *Auguste Barbiers*, der vor 50 Jahren ruhmvoll starb. Barbier war der große Tageslyriker, der die Erfolge und Mißerfolge der Barrikadenkämpfer vom Juli 1830 in glühenden und auch nachdenklichen Jamben besang, und der noch einmal, einige Jahre nach dem revolutionären Aufschwung, als schon wieder royalistische Reaktion regierte, den Rebellen als seinen Armen Lazarus feierte. Da Barbiers Gedichte die realen Mächte, die vom Eigentümer der Produktionsmittel betriebene Ausbeutung der Armen be-

sonders, vor die Phantasia stellten, zog ihm bald eine zahlreiche Gemeinde von begeisterten Freunden nach. Die eigentlich Betroffenen, das noch nicht oder kaum erst organisationsfähige Proletariat, wurden erst später auf den berechneten Sachwalter ihres Elends literarisch hingewiesen. Zu seinen Lebzeiten genoß Barbier hauptsächlich die Ehren, die ihm die unabhängigen Literaten zuerkennen wollten. Es erging ihm hierbei wie dem Deutschen Herwegh, der ja auch von seinen schreibenden Zeitgenossen als geniales Monstrum bewundert oder verflucht, und der erst Jahrzehnte später von der Arbeiterklasse zum literarischen Führer bestimmt wurde.

Kurze Chronik Zur Förderung der Jugendliteratur hat die Kommission für Kinderbücher bei der Internationalen Büchermesse in Florenz 3 literarische Preise ausgesetzt. Den 1. Preis soll eine Erzählung für Kinder, den 2. eine Funkgeschichte und den 3. eine Jugendkomödie erhalten. ◊ Den Prix Goncourt erhielt der 33jährige Schriftsteller *Jean Fayard* für seinen Roman *Mal d'amour*. ◊ Ein bisher unbekanntes *Björnsonmanuskript* wurde aufgefunden. Es ist ein historisches Drama, das im norwegischen Mittelalter spielt und wahrscheinlich in den sechziger Jahren niedergeschrieben wurde. Es soll in Oslo zum 100. Geburtstag Björnsons aufgeführt werden. ◊ 6 neue Mitglieder wurden in die *Preußische Dichterkademie* aufgenommen: Gottfried Benn, Rudolf Binding, Max Mell, Rudolf Pannwitz, Alfons Paquet, Ina Seidel. Unter den nunmehr 31 Mitgliedern der Sektion vertritt jetzt Ina Seidel mit Ricarda Huch zusammen die schöpferischen Frauen. ◊ In Oppeln wurde eine *Deutsche Eichendorffstiftung* gegründet, die die Herausgabe von Forschungen unterstützen, Schriftsteller im Geist des Dichters fördern will.

Literatur

Schon einmal wurde hier die Geschichte der französischen Literatur besprochen, die *Victor Klemperer*, der Dresdener Romanist, der früher auch gern zur Tagesliteratur das Wort nahm, für den Teubnerischen Verlag in Leipzig schreibt. Das Werk ist außerordentlich umfangreich angelegt; 5 Bände sind vorgelesen, und innerhalb der einzelnen Bände Unterabteilungen. Jetzt liegen wieder 2 Teile vor, die sich mit der Epoche von Napoleon bis zur Gegenwart befassen, also mit dem, was uns in unserer Zeit am leiden-

schafflichsten interessiert, Klemperer legt nicht den Hauptwert auf bloße biographische Zusammenreihung. Er will die wirkliche Geistesepoche skizzieren, in der die tonangebenden Persönlichkeiten nur das Produkt der sozialen und politischen Zeitumstände gewesen sind. Eine soziologisch fundierte Literaturgeschichte wird geboten. Dabei bleibt Klemperer nicht nur bei der reinen Dichtung stehen. In den Kreis seiner Betrachtung zieht er ebenso eifrig Philosophie wie Politik. \diamond Der Berliner Oberstudienrat *Hans Röhl* schrieb für Höhere Schulen eine Geschichte der deutschen Dichtung /Leipzig, B. G. Teubner/. Da der Historiker sich bemüht für seine jungen Leser auch die moderne Literatur faßbar und lebenswert zu machen, und da er durchaus selbständig seine Betrachtungen anstellt, werde sein Buch denen empfohlen, die ihren Kindern die deutsche Moderne nicht verschließen wollen. \diamond Walther Victor beschreibt uns das Leben der *Mathilde Heine* nach allen jenen schon bekannten Dokumenten, die nicht vergessen werden dürfen, wenn man die skurrile Wahrheit studieren will, daß die Genies des Geistes als Gattin und Hegerin eine einfache Frau weit eher brauchen als eine Egeria: eine Tatfache, die dann oft von den Schriftstellerinnen späterer Jahrzehnte oder auch Jahrhunderte in posthumer Eiferfucht abschätzig beurteilt wird. Die liebevolle Versenkung in das Wesen dieses »guten dicken Kindes«, das Heine selbst nach seinem Tod nicht von dem Friedhof zu Fuß gehen lassen wollte, macht das Buch Victors, das, mit 12 Bildern versehen, bei E. P. Tal in Leipzig erschien, zu einer anziehenden Lektüre. \diamond Ein schönes Buch über *Zola*, das die Deutschen lesen sollten, ist Alfred Bruneaus *A l'ombre d'un grand coeur* /Paris, Charpentier/. Der Musiker Bruneau war Zolas guter Freund, wohl der anhänglichste. Er stand im Schatten des Zolaschen Genies, weil er dort stehen wollte. Daß Zola ein ebenso großer Mensch wie Schriftsteller war, beweisen Bruneaus Erinnerungen noch einmal, da sie von der Dreyfuszeit ausführlich erzählen. \diamond Karl Kraus stellte für den Verlag Anton Schroll & Co. in Wien eine *Peter-Altenburg*-Auswahl zusammen. Also der wirkungsvolle Pamphletist (der sich jetzt auch um die richtige Schätzung des so lange verkannten Offenbachschen Genies ein nicht genug zu preisendes Verdienst erworben hat) noch einmal als Anwalt des philosophischen Zigeuners, des vielleicht genialsten Wiener Idyllikers.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Marktaussichten Für einen Wirtschaftszweig wie die Landwirtschaft, der sich nicht von Monat zu Monat umstellen kann, ist es mindestens ebenso wichtig wie für die Industrie eine gewisse Vorstellung von der weiteren Entwicklung ihrer Marktverhältnisse zu haben. In den Vereinigten Staaten von Amerika werden daher seit langer Zeit von den zuständigen wissenschaftlichen Stellen sogenannte Outlooks veröffentlicht, in denen versucht wird die Entwicklungstendenzen offenzulegen. In Deutschland wird zum erstenmal vom Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung versucht einen ähnlichen Ausblick für 1932 zu geben. Dabei muß man sich der Problematik nicht nur eines solchen Ausblicks überhaupt sondern der durch die völlig ungewisse Wirtschaftsentwicklung erschwerten Möglichkeit jeder Voraussicht bewußt sein. Das landwirtschaftliche Preisniveau im allgemeinen wird ja weniger durch Produktionsentwicklung als durch die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus bestimmt. So ist mit der Senkung des Großhandelsindex auf 100 innerhalb der letzten 2 Jahre auch das agrarische Preisniveau auf 95 bis 100, das heißt um 30%, gesunken. Wenn man trotz dieser Unsicherheit es wagt einen Ausblick in die Zukunft zu tun, so muß man dabei freilich voraussetzen, daß die Grundlagen der deutschen Währung die selben bleiben wie jetzt; jede sogenannte Redeflation oder dosierte Inflation müßte zu einer Verschiebung der Relationen zwischen inlandsbestimmten und auslandsbestimmten Preisen führen. Unter dieser Annahme ist es nicht unwahrscheinlich, daß die landwirtschaftlichen Preise im Durchschnitt ihren Tiefpunkt erreicht haben. Eine gewisse Besserung dürfte bei den Schweinepreisen eintreten, die sich auf Grund der bereits eingeleiteten Produktionseinschränkung in der 2. Hälfte des Jahres 1932 durchsetzen wird. Davon werden wohl auch die Preise für die anderen Vieharten nicht unberührt bleiben. Dagegen haben die Preise für ein anderes Veredelungsprodukt: die Eier, wohl ihren Tiefstand noch nicht erreicht, weil es infolge handelspolitischer Hemmnisse nicht möglich war die Eierpreise vom Weltmarkt "abzuhängen". Das Mißverhältnis zwischen den auf Weltmarkthöhe liegenden Eierpreisen und den um 100% über Weltmarktstand gehaltenen Getreidepreisen ist zurzeit so groß, daß eine ge-

wisse Schrumpfung der Eierproduktion unvermeidlich ist. Auf dem Milchmarkt schließlich liegen die Verhältnisse deswegen unklar, weil die Milchpreisbildung sehr unterschiedlich ist. Wo die Märkte reguliert sind, ist der Milchpreis vielfach nicht wesentlich niedriger als vor 2 und 3 Jahren. Infolgedessen ist der Verbrauchsrückgang an Frischmilch besonders stark. Wo der Markt nicht reguliert ist, ist der Preis stark gefallen. Der Verbrauchsrückgang bei Frischmilch drängt die Produktion immer mehr auf Verarbeitung zu Butter. Infolgedessen ist es zweifelhaft, ob die im Januar vorgenommene Butterzollerhöhung den Erlös des Landwirts für seine Milch wesentlich zu steigern vermag, denn je näher Deutschland durch steigende Butterproduktion und sinkenden Verbrauch der Bedarfsdeckung kommt, desto geringer wird die Wirksamkeit der Zölle. Ähnliches gilt für die Getreidepreise. Nur im Fall recht ungünstiger Ernte infolge schlechten Wetters (es wird von Meteorologen ein besonders trockener, ja dürerer Sommer prophezeit) und starken Rückgangs des Kunstdüngerverbrauchs ist mit einer fortgesetzten Wirksamkeit der bisher angewandten Preisstützungsmaßnahmen auch im Erntejahr 1932-1933 zu rechnen. Insgesamt kann man mit einer annähernden Einhaltung des gegenwärtigen Preisniveaus, vielleicht sogar einer gewissen Steigerung des Agrarindex rechnen. Eine sehr starke allgemeine Produktionseinschränkung, wie sie sich zum Teil in der Welt anbahnt, ist infolgedessen auch in diesem Jahr in Deutschland unwahrscheinlich; dagegen dürfte der Verbrauch unter dem Druck der Krise weiter zurückgehen. Das alles zusammen wird wohl dazu führen, daß sich der Anteil der innerdeutschen Erzeugung an der Gesamtversorgung, der bereits im laufenden Jahr nahezu 90% erreicht hat, weiter erhöht.

Hühnerhaltung In dieser Rundschau (1931 II Seite 942) wurde bereits auf die unbedingte Notwendigkeit weiterer Kostensenkung in der Landwirtschaft hingewiesen. Daran anschließend wurde speziell über die Unkostenlenkung in der Milcherzeugung (1931 II Seite 1245) berichtet. Die oben dargelegten Marktaussichten machen auch in allen anderen Betriebszweigen eine äußerste Unkostenlenkung erforderlich. Da durch die Preisentwicklung dieses Jahres die Hühnerhaltung ganz besonders stark betroffen wird, sei kurz auf die Möglichkeiten der Kostensenkung in diesem Betriebszweig eingegangen. Auch

hier wie bei der Milchverförgung, ist sie vornehmlich eine Frage der Leistung des einzelnen Tiers auf der einen Seite und eine Frage der Senkung der Futterkosten auf der andern. Ein Huhn braucht nämlich nicht viel mehr Futter, wenn es im Jahr 120 bis 150 Eier legt, als wenn es nur 60 bis 85 Eier legt, wie das in vielen bäuerlichen Betrieben der Fall ist. Unter gleichen Futtervoraussetzungen kann also bei höherer Leistung das Ei mit den halben Futterkosten erzeugt werden. Allerdings setzt diese Leistungsfähigkeit der Hühner voraus, daß nur 1- und 2jährige Tiere gehalten werden, infolgedessen die "Abichreibung" pro Huhn von der Junghenne bis zum Schlachthuhn viel größer ist als bei 3- und 4jährigem Umtrieb. Auch die Kolten von Leistungstieren sind, wenn auch die Hennen- und Kükenpreise gegenüber dem Stand von vor 2 Jahren um 30 bis 40% gefallen sind, etwas größer, da man die Tiere oder Bruteier aus Leistungszuchten kaufen muß. Bei den Futterkosten gibt es entscheidende Unterschiede zwischen Betrieben, die Futtermittel zukaufen, und bäuerlichen Betrieben, die durch ihre kleine Hühnerzahl lediglich Abfallfutter verwerten. Die erstgenannten sind heute, wenn nicht die Legeleistung sehr hoch ist, und Großbezug billiger Futtermittel (das bisher meist gefütterte Getreide läßt sich auch bei der Hühnerhaltung durch Zuckerschnitzel, billigen Reis, Maisfuttermehl und so weiter zum Teil ersetzen) möglich ist, kaum mehr lebensfähig. Eine große Zahl sogenannter Hühnerfarmen, die vor einigen Jahren in den Zeiten günstiger Eierpreise entstanden, ist wieder eingegangen. Die bäuerliche Hühnerhaltung ist dagegen, wenn sie sich in der Hauptsache auf eine Hühnerzahl beschränkt, die gerade ungefähr die vorhandenen Abfallfuttermittel verwertet, und gleichzeitig beste Leistungstiere hält, nach wie vor nicht nur lebensfähig sondern bei gleichem Hühnerbestand zu gesteigerter Leistung in der Lage. Macht sie sich die Fortschritte der Züchtungstechnik und ebenso die neueren Grundätze rationeller und billigerer Fütterung zunutze, so kann sie auch bei recht niedrigen Eierpreisen bestehen. Insgesamt muß aber die Eierproduktion bei den jetzigen Preisrelationen zurückgehen.

Veranstaltungen Vom 13. bis zum 18. September 1931 fand in Darmstadt die Herbsttagung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* statt. Bemerkenswert waren die Referate Ludwig Wilhelm Ries' über die durch die

gegenwärtigen Verhältnisse notwendigen Wirtschaftsveränderungen der süd- und westdeutschen Bauernbetriebe und Andreas Hermes' und Hans Conrads über Aufgaben der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Verbesserung des Absatzes der Agrarerzeugnisse.

In der Woche vom 31. Januar bis zum 7. Februar 1932 fand in Berlin die 7. *Grüne Woche* statt. Aufschlußreich war dort die Ausstellung des deutschen Markenerzeugnisses, ebenso die Verpackungsschau des Instituts für Landwirtschaftliche Marktforschung. Unter den zahlreichen Referaten trat der Vortrag Theodor Brinkmanns hervor, der sich nicht nur für allgemeine Förderungsmaßnahmen sondern auch für einen starken Schutz der Landwirtschaft gegenüber dem Weltmarkt einsetzte.

Totenliste

Am 16. Juli 1931 starb *Peter Kerp*, in seinem 59. Lebensjahr. Er war lange Zeit

im Genossenschaftswesen der Rheinprovinz tätig, seit 1920 Generalvertreter der Rheinischen Bauernbank, ferner Vorsitzender des Fachschulwesens für Winzergenossenschaften im Reichsverband und seit 1924 Mitglied des Reichstags, der Zentrumsfraktion angehörend.

Am 11. September starb *Carl Albert Weber*, im Alter von 54 Jahren. Er war viele Jahre hindurch als Botaniker in der Moorverluchsstation in Bremen tätig. Besondere Verdienste hat er sich um die deutsche Grünlandwirtschaft erworben. Er veröffentlichte eine große Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, vornehmlich zur Moor- und Grünlandkunde.

Am 23. November starb *Alfred Dench*, Professor für Bodenkunde und Pflanzenernährung und Direktor der Landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten in Landsberg an der Warthe, im Alter von fast 57 Jahren.

Am 28. November starb in Berlin an den Folgen eines Unglücksfalls *Adam Weil*, im Alter von 38 Jahren. Er war im Preussischen Landwirtschaftsministerium Ministerialrat und Referent für das Bildungswesen, um dessen Förderung er sich große Verdienste erworben hat.

Am 9. Februar 1932 starb in Eberswalde der ehemalige Professor der Forstwissenschaft an der Forstakademie *Adam Schuappach*, in seinem 81. Lebensjahr. Er war Ehrenbürger der Stadt Eberswalde und Ehrenmitglied zahlreicher forstwissenschaftlicher Vereinigungen. Die Forstwissenschaft, die er durch Untersuchungen bereichert hat, verlor durch seinen Tod einen ihrer Führer.

Kurze Chronik — Zum 4. Präsidenten des *Reichslandbunds* wurde der Landwirt *Werner Willikens*, Verfasser der Schrift *Nationalsozialistische Agrarpolitik* (München, Deutscher Volksverlag), gewählt. Es wird sich erweisen, ob der Reichslandbund unter dem Einfluß der in ihrem Wesen landfremden nationalsozialistischen Ideologie überhaupt noch imstande sein wird eine wie auch immer geartete produktive Agrarpolitik zu treiben. ◊ Anfang November 1931 wurde der Reichstagsabgeordnete *Hans Schlange* (Schöningen), Mitglied der Landvolkpartei, Reichskommissar für die Osthilfe und zugleich Reichsminister ohne Portefeuille. Schlange verfügt als Besitzer eines Ritterguts in Pommern über eigne praktische Erfahrungen und Kenntnisse, auch ist er mit der Psyche des Landwirts im Olden gut vertraut. Seine Rundfunkrede am 5. Dezember 1931 (siehe hier den Artikel Glienkes, 1931 II Seite 1156) zeugte ebenso von Verstandnis für die neuen Probleme unserer Zeit. ◊ Der Rittergutbesitzer *Gerhard Fließbach* aus Kurov im Kreis Lauenburg wurde zum Leiter der Generallandchaftsdirektion und Landwirtschaftlichen Bank der Provinz Pommern bestellt. Er genießt allgemeine Achtung wegen seiner fachlichen Kenntnisse. ◊ Ende November wurde in *Gießen* das 100jährige Jubiläum des Forstinstituts der Universität festlich begangen. Bei dieser Gelegenheit wurden von der Philologischen Fakultät der Universität die Professoren *Walter Schädelin* (Zürich) und *Max Endreß* (München) zu Ehrendoktoren promoviert. ◊ Dem Privatdozenten an der Universität Halle *Georg Schwarz* wurde ein Lehrauftrag über Molkereiwesen an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin erteilt. ◊ Der Privatdozent für Forstliche Betriebs- und Produktionslehre an der Münchener Universität *Anton Röhr* folgte einem Ruf an die Technische Hochschule Dresden. ◊ Der Privatdozent an der Universität Halle *Fritz Scheller* wurde beauftragt dort Pflanzenernährungslehre und Landwirtschaftliche Bakteriologie in Vorlesungen und Übungen zu lehren. ◊ Bei der Feier des 25jährigen Bestehens der Preussischen Landesanstalt für Fischerei in Friedrichshagen und des 75. Geburtstags ihres Gründers *Paulus Schiemenz* wurde dieser Ehrendoktor der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. ◊ Am 18. Januar 1932 wurde *Max Sering* 75 Jahre alt. Bereits seit den achtziger Jahren spielt er in der Agrarwissenschaft

und Agrarpolitik eine bedeutende Rolle. Damals machte er sich durch Erforschung ausländischer agrarischer Verhältnisse einen Namen. Später interessierte er sich besonders für Siedlungsfragen. Er war der Vater des Siedlungsgesetzes von 1919. Auch in hohem Alter hat er agrarwissenschaftlich noch Großes geleistet, so vor allem durch seine Tätigkeit im Enqueteauschuß, aus dem erst vor kurzem unter seiner Leitung die 1000seitige Zusammenfassung der Arbeiten hervorging.

Literatur Aus der Reichsforschungsstelle für Landwirtschaftliches Marktwesen erschien eine Arbeit *Hans Liebes* Preisbildung bei Gemüse und Obst, als 52. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/. Trotz den zahlreichen Mängeln, die einer Untersuchung auf einem so unbeackerten Gebiet wie dem der Marktuntersuchung für Gemüse und Obst anhaften müssen, ist sie zu begrüßen, weil in ihr eine Menge von Preismaterial zusammengetragen ist, und Hinweise auf Preisbildung und Preisfaktoren gegeben werden. ◊ Im 49. Sonderheft der selben Berichte behandeln *Erwin Kemmer* und *Fritz Schulz* die Weintreiberei in Deutschland. Nach einer Schilderung des Außenhandels mit Trauben werden die Vorbereitungen für rationelle Tafeltraubenkultur in Deutschland untersucht. Das Ergebnis ist interessant. In Deutschland ist Weintreiberei wegen der überhöhten Kosten, insbesondere für Glashäuser, nicht rentabel. Infolgedessen stockt der Anbau. In Holland wie in Belgien dehnt er dagegen sich aus. Nach den Berechnungen Kemmers verhalten sich die Produktionskosten in Deutschland, Belgien und den Niederlanden wie 100 : 62 : 74. (Im selben Heft befaßt sich *Fritz Schulz* eingehend mit der Entwicklung der gärtnerischen Wirtschaftsorganisationen aller Formen.) ◊ Von *Julius Frott*, der bereits durch mehrere gründliche Schilderungen der holländischen, belgischen und norwegischen Landwirtschaft bekannt ist, erschien eine Schrift Die aktuellen Fragen der Agrarpolitik /München, Duncker & Humblot/. Er behandelt darin eingehend die Probleme der Produktionsumstellung, der Marktverbesserung, der staatlichen Maßnahmen zur Preisregulierung, des Kredits und der Siedlung. Seine Untersuchung klingt in dem Wunsch nach einem langfristigen Arbeitsprogramm und in der Ablehnung einer verstaatlichten Landwirtschaft aus, während er andererseits staatliche Eingriffe durchaus bejaht.

Innenkolonisation / Harri Bading

Feldbereinigung Das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft hat sich mit einer kurzen Denkschrift das Verdienst erworben die Öffentlichkeit wiederum auf die Notwendigkeit der Feldbereinigung hinzuweisen. Während die günstigste Form eines landwirtschaftlichen Betriebs die geschlossene Feldlage mit möglichst großen, in der Nähe des Gehöfts liegenden Schlägen ist, bestehen besonders im Westen und Süden Deutschlands Hunderttausende von bäuerlichen Betrieben, deren Besitz in kleine, weit vom Hof liegende Einzelparzellen zersplittert ist. Dieser durch die ungehemmte Erbteilung hervorgerufene Zustand erhöht die Produktionskosten der bäuerlichen Betriebe ungemein. Die kleinen Parzellen erschweren die Gespannarbeit. Oft müssen Ecken der Äcker umgegraben werden, da es nicht möglich ist sie zu pflügen. Auch ist die Anwendung der Drillmaschinen auf diesen Parzellen meist nicht möglich. Den Leerlauf durch das Hin- und Herfahren zu den einzelnen Schlägen berechnet *Adolf Münzinger* in seinem Buch Der Arbeitsertrag der bäuerlichen Familienwirtschaft /Berlin, Paul Parey/ auf 12 bis 23% des Gesamtarbeitsaufwands. Die zusammenzulegende landwirtschaftliche Fläche Deutschlands wird auf 6 Millionen Hektar geschätzt. Hiervon entfallen auf die süddeutschen Staaten allein 3 Millionen und auf die Rheinprovinz annähernd 1,3 Millionen Hektar. Die Vorteile, die sich aus einer durchgeführten Feldbereinigung ergeben würden, bestehen, neben dem Landgewinn (Fortfall von Grenzzainen) und einer Ersparnis an Saatgut (durch Anwendung von Drillmaschinen), vor allem in einer Senkung des Kostenaufwands. Die Buchstelle der Landwirtschaftskammer Darmstadt hat berechnet, daß die Kosten des Aufwands für menschliche und tierische Arbeit pro Hektar bei Schlaggrößen unter $\frac{1}{4}$ Hektar 769 Mark und bei Schlaggrößen über 5 Hektar 352 Mark betragen. Aber auch die notwendige Meliorierung des entwässerungsbedürftigen schweren Ackerbodens ist in den Gebieten mit starker Schlagzerstückelung überhaupt erst dann möglich, wenn eine Feldbereinigung vorgenommen worden ist. Insgesamt wird die Ertragsteigerung durch Zusammenlegung auf 20% des Bodenwerts geschätzt. Obwohl die Landesregierungen bereits seit den sechziger Jahren die Feldbereinigung fördern, wurden in Preußen seit 1874 erst 3,5 Millionen Hektar umgelegt,

während noch 2,8 Millionen Hektar umlegungsbedürftig sind. In Bayern sind seit 1887 340 000 Hektar bereinigt; über 2 Millionen warten noch auf eine Zusammenlegung. Wenn die Zusammenlegungsarbeiten im selben Tempo wie bisher fortgesetzt werden, vergehen noch weitere 30 Jahre, bis die notwendige Feldbereinigung vollzogen ist. Daß eine Feldbereinigung auch in kürzerer Zeit möglich ist, zeigen Beispiele aus nicht-deutschen Ländern. So hat Polen im Verlauf von 10 Jahren eine Fläche von 835 000 Hektar bereinigt.

Die Kosten der Landbereinigung betragen vor dem Krieg 50 bis 100 Mark, heute 200 bis 300 Mark pro Hektar. Davon entfallen auf Ausgaben der Behörden (Beamtenbefoldung, Geschäftskosten und so weiter) rund 200 Mark, auf Ausgaben für Löhne der Meßarbeiter und für Beschaffung des Vermarktungsmaterials 20 Mark, auf Kosten für den Ausbau neuer Wege und für Geräte 80 Mark. An diesem Punkt scheint es notwendig zu sein den Hebel anzusetzen, um die Bereinigungskosten zu vermindern. Da weder die Gehälter noch die Baukosten 100% über dem Vorkriegsniveau liegen, ist anzunehmen, daß man es mit einer Bürokratifierung des Feldbereinigungswesens zu tun hat, die jeden Fortschritt auf diesem Gebiet verhindert.

Das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft schlägt zur Beschleunigung der Feldbereinigung den Erlaß eines Reichsrahmengesetzes vor, nach dem neben andern die Feldbereinigung auch auf Antrag einer Minderheit oder des Staats durchgeführt werden kann, wenn durch Sachverständige ihre Durchführung für notwendig erklärt wird. Um eine Wiederverzerrung zu vermeiden, dürften Teilungen ohne amtliche Genehmigung nicht mehr vorgenommen werden.

Siedlungsrichtlinien Die Gründung der Deutschen Siedlungsbank und die hiermit verbundene Zusammenfassung der Siedlungsfinanzierung gab dem Reichsarbeitsministerium Veranlassung im November 1931 für das ganze Reich geltende Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung herauszugeben. Dadurch sollen auch die bisherigen Bestimmungen der veränderten gesamtwirtschaftlichen Lage angepaßt werden. Um das Siedlungsbedürfnis bei den nur noch in beschränktem Maß zur Verfügung stehenden Mitteln befriedigen zu können, wird in den Richtlinien die Durchführung der Siedlung in parlamentarischer Weise gefordert. Den Siedlern werden hinfert

nicht mehr völlig fertiggestellte Stellen übergeben, sondern ihr endgültiger Ausbau wird den Siedlern überlassen. Bei der West-Ost-Siedlung ist vorgezogen die Siedler in landsmannschaftliche und konfessionelle Gruppen zusammenzufassen, um ihnen das Einleben in die neuen Verhältnisse zu erleichtern.

Die finanziellen Verpflichtungen des Siedlers sollen auf seine wirkliche Leistungsfähigkeit abgestellt werden. Grundsätzlich wird keine Jahresleistung (Zinsen und Amortisation) auf 5% festgesetzt; je nach dem Zustand und nach dem Gebiet, in dem die Siedlung liegt, werden für die ersten Jahre besondere Vergünstigungen gewährt, so daß die Jahresleistungen erst nach dem 5. Jahr ihre volle Höhe erreichen. Um möglichst auch die kapitalschwachen Siedlungsbewerber berücksichtigen zu können, sind Einrichtungs- und Inventarankaufskredite vorgezogen; jedoch wird an dem Grundsatz festgehalten, daß der Siedler einen Teilbetrag zu den Gesamtkosten beiträgt. Zur Verhinderung einer Überfurchung dürfen die Siedler innerhalb der ersten 5 Jahre Vergrößerungen der Baulichkeiten und Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen nur mit Zustimmung der Siedlungsbehörde vornehmen. Auch werden die Siedler verpflichtet sich in der ersten Zeit einer Wirtschaftsberatung zu unterziehen und sich genossenschaftlichen Absatzeinrichtungen anzuschließen. Wenn auch die neuen Richtlinien das wichtigste Problem: die Kreditbeschaffung, nicht lösen können, bedeuten sie einen organisatorischen Fortschritt, der verhindern kann, daß die Siedler nach kurzer Zeit wieder notleidend werden.

Bautätigkeit und Hauszinssteuer Da infolge der hohen Zinssätze auf dem freien Kapitalmarkt der vorhandene Wohnungsbedarf ohne Bereitstellung öffentlicher Mittel zu erträglichen Mietfällen nicht gedeckt werden kann, wurde die Herstellung von Neubauten in den Jahren seit der Inflation in der Hauptsache aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer finanziert. Ungefähr die Hälfte des Aufkommens aus der Hauszinssteuer wurde zur Förderung des Wohnungsbaus verwendet, während der Rest der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs diente. Durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 sank, infolge der Realsteuersenkung, der Wohnungsbauteil des Jahres 1931 auf schätzungsweise 360 Millionen Mark, gegen 825 Millionen im Jahr 1930. Dann wurde von der Regierung durch eine Notverordnung vom 6. Okto-

ber 1931 mit Gültigkeit vom 1. April 1932 die Hauszinssteuer um 20% des Steuerfolls herabgedrückt. Ferner ist durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, in Fortsetzung der Steuerlenkungs politik, ein weiterer Abbau der Hauszinssteuer vorgesehen. Für die Jahre 1935 bis 1937 sollen nur noch $\frac{3}{5}$, für die Jahre 1938-1939 $\frac{2}{5}$ des bisherigen Steuerfolls erhoben werden, und von 1940 ab soll die Hauszinssteuer ganz fortfallen. Daneben ist die Möglichkeit vorgesehen die Hauszinssteuer durch eine einmalige Zahlung des $\frac{3}{2}$ fachen Jahresbetrags abzulösen. Schließlich darf in Zukunft nur höchstens $\frac{1}{5}$ der Hauszinssteuer zum Kleinwohnungsbau, für die Erhaltung von Altwohnungen und für die Teilung von Großwohnungen verwendet werden. Tatsächlich werden aber von 1932 ab überhaupt keine Mittel mehr aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, da auf Grund der 3. Notverordnung auch noch 12% des Hauszinssteueraufkommens einem kommunalen Umschuldungsfonds zuzuführen sind, und der Rest bei der allgemeinen Finanznot der Gemeinden für allgemeine Ausgabenzwecke mit Beschlag belegt werden wird. Dies bedeutet, wenn keine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt, daß der Wohnungsbau völlig lahmgelegt wird. Schon im Jahr 1931 ist durch die Kürzung der zur Verfügung gestellten Mittel der Wohnungsbau stark eingeschränkt worden. Im Jahr 1930 wurden noch 162 000 Wohnungen vollendet, im Jahr 1931 dagegen nur 120 000. Tatsächlich ist der Rückgang der Bautätigkeit noch stärker, da ein großer Teil der im Vorjahr bereits begonnenen Wohnungsbauten erst im Jahr 1931 vollendet wurde. Die Statistik der Baubeginne zeigt, daß 1930 mit dem Bau von 125 000 Wohnungen begonnen wurde, dagegen im Jahr 1931 mit dem Bau von nur 50 000 Wohnungen. Dieser Rückgang der Bautätigkeit hat sich fortgesetzt. Im Januar 1932 blieben die Baubeginne um 69%, die Bauvollendungen um 53% hinter denen des Januar 1931 zurück. Diese verringerte Bautätigkeit wirkte sich naturgemäß auf dem Arbeitsmarkt aus. Schon im Jahr 1931 waren durchschnittlich 68% aller Bauarbeiter erwerbslos, und heute beträgt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe 87%. Die Einschränkung der Bautätigkeit entspricht aber nicht dem tatsächlichen Rückgang des Wohnungsbedarfs. Wenn dieser auch infolge des Rückgangs der Geburtenziffer allmählich abnehmen wird, so ist doch das Maß der

Abnahme noch völlig unbekannt. Allen Berechnungen, die auf eine starke Abnahme des Wohnungsbedarfs, insbesondere in den Großstädten, schließen lassen könnten, liegen so viele technische und ökonomische unbekannte Faktoren zugrunde, daß es nicht möglich ist darauf die zukünftige Wohnungsbaupolitik aufzubauen. Selbst wenn man annimmt, daß der Anteil der größeren Städte an dem Zuwachs der Haushaltungen, den das Statistische Reichsamt auf 250 000 im nächsten Jahr schätzt, allmählich abnimmt, so bleibt immer noch ein großer Wohnungsbedarf bestehen, zumal man auch die zurzeit wohnungslosen Haushalte und die abbaureifen Altwohnungen berücksichtigen muß. Es ist damit zu rechnen, daß bis 1940 zum mindesten jährlich 200 000 neue Wohnungen gebraucht werden. Lediglich während der Dauer der Krise macht sich der Wohnungsbedarf nicht in vollem Umfang fühlbar, weil die Eheschließungen infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse stark eingeschränkt werden. Der Wohnungsbedarf wird dadurch aber nicht aufgehoben sondern nur aufgestaut. Er wird sich nach Beendigung der Krise doppelt stark bemerkbar machen. Die Einstellung des Wohnungsbaus ist daher, ganz abgesehen davon, daß hierdurch die Auswirkungen der Wirtschaftsdepression verschärft werden, auch auf längere Sicht gefehlt, unberechtigt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, in dem eine Umgestaltung der Hauszinssteuer vorgeschlagen wird, um sowohl den berechtigten Hausbesitzerinteressen entgegenzukommen als auch weiterhin öffentliche Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen zu können. Die Hauszinssteuerbelastung soll, um sie gegenüber den Bestrebungen auf vollständigen Abbau zu sichern, in eine öffentliche Rentenschuld mit einer Laufzeit von 20 Jahren umgewandelt werden, die aber durch Zahlung eines entsprechenden Kapitalbetrags abgelöst werden kann. Durch Anpassung der Rentenschuld an den Gewinn, den der einzelne Hausbesitzer durch die Inflation erhalten hat, soll keine allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer eintreten. Zur Schonung der kleinen Hausbesitzer wird ferner vorgeschlagen, daß die Häuser bis zu 5000 Mark Vorkriegswert von der Rentenschuld vollständig befreit werden, während bei Häusern bis zu 10 000 Mark Vorkriegswert jegliche Mehrbelastung gegenüber dem bisherigen Zustand ausgeschlossen werden soll. Um noch mehr zusätzliche Mittel

für den Wohnungsbau bereitstellen zu können, schlägt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Geleitzentwurf über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten vor. Insbesondere sollen die Rückflüsse aus den Hauszinssteuerhypothenen, die Erträge der Reichsfluchtsteuer und $\frac{1}{2}$ des Ertrags einer aufzulegenden Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung zur Durchführung eines Wohnungsbauprogramms zur Verfügung gestellt werden. Dadurch will man erreichen, daß der Wohnungsbau im notwendigen Ausmaß fortgesetzt wird.

Wohnungsneubau In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und dem Reichsstädtebund führte das Statistische Reichsamt eine Erhebung der Wohnungsbaukosten in den Jahren 1928 bis 1931 durch. Die Baukosten sind durchweg von 1928 bis 1929 etwas gestiegen, dagegen bis 1930 dann gesunken. In der Gesamtrichtung stimmen sie mit der Bewegung der Baukostenindexziffer überein. Die Baukosten für eine $2\frac{1}{2}$ -Zimmer-Wohnung betragen im Durchschnitt aller in die Untersuchung einbezogenen Städte im Jahr 1928 8230, im Jahr 1929 8350 und im Jahr 1930 8130 Mark. Im allgemeinen steigen die Wohnungsbaukosten mit der Größe der Städte. Setzt man die Wohnungsbaukosten der Großstädte gleich 100, so liegen die Baukosten einer $2\frac{1}{2}$ -Zimmer-Wohnung in Städten mit 20- bis 50 000 Einwohnern bei 92 und in Städten mit 1500 bis 5000 Einwohnern bei 75. Die Wohnfläche für die verschiedenen Wohngrößen ist in den einzelnen Städteklassen ungefähr gleich. Im Reichsdurchschnitt hat die Einraumwohnung eine Wohnfläche von 21 Quadratmeter, die $2\frac{1}{2}$ -Zimmer-Wohnung von 58 und die $4\frac{1}{2}$ -Zimmer-Wohnung von 96 Quadratmeter. Die durchschnittlichen Aufschließungskosten, das heißt die Kosten der Herstellung des Kanalisations-, des Elektrizitäts-, Gas- und Wasseranschlusses, und die Anliegerlasten erfordern etwa 9 bis 10 Mark für jeden Quadratmeter der Wohnfläche. Die durchschnittlichen Grundstückskosten differieren in den einzelnen Städteklassen nicht unwesentlich. Im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1930 betragen sie in den Großstädten 12,73, in den Mittelstädten 8,97 und in den Kleinstädten 9,05 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche. Der gesamte Kostenaufwand für eine $2\frac{1}{2}$ -Zimmer-Wohnung betrug im Jahr 1930 in den Großstädten 9977 Mark. Seitdem ist der Baukostenindex von 167,6 auf 127,8 gefallen. Infolgedessen dürfte

sich der gesamte Kostenaufwand für eine $2\frac{1}{2}$ -Zimmer-Neubauwohnung, wenn man annimmt, daß der Bodenpreis der gleiche geblieben ist, auf 7823 Mark, das heißt um mehr als 20%, vermindert haben. Von den insgesamt 120 000 Wohnungen, die im Jahr 1931 neu hergestellt wurden, entfallen 113 100 auf neuerbaute Wohngebäude. Von den Neubauwohnungen wurden 67 400 durch gemeinnützige Bauvereinigungen, 7100 durch öffentliche Körperschaften und 38 600 durch private Bauherren errichtet. Der Anteil der Bautätigkeit der gemeinnützigen Bauvereinigungen an der Gesamtbautätigkeit ist damit auf annähernd 60% gestiegen. Die Beteiligung der öffentlichen Körperschaften ist von 9,5% im Jahr 1928 auf 6,3% im Jahr 1931 zurückgegangen. Regional ist jedoch der Anteil der öffentlichen Körperschaften an der Bautätigkeit sehr verschieden. In Hellen übertraf die öffentliche Wohnungsbautätigkeit mit 43,2% sogar die der gemeinnützigen Vereinigungen. Auch in Sachsen ist die öffentliche Bautätigkeit mit 20,5% noch verhältnismäßig hoch. Dem steigenden Bedarf nach Kleinwohnungen haben sich im Jahr 1931 lärmliche Bauherren, wenn auch noch nicht genügend, angepaßt. Der Anteil der Wohnungen mit 1 bis 2 Räumen betrug knapp 11%. Immer noch waren unter den neuen Wohnungen die 3räumigen mit 46% am häufigsten vertreten.

Veranstaltungen Am 25. September 1931 fand in Berlin eine Kundgebung des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds* gegen Arbeitslosennot — für Wohnungs- und Siedlungsbauten statt. Nach einem Referat Franz Spliedts, der sich gegen die kaufkraftzerstörende Lohnpolitik und gegen die Ablehnung einer von der öffentlichen Hand beeinflussten Arbeitsbeschaffung wandte, schilderte Nikolaus Bernhard die Lage der Bauwirtschaft in der Krise. Die Fragen der Hauszinssteuer und Wohnungswirtschaft wie der Siedlung wurden von Hermann Meyer und Hans Krüger behandelt. Meyer wandte sich gegen den Abbau der Hauszinssteuer und stellte die Forderung auf, daß noch 10 Jahre in Preußen je 180 000 neue Klein- und Kleinstwohnungen erstellt werden müßten, wenn der Wohnungsbedarf befriedigt werden sollte. Krüger betonte die Notwendigkeit der An siedlung aller durch die Rationalisierung der Großbetriebe erwerbslos werdenden Landarbeiter. Der *Reichsverband Deutscher Baugenossenschaften* forderte in einer Kundgebung am 21. November, daß man durch Sen-

kung der Hypothekenzinsen, durch Verzicht auf Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuerdarlehen, durch Aussetzung des Tilgungszwangs für 1. Hypotheken sowie durch Maßnahmen gegen Hypothekenkündigungen der Notlage der Wohnungswirtschaft Rechnung trage.

Auf der Tagung der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* in Berlin am 21. November wurde über Gartenstadtdedanken und Innenriedlung diskutiert. Der These, daß die Arbeitslosigkeit nur durch Schaffung neuer volkswirtschaftlich produktiver Anlagen, wie es die Innenriedlung sei, abgebaut werden könne, stimmten sämtliche Redner zu. Franz Ludwig Kurowski erinnerte an die Gedankengänge Franz Oppenheimers, die darin bestehen, daß bei der Befriedung unrentabler Großgüter das Relikt den Stützpunkt für die genossenschaftliche Ein- und Verkaufsorganisation bilden soll.

Die *Gesellschaft für Innere Kolonisation* hielt am 29. Februar 1932 eine Tagung in Berlin ab, die von Max Sering geleitet wurde. Die Hauptreferate hielten die Professoren Hans Zörner und Emil Lang über die Anpassung der Betriebsgrößen an die für die heutige Siedlung gegebenen Verhältnisse. Von beiden Referenten wurde übereinstimmend auf die Notwendigkeit hingewiesen die Betriebsgrößen der Siedlungen nicht von finanziellen und bevölkerungspolitischen Rücksichten bestimmen zu lassen sondern in erster Linie von produktionspolitischen. Liegt die Siedlung in der Nähe des Absatzmarkts, und kann Hackfruchtbau betrieben werden, so ist eine andere Siedlungsgröße vorzuziehen als bei Siedlungen, die auf Getreidebau angewiesen sind.

Der *Landesplanungsverband Brandenburg Mitte* veranstaltete am 19. März eine informatorische Tagung für die an der Siedlung beteiligten Behörden, Verbände und freien Architekten. Die Existenznotwendigkeit des Verbands als übergemeindliche Stelle wurde damit begründet, daß durch den Verkauf von 68 000 Parzellen von 1919 bis 1931 in den 6 Landkreisen um Berlin und durch die beginnende Abwanderung von der Großstadt viele Gemeinden ihre Bevölkerungsstruktur völlig verändert und kommunalwirtschaftlich eine schwere Belastung auf sich genommen hätten. Der Verband sieht seine Wirksamkeit in einer Prüfung und Zusammenfassung der vielen örtlichen Bildungspläne (in Brandenburg Mitte gibt es allein deren 425) und in der Aufstellung eines Generalplans, der als Unterlage für die künftige Siedlungsentwicklung dienen soll.

Informationsmittel Das 44. und das 48. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft, herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/, sind die ersten einer großen Reihe von Spezialuntersuchungen, die die *Auswirkungen der Siedlung* in verschiedenen Beziehungen erforschen sollen. Die Arbeit Hellmut Wollenwebers *Ländliche Siedlung und Bevölkerung* stellt auf Grund von Erhebungen aus den Jahren 1907, 1912 und 1928 eine Analyse der Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse in den ländlichen Gebieten Pommerns und Mecklenburgs dar. Norbert Ley erörtert die verschiedenen Siedlungsverfahrensarten in Mecklenburg-Strelitz und die Ergebnisse der Auswirkung der Siedlungsbetätigung in bevölkerungs-, sozial- und produktionspolitischer Hinsicht. Friedrich Eilmann schildert die Entwicklung einer gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft und die Ergebnisse des Siedlungsverfahrens. Wilhelm Magura bringt eine historische Studie über die Entwicklung der Siedlungen in Mecklenburg-Strelitz im 18. Jahrhundert. Die Arbeiten beschränken sich nicht auf eine äußerliche Darstellung des Siedlungsvorgangs und der hieraus entstehenden Folgen, sondern sie analysieren in sehr ausführlicher Weise die unterschiedlichen Auswirkungen der einzelnen Siedlungsverfahren, sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht. Sie können für die Siedlungsmethoden wertvolle Hinweise bringen.

Totenliste Am 9. November 1931 starb in Berlin *Heinrich Albrecht*, im Alter von 75 Jahren.

Er war einer der tatkräftigsten Begründer der deutschen Spar- und Bauvereine. Er arbeitete von 1893 bis 1920 in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt und verband diese Tätigkeit in geschickter Weise mit dem Ausbau des Baugenossenschaftswesens, das er organisatorisch zusammenfaßte. Im Jahr 1920 gründete er die Vereinigung der Baugenossenschaftlichen Verbände, die er dann zum Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften ausstattete. Als der geistige Führer der bürgerlichen Baugenossenschaftsbewegung, die sich aus liberalwohnungsreformerischen Elementen zusammensetzt, stand Albrecht im Gegensatz zu den in der Arbeiterbewegung wurzelnden Baugenossenschaften. Dieser grundsätzliche Gegensatz konnte jedoch in der Praxis so weit überbrückt werden, daß ein Zusammenwirken mit ihm in der Arbeit stets möglich war.

Kurze Chronik Die Senkung der landwirtschaftlichen Produktpreise hat auch zu einer Senkung der Pachten bei Neuabluß von Verträgen geführt. Die Pächter mit langfristigen Verträgen müssen aber nach wie vor die hohen Pachten zahlen, da durch die Vierte Notverordnung nur eine zwangsmäßige Senkung der gewerblichen Pachten erfolgte. Um die Lage der landwirtschaftlichen Pächter zu erleichtern, beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Senkung der Pachtsumme um 30%, da die Pachten durch die eingerichteten Einigungsämter in praxi nicht ermäßigt werden. Dieser Antrag wurde im Wohnungsausschuß des Reichstags abgelehnt, aber es gelang einen Antrag durchzubringen, der eine Senkung um 25% fordert. ◊ Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurde ferner der Entwurf eines Reichsstädtebaugesetzes beraten. Der Ausschuß beschloß unter anderem, daß bei notwendig werdender Enteignung für alle nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke der Entschädigungswert der nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes bestimmte Steuerwert ist. ◊ Der Reichswirtschaftsrat schlägt in seinem *Arbeitsbeschaffungsprogramm*, neben Arbeiten zum Ausbau der Reichsbahn, der Reichspost und des Straßennetzes, auch vor 480 Millionen Mark für Arbeiten auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes, der landwirtschaftlichen Meliorationen, der Milchwirtschaft aufzuwenden. Ferner sind für Hausreparaturen 300 bis 500 Millionen vorgesehn, dagegen nichts für den Neubau. ◊ Ein *Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern* wurde am 1. März gegründet. Er will sich besonders mit der Frage der An siedlung von Landarbeitern auf ausreichenden Ackerparzellen beschäftigen, daneben aber auch Altsiedlern, Kleinbauern und Kleinpächtern wirtschaftspolitisch helfen. Der Hauptvorstand des Verbands, der eine 2mal monatlich erscheinende Zeitung *Die Scholle* herausgibt, besteht aus Albert Kreutzer, Walter Kwasnik, Arnold Lipschitz, Georg Schmidt und Franz Spliedt. ◊ Die *Beamtenbauparkasse* teilt mit, daß ihr am 31. Dezember 1930 4539 Sparer angegeschlossen waren. Von diesen erhielten 712 eine satzungsmäßige Zuteilung des Darlehnsbetrags, während sich 785 Sparer ein freies Darlehn beschafft haben. Die Summe der abgeschlossenen Bauparverträge belief sich auf 30 410 000 Mark, die Summe der zugeteilten satzungsmäßigen Darlehnsbeträge auf 4 435 000 Mark, die Summe der beschafften freien Darlehnsbeträge auf 2 880 000 Mark. In den Monaten Januar

und Februar 1931 konnten bereits wieder für weitere 95 Sparer der Beamtenbauparkasse 394 000 Mark satzungsmäßige Darlehnsbeträge bereitgestellt werden. Im Juni nahm die Sparkasse ihre 6. Zuteilung vor. Zugeteilt wurden 481 000 Mark an 126 Bauparere. Bis jetzt sind aus den Mitteln der Beamtenbauparkasse gegen 2000 Beamtenheimstätten mit rund 9 Millionen Mark finanziert. ◊ Den seit Jahren vielerörterten Plan einer besondern Aufnahmestelle für den Markt der *landwirtschaftlichen Großbetriebe* hat die Deutsche Rentenbankkreditanstalt im Zusammenwirken mit der Deutschen Landvolkbank in der Weise verwirklicht, daß die Deutsche An siedlungsbank in Berlin durch Kapitalerhöhung von bisher 960 000 Mark auf 3 Millionen Mark in die Lage versetzt wurde anfallende zwangsversteigerungreife Betriebe im Interesse des Gütermarkts und der Realkreditinstitute aufzunehmen und in jeweils wirtschaftlich geeigneter Form als Großbetrieb oder nach Befiedlung bis zum Eintritt einer Verkaufsmöglichkeit weiterzuführen.

Literatur Von der Voraussetzung ausgehend, daß der städtische Sektor des Arbeitsmarkts infolge der strukturellen Veränderung des Produktionsprozesses stets notleidend bleiben wird, sieht *Paul Gerhard Hoffmann* in seiner Untersuchung *Nebenberufliche Land siedlung* /Dresden, Botschaftsverlag/ den einzigen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit in einer Loslösung der Arbeiter, Angestellten und Beamten aus ihrer bisherigen einseitigen Beschäftigung im städtischen Beruf. Er schlägt vor weitgehend Kurzarbeit (3 Tage in der Woche) einzuführen, um ihnen die Möglichkeit zu geben den Lohnausfall durch Eigenproduktion eines Teils ihres Nahrungsmittelbedarfs auszugleichen. Das Projekt dürfte schon an der Tatsache scheitern, daß der für die An siedlung von 1 Million Industriearbeitern notwendige Boden nicht dort liegt, wo die industriellen Produktionsstätten sich befinden. Nur in verhältnismäßig beschränkten Fällen wird es möglich sein Industriearbeiter als nebenberufliche Landwirte anzusiedeln. Auch ist die Finanzierungsfrage bei dem Hoffmannschen Projekt völlig ungeklärt, da nicht gelagt wird, wie die benötigten 1,3 Milliarden aufgebracht werden sollen, die für die An siedlung von 1 Million Industriearbeitern selbst nach den von Hoffmann errechneten, viel zu niedrig angesetzten Kosten für die Erstellung jener Siedlungen gebraucht werden.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Bauplanlosigkeit Ende September 1931 veröffentlichte die Saturday Evening Post einen Aufsatz des Amerikaners Gareth Garret, der sich mit der deutschen Reparations- und Anleihepolitik auseinandersetzt und Deutschland vorwirft das geliehene Geld vor allem in einer verschwenderischen Baupolitik vergeudet zu haben: »Das geliehene Geld wurde auf dreierlei Art wieder ausgegeben: 1. für Wohnungsbauten aller Art; 2. für wirtschaftliche Betriebe, für Industriebauten und -einrichtungen, Umbauten, Rationalisieren, Vergrößern; 3. für soziale öffentliche Bauten, Parks, Bäder, Erholungsheime, Stadiions, Ausstellungshallen, neue Rathäuser, Postgebäude, Landstraßen, selbst Denkmäler. Das Bauen wurde zur Leidenschaft. Im Jahr 1928 wurden 310 000 neue Wohnungen gebaut, 1929 sogar 330 000... Die Bauleidenschaft ging über das Maß des Notwendigen weit hinaus, wurde verschwenderisch, experimentell, sportmäßig. Neue Zeiten, neues Material, neue Formen, neue Maßstäbe, neue Ziele, Kirchen ganz aus Stahl und Glas.« In diesen Feststellungen steckt viel Richtiges, wenigstens soweit die öffentlichen Bauten und die Bauten der sogenannten Wirtschaft in Betracht kommen. Aber man darf das in Bauten investierte Kapital nicht durchweg als unproduktiv und damit als verschwendetes Kapital ansehen. Man muß vielmehr differenzieren. Die Schaffung von gefunden und ausreichenden Wohnungen für die Masse der Bevölkerung ist an sich die Basis jeder Sozialpolitik; die funktionsmäßige Gestaltung der Großstädte wie überhaupt eine planmäßige und vorausschauende Gestaltung der Raumwirtschaft ist ein Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Eine andere Frage ist allerdings, ob mit der Investierung dieser Riesensummen solche Absichten verknüpft waren, ob tatsächlich ein allgemeiner Plan zugrunde lag.

Durch die besonderen Verhältnisse und die Möglichkeiten der Nachkriegszeit war die seltene Gelegenheit gegeben die gesamten zu errichtenden Neubauten nach einem allgemeinen Plan durchzuführen, vor allem eine zweckmäßige Umsiedlung der Industrie und der dazugehörigen Wohnungen vorzunehmen. Statt dessen hat man vollkommen planlos einfach das (vermeintliche) Tagesbedürfnis befriedigt, obgleich es sich, wenn man nur an die in Berlin erstellten Wohnungen denkt, um das Entstehen großer Städte handelte. Wer soll bauen? Wo soll gebaut werden?

Von wem soll gebaut werden? Diese Fragen wurden nicht nur nicht prinzipiell geklärt sondern nicht einmal gestellt. Aber auch der Vorwurf der Verschwendung durch »experimentelles« Bauen ist nur bedingt richtig. Es kommt hier ganz auf die Zeitlage an. Richtig verstanden wäre das experimentelle Bauen nicht Kapitalverschwendung sondern in seinen Zielen Kapitalersparnis. Auch hier sind aber schwere Fehler gemacht worden. So hätte die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen ihre Aufgabe konstruktive, wärmetechnische, hygienische und wirtschaftliche Probleme des Wohnungsbaus zu erforschen, neue Grundrisse auf ihre Wohnbarkeit auszuprobieren weit besser erfüllt, wenn sie jährlich wenige, verschiedenartige Wohnungen erbaut hätte, statt große Siedlungen zu errichten, die der wirtschaftlichen Katastrophe jetzt ebenso unterliegen wie alles andere. Aber nicht nur das Bauen selbst, auch die Finanzierungsmethoden waren vollkommen planlos. So kommt es, daß für gleichwertige Wohnungen die unterschiedlichsten Mieten gefordert wurden. Vor allem aber wurde verabsäumt an die Herabgabe öffentlicher Mittel an Unternehmer ganz präzise Bedingungen für die Mietbildung zu knüpfen, das heißt die Berechnung der Miete nach den jeweils wirklich entstehenden Kosten und den zu zahlenden Zinssätzen zu fordern. So kann es nicht wundernehmen, daß wir in Deutschland vor einem allgemeinen Zusammenbruch des Wohnungsbaus stehen.

Loos

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß nicht Adolf Loos, der Architekt, sondern Adolf Loos, der Schriftsteller, die neuere Bauentwicklung außerordentlich beeinflusste, mehr als die meisten Bauwerke seiner Zeitgenossen. Zu einer Zeit, da in der Architektur nur das zufällige Beiwerk galt, wies Loos immer wieder auf das Wesentliche des Bauens hin. Was ihm das Wesentliche ist, hat er auf wenige eindeutige Formeln gebracht, die es ihm erlauben zu jeder Erscheinung des Lebens Stellung zu nehmen; wobei ihm alles von gleicher lymphatischer Bedeutung ist, ob es sich um Häuser, Möbel, Kleidung, Haartracht oder Lebensformen überhaupt handelt. Mit seltener Konsequenz forderte Loos immer wieder das von ihm als richtig Erkannte, obgleich ihn sein Kampf gegen die Kulturlosigkeit der Zeit ursprünglich fast völlig isolierte. Dabei hat Loos den grade bei uns sehr seltenen Vorzug über die ernsthaftesten Dinge auf die

unterhaltendste Weise zu schreiben, wobei er niemals um des Witzes willen witzig ist. Für ihn gilt das Goethesche Wort über Lichtenberg: Wo er einen Witz mache, sei stets ein Problem verborgen. Bei der Eindeutigkeit seines Standpunkts und seines Tuns hatte Loos es nicht nötig stets "modern" zu sein. Er brauchte daher von seinen Arbeiten nie zu sagen: Um Gotteswillen, schauen Sie sich doch dieses Zeug nicht an, das habe ich vor 3 Jahren gemacht.

Auf die Kulturlosigkeit der Zeit hingewiesen und sie in seinen Arbeiten und seiner Betrachtung der Dinge bekämpft zu haben ist ein unumfrittenes Verdienst Adolf Loos'. Seine Täuschung liegt jedoch darin, daß er die Kulturlosigkeit für ein besonderes Charakteristikum gerade unserer Zeit anlieht. Solche Perioden der Kulturlosigkeit gab es in allen Übergangszeiten, in denen 2 entgegengesetzte geistige und wirtschaftliche Strömungen der Gesellschaft auf einander prallen, in denen 2 Tendenzen mit einander um die Herrschaft kämpfen. Denn die neue Gesellschaft benutzt in der Regel zunächst die alten Formen als Machtausdruck, und zwar notwendig sinnwidrig, weil ihre Absichten in einer andern Richtung laufen. Die Architektur einer solchen Übergangszeit ist wie jede andere Ausdrucksform nur Exponent dieser Gelinnung oder Gelinnungslosigkeit. Die Phase dieser Kulturlosigkeit kann erst dann ihren Abschluß finden, wenn die neue Gesellschaft die Vergangenheit überwunden hat und von sich aus die ihr gemäße Form der Ausdruckskultur bildet.

Anläßlich des 60. Geburtstags Adolf Loos' sind im Brennerverlag in Innsbruck unter dem Titel Trotzdem gefammelte Aufsätze aus den Jahren von 1900 bis 1930 erschienen, eine Ergänzung zu dem im Sturmverlag in Berlin veröffentlichten Band Ins Leere gesprochen.

Veranstaltungen Das Kölner Möbelhaus Gebrüder Schürmann veranstaltete eine Ausstellung von

Innenräumen nach Entwürfen von Architekten aus Deutschland und 11 anderen Ländern. Unter anderen beteiligten sich an der Ausstellung Victor Bourgeois /Brüssel/, Marcel Breuer /Berlin/, Le Corbusier /Paris/, Adolf Loos /Wien/, Rava und Larco /Mailand/.

Der Deutsche Werkbund wird im Frühjahr eine Ausstellung *Wohnbedarf, Typ und Standard* veranstalten. Sie soll unter Beteiligung des In- und Auslands in Stuttgart stattfinden und wird die Wohnung und ihr Gebrauchsgerät zeigen.

Totenliste Am 21. September 1931 starb in München der Architekt *Max Littmann*, im Alter von 70 Jahren. Seine Haupttätigkeit lag auf dem Gebiet des Theaterbaus. Von ihm wurden das Prinzregententheater in München, das Deutsche Nationaltheater in Weimar, das Schillertheater in Berlin sowie Stadttheater in 8 anderen deutschen Städten errichtet. Er war lange Teilhaber der Baufirma Heilmann & Littmann in München und Berlin.

Am 21. September starb der Archäologe *Ferdinand Noack* (siehe die Rundschau Anthropogeographie, in diesem Band Seite 359). 1916 kam er nach Berlin. Er veröffentlichte Arbeiten über Kreta und die homerischen Paläste, über die Mauern von Athen, die Izenischen Anlagen bei den griechischen Tragikern, die Baugeschichtliche Entwicklung der Heiligtümer von Eleufis. Seine letzten Arbeiten beschäftigten sich mit Pompeji. Von Noack stammt auch die Einrichtung des Museums der Antikenabgüsse im neuen Westflügel der Berliner Universität.

In Paris starb im Oktober, fast 80 Jahre alt, *Octave Uzanne*, dessen Arbeiten bahnbrechend für den modernen Luxusdruck gewesen sind. Besonders bekannt sind seine Ausgaben alter französischer Literatur, seine Schriften über Kostümgeschichte und Kulturprobleme.

Am 9. Februar 1932 starb in Darmstadt *Karl Roth*, in seinem 56. Lebensjahr. Durch einen Wettbewerbserfolg für das Rathaus in Kassel wurde er bekannt. Nach dessen Erbauung baute er noch weitere Rathäuser im neudeutschen Barock, wovon das Dresdner Rathaus das bekannteste ist. Durch seine Bauten und seine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule in Darmstadt übte er eine Zeitlang einen Einfluß auf die Bauentwicklung aus.

Am 15. Februar starb in Berlin *Heinrich Seeling*, im Alter von 80 Jahren. Er war eine Zeitlang Stadtbaurat in Charlottenburg, im wesentlichen aber Privatarchitekt. Bekannt wurde er durch seine Theaterbauten. Als 1881 das Ringtheater in Wien abbrannte, war Seeling mit seinen ersten Theaterbauten beschäftigt. Er erkannte die aus den Erfahrungen dieses Unglücks sich ergebenden Sicherheitsmöglichkeiten und wandte sie bei seinen Bauten an. Im Zusammenhang damit wurde er Mitarbeiter an den preußischen Vorschriften für Theaterbauten, die er entscheidend beeinflusste. Auch auf die baupolizeilichen Vorschriften wirkte er durch seine Erfahrungen und Kenntnisse ein. Unter anderem baute er in Nürnberg, Halle, Essen, Rostock, Bromberg, Aachen,

Kiel, Frankfurt, Freiburg im Breisgau, Gera und Braunschweig Theater, in Berlin das Deutsche Opernhaus und das Neue Theater. Als Techniker durchaus seiner Zeit voran, war er als Architekt vollkommen mit dieser Zeit verwandt. Er verkleidete seine Bauten wahllos, je nach Wunsch, mit historischen Stilformen.

Kurze Chronik Der Berliner Stadtbaurat Martin Wagner und das von ihm geleitete Amt für Stadtplanung haben den Entwurf zu einer neuen *Bauordnung für Berlin* fertiggestellt. Er macht es sich zur Aufgabe eine ganze Reihe von Fehlern der alten Bauordnung zu beseitigen, eine Beschleunigung im Geschäftsgang der Baubehörde herbeizuführen und den Architekten und Bauunternehmern eine größere Bewegungsfreiheit zu geben. Unter anderem wurden auch 2 neue Bauklassen geschaffen: die eine zur Begünstigung des Bauens von Erdgeschoßhäusern durch die Gewährung einer größeren Grundstücksausnutzung und eine andere für 7geschossige Geschäftshäuser in der Innenstadt. Der Entwurf wird zunächst sämtlichen interessierten Stellen des öffentlichen und privaten Lebens vorgelegt werden, bevor er die abschließende Fassung und zuletzt die entscheidende Zustimmung erhalten soll. ◊ Der Direktor des Kölner Kunstgewerbemuseums Karl With hat durch eine Neuordnung des Ausstellungsguts dieses Museums versucht einen neuen *Museumstypus* zu schaffen, mit dem Ziel dem Menschen von heute nicht immer nur Wissen sondern Begriff und Vorstellung vom Wesen wirklicher, gegenständlich gebundener Gestaltungsarbeit zu vermitteln. Er gliedert das Ausstellungsmaterial in 3 Abteilungen; die 1., die noch nicht fertiggestellt ist, behandelt den Werkstoff und seine Verarbeitung, die 2. Zweck und Form und die 3. Abteilung Farbe und Ornament. ◊ Die türkische Regierung hat grundsätzlich zugestimmt, daß die frühbyzantinischen Mosaiken der *Hagia Sophia* von ihrer Übertünchung befreit werden, so daß die Kirche wieder ihren ursprünglichen Charakter erhält. Die Restaurierung der Mosaiken soll einem italienischen Fachmann, dem Wiederhersteller der Mosaiken von San Marco in Venedig, anvertraut werden. Man schätzt die Kosten, die diese Restaurierung verursacht, auf zirka 6 Millionen Mark. Es handelt sich um bunte Glasstiftmosaiken auf Goldgrund aus der Zeit Justinians. Sie wurden 1453 bei der Umwandlung der Kirche in eine Moschee mit Weißkalk

überstrichen. Man kannte die Mosaiken nur durch die alten Beschreibungen, bis der reformfreundliche Sultan Abd ul Medschid im Jahr 1847 eine vorübergehende Aufdeckung der Mosaiken und ihre Restaurierung anordnete. ◊ Dem Amsterdamer Rijksmuseum wurde eine neue Abteilung, eine *Fliesenlammlung*, angegliedert. Sie wurde von dem Kunstsammler Arthur Isaac dem Museum gestiftet und umfaßt 18 000 Stücke. Sie gibt einen Überblick über die Entwicklung der Fliesen seit dem frühen Mittelalter.

Literatur Über das Kleinhaus, seine Konstruktion und Einrichtung veröffentlichte *Guido Harbers* eine Arbeit, die sich mit den Kosten, der Situierung und der Form des Kleinhauses beschäftigt /München, Georg D. W. Callwey/. Zwar sind die hygienischen Möglichkeiten für ein gelundes Wohnen im Stockwerk- und Reihenhauses erreicht. Darüber hinaus stellt Harbers jedoch Forderungen auf, wie sie nur das freistehende Einfamilienhaus zu erfüllen vermag; absolute Wohnruhe, ungehinderte Bewegungs- und Betätigungsmöglichkeit im Freien, besonders für Kinder ohne dauernde Beaufsichtigung, Auslösung persönlicher Initiative und des eignen Spatriebis. Der Einwand gegen das Kleinhaus, es sei infolge starken Geländeverbrauchs und unrationellen Bauens teurer als die andere Wohnform, fällt nach ihm fort, wenn die Faktoren, die beim Massenaufbau verbilligend wirken, auch für das Kleinhaus angewandt werden, und wenn man die Einsparungsmöglichkeiten in Betracht zieht, die das Kleinhaus gegenüber der Stockwerkwohnung ermöglicht, vor allen Dingen durch die Art der Geländeererschließung und durch vereinfachte Baukonstruktion. Am konsequentesten lassen sich diese Forderungen allerdings im Erdgeschoßhaus verwirklichen, auf das Harbers nicht genügend eingeht. ◊ Eine übersichtliche und knappe Einführung in die Deutsche Volkskunst gibt das in Jedermanns Bücherei/Breslau, Ferdinand Hirt/ veröffentlichte Bändchen *Konrad Hahms*, des Leiters der Staatlichen Sammlung für Deutsche Volkskunde in Berlin. Der Verfasser will keine Darstellung der deutschen Volkskunst geben sondern nur eine Skizzierung ihres Wesens und ihre Verknüpfung mit Volkstum und Volksbrauch, mit Handwerk und Kunst. Die Arbeit enthält außer einem reichen Bildmaterial einen ausführlichen Schriftennachweis über allgemeine und deutsche Volkskunde, Volkstum und Volksbrauch, Volkskunstofforschung und Heimatmuseen.

Lebensgestaltung / Hedwig Steinkopf

Arbeiterjugend Um das Leben des jugendlichen Arbeiters in seinen verschiedenen Formen richtig würdigen zu können, sollen zunächst in knappen Umrissen die besonderen Eigenheiten eines Arbeiterdaseins aufgezeigt werden. Hierbei wird zunächst in der Hauptsache an den ungelerten Arbeiter gedacht. Gegen einen Lohn, der kaum das Existenzminimum sichert, steht der junge Mensch an einer Maschine in vielfach häßlichen Räumen, die manchmal primitiven Forderungen der Hygiene nicht entsprechen, und arbeitet. Die Monotonie der Handgriffe erbittert ihn, weil sie für ein System geltehen, gegen das er sich innerlich auflehnt. (Ganz anders wäre das in einer sozialistischen Gesellschaft, in der ihm jede, auch die einförmigste Tätigkeit sinnvoll erschiene.) Er weiß, daß, wenn er Glück hat, er nach Jahren noch immer die gleiche Arbeit verrichten wird. Doch muß er, besonders heute, jeden Tag mit seiner Kündigung rechnen. Geringe Entlohnung, unlichere Zukunft, gleichgültige Arbeit, Unwahrscheinlichkeit eines Aufstiegs: das sind die Besonderheiten solchen Lebens.

Es entsteht nun die Frage, wie sich die jungen Menschen, die sich unter den genannten Umständen ihr Brot verdienen, in ihrer freien Zeit verhalten. Lassen sie sich da durch Zufälligkeiten beeinflussen, oder versuchen sie sich bewußt einen körperlichen und seelischen Ausgleich für das zu schaffen, was ihre Arbeit ihnen vorenthält? Finden sie in rasch wechselnden Vergnügungen ihre Entspannung oder gerade in der intensiven Beschäftigung mit einer einzigen Sache? Bei genauerer Betrachtung zeigt es sich, daß einem großen Teil der jugendlichen Arbeiter noch völlig das Bewußtsein seiner besondern Klassenlage fehlt. Sie übernehmen die Lebensgewohnheiten der bürgerlichen Jugend als Ideale, betrachten deren Ansichten von Moral und Sitte auch für sich als maßgebend und kommen dabei in die äußerste Bedrängnis, da ihr Leben immer im schreienden Widerspruch zu diesen übernommenen Anschauungen stehen muß. (Besonders scharf tritt dies bei der jugendlichen Arbeiterin hervor, die sich als Frau viel mehr als der Mann durch diese Gesetze gebunden sieht und viel seltener dazu kommt sich von ihnen freizumachen.) Ihnen gegenüber steht aber der größere Teil der jungen Arbeiter, der sich in den Jugendverbänden organisierte und hier an bewußte Gestaltung des Lebens geht.

Die unorganisierten jungen Arbeiter, die das bürgerliche Leben als Ideal übernommen haben, versuchen ihm nachzueifern, so wie sie es verstehen. Das heißt, sie werden sich den Vergnügungen hingeben, die einen bürgerlichen Anstrich haben und für Arbeiterverhältnisse zurechtgemacht sind: Rummel, billige Kinos und so weiter. Sehr leicht kommen diese Jungen dabei unter ungünstigen Einfluß und geraten in die Fürsorgeerziehung. Wie schwer es dann für einen jungen Menschen ist aus diesem Apparat wieder herauszukommen und den Anschluß an das Leben wieder zu finden, das zeigt Justus Ehrhardt in seinem Buch Straßen ohne Ende /Berlin, Agisverlag/.

Hans ist ein Durchschnittsjunge. Und deshalb ist sein Schicksal gerade so erschütternd, weil es jedem so gehen kann. Er ist ein tüchtiger, netter Junge, der aber keinen Menschen findet, der sich mit ihm beschäftigt. So wächst er in der Hochschätzung des bürgerlichen Wohllebens auf, und plötzlich entsteht in ihm der heiße Wunsch einmal genügend Geld zu haben, um zu tun, was er will, um hinzugehen, wohin er will. Das ist gar kein außergewöhnlicher Wunsch, jeder Mensch wird ihn einmal empfunden haben. Diesem Jungen muß er aber zum Verhängnis werden, weil er nie in die Lage kommen wird genug eigenes Geld zu besitzen. Er nimmt also fremdes Geld. Er hat noch Glück. Er wird unter die Aufsicht eines guten Fürsorgers gestellt, findet wieder Arbeit, und eine Weile geht alles gut. Dann aber kommt wieder dieser »Dumme-Jungens-Wunsch«, die Sehnsucht einmal aus der »Tretmühle« herauszukommen, die bei einem Arbeiterjungen so »unverzeihlich« ist, weil sie wieder zum Konflikt mit dem Gesetzbuch führen muß. Es folgen Unterschlagung, Flucht, Abfinken in die Unterwelt, schließlich Fürsorgeerziehung. Hans bleibt Durchschnitt. (Der Verfasser versteht es ihn von anderen Jungen abzugrenzen, die dem Durchschnitt nicht mehr entsprechen.) Er bemüht sich krampfhaft anständig zu bleiben. Innerlich hat er sich noch gar nicht von seinen anerzogenen Moralbegriffen gelöst. Wäre er Sohn eines Bürgers gewesen, der seinem Kind einen kleinen Wunsch erfüllen kann, er wäre ein ordentliches Glied der bürgerlichen Gesellschaft geworden. So aber ist er zum Fürsorgezögling abgetempelt, und da hilft nichts mehr; eigne Anständigkeit, einsichtige Eltern, ein tapferer warmherziger Fürsorger; alles ist vergeblich. Hans kann nicht mehr zurück. Inzwischen sind ihm die Augen über die Ungerechtigkeit lei-

nes Schicksals aufgegangen. Er wird sich mit seiner Lage abfinden und den Kampf gegen die Gesellschaft aufnehmen, die ihn von sich gestoßen hat. Ob dies nun sozial oder nur individuell geschieht; darauf kommt es jetzt an. Tausenden von Fürsorgezöglingen mag es so gegangen sein; die sozialen Gegebenheiten und ein Zufall genügen heute, um einen Jugendlichen kriminell zu machen.

Ein ähnliches Schicksal hat die junge Arbeiterin; allerdings treten bei ihr noch ganz besondere Probleme auf, die bisher viel zu wenig beachtet wurden. Lisbeth Franzen-Hellersberg veröffentlichte eine Studie über die jugendliche Arbeiterin, ihre Arbeitsweise und Lebensform /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Sie stellt fest, daß die Arbeiterin schon in ihrer Stellung zu der Arbeit und dem sie umgebenden Milieu sich wesentlich von ihren männlichen Kollegen unterscheidet. Empfindet schon der Junge nichts von persönlicher Beziehung zu seiner Arbeit, so hat das Mädchen in den meisten Fällen gar keine Ahnung, woher der Werkstoff kommt, oder wozu das Teilstück dient, das sie immer wieder anfertigt. Unter der Monotonie leidet sie nicht. Franzen-Hellersberg erklärt sich das aus der Gewöhnung der Frau an die Hausarbeit. Eins aber bestimmt vor allem das Wesen der jugendlichen Arbeiterin: das Gefühl ihrer Abhängigkeit vom männlichen Vorgesetzten und vom männlichen Kollegen. Sie sieht sich als Frau den Männern gegenüber in einer schwächeren Position und besinnt sich dadurch sehr früh auf ihre Weiblichkeit als ein Hilfsmittel, um diese Schwäche auszugleichen. Eine meist unfrohe Jugend beschleunigt bei ihr diese Entwicklung. So kommt die junge Arbeiterin sehr früh dazu geschlechtlich zu verkehren. Diese Tendenz, die ihrem primitiven Lebensbedürfnis entspricht, tritt nun in Gegensatz zu den moralischen Anschauungen, die die jungen Mädchen sonst aus der bürgerlichen Ideologie übernommen haben. Daß man bei diesen Mädchen die gepflegtesten Bubiköpfe, die nettesten Kleider und feinsten Seidenstrümpfe findet, ist nach der anfangs dargelegten Neigung bürgerliche Lebensweise vorzutäuschen nicht weiter erstaunlich. Also auch bei den Mädchen gehört nicht viel dazu, um sie zu Fürsorgezöglingen zu machen. Franzen-Hellersberg meint, es sei Unföhl den frühen Geschlechtsverkehr der jugendlichen Arbeiterin wegzuleugnen, denn »das Gros der ungelerten Arbeiterinnen braucht vitale Ausgleich, um überhaupt leben, ihr Leben ertragen zu können«.

Diesen "passiven" Jugendlichen stehen die anderen gegenüber, die sich in den großen Jugendverbänden Sozialistische Arbeiterjugend, Gewerkschaftsjugend, Kommunistische Jugend, in den katholischen Jugendverbänden, in den Zugföhren, der Freischar, den Arbeiterportverbänden und so weiter organisiert haben. Sie alle haben die ungeheure seelische und körperliche Not ihrer Klasse erkannt und wollen sich nicht darein ergeben. Sie kämpfen für ein sinnvolles Leben. Wichtiger als die im Stil der alten Jugendbewegung eingerichteten Wanderverbände sind die großen, auf sozialistischer Weltanschauung aufgebauten Jugendorganisationen. Sie sind auch ihrer Mitgliederzahl nach die bedeutendsten. Sie geben den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen seelische, geistige, politische Schulung und sorgen durch gemeinsame Wanderungen, durch gemeinsame Ferienzeltlager in ihnen das Gefühl der Solidarität zu stärken, in ihnen eine proletarische Weltanschauung zu erwecken. Die Erkenntnis ihrer besonderen Lage und der Möglichkeit einer eignen Lebensgestaltung, ein (substantiell noch so unklares, doch regulativ ethisierendes, über das Eigeninteresse hinaushebendes) politisches Streben sollen die jungen Menschen von dem für sie verderblichen bürgerlichen Vorbild freimachen. Lieft man das Büchlein Das Weltenrad sind wir /Berlin, Arbeiterjugendverlag/, so spürt man den Kampfesgeist, die Zuversicht, die alle diese Tausende von jungen Menschen beleben, die gemeinsam für eine gerechte Sache, die Sache des Sozialismus, streiten wollen, wenn sie oft auch nicht wissen, wie.

Bisher wurde nur von den immerhin Beneidenswerten gesprochen, die Arbeit haben. Was ist aber mit den Arbeitslosen? Es gibt jetzt zirka 1 Million arbeitslose Jugendliche. In diesem Zustand verschärfen sich die angedeuteten Probleme in rasendem Tempo. Amtliche und private Stellen arbeiten daran diesen schon am Beginn des Lebens so schwer Betroffenen zu helfen. Man veranstaltet Unterhaltungsabende, hat Schulungskurse für erwerbslose Jugendliche eingerichtet und versucht auch durch Arbeitslager Abhilfe zu schaffen. Und auch hier haben die großen Jugendverbände ein riesiges Aufgabengebiet. Sie bieten dadurch, daß sie ihre arbeitslosen Mitglieder in enger Verbindung mit den arbeitenden halten, dadurch, daß sie gemeinsam für ein Ziel einstehen, diesen hilflosen Opfern einer verblendeten ziellosen Nachkriegspolitik mehr Stützung als es je amtliche Kurse und Beschäftigungen tun können.

Museumsbesuch Man könnte glauben, daß die beschäftigungslose Zeit, die Millionen von Arbeitslosen doch auf irgendeine Weise verbringen müssen, wenigstens einige Tausende von ihnen veranlassen würde die Werke der Kunst, die in den Museen leicht und an den meisten Tagen kostenlos jedem zugänglich sind, zu besichtigen. Wie die Statistik der Museumsbesuche zeigt, ist das nicht der Fall. Die Museen bleiben nach wie vor schlecht besucht. Das mag nun zum Teil daran liegen, daß man es nicht verstanden hat in den Volksschulen und auch in den Höheren Schulen der Jugend die Augen für die Schönheiten und vor allem für die Bedeutung der Kunstwerke zu öffnen. Wie viel hierbei verläumt wurde, kann fast jeder aus eigener Erfahrung beurteilen.

Vielfach mag es auch zutreffen, daß der Arbeitslose durch sein Leben schon so abgestumpft ist, daß ihm ein Museumsbesuch gar nichts mehr bieten kann. Sehr oft spricht aber noch etwas anderes mit als das Gefühl der Langeweile, das man von einem mißglückten Museumsbesuch während der Schulzeit in der Erinnerung behalten hat, nämlich ein gewisses Gefühl der Feierlichkeit. Wenn man ins Museum geht, zieht man sich "anständig" an. Das ist genau so wie beim Kirchengang der Protestanten. (Nicht wie in katholischen Ländern, wo eine Frau auf den Markt geht und, wenn sie plötzlich der Wunsch danach überkommt, in die Kirche tritt und ihre Andacht verrichtet.) Und da den meisten Arbeitslosen heute der gute Anzug fehlt, gehen sie eben nicht ins Museum. Wer das nicht glauben will, der begeben sich einmal direkt von seiner Arbeitsstätte ohne sonntägliche Kleidung ins Museum, und er wird erleben, daß er die mißtrauischen Blicke aller übrigen Besucher auf sich zieht und so selbst zu einem Museumsstück wird.

Biergenuß Geriet man vor einigen Wochen in ein Berliner Lokal, so bekam der Besucher mit dem kleinen Geldbeutel einen tüchtigen Schreck. Die Leute, die da saßen, tranken alle Wein. Also sicher hatte man sich verlaufen? Nein, in Berlin war ja Bierstreik. Die Berliner, das heißt die Gastwirte, hatten sich zu helfen gewußt, sie schenkten Wein in kleinen Mengen aus, was im Norden sonst nicht üblich ist. Dadurch gelang es ihnen manche Stammtischrunde aufrechtzuerhalten. Ob sie es auch verstanden hätten, den 5500 Arbeitern des Brauereigewerbes zu helfen, die wegen des Streiks der Gastwirte in Ge-

fahr waren ihre Arbeit zu verlieren? Außerdem hat ja nicht einmal ihre eigene Sache Erfolg gehabt. Der Berliner Bierbürger hatte sich eigentlich mit viel Gutmütigkeit und gutem Willen in sein Schickal ergeben. Vielleicht hat der Wein durch diesen "Notstand" noch einige Anhänger gewonnen? Es hätte interessant sein können bei einer längeren Dauer dieser Bierabstinenz und bei dem größern Weinkonsum Untersuchungen über eine eventuelle Änderung im Berliner Temperament anzustellen. Vielleicht würden die Leute etwas lebhafter, und die garantiert "rheinische" Fröhlichkeit der Berliner verlöre hier etwas von ihrem Krampf. Freunde der Berliner "großen Klappe" brauchen sich indessen nicht zu beunruhigen, sie wird durch den Weingenuß sicher nicht kleiner.

Nachdem mittlerweile nach dem Bierstreik das Bier in Berlin sogar etwas billiger geworden ist (was allerdings nicht als ein Erfolg jenes Streiks zu buchen ist), kann man wieder feststellen, daß der Bierkonsum nicht gesunken ist. Dies ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß das Bier für den einfachen Mann immer noch das verhältnismäßig billigste Getränk ist, will er mit einigen Kollegen sich noch "einen Schlag erzählen". Jedes alkoholfreie Getränk ist teurer als Bier. So kommt es, daß auch die heranwachsende Jugend, ausgenommen jene, die in der Sozialistischen Arbeiterjugend und in Bündeln der Jugendbewegung steht, daran gewöhnt worden ist gelegentlich (und in vielen Fällen auch häufiger) einen "Becher" oder eine "Molle" zu trinken. Daraus entwickelt sich ein fast regelmäßiger Biergenuß, der dann bis ans Lebensende nicht mehr aufgegeben wird. Diese Entwicklung könnte durch den Ausschank von billigen alkoholfreien Getränken sehr stark beeinflußt werden. Es darf aber nicht vergessen werden, daß alkoholische Getränke noch immer als "Sorgenbrecher" angesehen werden, und ihr Konsum in den Zeiten allgemeiner Misere schon deshalb nicht zurückgehen wird.

Amerika Die amerikanische Justiz will wieder ein Opfer haben. Die herrschenden amerikanischen Frauenverbände sollen sehen, daß es noch "Gerechtigkeit" gibt. Diesmal sind es 8 junge Neger, die auf dem elektrischen Stuhl ihr Ende finden sollen. Auf Grund eines jener empörenden Indizienbeweise, die ihnen nachweisen sollen, daß sie weiße Frauen "vergewaltigt" haben, sind sie zum Tod verurteilt worden. Es genügte nicht ihnen vielleicht

schwere Zuchthausstrafen aufzuerlegen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt war das Verfahren wieder aufgenommen worden; aber das Revisionsgericht des Staates Alabama will den jungen Negern den elektrischen Stuhl nicht ersparen. Wie anders wäre man mit dem Weißen verfahren, der ein schwarzes Mädchen oder eine schwarze Frau wirklich vergewaltigt hätte. Gegen das scheußliche Verbrechen, das die amerikanische Justiz wieder einmal zu begehen sich anschickt (die Leser seien an das erinnert, was hier in dem Artikel Stöffingers über das wirkliche Amerika (1927 II Seite 721) ausgeführt wurde), hat sich wenigstens in Europa ein Protest der führenden Intellektuellen aller Länder gewandt, und Alfons Goldschmidt hat dafür geforgt, daß er den in Amerika Herrschenden übermittelt wird. Hoffen wir, daß es in letzter Stunde noch gelingt durch diesen Appell an das Weltgewissen die 8 jungen Neger vor dem Tod zu bewahren und ein Unrecht zu verhindern, das dem an Sacco und Vanzetti begangenen nicht nachtünde. Eine andere, für den Geist in Amerikas herrschenden Kreisen nicht minder charakteristische Tatfache wurde vor einiger Zeit aus New York mitgeteilt. Man bemühte sich die Sitte "fittlich" zu erneuern. Folgendes hatte sich zugetragen: Die Sittenpolizei hatte sich Spitzel gemietet, um die kleinen Mädchen vom Broadway des "immoral conduct" zu überführen. Ein Mann konnte einfach in ihre Wohnung dringen, einen 10-Dollars-Schein dort auf den Nachttisch legen, um dann der Polizei, die sofort hinterherkam, das schon ausgefertigte Protokoll zu unterzeichnen. Auch Rechtsanwälte verachteten die Schmiergelder dieser Sittenpolizei nicht und beteiligten sich an dem Geschäft. Endlich wurde der Skandal ruchbar, und die Sittenpolizei wurde aufgelöst. Dann übernahm es ein Anwalt, der wirklich unbestechlich ist, die Frauen, an denen dies unflügliche Unrecht begangen worden ist, zu rächen. Er hat einige frühere Sittenpolizisten ins Zuchthaus gebracht, die Rechtsanwälte, die mit der Polizei zusammenarbeiteten, aus den Gerichtshöfen gejagt und schließlich auch die Richter zur Verantwortung gezogen, die, auf das meinedige Zeugnis der Polizisten vertrauend, unschuldige Mädchen zu Gefängnisstrafen verurteilten. Besonders unbarmerzig gegen die "verdorbenen" Mädchen war eine Richterin, die mit der Entrüftung der ehrbaren untadligen Frau ihre Geschlechtsgenossinnen zu den schwersten Strafen verurteilte.

Es stellte sich nun heraus, daß sie es nicht unter ihrer Würde gefunden hatte die Gerichtsprotokolle ein wenig zu korrigieren, um so ihren Opfern eine Berufung unmöglich zu machen. Sie wurde inzwischen ihres Amtes enthoben. Aber noch heute halten viele amerikanische Frauenklubs die ehemalige Richterin für einen tadellosen Charakter, und sie werden ihr sicher für ihren Kampf zur Festigung der Moral ein Denkmal setzen. Immerhin, dieser einen Sache wurde Einhalt getan. Aber das geschah in New York, das den "echten" Amerikanern ohnehin als unamerikanisch verdächtig ist. Im "eigentlichen" Amerika hört man von solchen Korrekturen kaum.

Totenliste Michelin: das Wort, das einem jeden in Frankreich sofort haften bleibt, ist der Name der größten französischen Reifenfabrik. Sie hat sozusagen eine Monopolstellung am französischen Markt. Ihr Gründer *André Jules Michelin* ist am 7. April 1931, im Alter von 79 Jahren, in Paris gestorben. Er war der erste, der seit 1888 Gummireifen, zunächst für Fahrräder, herstellte. Er hat das Automobil- und auch das Flugzeugwesen eifrig gefördert. Er stiftete den Michelinpreis für französische Flugzeuge, der alljährlich verteilt wird.

Am 12. April starb in Berlin *Gustav Buggenhagen*, im Alter von fast 90 Jahren. Beim Lesen der Nachricht wird mancher Berliner an die "gute alte Zeit" gedacht haben, denn Buggenhagens Name ist aufs engste mit dem alten Berlin verknüpft. Er war Besitzer von Buggenhagens Vergnügungsetablissement, der Sensation Berlins um 1890 herum. Hier fanden sich die guten Bürger und Studenten zu einem "Schoppen" ein. Die Frauen strickten Strümpfe und tranken Kaffee, und abends hatte man wichtige Vereinsitzungen. Vor einigen Jahren hatte die alte Gaststätte einem Alchingerbetrieb Platz machen müssen, und bald ist dieses Stück altes Berlin vergessen.

Am 23. Mai verunglückte der Rennfahrer *Luigi Arcangeli* tödlich auf der Rennbahn von Monza, während er zum Großen Preis von Italien trainierte. Am 23. August starb ganz plötzlich an einem Herzschlag *Hans Albert Goldschmidt*, der Inhaber des Reiseführerverlags Grieben. Er verstand es den Verlag, den er von seinem Vater übernommen hatte, in der ganzen Welt bekannt und beliebt zu machen, und er bemühte sich um die Erweiterung des Wissens um die Kultur anderer Länder.

Am 14. Oktober starb in Berlin *Idor Kaltan*, am Ende seines 91. Lebensjahrs. Trotz seinem patriarchalischen Alter war er in unbeliebbarer Kampflust einer der geistig lebendigsten Journalisten. Nicht vergessen wird die Szene in der Premiere von Gerhart Hauptmanns *Vor Sonnenaufgang* (die eine neue Epoche unserer Literatur einleitete), in der er eine Geburtszange über den Häuptern des Premierpublikums schwang, als hinter der Bühne der Schmerzenschrei einer Gehörnden zu hören sein sollte. Berlin liebte und verstand er wie nur wenige. Deshalb werden seine Erinnerungsbücher Berlin wie es war /Berlin, Rudolf Mosse/ und I. Kaltans Luftiges Panoptikum /Berlin, Hoffmann & Campe/ ihn überdauern und über die Lebensweise bestimmter Schichten Berlins in der Zeit zwischen den Kriegen unter Wilhelm I und Wilhelm II manchen vergnüglich und nachdenklich stimmenden Aufschluß geben. Nach kurzer Krankheit starb Ende Oktober in London *John William Robinson*, im Alter von 62 Jahren. Er war früher ein berühmter Fußballtorwart und der erste, der den Hechtsprung zur Abwehr eines Angriffs auf das Tor einführte. Er ist nach ihm *Robinsonade* genannt worden.

Kurze Chronik Ein russischer Psychotherapeut hat in Berlin eine *Heilanstalt für Pellimiten* gegründet. Ihre Aufgabe ist es den Menschen durch Suggestion vor dem seelischen Zusammenbruch in dieser Krisenzeit zu bewahren und so auch von der psychologischen Seite her zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise beizutragen. ◊ Der Deutsche Reklametag in Berlin veranstaltete am 20. März eine Sonntagsmatinee, die für das *Reklamewesen* Reklame machen sollte. Hermann Hackelsberger stellte das Reklamewesen unter die Devise des guten und soliden Unternehmertums; Planmäßigkeit, Sauberkeit, Verantwortungsfreudigkeit. Dieser Devise ist lebhaft zuzustimmen. Doch wo ist in Deutschland heute das gute und solide Unternehmertum? ◊ Der Leichtathletikmeister *Jules Ladoumègue* ist durch Beschluß seines Verbands zum Professional erklärt worden. Dieser Weltrekorder ist also jetzt gehindert nach Los Angeles zu den Olympischen Spielen zu gehen. Damit ist, wie die Berliner Zeitung am Mittag am 5. März ausführte, der »Olympiasieg durch Disqualifikation verlernt« worden. ◊ Das französische Fliegerpaar *Bossoutrot-Rossi* stellte am 26. März im *Streckenflug* auf grader Bahn einen neuen Weltrekord auf. ◊ Auch in diesem Jahr

lagte in dem Bootsrennen zwischen *Oxford und Cambridge* die technische Überlegenheit *Cambridge*; genau wie im vorigen Jahr (siehe diese Rundschau, 1931 II Seite 722). In der Nachkriegszeit hat *Cambridge* nur 1mal verloren, aber 9mal hinter einander gewonnen.

Literatur In Preußen ist auf Grund der Ministerialerlasse vom 1. August 1929 und vom 5. Mai 1930 nach dem Wunsch maßgebender Kreise für sämtliche Gattungen der Höheren Schule eine rein akademische Lehrerbildung geschaffen worden. Die Leibesübungen sind heute auch als Prüfungsfach für das Lehramt an Höheren Schulen anerkannt. Für Studierende, die Leibesübungen und körperliche Erziehung als Nebenfach unterrichten werden, hat *Johannes Müller* in seinem Buch *Grundlagen der Körpererziehung* /Leipzig, B. G. Teubner/, das im wesentlichen eine gekürzte Darstellung seines bekanntesten Werks über die Leibesübungen ist, die wichtigsten Teile der medizinischen Hilfswissenschaften für diese Praxis beschrieben. Das Buch unterrichtet über die Auswirkungen der Muskelarbeit auf Körperform, Muskulatur, Atmung, Kreislauf, Stoffwechsel, Nervensystem und so weiter, behandelt die Folgerungen für die Hygiene und Mechanik der Leibesübungen und schließt mit einer Zusammenstellung der wichtigsten Maßnahmen bei Unfällen. Obgleich es nicht erlösend sein will, erfüllt es doch seinen Zweck Studenten, die Sport als Nebenfach betreiben, und Studierende der Pädagogischen Akademien zu einem planmäßigen Aufbau der Leibeserziehung anzuleiten, sofern sie in der Lage sind es sich zu kaufen. ◊ Nachdem der Teubnersche Verlag schon früher ein 2bändiges Werk von Wilhelm Ahrens, das sich mit mathematischen Unterhaltungen und Spielen befaßt, und dann in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* eine Einführung in dieses Gebiet der Mathematik erscheinen ließ, brachte er kürzlich auch ein Büchlein *Alte und neue mathematische Spiele* von *Gerhard Kowalewki* heraus. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß dieses Buch das Gebiet stofflich sehr bereichert und viele Anregungen bietet. Vorteilhaft wäre es gewesen, wenn der Verfasser doch an manchen Stellen mehr erläutert hätte, um interessierten Lesern mit nur elementaren Kenntnissen das Mitdenken zu erleichtern. Es ist zu wünschen, daß das Werk einen breiten Leserkreis finden möchte. Leider ist dies bei seinem Preis heute kaum zu erwarten.